



Elisabeth Loibl, Josef Krammer

Das Politische ist persönlich, das Persönliche ist politisch Zeitzeugen der Agrarpolitik

Bundesanstalt für
BERGBAUERNFRAGEN

Marxergasse 2
1030 WIEN

Elisabeth Loibl
Josef Krammer

**DAS POLITISCHE IST PERSÖNLICH,
DAS PERSÖNLICHE IST POLITISCH**

ZEITZEUGEN DER AGRARPOLITIK

Forschungsbericht Nr. 58

Wien, Oktober 2007



lebensministerium.at

**Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Bundesanstalt für Bergbauernfragen**

A-1030 Wien, Marxergasse 2
<http://www.berggebiete.at>

Tel.: +43/1/504 88 69 - 0; Fax: +43/1/504 88 69 – 39
office@berggebiete.at

Layout: R. Neissl, M. Hager, D. Rosenbichler
Lektorat: H. Pflegpeter, I. Stiasny, T. Oedl-Wieser
Druck: Druckerei Robitschek & Co. Ges.m.b.H.

ISBN: 978-3-85311-084-3

Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Einleitung	3
„ <i>Ich hab dürfen und nicht müssen</i> “ Franz Zellnig	7
„ <i>Ich möchte im Leben nie mehr Hunger sehen</i> “ Heinrich Wohlmeyer	41
„ <i>Die wichtigsten Bildungsaufgaben sind oft jene, für die es die Lehrer noch nicht gibt</i> “ Josef Willi	73
„ <i>So weit bin ich gegangen in meinem Bildungshunger</i> “ Franz Rohrmoser	105
„ <i>Das ganze Leben besteht aus Veränderung</i> “ Anna und Johann Felbauer	139
Zusammenfassung	173
Engagement für eine andere Agrarpolitik	185
Literaturverzeichnis	193
Publikationen der Bundesanstalt für Bergbauernfragen	199

Vorwort und Einleitung

Mit diesem Forschungsbericht wollen wir „erlebte Geschichte“ von ehemaligen AkteurInnen der Agrarpolitik festhalten, bevor mit ihnen dieses Wissen für immer verloren geht. Um ein differenziertes und vielschichtiges Bild der Wirkung der Agrarpolitik auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in den letzten sechzig Jahren zeigen zu können, haben wir die Zeitzeugen/Zeitzeugin sehr bewusst ausgewählt: sie gehören unterschiedlichen politischen Richtungen an und waren Pioniere/Pionierin auf verschiedenen Ebenen der Agrarpolitik und der Entwicklung des ländlichen Raumes. Bei den Interviews haben wir jedoch überrascht festgestellt, dass es eine große Übereinstimmung in der Sicht dieser Entwicklung gibt, trotz der sehr unterschiedlichen politischen Perspektive. Das Gemeinsame der erlebten Geschichte scheint größer zu sein als das Trennende der politischen Anschauungen.

Die Studie wurde in Anlehnung an die Biografieforschung durchgeführt. Das Tun und das Werk eines Menschen basiert demnach auf seiner/ihrer Biografie, der eigenen Lebensgeschichte, auf der Gegebenheit, ob und wie eigenbestimmte Tätigkeiten möglich sind und gefördert respektive be-/verhindert werden. Eigenverantwortliches Tun vermittelt den Menschen das Gefühl, dass sie ihr soziales und naturräumliches Umfeld in ihrem eigenen Sinn gestalten oder wenigstens beeinflussen können (Baier/Müller/Werner 2007: 17). Damit wird ein Ausgangspunkt für initiatives Handeln gesetzt. Menschen sind aktiv oder werden aktiv, wenn sie den Eindruck gewinnen, sie können tatsächlich etwas bewirken. Daraus resultiert die Einsicht des Menschen in die Verwobenheit der eigenen Lebensgeschichte mit der Weltgeschichte, die ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für Handlungsfähigkeit ist (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 13). Geisteshaltungen und die Art zu denken werden nicht nur durch intellektuelle Schulung angeregt und geprägt, sondern maßgeblich durch die unmittelbare Umgebung und entscheidende Erfahrungen beeinflusst.

Der Großteil der Wissenschaft und der Politik begnügt sich mit abstrakten Erkenntnissen und arbeitet vielfach lediglich im Bereich der Ratio. Wörter und Sätze werden aneinander gereiht, ergeben oft nur einen Sinn, wenn sie von FachexpertInnen erklärt und interpretiert werden. Diese Art der Denkschulung verdrängt die Lebenserfahrung und lässt vergessen, dass wir Menschen nicht nur über einen Verstand verfügen, sondern als Wesen mit weit mehr Fähigkeiten ausgestattet sind und mehr Bedürfnisse haben als nur die intellektuelle Befriedigung. Wir lernen nicht nur rationale Dinge zu begreifen, oftmals ist die Lebenserfahrung weitaus prägender für unser Handeln – oder auch für unser Nichthandeln. Es gibt Ereignisse, die unser Leben und in weiterer Folge unser Wirken massiv beeinflussen und bisweilen in eine völlig andere Richtung lenken, als ursprünglich tendiert war.

Unsere Intention war es, nicht nur politische Aussagen und Inhalte wieder zu geben, sondern auch die persönliche Geschichte, die persönlichen Erfahrungen und das soziale Umfeld der Zeitzeugen/Zeitzeugin darzustellen. Damit wurde ein Erklärungsversuch unternommen, warum sich die Interviewten in ihrem Leben intensiv mit Agrarpolitik und mit dem Agrarbereich beschäftigt haben und noch immer beschäftigen und woher ihre eigenen Themen- bzw. Arbeitsschwerpunkte resultier(t)en. Das Engagement von Menschen vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Erfahrungen darzustellen, wie sie zu ihren Erkenntnissen und Einsichten gelangten, lässt eine weitaus fundiertere Analyse ihres Gesamtwerkes zu, als wenn sich jemand lediglich mit den schriftlichen Texten der Personen befasst. Überdies werden Zeitgeschichte und politische Inhalte Menschen leichter verständlich, wenn darüber von Zeitzeu-

gen und Zeitzeuginnen berichtet wird. Die Studie beruht auf den Interviews¹ mit den Zeitzeugen/der Zeitzeugin und auf einer „Spurensuche“.

Ein weiterer Leitgedanke bei unserer Arbeit war die Ansicht, dass nicht nur das Persönliche politisch (ein Leitsatz aus der Frauenbewegung), sondern auch das Politische persönlich ist (Zitat Franz Rohrmoser). Wie politische Inhalte umgesetzt, an die Öffentlichkeit, an die zuständigen Verwaltungs- und Politstellen gebracht werden, und ob sie letztlich erfolgreich sind oder verhindert werden, hängt vielfach von der sich politisch engagierenden Persönlichkeit ab. Besonders wichtig für ein politisches Engagement sind ein ausgeprägter Mut, Umgänglichkeit und ein sprachliches Geschick, um andere vom vertretenen Anliegen überzeugen zu können. Wer sich darüber hinaus aus eigener Betroffenheit heraus engagiert, wird zielgerichteter und motivierter vorgehen, als wenn die Anliegen die politischen Akteu-rInnen selbst weniger berühren.

Um nicht von den lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Zeitzeugen/Zeitzeugin mit Agrarpolitik und Landwirtschaft abzulenken, haben wir unsererseits auf eine allgemeine und abstrakte Darstellung der Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes verzichtet – dazu gibt es von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen eine Reihe von Publikationen².

Wer sind die ausgewählten Zeitzeugen/Zeitzeugin?

Wie bereits erwähnt, gehören die Zeitzeugen/Zeitzeugin unterschiedlichen politischen Richtungen an. Den sechs Interviewten gemeinsam ist ihr zukunftsorientiertes Denken, ihr vorausschauendes Handeln im Bereich der Agrarpolitik und ihr initiatives Wirken im ländlichen Raum.

Franz Zellnig (Jg. 1924)

stammt aus einer Holzknechtfamilie und ist in St. Vinzenz bei Soboth auf der Kärntner Seite der Koralpe aufgewachsen. Seine Familie flüchtete 1938 vor den ortsansässigen Nazis in die Obersteiermark. Er war Bundesvorsitzender der SPÖ-Bauern und langjähriger Kommunal- und Landespolitiker in der Steiermark. Als Bürgermeister von Obdach hat er maßgeblich die Entwicklung des Ortes von einer Auspendelgemeinde zu einem regionalen Wirtschaftszentrum eingeleitet. Als Agrar- und Landespolitiker engagiert er sich bis heute für eine umsichtige und innovative Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum.

Die beiden kritischen Vertreter aus dem konservativen Lager sind Heinrich Wohlmeyer und Josef Willi.

Heinrich Wohlmeyer (Jg. 1936)

war von 1964 bis 1989 in verschiedenen Funktionen – ab 1986 als Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor – bei der Agrarindustrie³ tätig. Seine innovativen Vorschläge wie die Erschließung des Milchexportmarktes nach Italien und in den Nahen Osten, Naturstoffchemie hergestellt aus Überschussge-

1. Das Literaturverzeichnis enthält lediglich Literatur, auf die im Text verwiesen wird.

2. Siehe www.berggebiete.at

3. Vorläuferorganisation der Agrana

treide auf der Grundlage von Äthanol, Isozucker (ebenfalls aus Getreide erzeugt), autarke Energieversorgung wie auch seine Empfehlungen, angepasste Maßnahmen in der Agrarpolitik einzuführen, wurden oftmals verhindert respektive ignoriert oder erst Jahre später als richtig erkannt und durchgeführt. Seit Ende der 1980er Jahre ist er in der Wissenschaft tätig, er war langjähriger Leiter des ÖVAF⁴ und Lektor an der Universität für Bodenkultur. 2006 hat er seine Lebenserfahrung und kritischen Gedanken in dem Buch: „Globales Schafe Scheren – Gegen die Politik des Niedergangs“ (Wohlmeyer 2006b) zu Papier gebracht.

Josef Willi (Jg. 1928)

leitete die land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle der Landeslandwirtschaftskammer Tirol. Er gilt als einer der maßgeblichen Wegbereiter des biologischen Landbaus in Österreich. Sein Anliegen war es, die biologische Wirtschaftsweise durch wissenschaftliche Beweisführung der gesellschaftlichen Anerkennung zu zuführen. In diesem Zusammenhang gründete er eine Fernschule der Landwirtschaft und veranstaltete gemeinsam mit Herwig van Staa Kongresse in Alpbach. Josef Willi ist Herausgeber der Zeitschrift „Landwirtschaft und Leben“. Er hat sich als einer der ersten mit dem Problem der Ehelosigkeit von Bauern auseinandergesetzt und Extranummern der Zeitschrift unter dem Titel „Herz und Hof“ herausgebracht. Durch seinen Beitrag, den biologischen Landbau salonfähig und förderungswürdig zu machen, hat er maßgeblich zur Entwicklung einer ökologischen Bewegung in Österreich beigetragen. Auch wenn er sich selbst nicht dem Lager der Grünen zurechnet, kann er als „Vater der grünen Agrarpolitik“ bezeichnet werden.

Als VertreterInnen agraroppositioneller Gruppierungen wurden *Franz Rohrmoser* als Gründungsmitglied der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung (ÖBV) und das Bauernehepaar *Johann und Anna Felbauer* als langjähriger Funktionär/langjährige Funktionärin des Unabhängigen Bauernverbandes ausgewählt.

Franz Rohrmoser (Jg. 1943)

war von 1975 bis 1980 der erste Geschäftsführer der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung (ÖBV). Sein Engagement für eine basisorientierte Bauern und Bäuerinnen Bewegung geht auf seine Erfahrungen mit den im brasilianischen Urwald lebenden Kayabi-Indios, den dort als Befreiungstheologen wirkenden Jesuitenpatres wie auch auf die Bildungsarbeit von Paolo Freire (1998) zurück. Rohrmoser verbrachte die Jahre 1966 bis 1970 im Einsatz des Entwicklungsdienstes in Brasilien. Seine überaus erfolgreiche Strategie in der politischen Arbeit in Österreich war das Zusammenführen von innovativen Bäuerinnen und Bauern mit engagierten Menschen in Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Seit den 1990er Jahren befasst er sich mit Konfliktforschung⁵ und betrachtet die Verhältnisse im Agrarbereich unter dem Aspekt des Defizits an Konfliktaustragung. Er ist der Ansicht, dass sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft nur mit einer entsprechenden Konfliktkultur lösen lassen werden.

4. Österreichische Vereinigung für Agrarwissenschaftliche Forschung, ausgeschieden 2001, seither Ehrenpräsident

5. www.bauernkonflikte.at

Anna (Jg. 1958) und Johann Felbauer (Jg. 1955)

sind als Zeitzeugin und Zeitzeuge im Grunde zu jung. Sie wurden in die Studie einbezogen, weil sie die österreichische Agrarpolitik der vergangenen dreißig Jahre als Betroffene hautnah miterlebten. Auf ihrem Betrieb führten sie eine Reihe von Innovationen durch, sie gründeten eine Betriebsgemeinschaft, stiegen auf biologische Wirtschaftsweise um und vermarkten Produkte direkt. Darüber hinaus haben sie sich in verschiedenen Initiativgruppen sehr stark engagiert und sind nach wie vor für den Unabhängigen Bauernverband und Anna als Delegierte bei Bio Austria politisch tätig.

Die Interviews, die „Spurensuche“ wie auch die Arbeit am Bericht war für uns sehr spannend – wir haben viel erfahren, viel gelernt und haben erlebt, wie lebendig Zeitgeschichte sein kann. Die einzelnen lebensgeschichtlichen Erfahrungen wurden insbesondere für die jungen und künftigen Generationen niedergeschrieben. Lebensgeschichtliche Erfahrungen sind eine Kompetenz der älteren Menschen, welche in der heutigen, hektischen und schnelllebigen Zeit immer mehr an Bedeutung zu verlieren scheint. Wir wollen mit diesem Zeitzeugenbericht dieser Entwicklung entgegenwirken und einen Beitrag leisten für den Prozess des Austausches und des wechselseitigen, kommunikativen Lernens zwischen Alt und Jung.

Josef Krammer, Elisabeth Loibl

Wien, im Oktober 2007

„Ich hab dürfen und nicht müssen“

Franz Zellnig



Foto: Josef Kramer 2004

Als einziger Sohn unter vier Schwestern genoss Franz Zellnig von klein auf das Gefühl der Bevorzugung und „gewisse Privilegien“, die jedoch zugleich mit gewissen Verpflichtungen verbunden waren. Er lernte früh Verantwortung und regelmäßige Arbeiten zu übernehmen. Für ihn charakteristisch ist die Auffassung, er habe arbeiten *dürfen* und nicht müssen. Dadurch sei ihm vieles leicht gefallen während seiner politischen Tätigkeit.

Die Kindheit

Franz Zellnig wurde im Juli 1924 geboren. „Der Vater kommt von Kärnten und die Mutter von der Steiermark, von der Oberen Hütte [Glashütte].“ Der Vater war in Ettendorf in Kärnten geboren, ein Bauernsohn, der Hofname war „Beim Zettel“. Als ersten bleibenden Eindruck erzählt Franz über seinen Vater: „...und gleich wie er auf die Welt gekommen ist, ist seine Mutter verstorben, eh noch im Kindbett.“ Daher ist Franz’ Vater bei den Großeltern mütterlicherseits „Beim Koller“ aufgewachsen. Er hat später diese „Keusche⁶ seiner Großmutter“ in St. Vinzenz geerbt (siehe Seite 13). „Also das ist schon in Kärnten. Aber genau an der Grenze [zur Steiermark]. Bei der Keusche ist halt ein bisschen ein Pachtgrund dabei gewesen. Der Vater hat sich eigentlich immer schon für Forstwirtschaft interessiert und [...] als Forstarbeiter, wie wir gesagt haben: als Holzknecht gearbeitet.“

„Und die Mutter von der Oberen Hütte, die kommt auch von einem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb“ aus Glashütten, eine der höchsten Siedlungen im Grenzgebiet zwischen Steiermark und Kärnten auf der steirischen Seite. „Die Obere Hütte liegt zwischen St. Vinzenz und Soboth.“

6. Unter Keusche versteht man eine kleine Hofwirtschaft. KeuschlerInnen waren Kleinbauernfamilien, deren landwirtschaftliche Nutzflächen nicht ausreichten, um davon ausschließlich leben zu können. Sie waren auf ein außerlandwirtschaftliches Einkommen als Holzarbeiter (wie im Fall der Familie Zellnig), TagelöhnerInnen, ArbeiterInnen oder auch auf Fuhrwerksdienste und andere Dienstleistungen angewiesen. Die vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen dienten ausschließlich der Erzeugung von Nahrungsmitteln zur Selbstversorgung. Daher war ein außerlandwirtschaftliches Einkommen für sonstige Aufwendungen (Kleidung, Schuhe, Handwerker etc.) wie auch für Steuerabgaben erforderlich (vgl. Kramer 1976: 26).

Zellnigs Mutter brachte neun Kinder zur Welt, die nicht alle überlebten. Die ersten drei Kinder wurden in drei aufeinander folgenden Jahren geboren, die letzten beiden in einem Abstand von drei Jahren: „Ich bin 1924 geboren. Aber wir sind alle schon eheliche Kinder. Sie waren da eh schon vorher verheiratet⁷. Meine ältere Schwester ist 1922, die zweite 1923, ich bin 1924, meine eine Schwester ist 1927 und eine 1928“ geboren. Eine weitere Schwester und ein Bruder starben im Säuglingsalter, Zwillingsschwestern kamen als Todgeburt zur Welt.

Als einziger Bub unter vier Mädchen genoss Franz von klein auf bestimmte Privilegien. Damals wie heute galt ein Bub oft mehr als ein Mädchen. „Vier Geschwister, alles Mädchen. Ich bin der Bub gewesen daheim und habe nach meinem Empfinden heute, eher [...] gewisse Privilegien gehabt gegenüber den Schwestern. Habe aber gleichzeitig gewisse Aufgaben übernehmen dürfen, wo ich eine gewisse Sorgspflicht frühzeitig kennen gelernt habe als Kind.“ Es gab „gewisse Tätigkeiten, wo man gesagt hat, das kann der Bub besser, das soll er machen.“

Der Vater

Die Tätigkeit des Vaters in der Forstwirtschaft bedingte seine Abwesenheit in der Familie. Daher wurden sehr früh Pflichten auf den Sohn übertragen. Aus den Erzählungen über die Tätigkeit und die politischen Einstellungen des Vaters lassen sich spätere Parallelen zum Sohn erkennen.

Der Vater hat „zuerst als Holzknecht gearbeitet und dann als Holzmeister. Er hat dann eine eigene Partie gehabt [...]. Das waren durchschnittlich so fünfzehn bis fünfundzwanzig Leute. Wo er die Arbeit besorgt hat für die und auch die Arbeiten geleitet hat [...]. Also schon in einer gewissen Position.“

Diese „gewisse Position“ bedeutete nicht nur eine leitende Funktion, sondern auch die Selbständigkeit. Er war nicht angestellt, sondern beschaffte die Arbeiten wie auch die Holzarbeiter und hielt die Durchführung der Arbeiten im Auge. Er arbeitete überwiegend im Auftrag des Gutes Ordenstein, das heute noch existiert. „Dort hat er ganzjährig die Arbeit gehabt. [...] Er als Holzmeister und zusätzlich, wenn es einmal nicht gegangen ist, hat er halt irgendwo geschaut, dass er Arbeit zuwabrächt [gefunden] hat. Du musst denken, die sind immer beschäftigt gewesen, ganzjährig. Im Frühjahr haben sie zuerst den Schlag geräumt, also abgeheizt und dann haben sie die Aufforstung gemacht, Bamerl gesetzt [Bäumchen gepflanzt]. Und nach dem Bamerl Setzen sind sie schlägern [Bäume fällen] gegangen.“ Das Holz blieb bis zum Herbst liegen, damit es trocknet und besser verarbeitet werden kann, „nicht springt“. Die Holzarbeiter haben auch selbst die Wege gerichtet und das Holz, das „sie im Sommer geschlägert haben, im Winter mit dem Ziehschlitten zur Seilbahn runter geliefert.“ Holzarbeit bedeutete also nicht nur Bäume fällen, sondern beinhaltete auch das Aufforsten und die Lieferung des Holzes „bis zur Seilbahn“. Mit der Seilbahn wurde das Holz nach Ettendorf gebracht und dort von der Firma Romanelli verarbeitet. Einkommen gab es zwar nur wenig, aber „dadurch haben wir ja nicht Hunger leiden müssen“.

7. Wir nehmen an, dass die damals herrschende katholische Tradition Franz Zellnig zu der Erwähnung veranlasst, dass alle Kinder ehelich waren.

Franz Zellnigs Vater hatte immer Arbeit, worüber sich der erwachsene Sohn im Nachhinein wundert: „Und da ist das Interessante, und auch in der ‚Systemzeit‘ [Zeit der großen Arbeitslosigkeit während der 1930er Jahre], da hat’s immer diese Beschäftigung gegeben. [...] Ich kann mich nur einmal erinnern, dass der Vater heim gekommen ist und gesagt hat: *‚Jetzt sind wir ausg’steuert.‘*“ Durch die Beschäftigung in der Holzwirtschaft waren die Männer nicht oder nur marginal von der Arbeitslosigkeit der Wirtschaftskrise betroffen. „Dadurch, dass halt das alles händisch gemacht worden ist.“ Die Mechanisierung ersetzt heutzutage viele seinerzeitige Arbeitsplätze nicht nur in der Holzwirtschaft, sondern in allen Sektoren.

Der Vater dürfte, den Eindrücken des Sohnes entsprechend, ein respektierter Vorarbeiter gewesen sein und hatte „eine gewisse Vertrauensbasis“ unter seinen Leuten. „Ich kann mich nie erinnern und es ist auch nie vorgekommen, dass er einmal irgendwo eine Unehrllichkeit gehabt hat.“ Keiner seiner Männer hat ihn betrogen. Es gab Eifersüchteleien in der Gruppe. Ein Holzarbeiter hätte zu seinem Vater gesagt: *‚Du, auf’d Nacht, wenn ich dir die Stückzahl zurufe, dann musst halt fünfundzwanzig abziehen. Weil ich muss den anderen ärgern, dass ich um fünfundzwanzig mehr hab.‘* Auch der Umstand, dass es kaum Unfälle bei dieser gefährlichen Arbeit gab, weist auf ein gutes und vor allem umsichtiges Führungsgeschick hin.

Nach unseren Eindrücken lag es an seiner Autorität, wenn seine Leute ihn bei der Anzahl der Stückzahl „nicht beschummelt“ haben. Nach Einschätzung des Sohnes hängt es auch damit zusammen, dass er nicht nur „angeschafft“ [Arbeiten angeordnet] hat, sondern „immer mit g’schepft [gearbeitet] hat.“ Er war „ein richtiger Fachmann“.

Der Vater war dem Sohn auch durch seine politische Tätigkeit ein Vorbild. Er war Ortsschulrat in St. Vinzenz und Gemeinderat in Ettendorf. „Also er ist schon frühzeitig auch politisch tätig gewesen.“ Der Sohn erlebte den Vater als Mittelpunkt in der Gemeinde. Er war Sozialist „also Sozi“ wie auch die übrigen Forstarbeiter und erzählte immer wieder, worüber im Gemeinderat diskutiert wurde.

1934 - „da ist der Putsch gewesen“ - wurden die sozialistischen Holzarbeiter nach Ettendorf gerufen. Es wurde kolportiert, dass die Männer sich verteidigen müssten, „weil von Wolfsberg kommt das Bundesheer runter“. Den Männern wurden Gewehre zur Verfügung gestellt. Lediglich zwei, drei jüngere Männer blieben. Die Familienväter weigerten sich, an den Kämpfen teilzunehmen. So auch Franz Zellnigs Vater.

Über die Zeit des Austro-Faschismus gibt es eine Unklarheit, die ihm auch sein Vater nicht hatte erklären können. Kurze Zeit nach dem in der österreichischen Geschichte ereignisreichen Jahr 1934 wurde der Sozialist Roman Zellnig Abgeordneter im Kärntner Landtag „Bei den Schwarzen“⁸. [...] Er hat mir das nie erklären können.“ Die Sozialistische Partei war nach dem 12. Februar 1934 verboten worden.

1938 war die Einstellung der Familie Zellnig, Österreich zu erhalten und sich gegen den Anschluss auszusprechen. Schuschnigg war eine Art „Leitfigur, der das unter Umständen verhindern kann, dass es zum Anschluss kommt“.

Als am 12. März 1938 Hitler-Truppen in Österreich einmarschierten, hielt sich der Vater in Klagenfurt auf. Er fühlte sich durch den Umsturz gefährdet. „Auf der anderen Seite ist er auch sehr mutig gewe-

8. Christlichsoziale Partei (CSP)

sen.“ An einer „Zusammenkunft der Leute, wo halt die ‚Befreiung‘ von Österreich gefeiert worden ist“ nahmen auch die Eltern von Franz Zellnig teil. „Und wie sie halt dort fest ‚Heil Hitler‘ geschrieen haben, hat die Mutter erzählt, steht der Vater alleine auf und schreit ‚Heil Österreich!‘“ Danach mussten sie so schnell wie möglich „*abhauen, haben wir müssen schauen, dass wir weiterkommen*“.

Als der Vater zwei, drei Tage später nach Hause kam, erzählte er, der Gendarmeriepostenkommandant in Ettendorf habe ihn zu sich gewunken und ihm mitgeteilt, dass ein Haftbefehl gegen ihn vorliege. Er wollte ihn nicht verhaften, sondern nur warnen. Durch den „Umsturz“, den Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland im März 1938, fühlte sich der Vater gefährdet. „Da hat es gewisse Feindseligkeiten gegeben“, und er wurde politisch verfolgt. Durch die Warnung des Gendarmeriebeamten wurde sich der Vater bewusst, dass er mit seiner Familie die Umgebung von St. Vinzenz verlassen musste. „Und ist dadurch in die Steiermark raus gekommen.“ Er suchte sich Arbeit im Raum Zeltweg. „In Zeltweg hat er im Fliegerhorst gearbeitet. Durch einen Freund bekam er eine Wohnung in Sulzerau (Rötsch, Nachbargemeinde von Obdach) angeboten, in die die Familie später einzog. In der neuen Umgebung wurden erst nach dem Krieg Freundschaften geschlossen.

„Vom [19]39er Jahr bis zum [19]45er Jahr [ist er] bei der Wehrmacht gewesen.“ Für Sozialisten stellte der Dienst in der Wehrmacht einen gewissen Schutz dar. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Vater nicht mehr verfolgt und brauchte keine Inhaftierung mehr zu fürchten. Er nahm am Russlandfeldzug teil. „Zuletzt ist er ja Stabshauptfeldwebel gewesen. [Er hat einen] dementsprechenden Posten gehabt auch bei der Wehrmacht.“ Vater und Sohn kamen am selben Tag 1945 vom Krieg nach Hause zurück. Der Sohn drei Stunden vor dem Vater.



Vater Roman, Sohn Franz und Franz Zellnig sen. 1957
Foto: Familienarchiv

„Von [19]34 bis [19]38 ist er bei den Schwarzen gewesen, dann bei den Faschisten und sogar in einer dementsprechenden Funktion. Und im [19]45er Jahr hat er eigentlich, glaube ich halt schon, seine richtige politische Gesinnung wieder aufgenommen. Ist Sozialdemokrat gewesen. Und hat ein Riesenvertrauen gehabt. [...] Er ist immer Sozialist gewesen, bis zum Sterben. Ist das nicht eine interessante Bewegung? War überzeugter Sozialdemokrat. [...] Er war immer ein unheimlich politisch denkender Mensch, und ich muss sagen, er hat auch gar nicht so wenig geleistet zu Gunsten der Schwächeren. Da hat er sicherlich viel gemacht. Auch von [19]34 bis [19]38“, als er im Kärntner Landtag Abgeordneter der Christlichsozialen Partei war.

„Ich bin der Meinung, wenn er unten [in St. Vinzenz] geblieben wäre, hätte er ja den Krieg nicht überlebt. [...] Viele seiner ‚Mitreiter‘ [Parteigenossen] nahmen Verbindung zu den Partisanen auf.“ Einige

sind 1945 hingerichtet worden. Der Vater wäre nach Ansicht des Sohnes „sicherlich involviert worden“. Gegen Ende des Krieges gingen die Nazis besonders grausam gegen SympathisantInnen der Partisanen vor. Die Tochter des Kirchenwirts in Ettendorf wurde hochschwanger hingerichtet, „weil sie mit den Partisanen mitgearbeitet hat. Im [19]45er Jahr noch. Es war eine grausliche Zeit. Und da war’s sicherlich gut, dass er nicht unten [in St. Vinzenz] war.“

Nach dem Krieg arbeitete Roman Zellnig als Portier im Landeskrankenhaus in Wolfsberg. „Was ein vollkommen schwarzer Betrieb war, hat er [als Gewerkschafter] einen rein sozialistischen Betrieb gemacht [d.h. politisch vollkommen verändert]. Und hat den Ausbau im Krankenhaus schon ganz gewaltig vorangetrieben.“ Darin war der Vater dem Sohn ein Vorbild. Eine ähnliche Begebenheit sollte sich im Leben des Sohnes wiederholen.

Die Mutter

Als die Mutter mit ihrem erstgeborenen Sohn niederkam, war es zu spät, die Hebamme in St. Vinzenz zu holen. Eine Haushaltshilfe, ein ungefähr vierzehnjähriges Mädchen, sollte ihre Mutter holen, die in der Nähe wohnte. Doch auch diese Nachbarin kam zu spät. Die Mutter erzählte dem Sohn: „*Bis die Mutter kommen ist, bist du schon da gewesen. Hab ich dich schon selber abgenabelt gehabt und haben wir niemand braucht.*“ Die Mutter hat es damals bereits als die Selbständigkeit des Kindes gedeutet:

„*Du hast dich ja dort [damals] schon so selbständig benommen, wie du kommen bist.*“

Die Arbeit im Haus und in der Landwirtschaft wurde bereits sehr früh den Kindern überantwortet. Denn die Mutter hatte ein psychisches Leiden. „Mit der Mutter haben wir ein bisschen Pech gehabt, die ist eigentlich überwiegend krank gewesen.“ Franz Zellnig kannte die Ursache nur „dem Erzählen nach“. Nach Ansicht dieser Quelle „soll sich [die Mutter] bei einem Kind erkältet [haben] und hat dann Gehirnhautentzündung gekriegt. Und nach dieser Gehirnhautentzündung hat sie gewisse Vorstellungen gehabt, was sie nicht hat tun können, wie z.B. nichts Schwarzes angreifen können. Sie hat nichts G’schmiertes [Schmutziges] angreifen können.“

Die Zwangsstörung wurde wahrscheinlich ausgelöst durch traumatische Erlebnisse wie eine beinahe tödlich endende Erkrankung und der Verlust von vier Kindern. Das größte Problem für die Kinder war ihr dadurch bedingtes Unvermögen zu kochen. „Die Mutter ist nachher zum Herd nicht mehr hingegangen und [hat] auch nicht mehr kochen können.“

Vorne sitzend Urgroßmutter und Großmutter von Franz Zellnig
links: seine Mutter, die anderen Frauen sind deren Schwestern

Foto: Familienarchiv, 1925



Das Leiden begann um 1930. Franz Zellnig war damals sechs Jahre alt. Gekocht hat seine ältere Schwester, damals erst acht Jahre alt. Sie hat auch andere Arbeiten im Haushalt erledigt. Die Hofarbeiten verrichtete der Sohn.

„Und die Hofarbeiten – wir haben so durchschnittlich vier, fünf Stückl Vieh gehabt – das habe ich gemacht. Also ich habe das mit dem siebenten Lebensjahr alles ohne weiteres geschaukelt. Der Vater war nicht da.“

Die Familie nahm das Leiden der Mutter als gegeben. „Das ist eigentlich in der Familie alles normal gewesen. Hat die Familie nicht besonders belastet. Überhaupt nicht. Sie hat einfach den Freiraum gehabt und ist so akzeptiert worden. Mit dem wächst man auf, wenn man hineingeboren wird. [...] Das Verhältnis mit der Mutter hat sich so eingelebt. Das haben wir gar nicht gespürt. Innerhalb der Familie [ist die Arbeit] aufgeteilt gewesen und das hat auch funktioniert. [...] Ich meine, das haben wir nicht so tragisch gefunden, dass die Mutter öfters im Spital war. Aber es ist daheim eigentlich immer gleich weitergegangen. [...] Und der Vater ist halt seiner Arbeit nachgegangen.“

Die Mutter war immer wieder im Krankenhaus in Wolfsberg, zweimal auch in einer Nervenklinik in Graz. Doch die Spitalsaufenthalte konnten ihren Zustand nicht verbessern. „Das [Leiden] war nicht positiv zu beeinflussen. Das ist wohl ein, zwei Tage [besser] gegangen. Daheim war wieder das gleiche da. Aber wir als Kinder, und ich muss sagen, auch der Vater, wir haben das so genommen, das ist halt so. [...] Das ist so. Wir haben dadurch eigentlich ein ganz ein normales Leben geführt.“

Erstaunlicherweise zeigte sich das Leiden der Mutter nur im Haus. Sobald sie im Freien war, konnte sie alle Arbeiten erledigen. Sie ist fünfundneunzig Jahre alt geworden und wurde, als die Geschwister heirateten, von der älteren Schwester betreut.

Franz Zellnigs Mutter hatte auch andere Eigenschaften. „Und so war sie eigentlich eine sehr humorvolle Frau. Und was sie ganz gern getan hat, gesungen hat sie ganz gern mit uns.“ Sie war auch sehr mutig. Als der Vater im März 1938 die letzten Besorgungen in der Landesregierung in Klagenfurt erledigte, standen zwei Nazis vor der Tür auf der Suche nach ihm. Die Mutter erklärte den beiden, er sei nicht zu Hause und verwehrte ihnen den Zutritt zum Haus. Natürlich vermuteten die Nazis, ihr Mann habe sich versteckt. „*Er ist nicht da! Aber herein lasse ich euch nicht!*“ Sie schickte den Sohn nach einer Hacke. „*Wenn ihr herein geht, hacke ich euch den Schädel ab*“, soll sie gedroht haben. „Dann sind sie abgezogen. Also es gehört Mut dazu.“

Das Elternhaus

Die räumlichen Verhältnisse des Hauses waren dürftig. Das Haus hatte eine Küche und ein Zimmer für sieben Familienmitglieder. Erst später ist ein Zimmer an das Haus angebaut worden. Dadurch fühlte sich Franz Zellnig nicht benachteiligt. „Da waren wir alle beieinander. [...] Wir haben ja daheim drei Betten gehabt. Und ein paar Einschubbetten für sieben Leute und eine Küche und ein Zimmer, wo wir gewohnt haben, für sieben Leute. Und ich hab das Privileg gehabt, weil der Bua [Bub], der fürchtet sich nicht, der hat im Stadl schlafen dürfen, im Heu draußen.“ Das Privileg war in erster Linie darauf zurück zu führen, dass es im Heu keine Flöhe gab. Natürlich habe er nur im Sommer im Heustadl schlafen können. „Solange wie’s halt gegangen ist.“ Im Winter war es zu kalt.

Der Raum, in dem die gesamte Familie geschlafen hat, war im Winter beheizt. „Da ist ein Kachelofen gewesen.“ In anderen Gegenden Österreichs wie auch in Südtirol war dies nicht immer der Fall.

Aus welch monetär armen Verhältnissen Franz Zellnig stammt, zeigen die Besitzverhältnisse. „Der Grund zum Betrieb hat nicht uns gehört, das ist ein Pachtgrund gewesen. Das ist bei allen Forstarbeitern so gewesen. Die haben eine Keusche gehabt. Der Grund hat der Herrschaft gehört, wo sie gearbeitet haben. Und bei uns ist es halt so gewesen, dass die Keusche dem Vater gehört hat. [...] Nur der Grund und Boden, wo das Haus drauf gestanden ist, das hat wieder der Herrschaft gehört. Eine Luftkeusche⁹ war das.“



Geburts- und Elternhaus Zellnigs „Beim Koller“ in St. Vinzenz auf der Koralpe um 1925
Foto: Familienarchiv



Zellnig bei der Ruine seines Geburts- und Elternhauses 2005
Foto: Josef Krammer

Das nächstgelegene Kaufhaus war in Ettendorf, drei Stunden Fußweg entfernt. „Und der erste Arzt ist viereinhalb Stunden weg gewesen, der Doktor Berger war in Lavamünd.“

Der Hof

Auf dem Hof gab es Kühe und Jungvieh, Schweine und Hühner. Wenn Franz Zellnig von durchschnittlich drei bis vier „Stüeckl Vieh“ redet, meint er damit nur die Kühe. Schweine und Hühner wurden ausschließlich für den Eigenbedarf gehalten. Das Fuhrwerk wurde von Kühen gezogen, das Holz und das Heu mit der eigenen Körperkraft in die Scheune gebracht.

Im Winter stand Franz Zellnig als Schulkind um fünf Uhr auf. Er musste vor der Schule die Tiere füttern und die Kühe melken. Bereits im Alter von zehn Jahren hatte er begonnen, diese Arbeiten eigenverantwortlich zu übernehmen. Das war ihm durch die tägliche Routine keine Anstrengung.

„Das ist halt so. Ich hab's auch nicht als Belastung gefunden [empfunden], überhaupt nicht. Im Gegenteil. Bin ich gern raus gegangen. Die haben gewartet draußen, die Viecher, auf mich. Im Sommer hab ich's leichter gehabt, da hab ich nur melken brauchen und die Viecher raus treiben, nachher sind sie eh

9. Von einer Luftkeusche wurde gesprochen, wenn sich der Grund, auf dem das Wohnhaus und die Wirtschaftsgebäude standen wie auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht im Besitz der Familie befanden, sondern gepachtet wurden.

selber auf die Weide gegangen. Und auf d’Nacht [am Abend] bin ich’s halt holen gegangen. Und [hab sie] wieder gemolken.“

Auf die Feststellung: Du warst der Bua, du hast alles machen müssen, antwortet Franz Zellnig: „Du formulierst, ich hätt *müssen*. Ich hab gesagt: tun *dürfen*. Das ist ja nicht so gewesen, dass ich das muss, sondern das war ja für mich eine Selbstbestätigung. Dass ich das kann. Und meine Mutter hat ja das so wunderbar verstanden, so zu interpretieren, dass das etwas Besonders ist. Nicht als belastend.“

Der einzige Sohn erfährt durch seine Eltern Anerkennung und Förderung. Franz Zellnig erkennt die Bevorzugung gegenüber den Schwestern. „Ich bin gegenüber meinen Geschwistern ja bevorzugt gewesen, weil ich das kann. Meine Schwestern haben sich auch nach mir orientiert. Weil der Franzi kann das. Und ich habe ja Sachen gemacht, wir haben ja unser ganzes Heu, haben wir ja alles heimgetragen, also für die vier, fünf Stückl Vieh. [...] Es ist viel Heu, aber für uns ist es ja regelrecht eine lustige Sache gewesen.“

Das Heu wurde in zusammen gebundenen Leintüchern in die Scheune gebracht. Bei der Heuarbeit hat die Mutter mitgearbeitet. „Die Mutter hat draußen am Grund alles gemacht. Hat zusammengereicht und wir haben halt getragen, wir Kinder. War ja lustig, das ist ja nicht belastend gewesen. Das Gegenteil. Das war ja schön. Und da ist halt der Bua immer der gewesen, der es besser kann. Und das wächst dir ja rein.“

Der Vater im Holzschlag hat durchschnittlich fünfunddreissig Groschen die Stunde verdient. Das sei ein guter Stundenlohn gewesen. Damals brauchte man für ein Paar Schuhe ungefähr vier Schilling. In zehn Stunden hat der Vater drei Schilling fünfzig verdient. Er hat, stellt Zellnig fest, „also nicht einmal ein Paar Schuhe am Tag verdienen können“. Es fällt auf, dass Franz Zellnig für den geldmäßigen Vergleich Schuhe heranzieht und nicht Lebensmittel, da seine Familie überwiegend von der Eigenversorgung lebte. Er konnte sich nicht mehr daran erinnern, wie viel Lebensmittel zur damaligen Zeit gekostet haben.

Für das Haushaltseinkommen einträglich war das „Schwammsuchen“. Die Herrenpilze wurden in Krumbach verkauft. Sobald „ein bisschen ein Schwammwetter war“ brach Franz zeitig in der Früh auf, um Pilze zu sammeln. Er kannte die „Schwammplätze. [...] Es ist keine Seltenheit gewesen, dass ich fünf, sechs Kilo Schwamm gehabt habe. Und damit bin ich am Nachmittag auf [nach] Krumbach gegangen.“ Es war keine Seltenheit, dass er für das Kilo Herrenpilz achtzig Groschen bekommen hat. „Ich hab das Paar Schuhe leicht zusammengebracht durch’s Schwammholen.“

„In der Schwammsaison habe ich immer mehr verdient wie der Vater, immer. Das hat doch immer drei, vier Wochen gedauert. Habe auch die dementsprechende Anerkennung gehabt nachher. Wenn man zum Familienhaushalt [...] beigetragen hat. Und außerdem habe ich’s ja gern gemacht, das war ja lustig. Der Schwammhandel war auch lustig.“ Früh übt sich, wer ein Meister werden will, heißt es. Er musste mit dem Händler immer wieder um den Preis verhandeln. Verhandeln war später eine seiner Haupttätigkeiten in der Politik.

Das Geld gehörte nicht ihm, es kam in die Haushaltskassa. „Ja, ja wir haben alles gemeinsam gehabt und keiner etwas extra gehabt. Also das Brot ist für alle gleich da gewesen, das Essen für alle gleich da gewesen und auch das Geld.“

Der Freund

Franz Zellnig erzählt begeistert von einem Menschen, der neben der Familie seine wichtigste Bezugsperson in der Kindheit war. Er widerlegt damit Bilder, die vielleicht so manche unter uns im Kopf haben über das Verhältnis von Kindern und Autoritätspersonen in den 1930er Jahren. Dieser Mann war zur damaligen Zeit, als er in Franz' Leben eine wesentliche Rolle spielte, schätzungsweise Mitte dreißig.

„Ich bin ja in einer zweiklassigen Volksschule unterrichtet worden. [...] Wir waren ungefähr siebzig Schulkinder.“ Der Lehrer „ist mein persönlicher Freund gewesen. [...] Der Lehrer und ich sind sehr viel unterwegs gewesen. Der hat mir außerschulisch unheimlich viel beigebracht. Von ihm hab ich zum Beispiel die Imkerei gelernt. Miteinander haben wir's gemacht. Er hat Bienen gehabt. Wir haben miteinander angefangen.“

Damals war Franz Zellnig zehn, elf Jahre alt. Er hat seinen Freund umsorgt, wenn er Hilfe brauchte. „Wenn der [Lehrer] krank war, habe ich ihm den Tee gekocht. Oder ich habe den Halswickel gemacht oder die Bude geputzt.“ Durch die Freundschaft mit dem Lehrer fühlt Franz sich wieder bevorzugt. „In der Schule habe ich das Privileg gehabt, wenn so Experimente zu machen waren, habe ich sie machen dürfen. [...] Also wir waren sehr, sehr verbunden. Er hat mir zum Beispiel schwarz Fischen gelernt.“

Zum Fischen ist es in Österreich erforderlich, eine Genehmigung für ein bestimmtes Gewässer zu haben. Ohne diese Genehmigung zu fischen wird umgangssprachlich als „schwarz Fischen“ bezeichnet. „Mit den Händen fischen, ohne dass du eine Erlaubnis hast. [...] Das Schwarzfischen ist ja bei uns daheim eigentlich von den Eltern her nicht untersagt gewesen. Die Mutter hat ja oft eine Freude gehabt, wenn ich einen Fisch heimgebracht habe.“ Als der Vater an einem Wochenende nach Hause kam, meinte er: „*Der Heinrich [Oberförster] hat dich beim Schwarzfischen erwischt.*“ Franz entgegnete, er habe „die Fische eh heimgebracht“. Daraufhin der Ratschlag des Vaters: „*Lass dich das nächste Mal nicht erwischen!*“

„Dann hat er [der Lehrer] mir gelernt, wie man ein Reh fängt.“ Auch das Rehkitzfangen war ungesetzlich, da nur Jäger die Erlaubnis dafür hatten. Es war vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet wildern. Doch Franz Zellnig sieht das anders: „Na ja, das habe ich nicht als Wildern empfunden. [...] Aber, ich mein, das sind halt schon wunderbare Sachen. Ich hab sie dann einmal genützt. Ich hab das Reh gefangen und hab's dem Förster raus getragen und hab dem Förster gesagt: ‚*Das hat so gepfiffen draußen und es war keine Mutter dabei*‘ und ihm [das Kitz] abgeliefert. Und der Förster hat mir dann fünfzig Groschen gegeben dafür. Weil ich ihm das Reh gebracht hab.“

Nachdem der Bub den Dreh heraus hatte und dafür Geld verdienen konnte, blieb es natürlich bald nicht unentdeckt, dass etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. „Dann habe ich halt wieder mal eins gefangen



Volksschule in St. Vinzenz 2005

Foto: Josef Krammer

und wieder mal eines. Und dann hat er halt gesagt: *„Na Bua, soviel verlassene Reh haben wir eigentlich noch selten gehabt, wie heuer.“* Mir ist es ja um die fünfzig Groschen gegangen.“ Damit konnte er fünf Stück Schokolade kaufen. Der Förster hat nicht erfahren, wer dem jungen Franz das Rehkitzfangen beigebracht hat. Dass er die Rehe fängt und nicht verlassene Kitz findet, hat er dem Förster später anvertraut. „Der Förster hat nicht geschimpft.“ Trotzdem habe er danach nie mehr ein Rehkitz gefangen. Hier zeigt sich uns die aufmerksame Wahrnehmung des jungen Franz Zellnig. Auch wenn der Förster nicht schimpft, versteht er doch, dass es nicht in Ordnung ist und fängt fortan kein Rehkitz mehr.

Der Lehrer half dem Franz bei seinen Arbeiten auf dem Hof. „Wenn die Mäharbeit war, da war ich [...] sicherlich schon so um die zwölf Jahre herum, ist mein Lehrer, also mein Freund, oft gekommen, in der Früh, um vier oder halb vier und hat gesagt: *„Du Franz, gehen wir eine Stunde mähen.“* Sind wir eine Stunde mähen gegangen. Dann habe ich den Stall gemacht und die Viecher [das Vieh] raus getrieben. Und dann bin ich in die Schule gegangen.“ Morgens, ehe er zur Schule ging, mit dem Lehrer zu mähen, war im Sommer keine Seltenheit.

„Also [der Lehrer war] wirklich ein wunderbarer Mensch. Der hat mir fürs Leben soviel mitgegeben.“

Der Vater war, wie bereits erwähnt, selten zugegen. „Die Mutter war überwiegend im Bett.“ So füllt der Lehrer die leere Stelle der erwachsenen Bezugsperson. Dies zeigt sich auch in den Biografien anderer Menschen. Fallen die Eltern als Bezugspersonen aus, aus welchen Gründen auch immer, gibt es den Großvater, die Großmutter, eine Tante, einen Onkel oder eben einen Lehrer, der für das Kind sehr prägend und wichtig wird. Vielfach beruht diese Beziehung auf Gegenseitigkeit. Der Lehrer war ein väterlicher Freund, der ihm wertvolle Ratschläge fürs Leben gab.

„Der hat mich ganz schön angehalten, er ist aber zu mir auch gern gekommen. Also das war nicht einseitig. Das war gegenseitig. Und er hat mir auch gesagt, werde nie vergessen, den Satz: *„Wennst [Wenn du] groß bist, du bleibst ja nicht in Vinzenz, da hast du ja keine Entwicklung, du gehst raus in die Welt. Aber eines sag ich dir, wenn die Leute reden und erzählen, tu losen [zuhören], tust alles aufnehmen, was sie erzählen. Aber glauben darfst du nur das, was du gesehen hast!“*“

Dieser Hinweis sei für sein späteres Leben sehr wichtig gewesen. Das habe mit Misstrauen nichts zu tun. Er sei als Kind aufmerksam gemacht worden, dass nicht immer alles stimmt, was die Leute reden. Sie geben nicht Tatbestände weiter, sondern lediglich persönliche Interpretationen davon, wie sie bestimmte Dinge wahrnehmen und sehen. Diesen Gedanken habe der Lehrer in seinen Hinterkopf eingepflanzt. „Der Gedanke allein erspart so manche Enttäuschung im Leben. Das hat mir der Lehrer beigebracht. [...] Das sind so Begebenheiten, die das spätere Leben beeinflussen. Und das Glück haben, dass man da, wenn der Vater nicht so viel Zeit hat, weil er halt in der Beschäftigung ist, einen Lehrer hat, der einem so fördert, das ist halt auch ein Seltenheitswert und dass man sich gegenseitig wirklich mag.“

Essen

Sterz aus Maisgrieß (Polenta) war das Hauptnahrungsmittel. Es wurde zum Frühstück, zu Mittag und als Abendessen gegessen. „Sterz, hat Vater immer gesagt, *das ist unsere Hauptkost.* Ja, gut und dann halt das Schweinefleisch, was wir selber gehabt haben.“ Der Sterz wurde mit dem hausgemachten Speck

abgeschmolzen. Oder es wurde Milch über den Sterz gegossen. In dieser Form war der Sterz das tägliche Frühstück.

Es hat auch saure Milch gegeben. „Wir haben ja verhältnismäßig viel Milch gehabt. Weil wir ja durchschnittlich drei Kühe zum Melken gehabt haben. [...] Wir haben nur Milch gegessen. Wir haben nie gebuttert.“ Milch wurde weder zu Käse noch zu Butter verarbeitet. „Käs hab ich gar nicht gekannt als Kind. [...] Butter habe ich einmal kennen gelernt.“ Durch eine Schulfreundin, die ihm begegnete beim Einkaufen gehen. Sie hatte ein Butterbrot dabei. Als er es kostete, schmeckte es ihm nicht. Ihm schmeckte nur, was er kannte: Fleisch, Speck, Sterz, Erdäpfel, Roggenbrot.

Brot wurde nur dann selbst gebacken, „wenn wir Korn gehabt haben. Korn ist immer zuwenig gewesen.“ Korn ist Roggen in dieser Gegend. Das meist verbreitete Getreide in der Gegend heißt immer Korn. Das kann in anderen Gebieten der Weizen oder die Gerste sein und wieder anderswo der Mais.

Immer wieder kommt Franz Zellnig darauf zu sprechen, dass er gerne gearbeitet hat und auch gerne seine Familie versorgt hat. Bereits als Kind.

„Und dann ist es immer so gewesen, wenn kein Holz daheim war, hat die Mutter gesagt: *„Du Franzi, wenn wir morgen Sterz kochen wollen, musst halt schauen, dass du noch ein Holz kriegst.“* Bin ich halt in den Wald gegangen. Wir haben ja freie Entnahme gehabt von Brennholz draußen [Wald in der Umgebung des Hauses] von der Herrschaft.“ Er suchte einen Dürrling, schnitt diesen mit der Bogensäge um, zog das Holz hinter sich her nach Hause. Dort schnitt er „den dünnen Ast oder Baum zusammen“ und hat es „aufgekloben“, gehackt. „Das war für mich eine besondere Anerkennung, dass wir Sterz haben kochen können.“ Sein ganzes Leben lang galt: „Dass ich immer gerne für andere gesorgt hab.“

Gegessen wurde in der Familie gemeinsam aus einer Schüssel. „Bei uns ist ja nicht aufgeteilt worden. Sondern da ist die Schüssel gekommen und da war der Sterz drinnen, ist die Milch draufgeschüttet worden und auch die Suppe. [Wir haben] mit dem Löffel von einer Schüssel raus gegessen.“

Zum Thema Essen fällt wieder Franz Zellnigs allgemeine Zufriedenheit auf. „Eines muss ich sagen, wir sind immer satt geworden, ist egal, ob du dreimal Sterz isst am Tag. Ist halt so. Und heute wissen wir ja, dass Polenta ein gesundes Nahrungsmittel ist. [...] Bei uns gibt's [heute noch] täglich zum Frühstück Sterz. Außer Sonntag. Sonntag machen wir uns Wurst mit Eierspeis.“ An den Feiertagen gab es Weißbrot und einen Reindling, süßer Germteigkuchen mit Rosinen. „Im Fasching haben die Frauen Krapfen gebacken.“ Heutzutage stehen alle Speisen jederzeit zur Verfügung. Eine Folge davon ist, dass bestimmte Erzeugnisse und Gerichte keinen Seltenheitswert mehr haben. Franz Zellnig bedauert diesen Umstand, denn in früheren Zeiten konnte er sich auf die seltenen Köstlichkeiten freuen.

Kranksein

Wer zum Arzt ging, musste große, nicht mit Hausmittel heilende Schmerzen haben. Denn die meisten Verletzungen und Krankheiten wurden selbst geheilt. „Wenn da einmal einer zum Arzt gegangen ist, da müsste eine besondere Notsituation gewesen sein. Da ist schon was Gröberes passiert. [...] Man hat das ja, sagen wir, alles weitgehend selbst wieder repariert, was halt irgendwie gegangen ist [möglich war].“

Bei Krankheiten wurden Hausmittel eingesetzt und zum Verbinden alte Tücher, „Fetzen“ verwendet. „Fetzen, was man halt grad gehabt hat, alte, nicht mehr brauchbare Kleider sind gewaschen worden und

zur Fatschen [Binde] aufgeschnitten worden und mit dem ist halt eingebunden worden. Wir haben aber auch nicht so viele Verletzungen gehabt.“

„Kopfweh, Fieber, Gliederschmerzen und so was ist ja bei uns gar nicht behandelt worden.“ Im Krankheitsfall wurde bei Fieber Holundertee und Gelee aus Holunderbeeren verabreicht. Auch Pfefferminze und Kamille wurden angewendet.

Bei Erkältungskrankheiten wurden Ziegel im Ofen angewärmt, in ein Tuch eingewickelt und ins Bett des/der Kranken gelegt. Gegen Rheumatismus, Gicht und ähnliche Beschwerden gab es kein Mittel. Bei Rheumatismus hieß es: „Der hat halt das Reißen. [...] Da hat's keine Behandlung gegeben.“

Wenn Kinder die „Fras“ hatten, wurde mit Speik geräuchert. Das Kind wurde in den Rauch gehalten. Als „Fras“ wurde ein Anfall bezeichnet, wenn Kleinkinder und Säuglinge unter einer Verkrampfung litten, ähnlich einem epileptischen Anfall. Das Gesicht ist schmerzverzerrt, sieht trotzdem aus, als würde das Kind grinsen. Es ist nicht gewiss, ob der Anfall tatsächlich lebensbedrohend war. Doch die Eltern sorgten sich natürlich sehr. „Da hat's schon immer sehr starke Aufregung gegeben [...] wo die Eltern um den Bestand des Kindes manchmal gezittert haben, [...] dass es auch überlebt.“ Der Speikrauch hat die Verkrampfung gelöst.

Auf der Koralpe und der Saualpe gab es Speik in großen Mengen. Diese Alpenpflanze ist für verschiedene Heilzwecke eingesetzt worden. Das Speikklauben war eine wichtige Einnahmequelle für bäuerliche Familien, bis er während der Zeit des Austrofaschismus 1936 unter Naturschutz gestellt wurde. Der Ständestaat schadete mit diesem Gesetz nicht nur der bäuerlichen Bevölkerung, sondern auch den jüdischen Händlern, die Speik in den Orient exportierten (vgl. Novak et al. 1999).

Die Wurzel von Enzian wurde als Heilmittel bei Verdauungsstörungen eingesetzt. Mit der „Enzewurzen“ des großen Enzians wurde Schnaps angesetzt. Rhabarber, den Franz Zellnig heute noch gerne isst, ist nicht nur ein Nahrungsmittel, sondern auch ein Heilmittel. Es wurde und wird beispielsweise gegen Gürtelrose und Herpes eingesetzt.

Aus heute nicht mehr ersichtlichen Gründen wurde Wasser aus einer Rinne getrunken, die im Sommer, wenn die Tiere auf der Weide waren, mit deren Fäkalien in Berührung kam. Es gab eine Quelle unweit vom Haus mit gesundem, reinem Wasser. Dort wurden die Tiere zur Tränke gebracht, während die Menschen über lange Zeit das verunreinigte Wasser getrunken haben. Die Unhygiene war für Franz Zellnig als Kind selbstverständlich. Er ist davon überzeugt, dass sich mit der Zeit eine Immunität eingestellt hat. In der gesamten Familie erkrankten nur er und sein Großvater durch die mangelnde Wasserhygiene. Franz erlitt eine Colivergiftung. Der Vater rannte zum Arzt nach Lavamünd, um eine Medizin zu holen. Er brauchte dafür nur vier Stunden. „Normal geht man zum Arzt, owe und aufa [runter und rauff], zehn Stund, aber heut hab ich's in vier Stund g'schafft, damit ich ja noch zurechtkomm.“ Die Sorge um das Kind verlieh ihm übermenschliche Kräfte. „Bua, jetzt ist es knapp gwesen bei dir“, habe der Vater gesagt.

Es gab einen Forstarbeiter, genannt Bansi, der sich auf Knochenbrüche spezialisiert hatte. „Also der hat das besonders gut können.“ Die Bruchstelle mit Holz geschient und „eine Paste hat er selber gebraut. [...] Die war sehr stark mit dem Pech [Kiefernharz] durchsetzt und gewisse Kräuter.“ Niemand kannte die genauen Zutaten für diese Paste. Es wurde als „Bansipflaster“ bezeichnet.

Einen Arzt konnte man sich zur damaligen Zeit nicht leisten. „Es war ja auch nicht billig.“ Für heutige Verhältnisse kaum noch vorstellbar, war es nicht üblich, zum Arzt zu gehen. Zellnig fühlte sich dadurch nicht benachteiligt: „Wir haben es ja gar nicht empfunden, dass wir dadurch gefährdeter oder schlechter gestellt sind. Das ist unsre Gegend und in der sind wir aufgewachsen. Da sind nicht mehr Leute gestorben als wo anders.“ Dieses Resümee kann zum Nachdenken anregen angesichts der hohen öffentlichen Gesundheitsausgaben.

Prägungen

Angesprochen auf die sozialen Verhältnisse in der Schulklasse und in der heimatlichen Umgebung erfahren wir, dass es kaum soziale Unterschiede gab. Mehr als neunzig Prozent der Familienväter in der Umgebung arbeiteten als Holzknecchte. Die meisten Familien hatten „eine Keusche [...] und ein Stückl Grund“. Die Keusche befand sich überwiegend im Besitz der Herrschaft. Es wurde eine kleine Landwirtschaft für die Eigenversorgung bewirtschaftet „mit ein paar Stückl Vieh“. Auch Bergbauern, die selbst Eigentümer ihrer Landwirtschaft waren, brauchten einen Zuverdienst in der Waldarbeit. Im Frühjahr pflanzten sie gemeinsam mit den Holzarbeitern Bäumchen und im Winter leisteten sie Holzarbeit.

Im unmittelbaren Umfeld gab es nur zwei Familien, die über dem Durchschnitt des sozialen Standards lebten. Die des Oberförsters und jene des Betreibers der Seilbahn. Zur Familie des Oberförsters gab es gute Kontakte, da der Vater Roman Zellnig Holzmeister war. Mit dem Sohn des Seilbahnbesitzers war Franz Zellnig befreundet. Die beiden gingen miteinander zur Schule und verbrachten freie Nachmittage zusammen. Zwei Freunde, obwohl der Vater des einen ein Sozi und der des anderen ein Nazi war. Kinder lassen sich offenbar durch gegensätzliche politische Einstellungen der Eltern an einer Freundschaft nicht hindern.

Soziale Unterschiede wurden durch das aufmerksame Beobachten des jungen Franz wahrgenommen: Die Kinder konnten sich „mehr leisten als wie wir“, beispielsweise gekaufte Schier. „Also wir haben alle Eschenschki gehabt und der Franzi [Sohn des Seilbahnbetreibers], der hat halt die gekauften Schi gehabt.“ Interessant war, dass sich die Kinder mit den einfachen Schiern nicht minderwertiger fühlten, sondern im Gegenteil den Sohn reicher Eltern hänselten, weil dieser mit den teuren Schiern nicht so schnell fahren konnte.

Das Fehlen sozialer Spannungsverhältnisse erlebte Franz Zellnig als sehr positiv und sehr prägend für sein späteres Leben. „Das hat mich mein ganzes Leben begleitet [...]. Was du so in der Kinderstube mitkriegst, ist im späteren Leben immer gut anwendbar. Es hat unter uns in der Schule nie einen Neid gegeben.“ Im Gegensatz dazu würden heutzutage Kinder bereits in der Schule unter Druck gesetzt, das neueste Handy, einen neuartigen Computer oder Laptop, die moderne Markenkleidung und sonstigen teuren Luxus zu haben. Franz Zellnig kennt diese Entwicklung durch seine Enkelkinder Dario (geboren 1984), Wanja (geboren 1986) und Timna (geboren 1989). „Da frag ich mich, wie geht das weiter? Wie soll das funktionieren? [...] Sobald einer etwas Besonderes hat, sagen die anderen: Wir müssen's auch haben. [...] Wenn sie noch so denken könnten wie wir, dann wär der eigentlich Dumme der, der etwas Besonderes hat.“

Im historischen Vergleich fällt Franz Zellnig auf, dass die Menschen heutzutage über mehr Geld verfügen und auch mehr Geld verbrauchen. Vielfach sei der Grund für die Ausgaben der Neid. Neid ist etwas, wofür Franz Zellnig Menschen bedauert, die darunter leiden und „sich selbst Schwierigkeiten machen. [...] Ich habe in meinem ganzen Leben nie ein Neidgefühl gehabt, überhaupt nie. Das kenne ich nicht. [...] Das habe ich in der Gesellschaft oben [in St. Vinzenz] lernen können.“

Wie Franz Zellnig das Fürchten verlernt hat

Es gab nicht nur Privilegien für den einzigen Buben in der Familie. So hatte er den weiten Weg zum nächsten Kaufhaus in Ettendorf zurückzulegen, um einzukaufen. Dabei hat er oft schweren Herzens den Mut beweisen müssen, der ihm - entsprechend seiner zuwiesenen Rolle - anhaftete.

„Aber gelitten habe ich als Kind schon auch ein bisschen. Daheim bin ich so dargestellt worden, ja der Bua, der Bua fürchtet sich nicht, der Bua der macht alles [...] Und in Wirklichkeit ist mir ganz schön der Reis gegangen [hatte ich Angst]. Wennst [Wenn du] denkst, unser Kaufmann ist dreieinhalb Stunden von daheim weg gewesen. Und da ist es keine Seltenheit, wenn du einkaufen gehst, dass du da ein bisschen die Zeit übersiehst und dass es finster wird. Und ich muss sagen, ich war als Bua, ich war ganz schön g'schreckt [ich hab mich gefürchtet]. Stellst dir halt allerhand vor. Und daheim hab ich immer den Starken zeigen müssen, dass ich mich eh nicht fürcht'. Wenn ich beim Großvater oben war, das ist ungefähr eine dreiviertel Stunde von uns weg gewesen, da ist einer gewesen, ‚Kranischer Jockl‘ haben sie ihn geheißt.“ Jakob, ein Kroat, der nach dem ersten Weltkrieg in Österreich blieb, konnte schaurige Geschichten erzählen, „wo man sich halt wirklich fürchtet. Der Großvater hat gesagt: ‚Jockl hör auf, der Bua muss heute noch heimgehen. Der fürchtet sich ja.‘“ Auf die Frage, ob er sich fürchten würde, antwortete er immer: „Nein, ich fürcht mich nicht.“ Auf dem Nachhauseweg habe er sich dann doch immer gefürchtet.

Wieder half ihm der Lehrer. Ihm hat sich der junge Franz anvertraut, dass er sich nach den Schreckengeschichten des Kroaten fürchtet. Der Lehrer ermutigte ihn und gab ihm einen heilsamen Ratschlag:

„Du musst es selbst schaffen, aber schaffen tust’s. Wennst so Situationen hast, was’d mir jetzt erzählt hast, lauf nicht davon, sondern geh hin schauen und überzeug dich. Die Geistereien, die da erzählt werden, die gibt’s nicht. Du schaffst es, glaub mir, du schaffst’s.“

Der Jockl hatte erzählt, dass er die Leonhardikirche an einem Seelentag beleuchtet gesehen hätte. Es seien viele betende kopflose Leute in der Kirche gesessen. Eines Tages musste der junge Franz noch spät Brot holen. Als er an dieser Kirche vorbei kam, machte er einen Umweg durch das Gestrüpp. Zu Hause angekommen, zerkratzt und die Hose aufgerissen, fragte ihn die Mutter, was passiert sei. Er log, er sei gestolpert und hingefallen. „Hab nicht gesagt, dass ich mich fürchte. Da war ich zu stolz.“

Als er dem Lehrer davon berichtete, meinte dieser: „Wärst [nach]schauen [ge]gangen. Du hast etwas gehört, was es nicht gibt.“

Eines Tages befand er sich auf dem Heimweg von einem Einkauf in Ettendorf, als es bereits dunkel war. Am Waldfriedhof vorbei hatte er wieder Angst bekommen. Im Mondlicht konnte er zwei auf und ab gehende Hörner hinter dem lebenden Zaun des Friedhofs erkennen. In Panik davonlaufend, fiel er hin und besann sich. Nachschauen, hatte der Lehrer ihm geraten. Mit zittrigen Knien kehrte er um und

schlich um den Friedhof herum. Es waren nicht die Hörner von einem Teufel, wie er befürchtet hatte, sondern die Ohren von einem Muli, einem Maulesel.

„Und von dort weg war mein Fürchten weg. [...] Und ich hab nachher gegolten in der Gegend als der, der sich überhaupt vor nichts schreckt. Hat mich auch nichts geschreckt.“

An diesem Waldfriedhof verlernte Franz Zellnig das Fürchten - Zellnig und Loibl bei der Spurensuche 2005

Foto: Josef Krammer



Franz Zellnig fürchtete sich schon als Kind nicht vor einem Gewitter. Heute fürchtet er sich nicht vor dem Tod. Er hat eine Eigenschaft, die als Urvertrauen bezeichnet wird: „Wenn es vorgesehen ist, kannst du eh nicht ausweichen. Ja brauchst du dich eh nicht fürchten vor der Einberufung [dem Tod]. Das ist eh fixiert. Warum soll ich mich fürchten?“

Wenn Franz Zellnig, zum Zeitpunkt des Interviews achtzig Jahre alt, sich an seine Kindheit erinnert, so war sie trotz oder wegen aller Einfachheit glücklich. Die Erzählung ist nicht verklärt oder nostalgisch auf die gute alte Zeit gerichtet. Es klingt überzeugend. Franz Zellnig meint, was er sagt.

„Eines muss ich auch sagen, das gilt für mich das ganze Leben: Ich habe nie Hunger gelitten, ich hab nie gefroren. Also ich habe das Notwendigste eigentlich immer gehabt, als Kind und später im Leben. Und außerdem ist es schon ein Leben ohne Leerlauf. Ich habe nie einen Leerlauf gehabt.“

Lehrjahre

Franz Zellnig konnte durch die politische Gesinnung des Vaters nicht seinen „Wunschberuf“ erlernen, „weil der Vater einfach da politisch nicht einwandfrei war“ für die Rechten. Er wäre gerne Flugzeugbauer geworden. Die Gruppe der Burschen, die die Aufnahmeprüfung bestanden hatte, wurde gefragt: „Ist eh jeder bei der Hitlerjugend von euch da?“ Und ich blöder Bua zeig auf, dass ich nicht dabei bin. Und mein Berufswunsch war weg.“

1939 entschloss sich Franz Zellnig, eine Werksschule in Eisenerz zu besuchen. Hier passte die politische Einstellung des Jugendlichen jedoch wieder nicht ins damalige System. Der Internatsleiter, ein ehemaliger Soldat, der „im Polenfeldzug eine Hand verloren“ hatte, „hat halt die Buben fest im Exerzieren ausgebildet. Jedes Mal auf'd Nacht ist es zum Marschieren und zum Singen gewesen im Internat. [...] Ich hab zu dem nie so eine Freude gehabt.“

Eines Tages wurden drei Schüler, darunter Franz Zellnig, eingeteilt, bei der Heuernte zu helfen. Als sie erst abends wieder ins Internat zurückkamen, gingen sie auf ihr Zimmer in der Hoffnung, das Exerzie-

ren bliebe ihnen nach der anstrengenden Arbeit erspart. Doch der Internatsleiter sei plötzlich im Zimmer gestanden und habe sie als Drückeberger bezeichnet. Die Burschen, des regelmäßigen Exerzierens überdrüssig, wurden als unkameradschaftlich hingestellt. Der Internatsleiter ging sogar noch weiter. Er verbot den übrigen Lehrlingen den Ausgang am kommenden Wochenende. Schuld daran seien die drei „Drückeberger“: *„Erzieht’s es euch selber, weil aufgrund dessen, dass die da nicht mitgetan haben, gibt’s nächsten Samstag keinen Ausgang und Sonntag auch nicht.“* Er bestrafte die gesamte Gruppe und veranlasste sie, die drei zu schlagen und in weiterer Folge zu Außenseitern zu stempeln. Franz Zellnig zog daraus die Konsequenzen:

„Ich hab mir gedacht, das hast nicht Not [nötig] und bin gegangen. Das hätte ich nicht ausgehalten, das Marschieren dort. Und den [Internatsleiter] schon gar nicht. Weil das ist einer gewesen, wenn ich den gesehen hab, hab ich schon einen Horror gehabt. [...] Ich hab gesagt, ich bleib da nicht mehr. Das ist nicht mein Platz.“ Er begann noch im selben Jahr eine Lehre als Metallarbeiter in Judenburg.

Der Vater hatte sich 1939 ein Fahrrad gekauft. Als er einrücken musste, konnte Franz das Fahrrad benutzen, um nach Judenburg zu fahren, wo er sein „Quartier“ hatte. Jedes Wochenende fuhr er nach Obdach heim mit dem Rad, siebzehn Kilometer weit auf damals schlecht zu befahrenden Straßen.

Der Krieg

1942 erhielt Franz Zellnig die Einberufung und kam zur 23. Panzerdivision. Er war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 Soldat. Kein überzeugter, wie er uns erzählt. „Ich habe im ganzen Kriegsgeschehen nie einen Menschen erschossen. Ich habe keinen Russen erschossen, weil das hat mir ja keiner anschaffen können. Zwingen kann dich keiner. Kann es auch keiner nachweisen, dass du es nicht getan hast. Wenn ich einen gesehen habe, habe ich ihn nicht müssen abschießen. Geschossen habe ich, aber ich habe ihn nicht bewusst erschossen, weil ich meine innere Einstellung habe.“ Eine pazifistische. „Wenn du einen Gegner hast, der so denkt wie ich, da kann dir nichts passieren.“ Der schießt ebenfalls ohne zu zielen. Das sei verbreitete Ansicht gewesen: „Jeder in der Wehrmacht weiß ja, wenn er hundert Leute hat, dass höchstens zehn kämpfen und neunzig tun nur so. [...] Das so genannte Draufgängertum gibt es ja nicht.“ Zellnig war mit zwei Unterbrechnungen durch Lazarettaufenthalte im Fronteinsatz. Im Juli 1943 wurde er an beiden Händen und an der linken Schulter durch den Beschuss einer Bordkanone, und im August 1944 am Großen Weichselbogen in Polen durch einen Handgranatensplitter am Hals verwundet.

Unserer Einschätzung nach hat Franz Zellnig den Krieg überlebt, weil er grundsätzlich zuversichtlich und optimistisch ist. Aber auch wirklichkeitsnah, pragmatisch und mit einer feinen Wahrnehmung ausgestattet.

Die schrecklichste Erfahrung im Krieg

Der vierzehntägige Einsatz in einem Aufräumungskommando in Heilbronn, das Ende 1944 durch englische Bomber zerstört wurde, war das Schrecklichste und „Grauslichste“, das Franz Zellnig während des Krieges erlebt hat.

„Ich weiß nicht wie viel Tausend Tote dass es dort gegeben hat. [...] Da ist in der Früh auf der Straße teilweise noch brennender Phosphor geronnen vom Nachtangriff.“ Beinahe die ganze Stadt Heilbronn stand in Flammen. Er konnte erkennen, dass eine Straßenbahn vom Angriff überrascht worden war. Die Menschen verbrannten im Weglaufen. „Das sehe ich heute noch immer in Bildern vor mir.“ Wie die verbrannten Leichen „dort herumgelegen sind. Also so was Grausliches kannst [du] dir nicht vorstellen. Ich hab das nie erlebt.“ Seine Aufgabe war es, gemeinsam mit anderen, Leichen aus Luftschutzkellern zu räumen. Durch die Bombardierungen kamen die Leute nicht mehr ins Freie. „Da habe ich Sachen erlebt, wo man Leichen angegriffen hat zum Raustransportieren, wo man Gliedmaßen raus gezogen hat, weil die Menschen drinnen einfach verschmort sind. Also regelrecht gekocht worden sind, in den Flammen und in der Hitze. Und ich muss sagen, ich habe das nicht ausgehalten. Also das ist etwas gewesen, wo ich gesagt habe, das geht nicht. [...] Ich wäre da krank geworden. [...] Wäre ich in's Narrenhaus gekommen, wenn ich dort nicht weggekommen wäre.“

Diese Wahrnehmung für das eigene seelische Fassungsvermögen fehlt anderen Menschen gelegentlich. Sie halten eine belastende Situation so lange aus, bis sie zusammen brechen. Nicht so Franz Zellnig. Heilbronn war für ihn psychisch eine zu große Belastung. Er wusste, dass ihm das schadet. „Das ist mir derart unter die Haut gegangen, das habe ich nicht ausgehalten.“ Nicht nur die Todesopfer, sondern auch die Resignation und Depression¹⁰ der Überlebenden. „Die Menschen waren demoralisiert. [...] Die haben gesagt, mir ist alles wurscht. Angehörige nicht mehr da, mit mir können Sie machen was sie wollen.“ Aufgefallen war dem damals zwanzigjährigen, „Mädchen hätten alles über sich ergehen lassen.“

Es ist bemerkenswert, dass sich Franz Zellnig aus dieser für ihn seelisch belastenden Situation befreien konnte. Er bat seinen Kommandanten, ihn an die Front zu versetzen. „Und es ist interessant, dass du dich dann eigentlich dazu selber motivierst, dass du sagst, da gehe ich lieber hinaus Krieg führen bevor ich das anschau. Da ist das Krieg führen draußen, ein Kampf auf freiem Feld, eine humanere Art gewesen, als wie da, die Leute umbringen, die sich nicht wehren können. Draußen habe ich die Möglichkeit, dass ich mich selber wehre.“

Das schockierende Erlebnis in Heilbronn, die Leichen und menschlichen Überreste eines Phosphorbombenangriffes, hat der junge Franz Zellnig nicht den Nazis Übel genommen, sondern den englischen Angreifern. Tatsächlich konnten die Nazis 1944 mit den Bombenangriffen der Engländer und US-Amerikaner beim Volk punkten. Es sollte sie ermutigen, mit letzter Kraft gegen den Feind zu kämpfen. Eine grausame Rechnung, die glücklicherweise nicht aufgehen sollte.

Den Rückzug der deutschen Truppen und das Kriegsende erlebte Franz Zellnig in der Südoststeiermark. Die Rückzugspläne waren gekennzeichnet durch das „Bestreben, nicht in russische Gefangenschaft zu kommen.“ Es wurde angeordnet, lediglich Nebenstraßen zu benutzen. Damit die Hauptstraßen für die US-amerikanischen und englischen Truppen frei blieben und diese so weit wie möglich nach Osten vorrücken konnten.

Am 8. Mai 1945 kam er zu Hause an. „Daheim eine Mordsfreude. [...] Uniform ausgezogen, die MP weggeräumt.“ Um drei Uhr nachmittags desselben Tages kommt auch sein Vater vom Krieg zurück.

10. Depression ist eine allgemein verbreitete posttraumatische Folgeerscheinung

Beide hatten sich vorzeitig abgesetzt, denn erst in der Nacht von 8. auf den 9. Mai 1945 wurde die Kapitulation rechtsgültig und der Krieg offiziell für beendet erklärt.

Nachkriegszeit

Nach dem Krieg wurden die „Heimkehrer“ von einem Offizier zu einer österreichischen Brigade registriert und zusammengestellt. „Wir waren ja nicht entlassen von der Wehrmacht, sondern wir waren ja nur daheim.“ Die Engländer riefen alle heimgekehrten Soldaten und Arbeitslosen auf, sich zu melden. Franz Zellnig hätte auf einem Bauernhof bei der Ernte helfen sollen. Doch dazu hatte er keine Lust. Bei der Eisenbahn wurden Arbeitskräfte für den Streckenbau gesucht. Zu dieser Zeit, Mai und Juni 1945, war noch immer Ausnahmezustand. Er erhielt einen Ausgangsschein, damit er am Morgen früher und am Abend länger in der Öffentlichkeit unterwegs sein konnte.

Die Arbeit im „Oberbau hat mir unheimlich Spaß gemacht. [...] Ich hab eine echte Beziehung zu manueller Tätigkeit, und die Partie war super.“

Der Bahnmeister begünstigte den einundzwanzigjährigen tüchtigen Arbeiter. Er durfte Strecken abgehen und wurde Partieführer mit Männern, die durchwegs älter waren als er. „Herr Bahnmeister, ich sag Ihnen gleich, herum anschaffen tu ich nicht. Ich will da arbeiten. ‚Ja‘, sagt er, ‚das ist es ja. Das tut ja nicht jeder.“ Dem jungen Mann wurde die Partieführung übertragen, weil er fleißig war. Doch der Altersunterschied führte naturgemäß immer wieder zu Spannungen. Im Jänner 1946 beendete er seine Zeit zwischen den Stühlen des Bahnmeisters und seiner Arbeitskollegen. Er fuhr nach Leoben und bewarb sich als Zugbegleiter für den Fahrdienst.

Ohne sich vorher um ein Quartier kümmern zu können, stand der junge Franz Zellnig in Leoben buchstäblich auf der Straße. Auf der Gemeinde wurde ihm mitgeteilt, dass in der Stadt viertausend Leute ohne Unterkunft seien. Die Übernachtung „in einem Gasthaus war nicht leistbar“. Er fragte Leute auf der Straße „und irgendwann, in so Situationen hat man als Mensch immer Glück.“ Wieder klingt die vertraute Zuversicht an. Unter der Bedingung, nicht zu verraten, wer ihm den Hinweis gegeben hat, bekam er spät abends eine Adresse für eine Bettstelle. Der Informant wohnte selbst bei dieser Familie. Das Bett befand sich in der Küche. „Ich hab mir gedacht, wennst nichts hast, musst mit dem zufrieden sein.“ Als Bezahlung diente seine Lebensmittelkarte. Er wurde dafür von der Hausfrau mit Essen versorgt. Die Familie, Ehepaar und zwei Töchter, teilten sich je ein Bett. Wenn Franz Zellnig durch eine Nachtschicht nicht zugegen war, wick die Hausfrau in das leere Bett in der Küche aus. Oder sie vermietete das Bett über Nacht an einen Dritten.

Der Dienst konnte nicht sofort als Schaffner begonnen werden. Die verschiedenen Stellen bei der Eisenbahn waren Gepäck verladen, Eilgut, Magazin und Verschub. Erst danach kam er zum Fahrdienst. Vorerst zur Einschulung als Bremser bei Güterzügen, dann als Personenzugschaffner. Darüber hinaus gab es weitere Dienstprüfungen bei der Eisenbahn, die Franz Zellnig absolvierte. Mit der Packmeisterprüfung war er für das beförderte Gut verantwortlich, musste bei jeder Station die richtigen Stücke raus geben und die zu befördernden Pakete herein nehmen. Mit der Zugführerprüfung trägt man die Verantwortung für den gesamten Zug. Später wurde er fallweise als Schulungszugführer eingesetzt. Damit war er verantwortlich für alle Neueinstellungen. „Das war eine ganz schöne Aufgabe. Das hat mir Spaß gemacht.“ Die Tätigkeit als Schulungszugführer begann 1955 und endete 1961.

„Ich muss sagen, das war ein schönes politisches Arbeiten.“

Die politische Tätigkeit Franz Zellnigs begann 1946 mit der Gewerkschaftspolitik in Leoben. Damals war der Personalausschuss der ÖBB in Leoben politisch zusammengesetzt aus acht Kommunisten, vier SPÖ- und einem ÖVP-Vertreter. Ambitioniert, die kommunistische Mehrheit zu stürzen, trat Franz Zellnig für die nächste Personalvertretungswahl an. 1961 war nur noch ein Kommunist und ein ÖVP-Mann in der Personalvertretung. Der Rest waren Funktionäre der SPÖ. „Also das war eine der lustigsten politischen Zeiten, die ich je erlebt habe.“

In Leitendorf bei Leoben - wo Franz Zellnig mit seiner Familie lebte, während er bei den Bundesbahnen arbeitete - wurde er 1948 Hauptkassier für etwa achthundert Parteimitglieder. 1956 wurde er in Leoben als Gewerkschaftsobmann gewählt. Diese Ortsgruppe hatte tausendfünfhundert Mitglieder. 1960 trat er zur Gemeinderatswahl in Leoben an. Dort war er mit sechsunddreißig Jahren der jüngste Gemeinderat in der damaligen Geschichte der Stadt Leoben.

Als er 1961 mit seiner Familie von Leoben wegzog, hatte er zwölf Funktionen. Unter anderem war er Gewerkschaftsobmann, Obmann beim Sport, beim Musikverein, Vertrauensmann, Obmann im Verkehrsausschuss, dadurch Mitglied im Personalausschuss in Villach, im Sektionsausschuss und im Zentralausschuss. Damals war die Bedingung der Ehefrau: „*Auf Obdach gehen wir nur, wenn du mir versprichst, dass du oben keine Funktionen mehr annimmst.*“ Dieses Versprechen sollte nicht gehalten werden.

Der Grund für den Umzug nach Obdach im Jahr 1961 war der behinderte Sohn Franz junior, Jahrgang 1947. Er wurde bis zum vierzehnten Lebensjahr im Lainzer Kinderspital behandelt. Der Arzt riet dem Vater, mit der Familie und dem Kind auf den Hof der Ehefrau zurückzukehren und Landwirtschaft zu betreiben. „*In der Landwirtschaft haben Sie die Möglichkeit, dass er sich wohl fühlt und dass er sich entwickeln kann.*“ Schweren Herzens ist Franz Zellnig „im [19]61er Jahr von der Eisenbahn weggegangen“.

Maria Zellnig, geborene Grillitsch, war ursprünglich nicht vorgesehen, den elterlichen Hof zu übernehmen. Doch alle drei Brüder waren im Zweiten Weltkrieg gefallen und 1945 starb ihr Vater unerwartet im achtundvierzigsten Lebensjahr an einem Asthmaanfall. Ihre Mutter wollte den Hof nicht alleine bewirtschaften. Außerdem galt damals noch das von den Nazis eingerichtete Erbhofgesetz, nach dem nur Männer einen Hof erben konnten. Wenn es männliche Verwandte gab, Cousins, Onkel oder Neffen, waren diese für das Erbe vorgesehen. Die Lösung lag darin, die Todeserklärung des letzten, 1945 gefallenen Bruders nicht einzuholen. „Wir können ja sagen, er ist vermisst.“ Die Erbregelung wurde solange hinausgezögert, bis das Erbhofgesetz 1947 aufgehoben wurde. In diesem Jahr konnte Maria Grillitsch (ab August 1948 Zellnig) den Hof offiziell übernehmen. 1946 wurde das Wirtschaftsgebäude gekauft, das zum Sensenwerk gehört hatte, und 1949 als landwirtschaftliches Wirtschaftsgebäude ausgebaut. Für die finanziellen Aufwendungen wurde Holz und Vieh verkauft. Bis 1949 wurde der Hof mit Hilfe von drei Knechten von Maria und Franz Zellnig selbst bewirtschaftet, gearbeitet wurde mit einem Pferd oder zwei Ochsen. „Aber das hat nicht funktioniert.“ Daher wurde die Landwirtschaft während der Jahre 1950 bis 1961 an zwei verschiedene Pächter verpachtet. 1957 brachte einer der Pächter den ersten Traktor nach Granitzen. Die erste Maschine, die angeschafft wurde, war ein „199er Steyrer-Traktor mit Hydraulik“, später kamen Mähzeug, Egge und Pflug dazu. „Da war ich der bestmechanisierte Betrieb in der Gegend. [...] Ich bin auch der erste gewesen, der eine Motorsäge

gehabt hat.“ Seit 1961 ist Franz Zellnig „ein roter Bauer“. Daneben hatte er eine Vielzahl politischer Funktionen.



Familie Zellnig bei der Heuarbeit um 1980

Fotos: Familienarchiv

Die Anerkennung stellte sich nur langsam ein. Doch das erfolgreiche Wirtschaften überzeugte die Leute schließlich. Waren sie doch davon ausgegangen, Franz Zellnig würde den Hof seiner Frau „verwirtschaften“. „*Ein Eisenbahner, der versteht ja nichts davon*“ [von der Landwirtschaft], wurde kolportiert.

„Ja das ist Lebensschicksal, passt so, gibt nix. Wenn du denkst, eigentlich umdisponiert habe ich schon viel in meinem Leben. Dort hin, da her, bis ich nachher endgültig, ja, Bauer worden bin und bis ich da einmal anerkannt worden bin, das war ja gar nicht so einfach.“ Als „Zuagroaster“¹¹ und als „Zuagheirater“.

Franz Zellnig vermisste in der ersten Zeit seine politischen Aktivitäten. „Da hat’s eigentlich schon hie und da ein bisschen Heimweh geben. Wo wieder einer [ein Eisenbahnerkollege] kommt und sagt: ‚*Du, da passt du nicht her, hörst du, schmeiß’ weg. Komm runter wieder zu uns.*‘ Das hat schon seine Zeit gedauert“, bis er sich an die neuen Lebensumstände gewöhnte. Es lag nicht zuletzt daran, dass „ich auch allein gewesen bin.“ Es gab keine sozialen Kontakte, wie sie mit der Arbeit bei der Eisenbahn und den politischen Funktionen gegeben waren. „Aber es hat heroben [in Obdach] nicht lange gedauert. Erstens hab ich ja von der Partei her keine Ruhe gehabt.“ Funktionäre der SPÖ drängten ihn immer wieder, bei der Gemeinderatswahl zu kandidieren.

„Da hat’s ganz schöne Diskussionen geben mit den Bauern, bei der Genossenschaft und ‚umatum‘ (im Umkreis): ‚*Was? Da ist ein roter Bauer? Was bildet sich der ein?*‘ Also es war nicht feindselig, aber es war lästig.“ Er wurde anfangs immer wieder aufgefordert, die Partei zu wechseln. Doch er lehnte überzeugend ab: „Ich bin ein Roter und da wird sich auch nichts ändern. Und dadurch, dass ich kein Hehl draus gemacht habe, sondern dass ich einfach zu meiner Bewegung gestanden bin, da haben die anderen schön langsam an Boden verloren.“ Mit der Zeit wurde der SPÖ-Bauer Franz Zellnig akzeptiert.

11. zugewandert, nicht im Ort geboren und aufgewachsen

Die erste politische Aktivität war die Organisation eines Bauernstammtisches mit dem Landeshauptmannstellvertreter Schachner vor einer Landtagswahl. „Das war ganz was Neues. Beim Pauliwirt habe ich fast dreißig Bauern gehabt, die zu dem Bauernstammtisch gekommen sind. Was das für ein Auftrieb war für mich. Bin ich frisch da und hab so eine Entwicklung. Und ich hab auch in der örtlichen Presse ein sehr positives Echo gehabt. Weil wir wirklich diskutiert haben von der Basis her. Und der Schachner hat's auch verstanden, nicht parteipolitisch, sondern fachlich zu diskutieren. Und ich glaube, das hat alles dazu beigetragen, wie ich nachher der Spitzenkandidat war, dass ich dort dann die Mehrheit gemacht hab.“

1965 willigte er schließlich ein, sich als Kandidat der SPÖ für die Gemeinderatswahlen aufstellen zu lassen. „Naja, hab ich mir gedacht, uninteressant wär's nicht, ein bisschen Gemeinderat in der Gemeinde spielen.“ Die Zeit konnte er erübrigen. Natürlich musste er zuerst mit seiner Frau sprechen, der er versprochen hatte, nicht mehr politisch aktiv zu werden. Die Frau war darauf vorbereitet: *„Ich hab eh gewusst, dass du nicht Ruhe gibst.“*

Für ihn selbst überraschend, wurde er bei der ersten Wahl als Spitzenkandidat der SPÖ aufgestellt und zum Bürgermeister gewählt. Das Verhältnis der Gemeinderäte änderte sich von sechs Mandaten ÖVP und drei Mandaten SPÖ nach dieser Wahl auf fünf SPÖ und vier ÖVP. Am späten Abend des Wahltages wurde er von einer Gruppe „Splern“ geweckt. „Kleschn's [poltern] auf die Tür, mit Papierböllern schießen's herum.“ Als er rausgeht und fragt was los sei, wird er begrüßt mit: *„Servus Bürgermeister“*. „Also das war so überraschend.“

Bei der Angelobung des neuen Bürgermeisters meinte der Bezirkshauptmann, ebenfalls verwundert: „Jetzt sind's nicht einmal [erst] ein paar Jahre da in Granitzen und drehen eine Gemeinde um.“ Franz Zellnig empfahl ihm, mit den Wählern zu reden, wenn er eine Erklärung dafür haben wollte. Zum Abschluss bot er ihm an: *„Wenn Sie einmal Probleme haben auf der Gemeinde, welcher Form immer, kommen's zu mir und ich werde Ihnen behilflich sein.“* Er würde ihn unterstützen, auch wenn er Mitglied der ÖVP war.

Auf dieses Angebot kam Franz Zellnig in zwei, drei Fällen zurück. Er hatte zwar Erfahrung als Gemeinderat in Leoben gesammelt, doch nun war er Bürgermeister. Seine umgängliche Art öffnete ihm so manche Tür. Er bekam Unterstützung von verschiedenen Seiten. „Also ich hab da wirklich volle Unterstützung gehabt von der Behörde her.“ Beispielsweise bei der gleich eingangs durchgeführten Verwaltungsreform. In einer gemeinsamen Kanzlei saß „ein langjähriger erfahrener Bürgermeister mit Sekretär und Sekretärin. Natürlich alle schwarz orientiert. Hab ich mir denkt [gedacht], da kannst dich nicht gar so gut entwickeln.“ Die Trennung der Verwaltungsgemeinschaft wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen. Zur Einrichtung des Raumes für eine eigene Gemeindeganzlei in Granitzen erreichte er eine Förderung durch Landesgelder über Landesrat Pammer, der für die Gemeinden zuständig war. Diesen kannte er bereits von früheren Aktivitäten. Als Gemeindeganzleier holte er sich einen jungen Mann, einen Bauernsohn, der bei der Feuerwehr aktiv war und bei der Bundesgebäudeverwaltung gearbeitet hatte.

Für das Verwaltungswesen engagierte Zellnig den Rechnungsprüfer Koller, der vor seiner Pensionierung bei der Bezirkshauptmannschaft angestellt war. Später wurde eine öffentliche Sprechstelle auf der Sabatyhütte eingerichtet. Franz Zellnig beschäftigte Eisenbahnerkollegen, die die Telefonmasten auf-

stellten, die Post verlegte die Telefonleitung. „Da hab ich den [Landesrat] Pammer das erste Mal öffentlich auftreten lassen können, als wir die Sprechstelle aufgemacht haben.“ Ohne die persönlichen Verbindungen des Bürgermeisters Zellnig zu Verwaltungsbeamten des Bezirks und des Landes Steiermark wären die öffentlichen Gelder für diese Einrichtungen nicht möglich gewesen. Auch bei der Wegebauförderung und anderen Maßnahmen hatte Franz Zellnig niemals Probleme, seine Anliegen umzusetzen.

Die Gemeinde Granitzen führte keine Betriebe, daher gab es kaum Gemeindecinnahmen. „Gelebt haben wir eigentlich nur von der Bedarfszuweisung.“ Daraus entstand die Überlegung, eine Gemeindegemeinschaft mit Obdach durchzuführen. Der Widerstand seitens der ÖVP war „nicht so groß“ wie erwartet. Die Gemeindevertreter in Obdach waren „begeistert“. Es bedeutete für sie, eine Gemeinde dazu zu bekommen. 1969 wurde Granitzen Obdach eingemeindet und war „finanziell besser abgesichert“. Bis 1970, bei den nächsten Gemeinderatswahlen, war Franz Zellnig nur Gemeinderat. Dafür bekam er positive Presse, er sei kein ‚Sesselkleber‘. Er gab die Funktion des Bürgermeisters freiwillig ab, weil er die Eingemeindung von Granitzen in die Gemeinde Obdach als Vorteil ansah.

Wieder wurde er gefragt, ob er Spitzenkandidat werden will. Sein Gegenkandidat war Direktor der Raiffeisenkassa in Obdach. Ein ungünstiger Start für Franz Zellnig. War er doch nicht bekannt in Obdach. Der Wahlkampf war „nicht angenehm. Mich haben sie immer abgewertet. Haben sie gesagt: *„Da wird jetzt ein Bauernknecht [...] Bürgermeister. Und auf der anderen Seite ist ein Direktor da.“* Doch im Lauf der Zeit stellte sich heraus, dass ihm seine soziale Stellung nicht schaden würde. Denn die Mehrheit der Bevölkerung in Obdach waren „Arbeiter und einfache Leute. Da hab ich mir denkt [gedacht], da müsstest eigentlich als einfacher Bauernknecht auch eine gewisse Wertigkeit haben.“

In Granitzen konnte er gut mit seiner bisherigen Tätigkeit werben. Er war als Vertreter in Obdach für die Leute aus Granitzen glaubwürdig. Der Direktor und Spitzenkandidat der ÖVP war siegesgewiss. Doch die Sozialistische Partei gewann die Wahlen haushoch mit zehn Mandaten SPÖ zu fünf Mandaten ÖVP. Und Franz Zellnig war wieder Bürgermeister. Die Freude war groß.

Durch die Verbindung zu Leuten in der Landesregierung und der Bezirkshauptmannschaft konnte Franz Zellnig „viel Geld nach Obdach bringen.“ Der Bankdirektor hat die Tätigkeit in der Gemeindestube „sehr, sehr positiv und kreativ unterstützt. Also wir sind im Laufe der Zeit auch persönliche Freunde geworden. Und der hat mich nie reingelegt. Der hat mich auch nirgends übervorteilt. Das Geld von der Landesregierung wurde zur Hälfte in der Raiffeisenkassa und zur Hälfte bei der Sparkassa angelegt. „Und dadurch ist er [der Bankdirektor] auch geschäftlich eingebunden gewesen.“

„Die große Schwierigkeit oder die großen Auseinandersetzungen in einer Gemeinde ist immer die Jagdvergabe.“ Es gab zwei Jagdgesellschaften. Eine der Gemeinde Obdach und eine des Ortsteiles Granitzen. Franz Zellnig verstand es immer wieder gut, mit den Menschen direkt zu reden und auch Menschengruppen, die miteinander zu tun haben, zusammen zu bringen. Im Fall der Jagd brachte er Bauern und Jäger an einen Tisch. Hinzu kommt seine pragmatische Herangehensweise. „Ich hab mir denkt [gedacht], wieso soll sich damit der Gemeinderat auseinandersetzen? Ich hab einfach die bestehenden Jagdgesellschaften eingeladen und die Bauernschaft hab ich eingeladen und hab gesagt: ‚Diskutiert’s euch das aus, wem ihr die Jagd geben wollt.‘“ Er fügte sein Versprechen hinzu, sich im Gemeinderat dafür einzusetzen, es so zu beschließen, „wie es zwischen Bauern und Jägern ausverhandelt worden ist.“

„Da bin ich beim Bezirksjägermeister ganz schön angeeckt.“ Bürgermeister Zellnig wies ihn mit den Worten zu Recht: *„Du, das ist meine Angelegenheit, nicht deine. Ich mach es so!“* Als die Vergabe im Gemeinderat behandelt wurde, kam es zur Beschwerde eines ÖVP-Gemeinderates, der aus der Jagdgesellschaft heraus gefallen war. Erwartungsgemäß kam der Vorwurf, „die Roten vergeben die Jagd nach ihren eigenen Vorstellungen.“ Trotzdem wurde die Jagdvergabe einstimmig beschlossen. Das bedeutete für Franz Zellnig, dass er auch von Leuten der Oppositionspartei akzeptiert wurde.

Von 1970 bis 1984, drei Legislaturperioden lang, war Franz Zellnig Bürgermeister von Obdach. Die dritte Periode nicht mehr bis zum Ende. Der Grund für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Gemeinderat war die Kandidatur für den steirischen Landtag. Nach einem Jahr Doppelfunktion Bürgermeister und Landtagsabgeordneter gab er den Bürgermeisterposten ab. „Also da kannst ja selber nicht mehr wirken, Landtag und Gemeinde.“ Landtagsabgeordneter war Franz Zellnig bis 1991.

Vorbilder

Franz Zellnigs Vorbilder in der Politik waren der Bürgermeister Gottfried Heinler in Leoben, als er der jüngste Gemeinderat war, und Bundeskanzler Bruno Kreisky. „Das waren die Personen, die mich geprägt haben in der Politik als Sozialdemokrat.“ Nicht überraschend gehört auch sein Vater dazu. „Der Vater hat viel politische Erfahrung gehabt. Wo man gemeinsam diskutieren hat können. Es war so eine schöne Zeit: Man hat nicht müssen. Man hat dürfen. Das ist immer das Schöne im Leben.“

„Der Kreisky, das ist ein Mensch gewesen, der einem regelrecht beeindruckt hat können und das hat er verstanden. Und außerdem hat er zu jeder Situation [...] die richtigen Worte und dann auch die Handlungen gefunden. Ich glaube, das hat uns dann als Sozialdemokraten sicherlich verwandelt. Für mich, nicht nur damals, ist er auch heute noch immer der Vordenker der ganzen sozialen Entwicklung und auch wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich, nicht nur innenpolitisch sondern auch außenpolitisch. Ja beeindruckend ist er gewesen für mich.“

Franz Zellnig als Agrarpolitiker

1970 wurde Franz Zellnig Bezirksbauernkammerrat, 1980 Kammerrat in der Landeslandwirtschaftskammer Steiermark, 1986 Landesvorsitzender der SPÖ-Bauern Steiermark, 1987 bis 1991 war er Bundesvorsitzender der SPÖ-Bauern. Im selben Jahr wurde das Halleiner Programm der SPÖ-Bauern beschlossen.

Franz Zellnig hat Landwirtschaftsminister Günter Haiden, Gertrude Worel, die erste weibliche Sektionschefin des Ressorts, und den Sektionschef Robert Steiner bei der Einführung der Milchkontingentierung und des Allgemeinen Absatzförderungsbeitrages bei Milch politisch unterstützt. Er hatte damals anhand eines einfachen Beispiels ausgerechnet, dass eine Verringerung der Milchproduktion für die Bäuerinnen und Bauern rentabler ist und darüber hinaus volkswirtschaftlich im Absatz weniger kostet. Doch das sei gegen die Genossenschaften und gegen die Gewerkschaften nicht durchzusetzen gewesen. Die Genossenschaften verdienen an der Überschussproduktion und die Gewerkschaften fürchteten um den Verlust der Arbeitsplätze in den Molkereien. „So haben sie es diskutiert, und das ist immer auf Kosten der Bauern gegangen.“

Zellnig mit Präsidialchefin Gertrude Worel und Gerhard Lang von der LBG bei der Exkursion der §-7-Kommission in Tirol 1983

Foto: Josef Krammer



Franz und Maria Zellnig bei der Verleihung des Titels Ökonomierat durch Landwirtschaftsminister Günter Haiden am 30. März 1983

Foto: Familienarchiv

Mit Landwirtschaftsminister Haiden verbindet Franz Zellnig neben der Milchkontingentierung auch das Bergbauernsonderprogramm. Davor war die Agrarpolitik lediglich auf Produktionssteigerung ausgerichtet. Der Bergbauernzuschuss war die erste Förderungsmaßnahme, die bäuerlichen Betrieben auf der Grundlage von Bewirtschaftungerschwernissen zuerkannt wurde. Es ermöglichte, landwirtschaftliche Grenzertragsflächen weiterhin zu bewirtschaften. Heute sieht Franz Zellnig in den Grundsätzen dieses Programmes die Möglichkeit, die Arbeit in der Landwirtschaft zu fördern, und nicht länger die Produktion, ein Umstand der im Rahmen der EU-Agrarpolitik und des Programmes für ländliche Entwicklung noch immer erforscht und diskutiert wird (vgl. Greimel/Handler/Blumauer 2001, Tamme 2002, Tamme 2004, Handler/Stadler/Blumauer 2006, Stadler 2007).

Wenn Fremdenverkehrsgebiete gezeigt werden, „da zeigen sie immer Landwirtschaft. Wir sagen immer Landschaft, [aber es ist eine] schöne Landwirtschaft, erhaltene Landwirtschaft. [...] Die Gesellschaft will nicht noch mehr Fleisch und noch mehr Milch, sondern die Gesellschaft will und erkennt, dass sie einfach diese Landschaft braucht. Die Gesellschaft erkennt auch, dass wir das aufrechterhalten müssen, weil sonst wächst uns der Wald ins Dorf herein. [...] Ich glaube die Entkoppelung heute ist doch ein Schritt in die richtige Richtung. Also ein Entkoppeln nicht, wie sie es jetzt gemacht haben, als Betriebsprämie, sondern sie hätte als Flächenprämie kommen müssen.“ Diese Politik geht für Franz Zellnig auf die politische Philosophie Haidens zurück. „Es wird heute auch von den konservativen Bauernführern anerkannt, nur sagen sie nicht Haiden dazu.“

Haiden war nach Ansicht Zellnigs ein „streitbarer Minister“. Er setzte Maßnahmen, die den Wirkungsbereich der Landwirtschaftskammern beschränken sollte. „Im Grunde wollte er sie ausschalten.“ Die Zerschlagung der Landwirtschaftskammer wurde durch die Sozialpartnerschaft verhindert. Allen voran Gewerkschafter Anton Benya, der persönlich Haiden in seinen Ambitionen bremste, da er eine Schwächung der Sozialpartnerschaft befürchtete, sollte die wichtigste Bastion des Bauernbundes darin nicht vertreten sein. Infolgedessen setzte Haiden die Bundesförderungs- und Prüfungskommission als Gegengewicht gegenüber der Landwirtschaftskammer ein. Darin vertreten waren die SPÖ-Bauern, deren langjähriger Vorsitzender Franz Zellnig war, die Freiheitlichen und der Unabhängige Bauernver-

band. Der Bauernbund war durch eigenen Entschluss nicht dabei. In der Bundesförderungs- und Prüfungskommission wurden Förderanträge überprüft und einzelne Betriebe, die sich durch die Agrarförderung benachteiligt fühlten, direkt besichtigt. Wurde eine Benachteiligung festgestellt, beantragte die Kommission zum Ausgleich einen Direktzuschuss. Franz Zellnig stellte beispielsweise nach einer Überschwemmung im Namen der Bundesförderungs- und Prüfungskommission für dreizehn Kleinbauernbetriebe in Fohnsdorf Anträge an diese Kommission. Diese Betriebe waren vom Katastrophenfonds nicht berücksichtigt worden.

Das Vorgehen der Kommission verursachte immer wieder „einen Wirbel“. Denn die Aufgabe der Kommission war es, Förderungen der Landwirtschaftskammer nachzuprüfen und öffentliche Gelder im Landwirtschaftsbereich zu vergeben, dem „unumschränkten Hoheitsgebiet der Kammer“. Da es nicht jene Organisationsdichte gab wie sie im Kammerbereich vorherrscht, hatte diese Kommission zwar keine Breitenwirkung. Die Bedeutung war nicht „so groß, aber wir haben doch dieses Monopol gebrochen.“

„Reden und handeln ist halt ein gewaltiger Unterschied“

In der Öffentlichkeit wird die wirtschaftlich benachteiligte Situation der Bergbauernbetriebe von Bauernvertretern als Argumentation verwendet, um Agrarförderungen gesellschaftlich zu rechtfertigen und auszubauen. Doch letztlich machte Zellnig die Erfahrung, dass die Mittel für die Bergbauernförderung gekürzt wurden. Öffentlich wird behauptet, die Bergbauern brauchen mehr Geld, doch dann heißt es: „Wir haben kein Geld für euch.“

Franz Zellnig ist verwundert darüber, dass die Bauern selbst „das zu wenig kritisch überlegen.“ Warum Bauern konservativ wählen, obwohl die Konservativen ihre Existenzgrundlage verschlechtern. Er hat viel über die Motivation und Ursachen darüber diskutiert. „Ich komme aber selbst nicht dahinter, was es ist.“ Die SPÖ ist für die meisten Bäuerinnen und Bauern nicht wählbar, weil befürchtet wird, dass diese Partei den Einheitswert erhöhen wird. Oder Bäuerinnen und Bauern fürchten um ihren Besitz, weil der Propaganda des Bauernbundes Glauben geschenkt wird, dass die SPÖ besitzfeindlich ist und Enteignungen vornehmen würde.

Der Großteil der bäuerlichen Betriebe wird im Nebenerwerb geführt. „Wenn du mit denen diskutierst und fragst, wofür schlägt dein Herz, schlägt es als Bauer oder schlägt es als Arbeiter? kommt als Antwort immer der Bauer. Obwohl er von seinem kleinen Betrieb wirtschaftlich nicht leben kann.“ Daher war und ist es für Franz Zellnig ein Anliegen, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft in der Agrarpolitik mehr Berücksichtigung findet.

Betriebsansiedelungen

Der Raum um Obdach war bereits um 1930 sehr stark industrialisiert¹². In Judenburg gab es ein Hammerwerk. Eine Fertigung von Schaufeln, Sensen u.a. Werkzeugen gab es in der Sulzerau, das heutige

12. Das Wirtschaftsgebäude am Hof der Familie Zellnig stammt aus dieser Zeit und wurde ursprünglich zur Metallverarbeitung verwendet. Im Mauerwerk, „auf der Schmelz“, ist der alte Schmelzofen noch vorhanden.

Rötsch. Ab 1933 wanderten die Betriebe jedoch ab. Erwartungsgemäß ging seit damals auch die Beschäftigung stark zurück. Karl Roßböck, der Vorgänger Franz Zellnigs als Bürgermeister, siedelte 1965 die Firma Kober mit einer Scheibtruhenerzeugung in Obdach an. Heute ist Kober eine Maschinenfabrik, die Betonmischer und moderne Gerätschaften für den Bau herstellt.

Die ÖVP war gegen die Firmenansiedelung. Sie fürchtete, dass durch die Industrialisierung die Anzahl der unselbständig Beschäftigten steigt, und damit das Wahlklientel der SPÖ. Anstatt dessen sollte der Fremdenverkehr ausgebaut werden. Abgesehen vom Urlaub am Bauernhof verdienen Bäuerinnen und Bauern nach Franz Zellnigs Meinung zuwenig durch den Fremdenverkehr. Da sei der Bauer „eh nur der Tanzbär, der dort halt seine Tradition aufputzt.“

Begonnen hat die Firma Kober 1965 mit ungefähr fünfunddreißig Beschäftigten. Das Maximum lag bei mehr als vierhundert (inklusive Angestellte). Zurzeit werden noch knapp dreihundert Leute beschäftigt. Das ist bei insgesamt viertausend EinwohnerInnen „ein ganz schönes wirtschaftliches Potential.“ Vor der Ansiedlung der Firma Kober sind die Erwerbstätigen aus Obdach ausgependelt, danach sind Leute nach Obdach eingependelt. Von einem Standbetrieb aus entwickelten sich zusätzliche Beschäftigungs- und Firmenmöglichkeiten. Das große Problem ohne oder mit nur wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten liegt vor allem darin, dass es in ländlichen Gebieten kaum FacharbeiterInnen gibt, keine WerkmeisterInnen, keine SpezialistInnen, keine AusbilderInnen für die Jungen, denn diese wandern aufgrund interessanter Jobangebote in den Zentren meist ab. Auch entsprechend ausgebildete und erfahrene Leute für das Management wie auch Ingenieure siedeln sich erst mit der Zeit an. Mit der Firma Kober – in der Zwischenzeit ein weltweites Unternehmen – gab es seitens der Gemeinde eine „ganz, ganz gute Zusammenarbeit.“

Franz Zellnig „riskierte“ als Bürgermeister einen weiteren Betrieb mit dem Ingenieur Gerfried Hampel. Ihm wurde die alte Volksschule zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde unterstützte überdies die Umbauinvestitionen durch finanzielle Zuwendungen. „Das haben wir finanziell so günstig gemacht und auch mitinvestiert.“ Die Gemeinde kam einer Ansiedelung auch insofern entgegen, als anfangs keine Abgaben an die Gemeinde zu bezahlen waren, „um auf die Füße zu kommen.“ Die Infrastruktur wie Leitungszuführung und Strominstallationen wurden von der Gemeinde finanziert. Gemeindebedienstete führten Umbauarbeiten durch. Auch bei der Förderung aus dem Wirtschaftsfonds für Gewerbe und Industrie als Startkapital für Maschinen unterstützte Bürgermeister Zellnig den Jungunternehmer.

Das Unternehmen begann als Zulieferant für andere Firmen. Heute hat sich die unbenannte Firma „Hage“ auf die Herstellung von Robotern, automatische Werkzeugen und Prototypen für Herstellungsmaschinen spezialisiert. In der Zwischenzeit wurden internationale Handelsbeziehungen aufgebaut. Franz Zellnig ist stolz über diese Entwicklung. „Der Ursprung eine alte Schule in Obdach, mit ein bisschen Aufgeschlossenheit der Gemeindefunktionäre.“

Franz Zellnig befasste sich mit dem späteren Unternehmer vor der Unternehmensgründung eingehend, um herauszufinden, „ist es der innere Wille, ist es das Wollen, dass er sein Ziel erreichen will.“ Er erkennt, wenn ein anderer etwas wirklich will. Zum einen, weil er sich selbst gut kennt: „Ich weiß es von mir selber, dass ich das haben will und dann mache ich das auch.“ Des weiteren ist er überzeugt, dass UnternehmerIn oder EntscheidungsträgerIn zu sein, „das kannst nicht lernen, das kann keiner lernen. Das muss einer schon mitkriegen [dazu muss jemand begabt sein].“ Nicht zuletzt kommt er wieder

auf seine Kindheit zu sprechen, die bereits eine Art Spielwiese für Entscheidungen für ihn war: „Ich hab als Kind schon das Glück gehabt, das ich so vieles selber entscheiden hab können und auch [ein]gesehen hab, wo ich daneben gelegen bin.“

Franz Zellnig, der Gestalter

Franz Zellnig ist davon überzeugt, dass die Menschen das Leben und die Geschichte selbst gestalten. Wenn er über sein politisches Engagement spricht, geht es darum, wie froh er ist, dass er mitgestalten durfte. Er glaubt nicht daran, dass unser Geschick von jemand anderen gelenkt wird. Es kann jedoch vorkommen, dass Menschen ihre Ansichten und Verbesserungsvorschläge nicht durch- und umsetzen können. In der politischen Arbeit kann seiner Erfahrung nach die „Gegenströmung“ sehr stark sein.

Verglichen mit der Vergangenheit hat sich heutzutage vieles verändert. „Das haben wir gemacht, das haben wir beeinflusst und haben es auch gestaltet. [...] Wir haben durch unser Gestalten und durch unser Auftreten und durch unseren Einsatz, Wissen und ökonomisch so viel zum Vorteil der Menschheit und von uns selbst geschaffen, was ja nie von selber gekommen wäre.“

Doch rückblickend sieht Franz Zellnig nicht alles nur positiv. „Und gleichzeitig sind so positive Änderungen auch wieder von negativen Entwicklungen behaftet. Und das muss die Menschheit früh genug erkennen. Damit sie dort gegensteuern kann. Die Geschichte hat nicht mich entwickelt, da habe schon ich das gemacht. Die Geschichte hat auf meinem Betrieb nichts entwickelt, sondern das habe ich gemacht. Das ist mein Einsatz, und der hat das verändert. Muss ja nicht alles positiv sein. Da kann auch etwas Negatives herauskommen. Aber da habe ich das Negative herbeigeführt. Da muss ich mich halt danach richten, wieder verändern. Ohne dem geht es nicht.“

Die Veränderungen ließen sich leicht an der jungen Generation nachvollziehen. Diese hat Ausbildungsmöglichkeiten, die es früher nicht gab. 1965 bis 1970, als Franz Zellnig Bürgermeister von Granitzen war, gab es in den beiden Gemeinden Obdach und Granitzen noch keine Hauptschule. Im Gemeinderat wurde heftig darüber debattiert. Das konservative Lager war entschieden dagegen, eine Hauptschule einzurichten. Die Hauptschüler und –schülerinnen, rund fünfundzwanzig an der Zahl, fuhren nach Judenburg oder Zeltweg. Letzten Endes wurde von den Gemeinden Obdach und Granitzen ohne Mitfinanzierung der umliegenden konservativ regierten Gemeinden mit dem Bau der Hauptschule begonnen.

Franz Zellnig beschwerte sich beim Amt der steirischen Landesregierung für die Gemeinden zuständigen Pammer: Es gäbe „schwarze“ Gemeinden, die Schulen bauen ohne finanzielle Unterstützung der benachbarten „roten“ Gemeinden und umgekehrt. Zellnig forderte eine landesweite gesetzliche Regelung. Mit der Ergänzung, dass Schulden der Schulsitzgemeinden durch die Außengemeinden, deren Kinder ebenfalls in diese Schule gingen, beglichen werden sollten. Ergebnis war, dass er das benötigte Geld vom Land erhielt. Doch danach wurden die Gemeinden verpflichtet, ihren finanziellen Beitrag zum Bau von Hauptschulen zu leisten. Wenn eine Gemeinde trotzdem nicht bereit war, zu zahlen, erhielt sie später bestimmte Bedarfszuweisungen von Seiten der Landesregierung nicht.

Anhand des Beispiels der Hauptschule in Obdach will Franz Zellnig zeigen, „es war nicht schicksalhaft, das wurde gestaltet. [...] Auch die Gesellschaft, die Entwicklung, die muss man gestalten, das kommt

nicht von selber.“ Treibende Kraft waren schließlich auch die Eltern, die ihre Kinder im Ort oder in der näheren Umgebung zur Schule schicken wollten. Vor der Schülerfreifahrt konnten sich viele nicht leisten, ihre Kinder in eine entlegene Hauptschule zu schicken.

„Was wäre heute, wenn da keine Hauptschule wäre? Die konservativen Kräfte haben es verhindern wollen. Das sind die Entwicklungen, die man steuern muss, wo man sich einsetzen muss. Das wäre nicht schicksalhaft geschehen. [...] So sehe ich das ganze Wirken in der Politik, auch in der Wirtschaft. Die müssen auch etwas tun und das fällt ihnen auch nicht in den Schoß.“

„Wir haben vieles im Sinne der Bildung, im Sinne der Ausbildung, positiv beeinflussen können. Und außerdem ist es ja ein wirtschaftlicher Faktor. Wenn du eine zwölf-klassige Hauptschule hast, das bringt ja finanziell auch viel an Beschäftigungsmöglichkeiten und auch kulturell und sportlich. [...] Ich meine, ist ja eine positive Entwicklung. Ja und wenn du jetzt da versuchst in dem Sinn ein ganzes Leben zu analysieren, nachher komme ich halt zu dem Schluss, dass sich vieles, so vieles nicht so entwickelt hätte, wenn nicht Hand angelegt worden wäre und wenn nicht gehandelt worden wäre. Von selber wäre es nicht gekommen und durch andere auch nicht.“

Auffassung von Politik und Demokratie

„Handelnde Personen gibt es immer. Es fragt sich nur, ob sie [...] von der Basis her die notwendige Unterstützung bekommen, sonst geht es halt in die andere Richtung, wenn sie es nicht bekommen. Aber handelnde Personen, gibt es ja genug. Aber ob die Vorstellungen, die Visionen verwirklicht werden können, hängt nachher [später] von dem ab, wie realistisch ist es und wie viele wollen das und unterstützen das.“ Die Wählerinnen und Wähler hätten bei jeder Wahl die Möglichkeit, jene Personen zu bestimmen, die in bestimmten politischen Gremien Entscheidungen treffen. „Die haben ja dann von der Basis her den Auftrag in einer gewissen Stärke, dass sie das tun können, in einer gewissen Schwäche, dass sie es nicht machen können. Finde ich ja positiv. Und das ist halt die Demokratie.“

Problematisch in Zellnigs Augen ist dabei lediglich, dass PolitikerInnen und Machthabende die Meinung der Leute über die Medien beeinflussen, die Medien jedoch seien nicht demokratisch ausgerichtet. „Es wird nicht mehr demokratisch informiert.“ Daher „kann in dem Sinne von Demokratie nicht die Rede sein.“ Trotzdem ist er davon überzeugt: „Wir leben nach demokratischen Spielregeln. Das können wir ja nicht wegdiskutieren und da gibt es die Spielregeln bei uns, wie in jeder Demokratie, dass da nach einem gewissen Zeitablauf neuerlich der Souverän, also das Volk, der Wähler, entscheidet, wer zukünftig zu regieren hat. Die Opposition kann an Stärke nur ausspielen, die ihr [...] von der Wählerschaft [...] zugesprochen worden ist.“

Regierungen sollten demzufolge dann wieder gewählt oder abgewählt werden, wenn sie vorweisen können, welche Aufträge sie erfüllten und welche nicht. Darüber hinaus problematisch stellen sich die Spielregeln der Demokratie für diejenigen heraus, die mit der derzeitigen Entwicklung nicht einverstanden oder nicht zufrieden sind. Denn sie haben als Opposition kaum eine Möglichkeit, etwas zu verändern. „Außer vielleicht, Neuwahlen vom Zaun [zu] brechen“, wenn ein diesbezüglicher Antrag im Parlament eine Mehrheit erhält. In demokratischen Systemen ist die Opposition grundsätzlich weitgehend machtlos. Misstrauensanträge an MinisterInnen, eine Maßnahme der Opposition im Parlament, bewirken in der Regel nicht dessen Rücktritt, solange seine eigene Partei und die Regierung hinter

ihm/ihr stehen. Er oder sie könne lediglich „in der nächsten Wahlwerbung von der Opposition als negatives Beispiel hingestellt werden“, ein Umstand, der einer Partei Stimmen kosten könne. Doch erfahrungsgemäß würden die meisten Regierungen im letzten Jahr vor Neuwahlen Maßnahmen setzen, „die so manches beruhigen, was heute noch beunruhigend ist.“

„Das sind nach meiner Meinung die Spielregeln in der Demokratie. Und ich bin immer noch froh, dass ich in einer Demokratie lebe.“ Wo es Auseinandersetzungen und Zielsetzungen und deren Realisierung gibt. „Ich sehe keinen anderen Weg.“

Der Politiker Zellnig ist sich darüber im Klaren, dass die Bevölkerung wisse, es müsse Reformen geben, vor allem in der Frage der Umverteilung. Die derzeitigen [2005] Einsparungsmaßnahmen betreffen in erster Linie die „schwächeren und mittleren [gesellschaftlichen Schichten].“ Ob die künftige Regierung [Große Koalition ab 2007] manches zu reparieren vermag, darüber hat Franz Zellnig „echte Zweifel“.

Im persönlichen Bereich war es für Franz Zellnig ähnlich wie in der Politik. Er hat sich ein Ziel gesetzt, hat das Ziel konsequent verfolgt und eines Tages erreicht. Für ihn läuft sein Leben privat ähnlich wie in der Politik. „Man hat bestimmte Vorstellungen, doch die anderen – seien es die Leute im Gemeinderat oder in der eigenen Familie – sind dagegen. Dann muss solange diskutiert werden, bis beide Seiten zufrieden sind.“

„Im Endeffekt muss ich sagen, hat es weitgehend funktioniert bei mir im privaten Bereich, dass man schon das realisieren hat können, was ich mir vorgestellt habe und was ich angestrebt bin. Also da hat es eigentlich noch in der Zielsetzung keine nennenswerten Verschiebungen gegeben. Ich meine, ich habe mir etwas in den Kopf gesetzt, also was ich halt nenne ein Ziel, und habe [es] so lange konsequent verfolgt, bis ich es realisieren habe können. [...] Wenn ich nur als Beispiel hinsetzen darf, mein E-Werk. Was glaubst du, wie lange ich da herumdiskutiert und herumgestritten und herumprobiert habe? Und jetzt fahre ich vier Jahre damit, mit bestem Erfolg. Also da hat sich das gelohnt, hat sich insofern gelohnt, weil mir jeder gesagt hat, du kannst ja nicht in der roten [verbotenen] Zone herum schlossern und es hat sich trotzdem ausgezahlt. Auch ein Ziel“, das Franz Zellnig erreicht hat.

Zur Situation in seiner Partei heute

Von der heutigen SPÖ ist Franz Zellnig sehr enttäuscht. „Diese Bewegung ist ein Schlag in’s Gesicht.“ Vor allem verzeiht er jenen in der Partei nicht, die den Parteivorsitzenden Gusenbauer intern und öffentlich kritisieren oder hinterrücks „das Hackl hineinschmeißen“, ohne offen mit ihm darüber zu reden. „Das ist unanständig, und das bringt ja auch nichts.“ Er ist davon überzeugt, dass wenn die ganze Partei hinter Gusenbauer gestanden wäre, „wären wir ja nicht so schlecht bedient.“

„Was da geschieht, das hätte damals nie passieren können.“ Franz Zellnig ist davon überzeugt, dass die Ungerechtigkeiten in der Pensionsregelung und der Ausverkauf des Staatseigentums mit einer SPÖ in der Regierung nicht möglich gewesen wären.

Haltung gegenüber Nationalsozialismus

Zum Nazi-Regime, das er als junger Mensch erlebt hat, vertritt er einen eindeutigen Standpunkt. „Der Nationalsozialismus hat Grausamkeiten begangen, das darf man nicht vergessen.“ Aber es war ein Zeit-

abschnitt, der heute vorbei ist. Über die Vorkommnisse in den 1930er und 1940er Jahren heute zu diskutieren, hält er nicht für sinnvoll. Den Faschismus der Gegenwart „kann man nicht negieren. Das geht nicht, weil dort muss man dagegen auftreten und man muss kämpfen.“

Das ist die Schlussfolgerung aus der eigenen Erfahrung. Während der Nazizeit, in seiner „Jugendzeit und auch nachher wie ich eingerückt war, [habe ich mich] für die Politik überhaupt nicht interessiert.“ Wer nicht für die Nazis war, besuchte auch keine Propaganda-Veranstaltungen oder ähnliches. Allerdings wusste der junge Franz Zellnig nichts über die Verbrechen des Nationalsozialistischen Regimes. Ein Umstand, der dem später politisch denkenden Menschen befremdet: „Wenn mir damals einer gesagt hätte, [...] da werden so viele Leute umgebracht, ich hätte den angeschaut und hätte gesagt, das gibt es nicht. Ich hätte es auch gar nicht geglaubt. So abgeschlossen und unkritisch [war ich], muss man sagen.“

Konfrontationen

Franz Zellnig hat das kontroversielle Diskutieren immer Spaß gemacht. Die stärkste politische Konfrontation war nach 1945 mit Funktionären der KPÖ. Auseinandersetzungen mit der ÖVP kamen später, als Franz Zellnig Funktionär in der Landwirtschaftskammer und Obmann der SPÖ-Bauern war. Mit dem Präsidenten der steirischen Landwirtschaftskammer und späteren Agrarlandesrat Koiner konnte er sachlich sehr gut diskutieren. Solange dieser noch Agrarsprecher war, wurden im Landtag politische Diskussionen geführt. Mit seinem Nachfolger Puchberger hat er „die Klängen gekreuzt. [...] Nicht feindselig, sondern sachlich. [...] Aber wir haben persönlich ein sehr gutes Verhältnis gehabt.“ Franz Zellnigs politisches Wirken war und ist nicht auf Feindbilder aufgebaut. Er suchte immer den Konsens und gemeinsame Lösungen.

Wenn er als SPÖ-Bauer eingeladen wurde, war seine Bedingung, dass je ein Vertreter der Raiffeisen-Genossenschaft und des Bauernbundes ebenfalls anwesend war. „Sonst bringt die Diskussion nichts. [...] Da kannst ja nichts bewegen.“ Agrarlandesrat Pörtl, Nachfolger von Puchberger, lehnte jedoch gemeinsame Auftritte ab, während sein Vorgänger vier solche Veranstaltungen mit Bauernbund, SPÖ und den Freiheitlichen abhielt. Franz Zellnig organisierte seinerseits als Vorsitzender der SPÖ-Bauern solche Veranstaltungen. Das habe inhaltlich sehr viel gebracht und die Inhalte konnten auch umgesetzt werden. „Das waren lebendige Veranstaltungen und das ist ja keine Seltenheit gewesen, dass dort unter Umständen zwei-, dreihundert Leute gekommen sind, die das hören haben wollen.“ Es wurde nicht selten bis gegen vier Uhr in der Früh diskutiert. Weitere politische Diskussionen gab es im Landesstellenausschuss der Sozialversicherung der Steiermark. Doch es wurde immer sachlich diskutiert, „auf Fakten aufgebaut“, dass man sich nachher hat „noch die Hand geben“ können.

Das demokratische Verständnis von Franz Zellnig ist, dass es „in einer Demokratie die Meinung der anderen [braucht], also auch der anderen politischen Gruppen.“ Dabei ist es wichtig, Kompromisse zu finden aus den unterschiedlichen Standpunkten. Das sei in vielen Bereichen möglich. Dadurch habe er „im Gesamten mehr bewegt, als wenn man im Streit auseinander geht.“ Das Miteinander und nicht das Gegeneinander war in seiner politischen Laufbahn eine konstruktive Kraft. „Es hat auch seine Nachwirkungen, wenn man nicht nur Streithansel ist.“ Franz Zellnig fungierte als eine Integrationsfigur. Das ist er heute noch auf der Gemeindeebene.

Es gäbe politisch viel zu tun und zu gestalten, doch das fände seiner Ansicht nach nicht statt. Zellnig will damit nicht sagen, dass solange er politisch aktiv war, etwas bewegt worden ist und heute nicht mehr. Doch hat er grundsätzlich die Empfindung „es hat sich einfach abgebaut“ [das politische Engagement geht allgemein zurück].

Frauen in der Politik

Franz Zellnig wollte eine Frau an der Spitze der SPÖ-Bauern und Bäuerinnen in der Steiermark haben. Vor allem deshalb, weil die meisten landwirtschaftlichen Betriebe von Frauen geführt werden. Nicht statistisch, doch de facto. „Durch die Zweiberuflichkeit [Nebenerwerb] sind es überwiegend die Männer, die außerbetrieblich beschäftigt sind und die Frauen betreiben den Betrieb daheim.“

Als Franz Zellnig Vorsitzender der SPÖ-Bauern war, gab es keine Frau im Vorstand. Dann hat sich „Monika Kaufmann angeboten als Bäuerin, dass wir die als Landesvorsitzende einfach an die Spitze stellen. [...] Gleichzeitig waren wir der Meinung, dass sie wirklich für diese Sache geeignet ist.“ Schwieriger gestaltete sich das Vorhaben, sie in den steirischen Landtag zu bringen. Seiner Erfahrung nach sei es in Österreich generell schwierig, bäuerliche Mandatare und Mandatarinnen im Landtag auf einen wählbaren Platz zu bringen. Doch es gelang.

*Franz Zellnig mit seiner Nachfolgerin im Steirischen Landtag
Monika Kaufmann 1995*

Foto: BA für Bergbauernfragen



„Ich bin überzeugt davon, Frauen werden ja nicht bewusst [von Männern] ausgeschlossen in der Politik.“ Er habe bei Gemeinderatswahlen immer wieder Frauen angesprochen, die seiner „Meinung nach die besten Voraussetzungen hatten, in der Gemeindestube mitzuarbeiten.“ Doch er hat ausschließlich Absagen erhalten. Er konnte sich das nicht erklären und meinte: „Vielleicht reden sich die Frauen nur ein, dass sie [in der Politik] nicht erwünscht sind. Dass das eine Männerangelegenheit ist.“¹³ Anders sei

13. Theresia Oedl-Wieser (2006: 7) stellte in ihrer Studie fest, dass trotz genereller Gleichstellungsorientierung Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Politik nach wie vor deutlich unterrepräsentiert sind. Besonders auf lokaler und regionaler Ebene sei die männliche Dominanz in der politischen Öffentlichkeit ungebrochen. Die Vorstellungen der Frauen von politischer Arbeit stimme in vielen Fällen nicht mit dem bestehenden Politikstil überein. Um Frauen zu einem politischen Engagement zu motivieren, wäre eine drastische Änderung der politischen Kultur, in der politischen Agenda und im politischen Handeln notwendig. (ebd: 146)

es nicht zu erklären, dass er zeit seiner politischen Tätigkeit in Granitzen und Obdach keine SPÖ-Gemeinderätin finden konnte.

Zellnig erkennt die tradierten Muster, nachdem es für Frauen oft schwierig(er) ist, ihr politisches Engagement mit den Versorgungsarbeiten in Haushalt und Familie in Einklang zu bringen, auch damit, sich gegen die Interessen des Mannes durchzusetzen. Die Aussage: „Ein Mann tut sich innerhalb der Familie leichter“ zeugt von seiner eigenen Erfahrung. Trotzdem bekennt er: „Wenn man sich ganz engagiert, bringt das nicht nur Vorteile für die Familie, das muss man auch sagen.“

Politik und Familie

„Geht nicht reibungslos. Der das sagt, der sagt nicht die Wahrheit.“

Auf seine eigene Situation angesprochen meint er: „Am besten könnte das meine Frau selbst beantworten. Ihr werdet dann ja heraushören, dass meine Frau das heute noch so interpretiert, dass es für sie der größte Verlust war. Sie hat sich mit dem nie abfinden können, dass ich in der Politik bin.“ Maria Zellnig erzählt uns, sie hätte ihren Mann oft auf dem Hof gebraucht, nicht nur für die Arbeiten, sondern für Entscheidungen und um mit ihr die Verantwortung zu teilen. Doch er war sehr oft in seiner politischen Funktion unterwegs. War etwas dringend zu erledigen, wurde ein Bauernsohn in der Umgebung mit den Arbeiten betraut.

Als seine Parteikollegen immer wieder anfragten, als Gemeinderat zu kandidieren, redet er mit seiner Frau. „Sag ich: ‚Du Maria, bei der Gemeinde, Gemeinderat in einer kleinen Gemeinde, eine kleine Tätigkeit. Wie verträgst du das?‘ ‚Nein!‘ sagte sie, *dir traue ich nicht. Wenn’st irgendwo einsteigst, dann geht’s gleich wieder weiter.*“ Wie gut sie ihren Mann kannte. Die beiden haben sich geeinigt, „auch mit ihrer Zustimmung“. Diese sei jedoch „nicht ganz von Herzen“ gekommen.

„Und eines hat das andere ergeben.“ Wie seine Frau es vorausgesehen hatte. „Jetzt ist die Frage, wie hat die Familie darunter Nachteile gehabt. Wie hat sie, wenn wir’s so formulieren wollen, auch gelitten oder Opfer bringen müssen.“

Wirklich gelitten habe seine Frau darunter, dass ihm die Zeit fehlte, mit ihr zu sprechen. Wenn er nach Versammlungen nach Hause kam, wollte er seine Ruhe haben. Und nicht Gespräche führen über das allgemeine Befinden oder anstehende Arbeiten am Hof. Oder er hatte den Eindruck, er müsse seiner Frau etwas erzählen. „In Wirklichkeit sagst du dann: Heute nicht, morgen. Und morgen hast [du] wieder eine andere Aufgabe und da kommt die Frau dann zu kurz, rein in der Kommunikation untereinander.“ Die Beziehung zur Ehefrau und die Frau selbst kommen durch politisches Engagement des Mannes zu kurz. „Das ergibt sich so in der Politik.“ Das war „nicht unbedingt vorteilhaft.“ Der einzige Ausgleich war das Schifahren. Seine Frau sei Zeit ihres Lebens gerne Schi gefahren. Daher wurde im Winter für zwei Wochen eine Hilfskraft organisiert. Die Großmutter war ohnehin ständig zugegen. Später wurde auch im Sommer zwei oder drei Wochen Urlaub in Italien gemacht.

Auf öffentlichen Veranstaltungen wie auf einem Ball oder einem Fest wollten natürlich viele mit dem Bürgermeister ins Gespräch kommen. Daher hatte er keine Zeit für seine Frau. Darüber habe sie sich des Öfteren beklagt. Als Entgegnung meinte Franz Zellnig: „Hast mich ja sonst immer.“ Doch das ließ seine Frau nicht gelten. „*Ja sonst bist auch nicht da. Hast den Kopf auch wieder wo anders.*“ Sie spürte, wenn

er in Gedanken bei der nächsten Veranstaltung oder einem politischen Thema war. Andererseits gab es auch ehrenvolle Aufgaben für die Frau des Bürgermeisters. So eröffnete sie mit dem Hauptmann der Feuerwehr auf dem Feuerwehrball die Polonaise. „Aber im Großen und Ganzen ist das nicht die ganze Entschädigung gewesen für die übrige Zeit.“

Maria und Franz Zellnig 1995

Foto: BA für Bergbauernfragen



Der landwirtschaftliche Betrieb wurde 1984 an die Tochter Helga (Jg. 1956) und den Schwiegersohn Karl Bergmann, der den Hof überwiegend bewirtschaftet, übergeben. Anfangs sei die Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung schwierig gewesen, doch in der Zwischenzeit kommen sie gut miteinander aus.

„Unser größtes Bindeglied in meiner Familie [...] ist der [Sohn] Franz (Jg. 1947). Das ist einfach die Verpflichtung oder das Bedürfnis, dem eigenen Kind, was halt sicher erwachsen ist, aber in gewissen Situationen die Unterstützung braucht. Das ist eine der schönsten Leistungen was man innerhalb einer Familie [...] erbringen kann. Ich habe ja auch so viel lernen können durch mein eigenes Kind. Vom Gefühlsleben her, von den Bedürfnissen her. Und heute noch immer. Ich sehe eigentlich das als meine schönste Aufgabe, dass ich den Bub betreuen kann.“ Der „Bub“ war zum Zeitpunkt des Interviews achtundfünfzig Jahre alt.

Auch für den Sohn ist die oftmalige Abwesenheit des Vaters nicht immer einfach. Besonders schwierig wurde es, als Franz Zellnig in den Landtag gewählt worden war. Dort konnte er sich die Zeiten für die Sitzungen und sonstige Termine nicht mehr selbst einteilen, im Gegensatz zu seiner Tätigkeit als Bürgermeister oder als Vorsitzender der SPÖ-Bauern.

„In der Zeit [1983 bis 1991] bin ich jedes Jahr zwischen sechzig- und siebzigtausend Kilometer mit meinem Auto gefahren für die Politik.“[...] Und Samstag und Sonntag, wo es Tausend und mehr Kilometer waren, wo wir da herumgegeistert sind.“

„Für mich, und das ist heute noch so, ist ja die politische Tätigkeit eine Erfüllung“

Bei allen Nachteilen, die die Tätigkeit mit sich brachte, gilt dies für den heute über achtzigjährigen gegenwärtig noch immer. „Ohne diese Tätigkeit wär’s ja regelrecht ein Verlust in meinem Leben.“

Besonders erfreulich erlebte er den Umstand, dass er in seine politischen Funktionen „rein gewachsen“ ist. Auch dort galt: Er hat dürfen und nicht müssen. „Ich bin da rein gekommen, nicht weil mich einer rein geschoben hat. Zu mir sind sie gekommen: „Franz, machst das? Franz, willst das? Ich habe nie

gesagt, ich will das sein.“ Wenn man das Gefühl hat in der Politik, man braucht sich „bei keinem bedanken, dass ich da sitzen darf. Da hast du ja auch soviel Selbstsicherheit. [...] Du tust dir bei den ganzen Diskussionen leichter. Du brauchst dir kein Blatt vor den Mund nehmen, weil dir kann keiner Vorhaltungen machen.“ Ohne diese Freiheit hätte ihn die Politik nicht gereizt: „Ich hätte es nicht gemacht.“

„Ich bild mir ein, das ist alles von selber gegangen. Auf einmal war’s da. Auf einmal sitzt dort. Weißt nicht warum, hat sich so ergeben. Und das finde ich toll in der Politik.“

Das ist einer der Gründe, warum er noch immer weitermacht. Franz Zellnig plant einen Arbeitskreis ins Leben zu rufen, der sich mit der Situation des ländlichen Raumes auseinandersetzt und Alternativen findet, „wie man den ländlichen Raum besser erhalten könnte. Weil so sterben wir weg.“ Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird der ländliche Raum in absehbarer Zeit entsiedelt und verwaldet sein. Im Gegensatz zum Programm für die ländliche Entwicklung, das ein rein agrarpolitisches Programm ist: „Da geht’s mir nicht um die Bauern, da geht’s mir um die Menschen, die interessiert sind, was können wir selber machen.“



Altbürgermeister Franz Zellnig mit dem Bürgermeister von Obdach Peter Köstenberger am 26. Juni 2007

Foto: Josef Krammer



Direktvermarkterin Rosina Grillitsch (vulgo: Kalchrieger) mit Franz Zellnig in Warbach bei Obdach am 26. Juni 2007

Foto: Josef Krammer

Er weiß selber noch nicht, was dabei rauskommen kann. „Aber ich kenne die Ressourcen vom ländlichen Raum. Und was können wir aus den Ressourcen selber machen.“ Er will selbst bestimmt bleiben: „Nicht dass einer kommt [und sagt:] ‚Ihr macht das!‘, sondern dass wir sagen, das wollen wir. Ich weiß ja gar nicht, ob es mir gelingt. Das ist so eine Vorstellung. Das ist für mich so faszinierend und ich freue mich schon drauf, wenn ich die Leute suche. Und ich werde die Leute finden. Und ich werde dort mit fünfzehn, zwanzig Personen diskutieren. Wenn nichts rauskommt, macht nichts. Aber ich brauche mir nachher keine Vorhaltungen [zu] machen, dass ich sage, habe ich einmal eine Idee gehabt und ich habe es nicht [zu] verwirklichen versucht. Und wenn ich nachher was rausbringe, ist es nicht meine Leistung. Ist es die Leistung der Arbeitsgruppe. Wäre schade gewesen, wennst es nicht gemacht hättest. Zu den Sachen bin ich nicht zu alt. Die schaffe ich.“

„Ich möchte im Leben nie mehr Hunger sehen“

Heinrich Wohlmeyer

*Eine wirklich gute Idee erkennt man daran,
dass ihre Verwirklichung von vornherein ausgeschlossen erscheint.*

Albert Einstein



Foto: Familienarchiv, 2007

Heinrich Wohlmeyers Kindheit ist geprägt durch den frühen Tod des Vaters im Jahr 1939 und den Bombenangriff auf das Elternhaus in St. Pölten am Ostermontag 1945. Die Familie flüchtete „mit dem letzten Molkereiauto raus nach Flinsbach, Gemeinde Neidling“ und wurde von der Bauernfamilie Steindl aufgenommen, deren Sohn im Ersten Weltkrieg durch das Betreiben des Großvaters Johann Wohlmeyer vom Wehrdienst freigestellt worden war. Hier erlebte der damals neunjährige Heinrich Wohlmeyer „die letzten erbitterten Graben- und Panzerkämpfe im Zweiten Weltkrieg.“

Vorbild Großvater

Die geistige Prägung des Hauses Wohlmeyer geht auf den Großvater väterlicherseits zurück. Die Vorfahren waren Stiftsmaurermeister in Lilienfeld. Als 1810 das Stift abbrannte, wurden sie mit dem Wiederaufbau des Stiftes betraut, „sind's so reich geworden, dass sie nach Sankt Pölten hinausziehen konnten.“ Außerhalb der Stadt wurde ein Bauhof eröffnet, denn die Deutsch-Nationalen – die damals St. Pölten regierten – lehnten einen Bau in der Stadt ab. Dieser Umstand stellte sich später als ein Startvorteil heraus, vor allem durch die Eisenbahn- und Straßenbahnnähe. Die Firma wurde unbenannt in Wohlmeyer & Co, „die besteht noch immer.“ Heinrich Wohlmeyer hätte nach Beendigung seines Studiums im Management tätig werden sollen. Die vertraglichen Verhältnisse waren jedoch nach dem vorzeitigen Tod der vorgesehenen Erbin 1979 derart ungeordnet, dass der Jurist es ablehnte, in die Firma einzusteigen. Er meint: „Überdies habe ich eine andere Lebensaufgabe gesehen.“

Franziska Wohlmeyer, die Schwester des Großvaters, war die Mutter des späteren Bundeskanzlers Julius Raab. Die politische Laufbahn von Johann Wohlmeyer sollte für den Neffen Julius Raab bestimmend werden, denn er war eng mit Alois Fürst Liechtenstein und Karl Lueger befreundet und zählte zu den Mitbegründern der Christlichsozialen Partei. Er war in zahlreichen gesellschaftlichen Vereinigungen aktiv und zog für seine Partei 1897 in den Reichsrat ein, dem er bis zum Ende der Monarchie angehören sollte, um anschließend noch Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung zu sein, ehe er sich knapp 70jährig aus der Politik zurückzog¹⁴.

14. http://www.konvent.gv.at/portal/page?_pageid=908,684457&_dad=portal&_schema=PORTAL (2007)

Die Baufirma Wohlmeyer & Co in St. Pölten, die Johann Wohlmeyer in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts übernahm, war wohlbekannt. Die Geschwister des Großvaters waren Baumeister, „die haben einen Clan gebildet, der von Annaberg bis Traismauer, von Riederberg bis Amstetten das Baugeschäft beherrscht hat. Der alte Fürst Auersperg hat gesagt, was die Mautner in Schwechat waren, waren die Wohlmeyer in St. Pölten.“

Im Jahr 1900 gründete der Großvater, der Obmann verschiedener landwirtschaftlicher und gewerblicher Genossenschaften war, „in St. Pölten das modernste Lagerhaus der Monarchie als Modell-lagerhaus“. Es verfügte über einen Bahnanschluss, direkt zwischen Westbahn und Mariazeller-Bahn, „mit einer Verladerampe und einem Zentralaufzug, Becherwerk und Zellen mit einem Verteilerstern oben. So dass man die verschiedenen Getreidesorten und Qualitäten abfüllen konnte und unten in die Waggons verladen.“ Das war für die damalige Zeit vorausschauend. Das Gebäude existiert noch heute. Johann Wohlmeyer führte als Baumeister nicht



*Großvater Johann Wohlmeyer
1850 – 1932*

*Stadtbaumeister in St. Pölten,
Obmann zahlreicher gewerblicher
und landwirtschaftlicher
Genossenschaften, Abgeordneter
zum Niederösterreichischen
Landtag, Reichsratsabgeordneter
1897, Mitglied der Provisorischen
Nationalversammlung
21.10.1918 bis
16.2.1919 Christlich soziale
Partei (CSP)*

Foto: Familienarchiv, 1930

nur die Planung und den Bau durch, er war auch der erste ehrenamtliche Obmann. Als die Genossenschaft aufgebaut war, „haben sie ihn entfernt.“ Heinrich Wohlmeys Mutter erzählte darüber, dass sie damals den alten Mann das erste Mal habe weinen gesehen. Sie habe zu ihm gesagt, das sei bei den Bauern so üblich, er solle es nicht persönlich nehmen.

Nach dem Tod zweier Töchter (Marietta und Lieschen) konzentrierte sich Johann Wohlmeyer auf seine politische Tätigkeit. Im Reichsrat war er zuständig für die Marinekontrolle. Dadurch knüpfte er Kontakte zum Kaiserhaus, denn die Leute bei der Marine waren „die Königlichen“, das war offenbar alleweil ein Sonderjob für die Adligen¹⁵. Der Kontakt bewirkte, dass er sich direkt an den Heeresminister wenden und diesem vorschlagen konnte, dezentrale Lagerhäuser zu bauen und von der Armee Meistbegünstigungskonditionen zu erlangen. Die Lagerhäuser kamen bevorzugt zum Zuge, wenn sie den Abgabepreis des dominierenden jüdischen Getreidehandels hielten. Dadurch konnte zum Abgabepreis des Getreidehandels verkauft werden.

Seine wichtigsten Anliegen als Reichsratsabgeordneter waren ein auch den Armen dienendes Gesundheitswesen aufzubauen und eine Arbeitslosenfürsorge einzuführen, eine Arbeitslosenversicherung in unserem Sinn gab es damals noch nicht. „Um im eigenen Wirkungsbereich zu zeigen, was möglich ist“, beschäftigte der Großvater arbeitslose Maurer auch im Winter. In St. Pölten gab es „große Keller, die frostfrei waren.“ Darin wurden Betonartikel, Betonteile für Rauchfänge, Isolierblocksteine aus Hack-

15. In Frankreich heißt die Marine heute noch Royals

schnitzel und Beton gegossen, später auch Brunnen und Garteneinrichtungen sowie Fassadenelemente. Neben dem Gebäude des Dirndlhofes in Lilienfeld, in dem die Familie von Heinrich und Reingard Wohlmeyer heute lebt, gibt es einen diesbezüglichen Ausstellungspark. Hier kauften während der Gründerzeit Leute aus Wien ihre Garteneinrichtung ein. Der Großvater war sehr einfallsreich, er konstruierte Trommelhacker, lud Batterien im E-Werk auf und erhielt auf diese Weise elektrischen Strom für die Beleuchtung

Während des Ersten Weltkrieges bewahrte der Großvater als Reichsratsabgeordneter eine beachtliche Anzahl an Bauernsöhnen davor, als Soldaten in den Krieg ziehen zu müssen. Um dies durchzusetzen, drohte er dem Heeresminister, eine Liste von etwa fünfzig Freistellungsfällen in begüterten Familien „mit bedenklichen ärztlichen Zeugnissen“ dem Reichstag vorzulegen. „Auf diese Art hat er an die zweitausend Bauernsöhne freistellen können.“ Es waren dies geprüfte Härtefälle (Söhne von alten, unversorgten Bauern und Bäuerinnen, die den Hof alleine nicht mehr bewirtschaften konnten, oder wenn bereits Söhne gefallen waren und der letzte eingezogen hätte werden sollen). Außerdem war die Arbeit der Bauern überaus wichtig, denn das Land und die Armee mussten mit Lebensmitteln versorgt werden. Der Großvater sagte voraus, dass die Monarchie innerlich an den sozialen Disparitäten zerbrechen werde. Initiativen wie die allgemeine Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung der ArbeiterInnen, Bauern und Gewerbetreibenden sowie zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung als soziale Netze wurden um die Jahrhundertwende im Reichstag abgelehnt. Hinzu kam die unzureichende Nahrungsversorgung der Menschen in den Städten, weshalb „die Monarchie schließlich maßgeblich am Hunger zerbrochen“ ist.

Der Vater

Der Vater (Jg. 1888) war Rechtsanwalt und „ein ausgezeichnete Wasserrechtler“. Als solcher kam er insbesondere bei Kraftwerks- und Flussbauten zum Einsatz. Ein weiteres Spezialgebiet waren Grenz- und Grundbuchfragen, weshalb er oft in Fällen von Grenzstreitigkeiten zu Rate gezogen wurde. Grundsätzlich vertrat er nur Rechtsfälle, von deren Rechtmäßigkeit er überzeugt war. Er hat „an sich nicht schlecht verdient, bevor er in den Bundesgerichtshof¹⁶ kam. Nur hat meine Mutter gesagt, sie haben oft keinen Schilling im Haus gehabt, denn er hat zum Großteil bäuerliche Klienten gehabt.“ Die Naturalzahlungen führten zu einem Selchfleischüberschuss und eigenem Geldmangel. „Es sind also Berge von Geselchtem und sonstigem da gewesen. Und die sind den Armen gegeben worden. Und er selber war relativ knapp [bei Kasse].“ Als er mit einem fixem Gehalt als Rat im Bundesgerichtshof in Wien tätig war, kaufte er über das Bundesdenkmalamt günstig wertvolle Kunstgegenstände, einige „Kremser-Schmidt, den Rembrandt Österreichs, einen Rokokosalon, ein Biedermeierzimmer, ein Maurisches Zimmer und ein englisches Empire Zimmer.“ Der verarmte Kleinadel sah sich auf Grund seiner prekären finanziellen Lage gezwungen, derart wertvolles Mobiliar und Kunstwerke zu verkaufen.

16. In der Ständestaatverfassung der Dollfuß-Regierung aus dem Jahr 1934 war der Verwaltungs- und der Verfassungsgericht im Bundesgerichtshof zusammengelegt



Vater Johann Wohlmeyer 1888 – 1939
Rechtsanwalt und Rat beim Bundesgerichtshof zur Zeit der Dollfußregierung

Foto: Familienarchiv, 1936

Der Vater vererbte in seinem Testament seinen Töchtern „diese bewegliche Habe, die wertvoll war“. Dafür hat „er sogar Schulden gemacht, um das abzahlen zu können.“ Er war sehr „kunsstinig“ und als Kunde geschätzt. Durch den Krieg ist jedoch „alles zugrunde gegangen“, denn das Haus der Familie Wohlmeyer fiel einem Bombenangriff mit Phosphorbrandbomben zum Opfer. Somit hatten die Schwestern ihr Erbe verloren und wurden in weiterer Folge von den beiden älteren Brüdern indirekt um ihren Pflichtteil gebracht, weil dieser auf ihre Ausbildung angerechnet wurde.

„Aufgrund seiner politischen Haltung rang mein Vater Johann Wohlmeyer Dollfuß das Versprechen ab, sobald die Nazi-Bedrohung wieder vorbei sei, zur Demokratie zurück zu kehren. Das hat mein Vater schriftlich gehabt.“ Dieser Briefwechsel fiel dem Bombenangriff zum Opfer¹⁷. Nach dem Anschluss an Hitler-Deutschland protestierte Johann Wohlmeyer öffentlich gegen die ersten Todesurteile, die ohne ordentliches Gerichtsverfahren vollstreckt wurden. Er wurde postwendend seines Dienstes als Rat des Bundesgerichtshofes enthoben und mit Zwangsarbeit bestraft.

Ende der 1920er Jahre erlitt Johann Wohlmeyer einen folgenschweren Unfall, als er „in bedrückenden Gedanken am Perron [Bahnsteig] getaumelt und von einem Zug mitgerissen“ wurde. Er „wäre fast gestorben“ und trug eine geknickte Rippe davon, die beim Bücken auf den Herzbeutel drückte. 1938/39 von den Nazis zu gebückter Arbeit gezwungen, erlitt er eine Lungenentzündung und starb am 17. März 1939. „Er ist, Gott sei Dank, vor dem Abtransport ins KZ gestorben.“

Die Erinnerungen an den Vater sind nur wenige. Heinrich Wohlmeyer war drei Jahre alt als sein Vater starb. „Wenn er ein- bis zweimal pro Woche von Wien heim gekommen ist, hat er ein Säckel ‚Manner-Bruch‘¹⁸ mitgebracht. Da haben wir auf seinem Schoß sitzen dürfen und jedes Kind durfte aus dem Säckel Manner-Schnitten nehmen.“ Er spielte sich mit Präludien „sein Leid von der Seele am Englischen Panzerpiano im Empfangszimmer“, nachdem er aus dem öffentlichen Dienst entlassen und zur körperlichen Arbeit gezwungen wurde. Die dritte Erinnerung ist jene an das Schlafzimmer, in dem der Vater aufgebahrt wurde. „Da kann ich heute noch sagen, wie das ausgeschaut hat, wie ich ihm am Totenbett das Kreuzl auf die Stirn gemacht hab.“ Heinrich Wohlmeyer erinnert sich an die Biedermeiereinrichtung, die Verzierungen des Bettes und die grüne Murano-Lampe, „rechter Hand war ein

17. „Wie durch ein Wunder“ wurden neben seinem Testament weitere Schriftstücke im Schutt des zerstörten Elternhauses gefunden: Urkunden über die Auszeichnungen im Ersten Weltkrieg und sein Taschenkalender aus dem Jahr 1936, in dem er zur Geburt seines Sohnes Heinrich eingetragen hat: „wird Bauer“ (Heinrich Wohlmeyer 2005: Mein Vater Rat des Bundesgerichtshofes Dr. Johann Wohlmeyer geb. 20.1. 1888 – gest. 17.3. 1939 unveröffentlichtes Manuskript)

18. billig erwerbbarer Produktionsausschuss der Süßwarenfirma Manner

Weihbrunnen mit einem Schutzengel, der ein Kind begleitet. Und vis-à-vis von ihm, wo er gelegen ist, war über dem Türstock ein Herz-Jesu-Bild. Und daneben war ein Kasten. Ich seh' ihn heute noch liegen.“

Die Familie hatte Glück im Unglück, denn der damalige Gauleiter war ihr seinerzeitiger Hausarzt. Dieser empfand es als seine „moralische Verpflichtung“, der Witwe zu helfen. Er rehabilitierte posthum Johann Wohlmeyer und überzeugte die Witwe, „ein Begräbnis mit Hakenkreuzfahnen über sich ergehen zu lassen“, damit sie mit ihren fünf Kindern eine kleine Pension erhalten konnte.

Die Mutter

Die Großmutter väterlicherseits, Theresia Inführ, verstarb vor dem Ende des Ersten Weltkrieges 1917. Die Großmutter mütterlicherseits, Juliane Voak, kam mit ihrer unehelichen Tochter Margarete Voak (1910-1996) als Haushälterin zur Familie Wohlmeyer. Zur damaligen Zeit war es einer Haushälterin nicht gestattet, ihr Kind an ihre Arbeitsstelle mitzubringen. Johann Wohlmeyer, der Großvater, war gerne bereit, das Kind ebenfalls aufzunehmen, da er zwei Töchter im Kindesalter verloren hatte. „Und so ist meine Mutter im Haus Wohlmeyer aufgenommen worden, zusammen mit der Haushälterin, der Großmutter.“ Der Vater der unehelichen Tochter, ein Pfarrer, wurde lange Zeit verschwiegen. „Wie's damals üblich war, wurde die geschwängerte junge Haushälterin, Juliane Voak, ins Neukloster nach Wiener Neustadt abgeschoben“, wo Heinrich Wohlmeyers Mutter zur Welt kam. Ein Anzeichen, dass sie wie eine Ziehtochter des Hausherrn behandelt wurde zeigt sich darin, dass Margarete Voak die Handelsschule der Englischen Fräulein in St. Pölten besuchte.

„Dann ist es passiert, dass sich der eigene Sohn in diese, ins Haus genommene Ziehtochter verliebt hat.“ Die Eltern erlaubten nicht sofort, zu heiraten, da die Mutter noch sehr jung war. Als der Vater nach dem Eisenbahnunfall im Krankenhaus lag, wo es ein Besuchsverbot gab, hat sich die Mutter „als seine Braut zu erkennen gegeben. [...] Damit war eigentlich am Krankenbett die Ehe geschlossen worden.“ 1931, die Mutter war damals 21 Jahre alt, kam der erste Sohn zur Welt, Ioannes, 1933 der zweite Sohn Ferdinand, 1936 Heinrich, 1937 Margarete und 1938 Theresia, die jüngste, die noch ein Baby war, als der Vater im März 1939 starb.

*Heinrich Wohlmeyer
(links mit Schwester Theresia, Bruder Ioannes,
Schwester Margarete und Bruder Ferdinand rechts)
in St. Pölten 1940*

Foto: Familienarchiv



Wegen der Hochzeit gab es in St. Pölten einen ‚Aufstand‘. Die reichen Bürgerseltern hatten erwartet, dass der Vater irgendeine Bürgerstochter heiratet.“ Man hätte ihm natürlich eine entsprechende Mitgift offeriert. Es war gesellschaftlich nicht anerkannt, wenn ein Bürgersohn die Tochter der Haushälterin heiratet, die darüber hinaus ein uneheliches Kind war. Obwohl die Familie Wohlmeyer aus gutbürgerlichen Verhältnissen stammte, „war die Solidarität und Hilfe von den Arbeitern da, nicht von den Reichen. Die haben immer einen Grund gehabt, wieso sie nicht helfen brauchen.“ In der Familie Wohlmeyer gab es daher keine Ständedünkel.

Prägende Zeit in Flinsbach

1939 verwitwet, verlor Margarete Wohlmeyer 1945 durch einen Bombenangriff ihr Haus. Zuerst trat die Familie die Flucht nach Flinsbach an, wo Heinrich Wohlmeyer eineinhalb Jahre aufgenommen wurde. Die Familie Wohlmeyer lebte eine Zeitlang in einem verrotteten „Ausnehmerhäusel“ (Ausgedinge) auf Lehmbo-den, „also sehr feucht und nicht attraktiv. Die Ratten und Mäuse sind einem übers Gesicht gerannt.



Mutter Margarete Wohlmeyer mit ihren Söhnen Heinrich (links), Ferdinand und Ioannes (rechts) in Markt 1941

Foto: Familienarchiv



Die Zieh Mutter, genannt „Annatant“, Anna Steindl, Bäuerin in Flinsbach 1947

Foto: Familienarchiv

Aber es war eine Unterkunft, besser als gar nichts.“ Die Bauernfamilie Steindl war „unglaublich innovativ im Versorgen. Die Anna-Tant, die Zieh Mutter, war eine Zauberin.“ Die Familie Steindl bewirtschaftete einen Hausacker durch Gartenbau, um die Familie und die Flüchtlinge, die sie aufgenommen hatte, ausreichend mit Obst und Gemüse versorgen zu können. Dieser Umstand stellte sich später als sehr prägend heraus. Heinrich Wohlmeyer blieb bis zum Eintritt ins Gymnasium bei der Familie von Franz und Anna Steindl in Flinsbach. „Ich war auch irgendwie der Angepasstere, der Robustere. Die anderen zwei Brüder haben sich in diesem Milieu nicht eingefunden. Ich hab das akzeptiert.“ Er war nicht das einzige Kind, das von der Familie Steindl aufgenommen wurde. „Da war noch ein zweites Kind von einer verarmten Familie, die Angela. Die hat neben dem Backofen geschlafen. Deshalb hat sie es alleweil schön warm gehabt. Ich aber hab an der Außenfront geschlafen. Da ist im Winter das Eis an der Wand gestanden.“

In Flinsbach hat sich der neunjährige „natürlich als Zug’reister hervorgetan. Ich hab gewusst wo die Munition vergraben ist, ich hab gewusst wo die Handgranaten sind. Und dann hab ich die imponierenden Mutproben gemacht.“ Er

kannte die russischen Minenfelder, durch die er flüchtende Landser (Soldaten) lotste. „Das waren Minen mit Stolperdrähten, die Minen waren auf Steckerl angebracht.“ Man konnte die Minen zwar sehen, sie sahen aus wie Maiskolben, jedoch „den Stolperdraht nicht, der war im Gras.“ Wenn jemand den Stolperdraht berührte, explodierten links und rechts die Minen.

Viele Bauern versteckten während des Krieges Getreide „irgendwo in einem Keller, in einem Fass oder sonst wo, einen Notvorrat“, denn die Soldaten plünderten. Da der Krieg sehr lange gedauert hatte, kam es oft vor, dass Getreide bereits verschimmelt war, als es hervorgeholt wurde. Dadurch konnte es weder verfüttert noch angebaut werden. Der Onkel „Ferd“, ein Bruder des Vaters, hatte die Idee, daraus Schnaps zu brennen, der sich gut an die Russen verkaufen ließ. Der Schnaps wurde gegen Pferde getauscht, die die Russen einer ungarischen Division abgenommen hatten. Für den Handel trug der damals neunjährige Wohlmeyer immer nur einen Liter Schnaps bei sich, den er gegen ein Pferd tauschte. Eine Armbinde der Kommandantur sollte gewährleisten, „dass sie mir nix getan haben.“ So hat er „für das ganze Dorf die Ross heimgebracht.“

Die Tatsache, dass der ortsfremde Bub das gesamte Dorf mit Pferden versorgt hatte, erzeugte Neid unter den anderen im Dorf. Dieser Neid wurde ihm eines Abends schmerzlich bewusst. Beim Schnapsbrennen trat Alkoholdampf aus, „weil die Vorrichtung nicht sehr gut gedichtet war“, außerdem war es sehr warm im Raum. Deshalb stand immer ein Glas Wasser bereit. Eines Tages hat jemand aus dem Dorf Fusel statt Wasser in dieses Glas gefüllt. Wohlmeyer hat das Glas immer „so runtergestürzt zum Ausgleich. Und ich trink und merk das zu spät, kann nimmer erbrechen und bin dann auf allen Vieren herumgekrochen mit einer schweren Alkoholvergiftung. Ich sehe heute noch die hämisch lachenden Fratzensgesichter über mir. Ich konnte lange keinen Schnaps trinken. Ich glaube bis zum 20. Lebensjahr. Ich trug ein Horrorszenario in mir. Die Dorfbewohner sind im Kreis um mich gestanden und haben auf mich nieder gelacht. Ich hab immer wieder nur Fratzen gesehen.“ Er bat um Hilfe, doch die Umstehenden haben ihn nur ausgelacht. Dadurch gewann er Distanz zur Dorfgemeinschaft. „Diese Demütigung und Hinterlist, konnte ich nicht überwinden.“ Er hatte in der Folge in der Schule zu den Kindern aus den Nachbardörfern mehr Kontakt. „Das war eine echte Ausgrenzung. Wenn du anders bist, wirst du ausgegrenzt.“

Wohlmeyer war im Alter zwischen neun und zehneinhalb Jahren bei der Familie Steindl in Flinsbach untergebracht und wurde mit erzogen, „eine prägende Zeit.“ Er wurde in das Familienheimnis des versteckten Traktors eingeweiht, er war dabei, als der in Mitleidenschaft gezogenen Traktor wieder herausgeholt und instand gesetzt wurde und er durfte „sogar selbständig ackern“. Noch heute ist er davon überzeugt, dass seine Stabilität auf die Zeit bei seinen Zieheltern Anna und Franz Steindl in Flinsbach zurückzuführen ist. Er hatte vor allem zu seiner Ziehmutter, der „Anna-Tant“, eine sehr starke Beziehung. Aus dieser Zeit stammt auch seine Motivation für Bauern und Bäuerinnen etwas zu tun – „aus Dankbarkeit“. Rückhalt erhielt er durch seinen Onkel Ferdinand, ein Bruder des Vaters, der Atomphysiker war, „bis die Vision der Atombombe vor ihm stand“. Aus diesem Grunde beschloss er, Priester zu werden und war für den Neffen ein väterlicher Freund. Zu ihm konnte Heinrich Wohlmeyer kommen, „wenn ich etwas Besonderes am Herz hatte und mich ausreden wollte. Er könnte eine Vaterfigur gewesen sein. Ich hab mir’s eigentlich nie so überlegt. Ich hab damit existiert, dass es diese tapferen Frauen gibt, die dahin wurschteln und dass du dich selbständig machen musst.“

Der Pfarrer ermutigte Heinrich Wohlmeyer, ins Gymnasium zu gehen. Zur Aufnahmeprüfung nach St. Pölten fuhr er „schwarz“ (ohne Fahrkarte) auf dem Gepäckträger des Autobus' und trat an, ohne zu wissen, worum es hierbei ging und was geprüft wurde. Die Mutter habe später „alle Anträge unterschrieben, und dann haben sie mich trotzdem aufgenommen“, obwohl er „die meisten Dinge nicht gewusst“ hat. Das lag jedoch nicht an der mangelnden Intelligenz des Jungen, sondern an den Verhältnissen in den Schulen während des Krieges. Die Schulen waren zu Lazaretten umfunktioniert worden, die Lehrerinnen zogen mit den Kindern „von einem Gasthaus zum anderen“ und waren auch froh, „wenn sie uns wieder heimschicken haben können.“ Er hatte jedoch auch eine sehr gute Lehrerin, „bei der hab ich schon was mitkriegt, aber es waren bestimmte Bereiche, die ganz einfach nicht da waren, die ich nie gelernt hatte. Die nicht unterrichtet worden waren aufgrund des Krieges“.

Schulzeit

Mutter und Großmutter waren bereits nach Beendigung des Krieges mit den vier Geschwistern nach St. Pölten zurückgekehrt. Neben der Ruine des zerbombten Hauses waren die Mauern eines alten Pferdestalls stehen geblieben, „und sogar noch ein Teil der Decke.“ Daraus wurde ein provisorisches Heim gebaut. Im Garten wurde mit Hilfe einer tschechischen Ziegeleiarbeiterfamilie der Schutt weggeräumt, damit Gemüse angebaut werden konnte. Es wurden Pflanz- und Saatgut besorgt sowie Hasen gezüchtet, um die Kinder mit Protein zu versorgen. „Und all das, das ist im Arbeitermilieu passiert. In diesem war solidarische Hilfe selbstverständlich. Die Reichen hatten alle Ausreden.“

Die Versorgung der Familie nach dem Krieg übernahm die Großmutter Juliane Voak. Sie hat „geschaut, dass die Familie in Ordnung geblieben ist.“ Die Mutter hatte einen Nervenzusammenbruch erlitten. Gründe dafür waren nicht nur die belastenden Bedingungen der Nachkriegszeit. Die Alliierten hatten der Witwe eine Wohnung im Zentrum von St. Pölten zugeteilt, die einer geflüchteten Nazifamilie gehörte. Diese kam jedoch wieder zurück und vertrieb Margarete Wohlmeyer mit ihrer Familie durch Intrigen und Gehässigkeiten. „Die Juli Omi war der ruhende Pol, die alles organisiert hat, das hat sie können. Sie hat Hasen gehalten, die Hasen waren das Proteinrückgrat, weil das Futter ja rund herum gewachsen ist. Später hat sie auch Hendl gehalten und eine Sau gefüttert.“ Als ein großes Glück betrachtet Heinrich Wohlmeyer den Molkereikutscher Josef Primixl, der mit dem Einspänner Milch an die Geschäfte auslieferte. Er bat die Großmutter, für ihn mitzukochen, dafür versorgte er die Familie mit Milchprodukten aus seinem Deputat¹⁹.

Als der Gymnasiast Wohlmeyer wieder bei seiner Familie in St. Pölten lebte, hatte er die Idee, Essensreste aus den russischen Kasernen zu holen. „Wegen meines guten Verhältnisses zu den Russen hab ich mir ein Leiterwagerl organisiert und eine ausgewaschene Benzintonne. Damit hab ich von den russischen Kasernen die Abfälle geholt. Mit diesem Sautrank haben wir eine Sau gefüttert. Dadurch ist auch die Familie ordnungsgemäß durchgefüttert worden. Das war halt so, alle mussten sich eben irgendwie helfen.“

Als er „wegen Pulverstangen und sonstigen Blödheiten“ beinahe vom Gymnasium hinausgeworfen worden wäre, bekam er Unterstützung von seinem Mathematik- und Physikprofessor, „der hat mir alleweil

19. Naturalbezahlung

das Leben gerettet“. Er sagte vor seinen Kollegen, „jajohl, der gehört eingesperrt. Und dann bin ich am Nachmittag bei ihm gewesen und hab die Physikstunden vorbereiten können. Hab’ was gelernt und war saubrav bei ihm, weil er mich gefordert hat. Er war ein Super-Pädagoge. [...] Ich habe natürlich auch soziale Probleme gehabt. Die Kleidung war von der Caritas und die Schuhe waren irgendwelche alte Militärschuhe. Und ich bin barfuss ins Gymnasium gegangen. Da wurde meiner Mutter eine Botschaft geschickt, das geht nicht so weiter. Denn wir haben geölte Fußböden gehabt und Klinkerpflaster auf den Gängen. Wenn ich gegangen bin, habe ich dort immer meine schwarzen Fußabtritte hinterlassen.“

„In der vierten Klasse war eine Krise, da hab ich halt beweisen müssen, was ich für ein toller Bursch bin gegenüber den andern. Schleichhandeln hab ich können, mit Buntmetall handeln, mit Waffen umgehen und, und, und... Deshalb habe ich in Betragen einen Dreier gehabt und in Religion auch einen Dreier und sonst lauter Vierer. „Dann hab ich mir aber überlegt, so kann es nicht weitergehen, und war ab der fünften Klasse Vorzugsschüler. Ich war später sogar Schulführer der katholischen Jugend und hab’ noch den König erlebt, in St. Pölten.“ Der spätere Kardinal war damals Bischofskoadjutor²⁰.

„Ich hab ein ganz eigenartiges Schicksal gehabt – mich hat der Hunger geprägt.“

„Was bei mir ganz stark durchgeklungen ist, war dieses Grunderlebnis: Hunger! Wie organisierte man die Versorgung nach [19]45? Das war eine tolle Leistung. Wir haben aus nichts etwas gemacht.“

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges im März 1945 entdeckte eine Bubenschar am St. Pöltener Bahnhof einen eingekleiteten Zug mit KZ-Häftlingen. Daneben war ein Güterzug, der Salz geladen hatte, „ebenfalls eingekleitet. Da haben wir, die Buben, Salz gestohlen, in Milchkannen. Salz hat’s nämlich auch keins gegeben.“ Außerdem wurde „ein bewachtes Lager bombardiert. Was es da gegeben hat, Schokolade und sogar Essiggurken, die intakt waren, haben wir alles rausbuddelt [ausgegraben]. Die Essiggurken und das Salz haben wir im Spital gegen Brot getauscht.“

Die verbleibenden Überschüsse „vom Plündern“ wollten die Buben den im Zug eingesperrten KZ-Häftlingen bringen. Jemand musste die Wachen ablenken, doch als es soweit war, „haben uns die mit großen Augen angeschaut und haben nichts mehr essen können. Sie waren am Verhungern und haben oft nicht einmal mehr die Hand heben können. Da hab ich damals gedacht, ich möchte im Leben nie mehr Hunger sehen.“ Nicht nur durch die KZ-Häftlinge wurde ihm die Tragödie des Hungers bewusst gemacht. Der Bruder Ferdinand kollabierte während des Krieges durch Unterernährung und wurde später aufgrund seiner geschwächten Konstitution von seinen Schulkameraden schikaniert.

Die Intention, Hunger zu verhindern, war ein maßgeblicher Antrieb für Wohlmeyers berufliche Laufbahn. Er ist überdies davon überzeugt, dass die Erde nicht friedensfähig sein kann, wenn mehr als acht-

20. Koadjutor bezeichnet ein kirchliches Amt. Es handelt sich um einen Bischof, der als Stellvertreter bzw. Assistent eines amtierenden Bischofs (oder Erzbischofs) vom Papst eingesetzt wird. Er unterstützt oder vertritt den Bischof in dessen Leitungsaufgaben. Der Koadjutor hat das Nachfolgerecht auf den Sitz des amtierenden Bischofs. Die Rechte und Pflichten des Koadjutors ergeben sich aus dem Kirchenrecht (Quelle: <http://www.kirchen-lexikon.de>)

hundert Millionen Menschen hungern und zwei Milliarden unterernährt sind, während auf der nördlichen Hemisphäre Überfluss und Verschwendung herrschen.

Anfangs hatte er vor, Kulturtechnik zu studieren, weil er meinte, „man muss Land gewinnen, damit man mehr Nahrungsmittel produzieren kann.“ Ein deutlicher Hinweis auf die frühen Erfahrungen mit Hunger und Unterversorgung. „Es war damals unvorstellbar, dass es eines Tages Überschüsse geben wird.“ Das Studium wurde jedoch wieder abgebrochen, „weil ich hab in der Mittelschule keine Darstellende [Geometrie] gehabt und lief Gefahr, ein Jahr zu verlieren.“ Das Geld wurde knapp, „und dann hab ich umgesattelt auf Jus.“

Zum Geldverdienen gab er gemeinsam mit Konrad Ginther (später Völkerrechtler) Nachhilfestunden bei den Salesianerbrüdern in Erdberg. „Da haben wir fünf Schilling in der Stunde für einen Schüler verlangt und haben fünf in die Stunde genommen. Das war ein guter Stundenlohn. Wir haben damals gesagt: Lieber Gott, danke für reiche Eltern, die dumme Kinder haben.“

Wohlmeyer studierte Jus „in der kürzesten Zeit“ zwischen 1954 und 1958. Nach dem Gerichtsjahr stand für den jungen Juristen fest, dass er keine Rechtsanwaltslaufbahn anstrebt. Aus diesem Grund suchte er um Auslandsstipendien an. So kam es, dass er 1959/60 an der University of Kansas in den USA studierte. Als er die Zusage aus den USA erhielt, hatte er bereits beim British Council mit dem Schwerpunkt Rohstofflenkungsabkommen angesucht, „weil ich inzwischen draufgekommen bin, dass das Verteilungsproblem auf der Welt ein zentrales Problem ist. Da bin ich auf die Rohstofflenkungsabkommen gestoßen. Das ist tatsächlich ein Kernpunkt: wie werden die Dinge auf der Welt verteilt.“ 1960/61 schrieb er seine Dissertation am University College London, Trends in post-1945 Commodity Agreements (Trends in den Rohstofflenkungsabkommen nach 1945).

Wohlmeyer hatte zweimal in seinem „Leben ein ‚Sondererlebnis‘. Mir hat offenbar der liebe Gott geholfen. Das eine war vor der zweiten juristischen Staatsprüfung.“ Damals musste er neben dem Studium seine Mutter und Großmutter pflegen. Er sagte sich, wenn er nicht zur Prüfung antritt, verliert er ein Semester. Der Verlust des Semesters hätte den Verlust des Stipendiums bedeutet. Er hätte dieses Semester auch verloren, wenn er durchgefallen wäre. Also dachte er: „Ist schon gehüpft wie gesprungen“ und beschloss, anzutreten, auch wenn er nicht genug gelernt hatte. Damals wussten die Studierenden nicht, wer Mitglied der Prüfungskommission sein wird. „In der Nacht, so gegen eins, träumte mir die Prüfungskommission, wer dort sitzt und dass Professor Schima im Zivilprozess mich die Zustellungsbestimmungen fragt. Vor lauter Nervosität, weil ich nichts gewusst habe, bin ich allerdings aufgewacht und träumte nicht zu Ende. Ich war überzeugt, dass ich das richtig geträumt hab“, also „büffelte“ er während der Nacht die Zustellungsbestimmungen. „Und ich geh’ rein und die Kommission sitzt so dort, wie ich es geträumt hab. Und der Schima fängt genau zu fragen an, wie ich es geträumt hab’. Und ich hab’ brilliert.“ Der Professor freute sich, „dass der Sohn seines verstorbenen Freundes so gut ist. Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen. Ich habe allerdings alles nachgelernt, was mir später zu Gute kam.“

Das zweite Sondererlebnis war in London, als er nur ein Jahr für seine Dissertation Zeit hatte, der betreuende Professor jedoch meinte, man brauche bei ihm mindestens drei Jahre. Ihm träumte eines Nachts die detaillierte Gliederung der Dissertation. Damit war es ihm möglich, in einem Jahr fertig zu werden. „Damals haben wir ja keine Computer gehabt. Und ich war langsam und patschert [unge-

schickt] beim Tippen.“ Zu Hilfe kam ihm eine Frau, die für ihn die Dissertation auf ihrer Schreibmaschine abtippte.

Als sein Geld in Großbritannien zuneige ging, bat er darum, die Prüfung schriftlich in Österreich ablegen zu dürfen. Sein Vorschlag war, „die Prüfungsfragen mit der normalen Kurierpost an die britische Botschaft in Wien“ zu schicken, er würde die Prüfungsfragen an der Botschaft „ohne Hilfe, in einem beobachteten Raum“ beantworten. „In Österreich hätten's gesagt, der hat einen ‚Huscher‘. Der alte Kolonialbeamte aber meinte: A jolly good idea!“ Wohlmeyer kehrte nach Österreich zurück und wurde von der Universität per Brief daran erinnert, die Prüfung in der Britischen Botschaft nicht zu vergessen. Seither kann er „Teile des Common Law auswendig“. Wohlmeyer erhielt im Jahr 1961 das Postgraduate Diploma in Law. „Das war ein wirklich positives Erlebnis mit flexiblen Engländern.“

Beim Studium der Rohstofflenkungsabkommen fiel dem jungen graduierten Juristen auf, „dass in Wirklichkeit ein Gutteil der Waren verdirbt“. Es kam nicht nur auf die Abkommen und die Organisation des Welthandels an, es fehlte an entscheidenden Grundlagen in der Produktionstechnik und Logistik. „Dann hab ich mich entschlossen, ich mache noch Landwirtschaft, und hab daneben auch noch Lebensmittelchemie gehört bei Leopold Schmidt an der Uni“ Wien. Die Rechtsfächer des Landwirtschaftsstudiums wurden angerechnet, so dass es möglich war, das Studium in nur drei Jahren zu absolvieren. Im letzten Jahr wurde seine jüngste Schwester krank, für die er seine letzten Ersparnisse opferte. Um das Studium beenden zu können, borgte er sich Geld von den Eltern seines Freundes und späteren Universitätsprofessors Fritz Swatonek.

Die „Postensuche“ erfolgte vor dem neu errichteten Glashaus an der Universität für Bodenkultur. Dort hatte der Bautrupps „vergessen, das Bautelefon abzubauen. Fritz Swatonek ist Schmiere gestanden und ich hab in ganz Österreich telefoniert, das ging von Unilever bis Felix Austria und Nestlé. Auf diese Art hab ich die Firmen abgeklappert und [...] die Vorstellungstermine ausgemacht. Durch Zufall stieß ich auf die damalige Kartoffelverwertungs-AG“, von Wohlmeyer später in die Österreichische Agrarindustrie GmbH „umgemöbelt“. Die Zentrale der Kartoffelverwertungs-AG befand sich in der „Schauflergasse, da wo jetzt die Präsidentenkonferenz (Landwirtschaftskammer Österreich) ist.“

Die Tätigkeit in der Agrarindustrie

„Die ‚Jugend‘ war relativ schwierig.“ Gemeint ist der Beginn seiner Tätigkeit in der Agrarindustrie GmbH.

Heinrich Wohlmeyer war, wie sein Großvater, sehr innovativ im Agrarindustriebereich. Doch sein Weg führte ihn nicht in die Politik, sondern in die Wissenschaft. Vor allem wichtig war ihm, parteiunabhängig zu bleiben. Im Sinne der Sozialpartnerschaft arbeitete er mit Leuten der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und der Arbeiterkammer wie auch des Gewerkschaftsbundes zusammen.

Die Agrarverwaltung und Interessenvertretung in Österreich wurde weitgehend durch Josef Kraus und seine Leute im Bauernbundhaus in der Schenkenstraße aufgebaut. „Im Genossenschaftsbereich war es Rudolf Rasser, der zu den Ersten gehörte, die einen Bargeldumlauf organisiert haben. Das war eigentlich der Grundstock für das Niederösterreichische Raiffeisenimperium. An der Raiffeisen-Akademie in der Landstraße wurde nächstens Agrarpolitik gemacht.“ Diese „Buchinger-Schule“ war benannt nach

Minister Rudolf Buchinger, Landwirtschaftsminister 1922 bis 1926 und Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft von April bis September 1945.

Wohlmeyer wurde in der Kartoffelverwertungs-AG als „overeducated“ (überqualifiziert) eingestuft, doch Leopold Figl empfahl dem Vorstand, sich den jungen Wohlmeyer, „auch wenn er komisch und overeducated erscheint, anzuschauen.“ Vor dem Bewerbungsgespräch ist der findige junge Mann „noch schnell ins Handelgericht gefahren mit dem Radl, und hab mir Bilanzen im Handelsregister angeschaut.“ Als er für die Bewerbung interviewt wurde, stellte er seinerseits Fragen zur Bilanz. Letztlich überzeugte er durch einen außergewöhnlichen Vorschlag. Er war bereit, „vorerst zum Gehalt eines Hilfsmeisters zu arbeiten, damit die Leute keinen Neid haben“. Seine Bedingung war, in jedem der drei Werke zu arbeiten und jede Urlaubsvertretung zu machen, „denn man kann nur anschaffen, wenn man die Dinge von unten her kennt“. In der Folge absolvierte er zwei Jahre Praktikum in den Werken Aschach, Gmünd und Klosterneuburg. Er war der einzige Bewerber, der in den Werken am Land arbeiten wollte. „Und damit war’s entschieden.“ Eine Blinddarmentzündung erschwerte den Anfang, „das war also wild, aber es ist gegangen“.

Unter der aufschiebenden Bedingung der Ablegung von zwei Staatsprüfungen unterschrieb Wohlmeyer im August 1964 den Dienstvertrag bei der Agrar-Industrie GmbH, (damals Landwirtschaftliche Kartoffelverwertungs-AG), im Folgenden als Agrarindustrie oder ÖAI bezeichnet²¹.

Die Agrarindustrie stand ein paar Jahre nach dem Eintritt Wohlmeyers kurz vor dem Zusammenbruch. Als der junge Angestellte den Generaldirektor Rosenauer in den Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie begleitete, hörte er zufällig, wie der Geschäftsführer sagte: „Das wird ein Begräbnis erster Klasse.“ Wohlmeyers Reaktion war: „Da muss uns halt etwas einfallen.“ In der Folge wurde die Strategie des Stärke-, Zucker- und Ausgleichsabgabegesetzes entworfen und mit dem Finanzministerium abgestimmt und verhandelt. Die drei Gesetze wurden 1967 im Parlament beschlossen.

Wohlmeyer wurde als „Troubleshooter“ eingesetzt, „weil es war Krisensituation. Und dann sind’s draufkommen, dass ich einer der wenigen war, der das GATT und den EFTA-Vertrag gelesen hatte, der sogar den EWG-Vertrag kennt und die Rohstofflenkungsabkommen.“ Wohlmeyer hatte diese vor dem Hintergrund der Welthandelsordnung analysiert. „Ich war gestaltungsfähig und konnte verhandeln.“ 1967 wurde er Prokurist, „damit ich auch unterschreiben konnte. [...] Ich habe sodann eine umfassende Langzeitstrategie zu entwerfen versucht. Das ist aber daneben gelaufen, weil die agrarischen Interessensvertreter in Kurzzeitinteressen dachten.“

Ab 1969 war Wohlmeyer Geschäftsführer der ÖAI, ab 1976 Zentralkontrollrat. Der Titel Generaldirektor konnte ihm damals formell nicht verliehen werden, weil er nach der damaligen Sichtweise „der Agrargrößen“ mit 40 Jahren „zu jung“ dafür war. Rasser blieb daher Vorstandsvorsitzender und beauf-

21. Unter der Federführung der Österreichischen Agrarindustrie GmbH wurde 1986 die Agrana gegründet. Der Name stammt von Wohlmeyers Team. 1988 wurde die Agrana Beteiligungs-Aktiengesellschaft Dachgesellschaft der fusionierten Zucker- und Stärkeindustrie mit den 3 Zuckerfabriken in Hohenau, Leopoldsdorf i.M. und Tulln (alle NÖ), der Kartoffelstärkefabrik in Gmünd (NÖ) und der Maisstärkefabrik in Aschach (OÖ).

tragte Wohlmeyer die Geschäfte zu führen. Erst 1986 wurde er formell Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der Österreichischen Agrarindustrie GmbH.

Im Laufe seiner Karriere wurden ihm viele Auszeichnungen und Ehrentitel zuerkannt: 1976 Großes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, 1978 Goldene Verdienstmedaille der Arbeiterkammer für Niederösterreich, 1978 Präsident der ÖVAF²², 1979 Hans Kudlich Preis der Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik, 1984 Verleihung des Titels Senator h.c. der Universität für Bodenkultur, 1986 Silberne Ehrenmedaille der Handelskammer Niederösterreich, 1987 Verleihung des Berufstitels Professor, 2002 Ökonomierat. „Ich habe immer Auszeichnungen und Titel bekommen, wenn man meine Vorschläge missachtet hat. Da konnte man sagen: Seht wie gut wir ihn behandeln.“

Die Leiden des jungen Wohlmeyer

Mit dreiundzwanzig Jahren erlitt Wohlmeyer eine Gehirnhautentzündung. Während des Krieges wurde zwar eine Pockenimpfung in seinen Impfpass eingetragen, er war jedoch nicht geimpft worden. Vor dem Abflug in die Vereinigten Staaten 1959 wurde die Pockenimpfung ohne Antiglobulinschutz aufgefrischt. Damals absolvierte er sein Gerichtsjahr beim Handelsgericht. Er hatte, obwohl noch unerfahren, einen Fall über einen Streitwert von einer Million Schilling zugeteilt bekommen („das war damals für einen jungen Kerl viel“). Beim Diktat stellte die Sekretärin fest, dass er nicht zusammenhängende Sätze diktieren konnte. Es war ihm übel, er taumelte auf die Straße, dort „führt mich, bevor ich bewusstlos worden bin, fast ein 2CV nieder“. Der dieses Fahrzeug lenkende befreundete Arzt Bruno Schober fragte ihn, ob er betrunken sei. Als der Patient stammelte, dass er gegen Pocken geimpft worden war, wusste der behandelnde Arzt, dass es sich um eine Pockenmeningitis handelte. Es wurde eine Lumbalpunktion²³ vorgenommen, durch die nachgewiesen werden konnte, dass die Gehirnflüssigkeit mit Pocken infiziert war. Man legte den Bewusstlosen in ein abgeschlossenes „Sterbekammerl“. Wenn Oberarzt Schober am nächsten Tag nicht kontrollieren gekommen wäre, und die Oberin der Vinzenzschwestern, Ingona Kosednar, nicht interveniert hätte, wäre er wahrscheinlich gestorben. Er schlug in Agonie um sich und war am Körper mit pockenhaltigem Eiter verschmiert - nicht jedoch Augen, Mund und andere Körperöffnungen. Auf Anordnung des Oberarztes wurde er festgeschnallt, gesäubert und mit Antibiotika behandelt. Es wurde angeordnet, dass er einen Monat lang im Dunkeln zu liegen habe, „weil jeder Lichtstrahl war, wie wenn Pfeile durch den Kopf schießen.“ Die Mutter durfte ihn nicht besuchen, sie wurde nicht einmal verständigt, „weil das muss furchtbar zum Anschauen gewesen sein. Das war also die erste große [gesundheitliche] Krise.“

Als Wohlmeyer „de facto Generaldirektor“ war, erlitt der damals 35-jährige einen Herzinfarkt. Er hatte während der vorangegangenen Nacht mit 39 Grad Fieber im Parlament über die Situation im Waldviertel verhandelt. Nach seinem Zusammenbruch wurde er nach Hause gebracht. Die Ehefrau verständigte, den in der Nähe wohnenden Luftwaffenarzt Dr. K. Carda. „Und der war in einer Viertelstunde

22. Österreichische Vereinigung für Agrarwissenschaftliche Forschung, ausgeschieden 2001, seither Ehrenpräsident

23. Entnahme von Rückenmarksflüssigkeit aus dem Lendenwirbelkanal

da, hat mir Cortison gespritzt, Nitro gegeben. [...] Ich war voll überarbeitet.“ Zu jener Zeit, 1971, war er dabei, „die Agrarindustrie aus dem Dreck herauszuführen. Wegen der nicht bedachten Handelspolitik und der nicht vorhandenen Voraussicht standen wir auf fast verlorenem Boden.“ Damals entwickelte Wohlmeyer die Vision, die vorhandenen Getreideüberschüsse in Form von Fermentationsprodukten und Stärkederivaten zu verwerten. „Denn die Naturstoffchemie kann die Petrochemie ersetzen.“



Heinrich Wohlmeyer beim Entzünden einer Kerze vor der Gedenkstätte für seinen Sohn Lukas im September 2006

Foto: Josef Krammer

Der Tod des zehnjährigen Sohnes im Jahr 1978 traf den damals 42-jährigen unvermittelt und schmerzte ihn sehr. Es war Anlass für die Familie zu einem Umzug nach Lilienfeld. 1975, während er mit seinem Büro ins Raiffeisenhaus umziehen musste, gelangten nach einer Zahnfisteloperation Streptokokken in die Blutbahn, die Schüttelfröste verursachten. Wohlmeyer hat „das weggesteckt, gearbeitet“ bis seine Füße anschwellen. Die Streptokokken setzten sich in den Füßen wie auch an der Herzklappe fest. In vielen Fällen endet eine derartige Entzündung tödlich. „Da hat man früher gesagt, der hat den Wurm, weil man langsam weggestorben ist.“ Die angeschwellenen Stellen pulsierten („togertzn“) heftig. An der Hautklinik falsch behandelt entwickelte sich im Lauf der Zeit eine Polyarthritis²⁴ und Polyneuritis²⁵. „Das hat gebrannt wie Feuer. Die Nerven des Rückens hat man gesehen wie einen Christbaum, rot, durch die Haut.“ Er verlangte „20 Millionen Einheiten Penizillin pro Tag intravenös.“ Es wurde ihm verweigert, „gleichzeitig wollten sie mich ins Wasserbett legen.“ In das Wasserbett wollte er nicht, da er fürchtete, dort würde er langsam sterben.

Als er seine Frau beauftragte, die Ärzte zu klagen, sollte er sterben, wurde seinen Wünschen nachgekommen. „Und das hat gewirkt, dann habe ich meine 20 Millionen [Einheiten Penizillin] bekommen und es ist merklich besser geworden.“ Es wurde zu früh abgesetzt und musste erneut eingefordert werden. Hinzu kam ein drohendes Absterben der Beine. Er konnte „mit dem Finger in die Knochen rein drücken“ und verlangte einen Orthopäden. Es wurde eine schwere Sudecksche Atrophie diagnostiziert. Der Arzt sagte ihm: „Ihr Körper stößt gerade beide Beine ab.“ Als Wohlmeyer um Hilfe bat, wurde ihm empfohlen: „Sie müssten den Befehl Ihres Zentralnervensystems korrigieren.“ Daraufhin hat Wohlmeyer sich „ungefähr tausend Mal am Tag vorgesagt: ‚Ich habe Freude an den Farben und Formen, an den Melodien und Rhythmen, an der Natur und an der Bewegung. Und das Blut schießt in meine Beine ein.‘ Und das habe ich mir immer wieder vorgesagt.“ Eine Art Autosuggestion, die zu einem Gebet wurde: „Lieber Gott, lass mich Freude haben an den Farben und Formen. Damals habe ich die Geschichte der Katharina Emmerich²⁶ zu lesen angefangen.“ Das Buch fiel ihm durch einen „Irrtum“ in die Hände. „Hat so sein wollen. Na und die haben schon geglaubt, ich bin ein Narr“, merkt er schmunzelnd an.

24. Entzündung aller Gelenke

25. Entzündung aller Nerven

Ein halbes Jahr nach Beginn der Autosuggestion „war es, wie wenn ein Hebel umgelegt würde. Das Blut ist in die Beine eingeschossen.“ Das war jedoch noch nicht der Zeitpunkt, an dem er wieder aufstehen hätte können. „Ich hab gewusst, da zerbröseln mir die Füße.“ Darüber hinaus war Folge der langen Bettlägerigkeit eine Atrophie, eine Rückbildung der Muskulatur aufgrund verminderter Bewegung und Belastung. Um die Muskulatur in den Beinen wieder zu kräftigen, brauchte er ein Schwimmbecken. Als ihm eine Kur im Rehabilitationszentrum Bad Tatzmannsdorf bewilligt wurde, hat er dort seinen „ersten Artikel über die Ölsaatenfrage geschrieben.“

Heinrich Wohlmeyer verbrachte ein ganzes Jahr im Alten AKH. Von Zeit zu Zeit ließ er das Schild Besuchsverbot an der Tür anbringen, um im Zimmer Vorstandssitzungen abzuhalten, und er gab vom Krankenbett aus Weisungen. Schwestern meinten, „sie haben noch nie so einen fleißigen Patienten gehabt.“ Es „war an sich meine erfolgreichste Zeit.“

Die Beamten im Finanz- und Landwirtschaftsministerium waren ihm gegenüber sehr hilfsbereit, „wenn ich da reinkommen bin mit meinen Krücken.“ In dieser Zeit entstanden „die Verordnungen und Konzepte für die späteren Novellen zum Ausgleichsabgabe-, und Stärkegesetz, die die Nahrungsmittelindustrie und den Futtergetreidemarkt (insbesondere Schutz gegen Corn Gluten Feed und Tapioka) durchgerettet haben.

Die Zeit der Streptokokkeninfektion erwies sich als sehr nachhaltig. Heinrich Wohlmeyer veränderte damals seine Einstellung grundlegend. „Und das war für mich die wohl wichtigste Zeit. Solange ich im Spital war, habe ich zwar das Unternehmen weiter gesteuert, aber ich bin am Wegrand gesessen und hab mir gesagt: So kann's doch nicht weitergehen. Weder bei dir individuell, noch in der Gesellschaft und schon gar nicht in der Agrarpolitik. Der so genannte Hauptstrom ist ein kollektiver Zug der Lemminge.“

„Mir ist plötzlich klar geworden, wir wirtschaften nicht gesamthaft, nicht nachhaltig. Die Überschüsse sind wesentlich darin begründet, dass wir in einer ‚fossilen Zündholzkultur‘ leben. Wir schneiden in Wirklichkeit die Lebensgrundlagen für die Zukunft ab, sind eine plündernde Generation.“ Aus dieser Erkenntnis folgte der Schluss, etwas dagegen zu tun. In den Jahren nach der Krankheit folgten die Projekte „Naturstoffchemie, Bioenergie, eigene Proteinversorgung und, und, und. Das war eigentlich dann das Mosaik, das sich in einer gesamthaften Konzeption ergeben hat. Ich denke daher, dass diese massive Langzeiterkrankung insofern ein Geschenk war, dass ich aus der hastenden Menge an den Wegrand gedrückt wurde, oder gesetzt wurde und den Hauptstrom ins Gesicht nehmen konnte. „Mir wurde damals klar, dass all das, was wir derzeit weltweit unternehmen, nicht gut gehen kann. Glichen früher die Wunden, die der unersättliche Mensch dem Ökosystem zugefügt hat, kleinen Nadelstichen, so waren es jetzt breitflächige, nicht mehr zu heilende Verletzungen‘ (Wohlmeyer 2006b: 183f). Das war, glaube ich, der wesentliche Punkt. Und daher war ich dann für viele a-typisch, lästig - ein Untergangsprophet, bis hin zu der Behauptung, dass ich ein Narr sei. Aber die anderen haben halt meinen Umdenkprozess nicht durchgemacht.“

26. Anna Katharina Emmerich, deutsche Nonne und Mystikerin 1774-1824. Ihre visionären Erlebnisse, die sich auf einzelne biblische Begebenheiten und das Leiden Jesu Christi bezogen, wurden von Clemens von Brentano aufgezeichnet.

Der Untergangsprophet und Narr

Heinrich Wohlmeyer und die Agrarpolitik

„Früher hieß es, jemand hat Geld wie Heu, heute müsste man sagen, jemand hat Geld wie Getreide.“ Auch in der Fleischwirtschaft haben sich die Preise umgekehrt. Das teuerste Fleisch war früher Hühnerfleisch, „das war das Feiertagsfleisch“, Schweinefleisch war billiger und Rindfleisch am billigsten. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass Hühner die menschliche Nahrung konkurrenzieren, sie fressen Getreide. Schweine sind ebenfalls „Nahrungskonkurrenten, die haben die schlechteren Qualitäten und Abfälle gefressen“, während Rinder Gras verdauen können, das der Mensch nicht als unmittelbares Nahrungsmittel nutzen kann. Die Rinder „waren also die gottgegebenen Verwerter, die nicht essbare Pflanzenteile in hochwertiges Protein verwandeln können.“ Durch die Getreidepreisentwicklung kam es jedoch zu einem umgekehrten Preisverhältnis. Das billigste Fleisch stammt heute vom „in extremer Massentierhaltung gehaltenen Hendl. Dann kommt die Sau und das teuerste sind die Rinder. [...] Wenn man sich überlegt, in welche Umkehr der natürlichen Preisverhältnisse wir hineingeschlittert sind, dann packt den Denkenden das Grauen.“

Getreide wurde soweit verbilligt, dass es als Kraftfutter in der Intensivrindermast eingesetzt wird. „Nicht wissend, oder nicht bedenkend, dass sich damit zu Lasten des Grünlandes die gesamte Futtermittelwirtschaft umdreht, weil jetzt schlussendlich das Getreide in der Regel billiger ist als das Heu.“ Das ist einer der wesentlichen Gründe dafür, warum die Bewirtschaftung des Grünlandes in Österreich überwiegend nur noch durch Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Umweltprogrammes (ÖPUL) und durch die Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe im Berggebiet und benachteiligten Gebiet aufrechterhalten werden kann.

Hinzu kommt, dass man optimale Kraftfutterverwerter anstatt optimale Raufutterverwerter züchtet. Raufutterverwerter sind vor allem in jenen Ländern wichtig, in denen es Hunger gibt, weil sie karge Böden nutzen können.

Letztlich werden im heutigen Agrarsystem die Rinder nicht mehr artgemäß gefüttert, sodass neue Krankheiten wie beispielsweise BSE auftreten. „Das, glaube ich, hängt damit zusammen, dass wir nicht rechtzeitig die Überschüsse entsprechend kanalisiert haben.“ Kleinmaßnahmen der heutigen Agrarpolitik findet Wohlmeyer in Ordnung, „da möchte ich keine Steine werfen. [...] Die große Linie und den Export muss man kritisieren“.

Wohlmeyer hat die agrar- und handelspolitischen Zusammenhänge „weit breiter gesehen“ als allgemein anerkannt. Er wollte „bei allen Lebensmitteln eine Qualitätskaskade einführen“, eine stufenweise Wertungsgestaltung je nach Qualität. Erste Qualität wäre dem menschlichen Verzehr vorbehalten. Das ließe sich nach Ansicht Wohlmeyers auch als Marketingargument gut verkaufen: In und aus Österreich kommt nur die beste Ware auf den Lebensmittelmarkt. Die zweite Qualität, die toxikologisch in Ordnung, jedoch geschmacklich, farblich weniger oder ungeeignet ist, sollte für die tierische Ernährung eingesetzt werden. Die darunter abfallenden Qualitäten sollten im technischen Sektor Verwendung finden, vor allem in der Verspritzung. Darüber hinaus „müsste die technische Verwertung der nicht-essbaren Pflanzenteile – vor allem der Zellulose durch Hydrolyse – flankierend hinzutreten“.

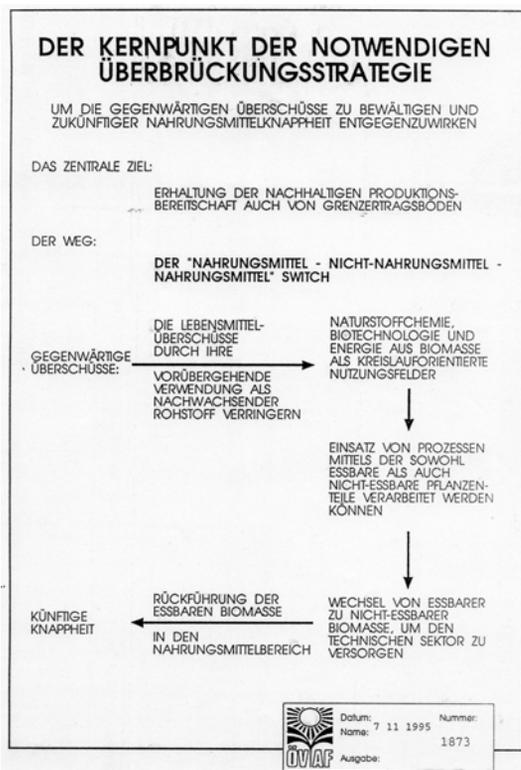
„Der gute Hirte“ Heinrich Wohlmeyer im September 2006

Foto: Josef Krammer



Für Wohlmeyer war es immer wichtig, die Zusammenhänge zu analysieren. Diese sollten auch leicht vermittelbar sein. Daraus hervorgehend können die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine solche Rahmenregelung sollte „die unanbringlichen Überschüsse befristet für den „technischen Sektor“ zur Verfügung stellen. Eine weitere bestand im Aufbau von Exportmärkten.

In der ersten Phase der Agrarpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Ziel verfolgt, landesweit die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Wohlmeyer meint, diese Phase sei „bewundernswert gut gemanagt“ worden. Doch schon bald folgte „die zweite Phase, die sich anbahnenden Überschüsse“.



Der Kardinalfehler in der Agrarpolitik war nach Wohlmeyer, dass nicht rechtzeitig auf nachwachsende Rohstoffe gesetzt wurde. Die Politik der Überschüsse sollte in eine Politik der nachwachsenden Rohstoffe umgewandelt werden. Ebenso wichtig wäre es gewesen, rechtzeitig „eine zielführende Exportstrategie“ zu entwickeln für die Hauptprodukte des Grünlandes, Milch und Rindfleisch.

Für die österreichische Agrarwirtschaft müsste eine Strategie gefunden werden, die den Gesamtmarkt entlastet. Die Grafik „Der Kernpunkt der notwendigen Überbrückungsstrategie“ aus dem Jahr 1995 (entwickelt während seiner Tätigkeit bei der ÖVAF) verdeutlicht „das Grundproblem in den strukturellen Überschüssen. Ich weiß, dass die Welt daneben hungert. Die Hungernden in der Welt können aber aus diesen nicht dauerhaft ernährt werden. Sie müssen langfristig aus ihrer eigenen, autochthonen Landwirtschaft ernährt werden und nicht von uns zwangsernährt“.

Es war in Wohlmeyers Augen der „strategischste Fehler, die großflächige Marktentlastung nicht anzugehen.“ Aufgrund der Überschusssituation wurde mit der Zeit Getreide billiger als Heu. Derlei Disparitäten brachten „unser Grünland und die Rinderwirtschaft ins Eck, weil es ja billiger wäre á la US-Stil“ die Rinderhaltung weitgehend auf Getreidebasis zu betreiben. Es war absehbar, „dass wir in diese Richtung gehen. Das bedeutet aber weitgehend das Ende unserer Kulturlandschaft.“

Milchexport

Bereits 1953 kam es in Österreich erstmals zu Rinderüberschüssen. Diese waren für Wohlmeyer noch kein ausreichendes Signal. Auf die Überschüsse folgten die ersten Exporte. Als jedoch die ersten Überschüsse bei der Milch erzeugt wurden, wurde er aufmerksam und fragte sich: „Was tun wir mit der [überschüssigen] Milch?“ Während der 1950er Jahre herrschte in Italien und im arabischen Raum Unterversorgung mit Milch und Rindfleisch, diese beiden Regionen boten sich daher an als nahe liegende Importländer.

Für die Milch wurde geplant, „die ganze Frischpalette während der Saison in die Urlaubsgebiete des Mittelmeeres“ zu liefern. Die Milch, die an der „Südflanke Österreichs“ produziert wurde, hätte nach Italien und Jugoslawien exportiert werden können. Im „Winter, wenn die Absatzmenge in diesen Ländern zurückgeht, sollten Dauermilchprodukte²⁷ hergestellt und ganzjährig in den Vorderen Orient exportiert werden. Zu Saudi Arabien gab es eine Verbindung über den „berühmten Internisten und Arzt des Saudischen Königshauses“ Professor Karl Fellingner, mit dem Wohlmeyer befreundet war.

Um die Exporte nach Italien und Arabien voranzutreiben, wäre es erforderlich gewesen, diese „vom internen Preis- und Transportkostenausgleich zu befreien“. Damit hätten die EU-Zölle übersprungen werden können – eine der Voraussetzungen, einen Markt aufzubauen. Hätte man die Milchproduktion Südösterreichs dafür herangezogen, hätten die Transportkosten gering gehalten werden können.

Die Kondensmilchherstellung hätte Maresi übernehmen können, eine ehemalige Tochtergesellschaft der Agrarindustrie und des ÖMOLK (Österreichischer Molkerei- und Käseverband). Dessen Geschäftsführer, der gleichzeitig Geschäftsführer des Milchwirtschaftsfonds war, stellte die dafür erforderliche Milchmenge jedoch nicht zur Verfügung. Wohlmeyer „war daher machtloser Vorstand von der Maresi. Diese Strategie wurde von den etablierten Milchkaisern unterbunden.“ Wohlmeyer wurde unterstellt, die Milchmarktordnung zu zerstören.

In Briefen hielt der Fonds fest, die überschüssige Milch würde insbesondere in Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich verkäst werden. In den vom Milchwirtschaftsfonds anerkannten „Käsekalkulationen [...] war nämlich so viel Speck [Gewinnspanne] drin, dass das eine der lukrativsten Produktionen für die Molkereien war“. Gleichzeitig musste „Käse mit hohen Subventionen“ exportiert werden, „im Kampf gegen die Franzosen und Italiener.“ In diesem Zusammenhang „gab es ja auch die Bestechungsskandale. Also es war wirklich eine wilde Mafia. Aber das war schlicht und ergreifend der Hauptstrom, der unabänderlich erschien.“

27. Trockenmilchpulver und Kondensmilch, die Produktionsverfahren dafür mussten damals in Österreich erst eingeführt werden

Wohlmeyer prophezeite damals, dass es eines Tages „keinen Preisausgleich, keinen Transportkostenausgleich und keinen gesicherten Markt“ mehr geben wird. „Und jetzt ist es soweit. [...] Die österreichische Milchwirtschaft existiert grosso modo nicht mehr.“ Die Gelegenheit wurde seiner Ansicht nach „verschlafen“. Heute beliefert Bayern Italien mit der Frischmilchpalette. „Das Niederknüppeln der Milchexportstrategie“ war für Wohlmeyer eine herbe Enttäuschung. Ihm war „klar, dass wir das in Zukunft brauchen werden und dass es wahrscheinlich zu einem europäischen Markt kommen wird. [...] Da hat man eben nicht die erforderliche Phantasie aufgebracht, sondern hat auf dem traditionellen System beharrt, das in Wirklichkeit eine kriegswirtschaftliche Regelung war. So haben wir einen Schlüsselsektor weitgehend verloren. Die österreichische Milchwirtschaft ist ein Mitläufer geworden. Sie hat keine wirklich eigenständige Potenz mehr. Das, glaube ich, war ein strategisches Versäumnis und da ist nicht nur der Molkereiwirtschaft ein Vorwurf zu machen, sondern es trifft auch die Agrarpolitiker, denn als Politiker muss man strategische Weitsicht entwickeln.“ Es war nach Wohlmeyers Ansicht „auch ein Manko des Eingreifens der Minister“, insgesamt fehle eine gezielte Grünlandpolitik in Österreich.

Technische Verwertung der Getreideüberschüsse: nachwachsende Rohstoffe

Wohlmeyer sieht im Energie- und Rohstoffversorgungssystem eine der wesentlichen Ursachen der Überschüsse in der Landwirtschaft. „Wenn Erdöl, Erdgas und Kohle zum Plünderungstarif der Erde herbeigeht werden, dann kann der ‚ökologische Arbeitstarif der Naturbewirtschaftung‘ keine Chance haben. Und dann lande ich zwangsweise im Überschuss, wenn ich noch dazu mit Hilfe von fossil erzeugten Hilfsmitteln die Produktion hoch puschen kann.“

1978/79 wurde erstmals ein Projekt Erneuerbare Energieträger durchgeführt. Es ging dabei jedoch nicht nur um Treibstoff. Im Rahmen der Naturstoffchemie war geplant, fermentativ verarbeitetes Getreide in Nischenprodukten zu vermarkten. Ethanol sollte als minder gefährliches Reinigungs-, Desinfektions- und Lösungsmittel für Farben und Lacke zum Einsatz kommen. Ausschlaggebend für die Vermarktung dieser Produkte sollte das Umweltargument sein, aus ökologischen Gründen könnte ein Absatz gefunden werden. Ethanol verfügt darüber hinaus über den Vorteil, dass ein Gemisch mit Dieseltreibstoff absolut ruffrei verbrennt – „dank des im Ethanol enthaltenen Sauerstoffs“. Das bedeutet, es müssten keine Filter eingebaut und entsorgt werden. Der Begriff Biosprit wurde von Wohlmeyer kreiert (Wohlmeyer 2006b: 184).

Ausgegangen wurde von der Grundannahme, dass es sinnvoller ist, Überschüsse temporär im technischen Sektor, als nachwachsende Rohstoffe, zu binden, anstatt laufend Getreide zu exportieren und eine Konfrontation mit den USA und Frankreich zu provozieren.

Heute wie während der 1980er Jahre gibt es Zweifel über die Sinnhaftigkeit und vor allem an der moralischen Vertretbarkeit von Biodiesel, Naturstoffchemie und Verbrennen von Getreide. Ein Umstand, den Wohlmeyer bedauert. „Wir haben alle erlebt, dass Überschüsse vernichtet und deponiert wurden, vor allem in der EU.“ Es wäre „gescheiter, ich mache etwas Sinnvolles daraus.“ Dies bedarf jedoch einer entsprechenden Planung. Die einfachste Möglichkeit bietet die Verbrennung, die jedoch aus ethischen Gründen problematisch ist. Dabei geht es um „das alte innere Paradigma nicht Brot zu verbrennen und ich sehe auch, dass es weit höherwertigere Verwertungen“ für Getreide gibt. Der Vorschlag Wohlmeyers lief darauf hinaus, multivalente Anlagen zu bauen, „die sowohl essbare Pflanzenteile als auch nicht-

essbare Pflanzenteile verarbeiten können“. Werden nicht-essbare Pflanzen angebaut, sind die Flächen im Fall einer Lebensmittelknappheit wieder für Pflanzen der Lebensmittelproduktion nutzbar. „Pflanzen bestehen außerdem aus essbaren und nicht essbaren Teilen. In den multivalenten Anlagen sollten essbare und nichtessbare Pflanzenteile verwertet werden können. So ergibt sich eine optimale, synergistische Gesamtverwertung und eine optimale Flächennutzung. Wir müssen uns, wenn wir langfristig denken, immer wieder die Frage stellen: ‚Wie erziele ich eine maximale, nachhaltige Nettoernte an Sonnenenergie in für den Menschen nutzbarer Form.‘“

„Den Biosprit haben sie niedergeknüppelt. Hätte man uns Getreide zu Exportkonditionen gegeben, dann hätte sich alles gerechnet. Aber das war gegen die Interessen der Exporteure.“ Einen weiteren Grund, warum Biosprit verhindert wurde, erkennt Wohlmeyer in der Macht der Erdölmagnaten: „Die Erdölexperten sind die Hohenpriester des gegenwärtigen Systems, die in Wirklichkeit nichts geändert haben wollen.“

Nachdem das Biospritprojekt eingestellt wurde, ging Wohlmeyer mit seinen Leuten von der Agrarindustrie auf die Suche nach Nischen und fand die Lacke. Am österreichischen Lackinstitut wurde festgestellt, dass man zwei Drittel der Lacke mit Ethanol als Lösungsmittel herstellen könnte, das wäre darüber hinaus weniger gefährlich und vor allem weniger gesundheitsschädlich. Wenn Reste verschüttet werden, „wird höchstens der Regenwurm eine Zeit lang betrunken, aber er stirbt nicht.“ Des Weiteren sollten Reinigungsmittel und Desinfektionsmittel auf Ethanol-Basis hergestellt werden. Ein wesentlicher Vorteil dabei wäre der Umstand, dass derlei Produkte für Kinder weitgehend mindergefährlich sind. Eine Studie bestätigte die Durchführbarkeit des Projektes. Es wäre erforderlich gewesen, neue Anwendungsrichtlinien zu schaffen. Die Vorteile für den Arbeitnehmerschutz waren gerechtfertigt. Die Hersteller hatten dies bereits akzeptiert, wollten jedoch die Kosten für die neuen Anwendungsrichtlinien nicht übernehmen. Daraufhin wurde der Minister auf das Lackinstitut eingeladen, damit „er sich das anschaut und einen Kostenkompromiss findet. Aber dann ist ein ‚unglaublich wichtiger‘ Termin dazwischen gekommen“, merkt Wohlmeyer sarkastisch an, „weshalb er den Besuch am Lackinstitut absagen musste“, ein Wachtelessen im Steirerock. „Und die Wachteln sind eine unglaubliche Produktionsalternative. Sie wurden auch als solche verkauft.“ Das war der Zeitpunkt, als Wohlmeyer das Handtuch warf. „Allein der Schutz von Kindern bei Reinigungs- und Desinfektionsmitteln, Schutz des Arbeitnehmers bei Lacken ist ein Argument, das man nicht entkräften kann, das ist ja fast ein Gottesgeschenk. Aber es war nicht drin.“

Durch Alternativenproduktion und Verwertung des überschüssigen Getreides in der Naturstoffchemie hätte Österreich die Exporte zurückschrauben können, die Überschüsse wären im Inland „gebunden“ worden. Die Naturstoffchemie hätte gleichzeitig die Fruchtfolge aufgelockert und insgesamt „einen Weg in die Zukunft eröffnet“.

Wohlmeyers Ziel war es, dass Österreich eine Pionierrolle in der EU einnehmen wird. „Wir Österreicher hupfen vor – das ist zuviel Dialekt – zeigen wie man Getreideüberschüsse binden könnte, und wie man sich gegen die Öllobbies durchsetzt. Ich hab gedacht, unsere eigene Regierung wird die eigene Öllobby doch besser im Griff haben. Aber da hat die verstaatlichte ÖMV in Wirklichkeit den Staat regiert. Und wir mussten die Strategie abblasen.“

Eine weitere Ersatzstrategie für den Überschussektor Getreide bot die Erzeugung von Öl- und Eiweißpflanzen. „Ich verstand die USA. Die EU nahm ihnen zunehmend Märkte weg. Der zweitgrößte Agrarexporteur der Erde bei Getreide ist Frankreich. Wenn wir Ihnen angeboten hätten, wir binden unsere Überschüsse zu Hause und sie sollen uns dafür bei den Öl- und Eiweißpflanzen in Ruhe lassen (quasi das umgekehrte des Blair-House-Agreements), dann wäre das ein akzeptabler Deal gewesen.“ Stattdessen „haben wir ganz gegen die Spielregeln des GATT eine quantitative Limitierung des europäischen Ölsaatenanbaues auf uns genommen“.

Für Wohlmeyer wäre jedoch die Naturstoffchemie die bessere Strategie neben dem Pflanzenöl gewesen, „weil man die Fruchtfolge besser auflockern kann. Und weil man jederzeit auf nicht-essbare Pflanzenteile umstellen kann.“

Im Nationalen Umweltplan, an dem Wohlmeyer mitarbeitete, sah er „eine Riesenchance“, die leider wieder „in der Versenkung verschwunden“ ist. „Wir haben damals wirklich ordentlich gearbeitet, haben sogar die Mineralölleute dazu gebracht, einer langfristigen Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe zuzustimmen. Die detaillierten Umsetzungspläne wurden mit Fristen versehen, um eine schrittweise Durchführung zu gewährleisten. Dieser nationale Umweltplan wurde nach seiner Ansicht sowohl im Parlament als auch in der Regierung „gar nicht ordentlich angeschaut“. Letzten Endes wurde jedoch erkannt, „dass das höchst brisant ist. Und deshalb wurde dann die viel allgemeinere und weichere Nachhaltigkeitsstrategie aus der Taufe gehoben und damit der nationale Umweltplan in die Schublade gelegt, weil der war viel zu konkret.“

Nachdem die Biospritzeugung „schief gegangen ist“, folgte die Ersatzstrategie Isozucker, die aufgrund der Machtverhältnisse im Agrarbereich ebenso zum Scheitern verurteilt war.

Isozucker

Zucker kann aufgrund der enzymatischen Erzeugungstechnologie aus Getreide billiger hergestellt werden. „Das war seinerzeit meine Strategie, die ich der Zuckerindustrie angeraten habe“ während der frühen 1980er Jahre, als die Getreideüberschüsse zu einer budgetären Belastung wurden. Wird Getreide verzuckert, lassen sich damit „reiche Gewinne“ abschöpfen, die für die Quer-Subventionierung der Zuckerrübe wie auch für die Forschung im Bereich nachwachsende Rohstoffe und Naturstoffchemie verwendet werden hätten können.

Getreide ist ganzjährig lagerfähig, daher können die Anlagen das ganze Jahr über betrieben werden. Es werden bei der Herstellung von Zucker aus Getreide weniger Energie verbraucht und weniger Abwasser verursacht. Auch das Nebenprodukt ist höherwertiger als bei der Zuckerrübe. Insgesamt werden geringere Produktionskosten verursacht, insbesondere aufgrund der geringeren Fixkosten durch die ganzjährige Auslastung der Produktionsanlagen. „Also vier Vorteile, d.h. ich kann die Rübenzuckerproduktion, die rd. 100 Tage im Jahr fährt, von den Kosten her locker unterbieten.“ Dies gilt jedoch nur für den Flüssigzuckersektor, der in der Getränkeherstellung, der Erzeugung von Backwaren und industriellen Produktion von Süßwaren Absatz gefunden hätte. Der Haushaltskristallzucker sollte weiterhin aus der Zuckerrübe erzeugt werden.

Wohlmeyer dachte immer in Kombinationsproduktionen. Jede Pflanze, ob essbare oder nicht-essbare Pflanzenteile, hätte verzuckert werden können. Man hätte sich Halmverkürzer sparen können, weil das

Stroh ebenso eingesetzt werden hätte können. „Gutes Gras hat mehr vergärbaren Zucker als eine Zuckerrübe“, wenn es rechtzeitig geerntet wird. Allerdings handelt es sich dabei nicht um Saccharose. Es wurde überlegt, das Grünland ebenfalls als Grundlage für eine Bioraffinerie heranzuziehen. Die geplanten Anlagen mit einem „dreifingrigen Vorderbetrieb“ sollten derart konzipiert werden, dass darin zucker-, stärke- und zellulosehaltige Substanzen verarbeitet werden hätten können. Dadurch könnten befristet essbare Pflanzenteile verarbeitet werden, eine jederzeitige Umstellung auf nicht-essbare Pflanzenteile würde jedoch offen stehen, technologisch und auch organisatorisch. Bei Missernten oder anderen Herausforderungen könnte somit kurzfristig umgestellt werden. Langfristig wäre damit der Nahrungsmittelmarkt abgesichert. „Das ist notwendige Zukunftsvorsorge“, wie sie Wohlmeyer anhand der Grafik „Der Kernpunkt der notwendigen Überbrückungsstrategie“ aus dem Jahr 1995 zeigt.

Strategie wäre gewesen, Getreide zu Exportkonditionen einzukaufen. Mit der Verzuckerung und Verspritzung von Überschussgetreide hätte die österreichische Bundesregierung Zahlungsrisiken vermieden und eine zukunftsfähige Verwertung eröffnet. Die Isozucker- und Biospritstrategie wäre nicht nur kostendeckend gelaufen, sie hätte sogar Gewinne abgeworfen. Es war geplant, diese in die Naturstoffchemieforschung zu investieren. Die Umsetzung der Isozuckerstrategie hätte die Möglichkeit geboten, „gegenschlagsfähig“ zu sein, „dass wir jedem Angriff standhalten können.“ Damit hätte sich die österreichische Zuckerindustrie in den Verhandlungen mit Südzucker einen Vorteil verschafft. Die Isozuckererzeugung sollte noch vor dem EU-Beitritt anlaufen, „dann kriegen wir nämlich wohl erworbene Rechte, die können sie uns nicht mehr wegnehmen.“

Aber „dieser Gedanke wurde echt niedergeknüppelt. Ich war plötzlich der ‚Rübenbauernmörder‘.“ Wohlmeyer hatte vorgeschlagen, die Rübenmenge um 25% zu reduzieren. Damit „hätten wir die übrigen Märkte retten können, weil wir die Überschussituation in den Griff“ bekommen hätten.

Die Isozuckerproduktion war deshalb für den Geschäftsführer Wohlmeyer wichtig, weil „die Technologie ausgereift war, weil ich gewusst hab, die Südzucker sitzt vor den Toren und hat eine Kriegskasse von gut einer Milliarde D-Mark. [...] Wir haben uns damals ausgerechnet, wenn wir Isozucker erzeugen, machen wir im Jahr ungefähr 100 Millionen, damals Schilling, zusätzlichen Reingewinn. Den stecken wir in die Forschung und Entwicklung.“ Geplant waren ein wechselseitiger Vertriebsvertrag und Lizenzverträge mit dem deutschen Unternehmen Südzucker, „sodass wir einander auf gleicher Ebene begegnen“.

Wohlmeyer sprach „mit dem EWG-Kommissar Frans Andriessen, dass wir quasi die Europäische Modellstrategie fahren.“ Den Zuckerrübenbauern wurde vorgeschlagen, 2,5 % der Fläche weniger Zuckerrüben anzubauen, diese Flächen sollten anderen Feldfrüchten zur Verfügung stehen. Durch die generelle Marktentlastung – insbesondere bei Getreide durch die Kombination Isozucker und Naturstoffchemie – hätte das Sinken des Gesamtpreisniveaus vermieden werden können und dieser Verzicht hätte sich als hochrentabel erwiesen. Doch „der Gedanke war nicht unterzubringen. Die 2,5 Prozent haben mir den Namen ‚Rübenbauernmörder‘ eingetragen. Und jetzt stehen die Rübenbauern an der Wand und sehen, dass sie weitgehend machtlos sind. Es wird der Weltmarkt diktieren und wenn [Zucker] im Ausland billiger ist, dann wird der Preis runtergehen müssen und die [Zuckerrüben]Flächen werden ebenfalls zurückgenommen werden müssen. [...] Es war, glaube ich, strategisch der größte Fehler vor dieser erwartbaren Zukunft die Augen zu verschließen. Man war von den hohen Deckungsbeiträgen bei der Zuckerrübe geblendet und hat die Zukunft des Gesamtmarktes nicht gesehen.“

Inzwischen ist die österreichische Zuckerwirtschaft de facto in den Händen der deutschen Südzuckergruppe. Das wäre nach Ansicht Wohlmeyers zu verhindern gewesen, wenn die österreichische Zuckerindustrie sich als gleichwertige Partnerin profiliert hätte. Österreich hätte mit den Gewinnen im Bereich Isozucker die Forschung im Bereich Naturstoffchemie vorantreiben und Lizenzen vergeben können, „sodass wir uns aneinander binden, aber nicht untergeordnet sind.“ Aufgrund der Tatsache, dass diese Innovationen „verschlafen“ worden waren, war dies jedoch nicht möglich. Die Strategie ging leider nicht durch, „weil es halt andere, kurzfristige Interessen gegeben hat“. Wohlmeyers Isozuckerstrategie „wurde durch Weisung abgeblasen“.

Als der EU-Beitritt vor der Tür stand, wurde mit Südzucker verhandelt. Ergebnis dieser Verhandlungen war eine Beteiligung der Südzucker von 10%, während der österreichischen Zuckerindustrie eine Beteiligung von 2 % zugesichert wurde. Darüber hinaus wurden zwei Aufsichtsratsmitglieder und ein Vorstand eingefordert. Auf diese Weise wurden „Informationen gesammelt, wie der Laden läuft“. Nach zwei Jahren verlangte Südzucker eine Sperrminorität, nach weiteren zwei Jahren die De-facto-Majorität. Es wurde Südzucker zwar nicht die Mehrheit, sondern nur eine 49% Beteiligung gewährt, dafür ein ausreichender Syndikatsvertrag²⁸. „Und so ist jetzt die österreichische Zucker- und Stärkeindustrie praktisch eine Division der Südzucker.“²⁹

*Heinrich Wohlmeyer beim Vortrag von Berthold Pohl
„Vorbereitungen auf den EG-Beitritt Österreichs“
an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen am 17.11.1993
(links nach rechts: Richard Hubmann, Heinrich Wohlmeyer,
Walter Schiebel, Elfi Hänfling, Otto Hofer, Doris Nagelstätter)
Foto: BA für Bergbauernfragen*



Wohlmeyers Konzept wurde in Ungarn teilweise verwirklicht. Die Agrana kaufte einige Jahre später (1990) diese Anlage in Szabadegyhásza. „Die Anlage produziert Maisstärke, Stärkesirup, Traubenzucker und Alkohol und ist derzeit, wie ich gehört habe, eines der rentabelsten Werke der Agrana.“ Allerdings musste sie teuer eingekauft werden, nachdem in Österreich „eine ähnliche Strategie verhindert“ worden war. Derzeit wird der „über EU-Regelungen wieder relativ einfache Ausweg“ genommen. Man baut Alkohol- und Biodieselanlagen, die auf einem oder wenigen Rohstoffen aufbauen. Wohlmeyers Konzept der Mehr-Rohstoff- und Mehrzweckanlagen wird weiterhin nicht verfolgt.

„Die Polen haben immer eine hervorragende Zuckerindustrie gehabt und auch eine gute Stärkeindustrie. Sie haben auch Zuckeranlagen exportiert.“ Die polnische Zuckerindustrie „hat sich die Südzucker vorbehalten. Die anderen haben sie der Agrana überlassen“ in verschiedenen Ländern Osteuropas:

28. Vertrag über die Unternehmensführung

29. Unter <http://www.agrana.com/com/de/1228.html> heißt es: 1989 Strategische Allianz mit der deutschen Südzucker AG Mannheim/Ochsenfurt, dem größten europäischen Zuckerunternehmen Stand 2007

Tschechien (1994), 1996 Ausbau in Ungarn, 1998 beteiligte sich die Agrana an vier Zuckerfabriken in Rumänien (aktiv: Buzau und Roman) und an zwei Zuckerfabriken in der Slowakei (aktiv: Sereď), darüber hinaus Akquisition von weiteren zwei Zuckerfabriken in Tschechien (aktiv: Opava)³⁰. „Das Südzucker-geschäft war von den Banken unter A eingestuft, also beste Kreditwürdigkeit, und das andere wegen diverser Risiken unter B, d.h. die Agrana bekam den Risikoapfel.“ Die Agrana diversifizierte später erfolgreich in den Fruchtbereich. Das Geschäft wurde allerdings überwiegend auf ausländischen Rohstoffen aufgebaut (tief gefrorene Erdbeeren und Apfelsaftkonzentrat aus China u.a.) „So etwas hätten die Kapitaleigner zu meiner Zeit als ‚Verrat an den österreichischen Bauern‘ und als ‚Bauerngeld ins Ausland tragen‘ geißelt“.

Die Verhinderung der Isozuckerstrategie war für Wohlmeyer eine der „massivsten“ Enttäuschungen. Es wurde dadurch verhindert, langfristig eine Strategie der nachwachsenden Rohstoffe zu sichern, die aus Eigengewinnen hätte finanziert werden können. „Das ist soweit gegangen, dass ich auf Intervention der Zuckerwirtschaft hin, die die Zeichen der Zeit nicht erkannte, Weisung bekam, das Projekt nicht mehr zu verfolgen. Weil ich gesagt habe, ich bin als Geschäftsführer verpflichtet, optimal zu wirtschaften.“ Wohlmeyer schätzt den entgangenen jährlichen Ertrag auf rund hundert Millionen Schilling. Der Unternehmensgruppe Agrarindustrie wurde in der Folge von der Zuckerindustrie jährlich rund ein Fünftel als Abstandsprämie überwiesen. Damit wurde das Unternehmen de facto „inkammeriert“³¹ [eingekauft]. Das bedeutete das Ende des Engagements von Heinrich Wohlmeyer in der Agrarindustrie im Juni 1988.

Wohlmeyer bereut es heute nicht, dass er 1988 seinen Posten als Generaldirektor verlor. „Der liebe Gott macht eine Tür zu und ein Fenster auf. Ich hätte wahrscheinlich viele Dinge nicht andenken können und wahrscheinlich hätte ich mich soviel ärgern müssen, ob der Indolenz³² und mangelnden Weitsicht, dass ich wahrscheinlich heute nicht mehr leben würde.“

Erfolge

Die schönsten Erfolge waren für Wohlmeyer „die handelspolitische Strategie“³³, die wirklich umfassend war“, das Vorpreschen in Richtung Naturstoffchemie, der Kongress mit der Gesellschaft deutscher Chemiker, in der die Vision der Naturstoffchemie vertreten und später von den Bayern aufgegriffen wurde. Ein besonderes Anliegen war für den widerständigen und strategisch denkenden Wohlmeyer die Regionalpolitik, mit besonderer Berücksichtigung der regionalen Energieversorgung. Umgesetzt wurden diese im Waldviertel und im Burgenland.

30. <http://www.agrana.com/com/de/1228.html> Stand 2007

31. Vermögenswerte wurden von der landesfürstlichen Kammer einbezogen

32. Geistige Trägheit, Desinteresse

33. Dazu gehörte das Ausgleichsabgabe, das Stärke- und das Zuckergesetz aus dem Jahr 1967 und die folgenden Novellen.

Die Waldviertel Strategie

Der Standort im Waldviertel wurde in den 1960er Jahren von der Bundes- und Landespolitik, aber auch von den Eigentümern der Agrarindustrie bereits „abgeschrieben. Einige wollten sogar einen Jagd-park daraus machen, quasi den erweiterten Truppenübungsplatz der neoliberalen Wirtschaftspolitiker. Immer wieder wurde behauptet, man könne nichts mehr machen.“ Heinrich Wohlmeyer betrieb daraufhin gemeinsam mit Adi Kastner, Direktor der Landwirtschaftsschule in Zwettl, „eine Waldviertel-Strategie“. In ihren Augen war es um dieses Kulturgebiet „Sünd’ und schade“. Auch waren beide überzeugt, dass spätere Generationen jeden Quadratmeter Kulturboden dringend benötigen werden.

Wohlmeyer verstand es zu netzwerken. Er kannte Leute aus verschiedenen Gremien wie der Bundeswirtschaftskammer, der Bundesarbeiterkammer, der Landwirtschaftskammer, von Ministerien und Landesregierungen und brachte diese zusammen, so dass ein Austausch stattfinden konnte. Wichtig war es für ihn immer, einen tragfähigen Konsens zu finden. Darüber hinaus brauchte es Leute, die die Verantwortung für Entscheidungen tragen. „Das war ganz wichtig und es war eine echte Freude zuzusehen, dass das übliche Hinausgehen und über Wien schimpfen, sich einladen lassen und nichts tun, sich aufgehört hat, weil wir eine echte Vision entwickelt haben“, die „von Dorf zu Dorf, von Familie zu Familie“ weiter getragen wurde. Es war notwendig, „geistig aufzurüsten“ und das umzusetzen, was möglich ist. So kam es, dass im Waldviertel die für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft notwendige Energieversorgung und Straßen ausgebaut wurden.

Bei der ersten Veranstaltung, die angesetzt wurde, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu mobilisieren, „waren genau so viele Organisatoren da wie Zuhörer, je drei“. Wohlmeyers Reaktion war, den Leuten ginge es „noch nicht schlecht genug.“ Er erkannte, „die Zeit ist noch nicht reif“, beabsichtigte, am Ball zu bleiben und war zuversichtlich.

Der Aufbau der Stärkederivateproduktion als wesentlicher Absatzträger für die Waldviertler Industriekartoffel erfolgte in den Jahren 1969 bis 1972. In einem dieser Anfangsjahre gab es „eine patzen [große] Missernte“. Die Modernisierung der Kartoffelverwertung kam dadurch zum Stillstand. Es wurde erkannt, dass die Bauern sich keine Technisierung mehr leisten konnten, weil die meisten verschuldet waren. Daher wurde nach einem Weg gesucht, Maschinen billig einzukaufen. Wohlmeyer entwarf die Strategie, die Nachfrage zu sammeln. Der Landmaschinenerzeugung sollte ein Rabatt von 30% vorgeschlagen werden, wenn zwanzig oder dreißig Vollernter gekauft werden. Der Handel sollte ebenfalls „10% hergeben“. Beim Landwirtschaftsministerium wurde um Investitionsförderung angesucht. Ergebnis der Verhandlungen war „eine 50%ige Verbilligung der Maschinen“, die sich in den anschließenden „halbwegs guten Jahren bezahlt machten“.

„Man hat sich nach meinem Abgang im Stärkebereich auf die so genannte Kernkompetenz konzentriert.“ Die Maisstärkefabrik Aschach wurde auf Tausend Tonnen pro Tag ausgebaut. Wohlmeyer „wollte mit den Gewinnen von Aschach das Grenzlandwerk Gmünd stützen, weil seinerzeit auch das Umgekehrte geschehen war, Gmünd stützte Aschach.“ Höhere Anteile der Fixkosten hätten übernommen werden können.

Es wurden Cornflakes produziert, die in einer verdeckten Verkostung als die besten in Europa ausgezeichnet wurden. Doch gegen den Marktführer Kelloggs zu konkurrieren war damals sehr schwierig. „Es gibt in Österreich einen Markenartikel, der die Kinder anspricht und das in der ganzen Welt, das ist

der kindergerecht verpackte Traubenzucker von Haas: PEZ.“ Es wurden Verhandlungen mit der Firma Haas aufgenommen und gemeinsam eine Vermarktungsstrategie entwickelt. Die kostengünstige Auslieferung sollte die Spedition Schachinger übernehmen. Es kam bereits zu einem Vorvertrag. Doch die Zuckerindustrie war dagegen, denn sie verfügte über ein eigenes Vertriebsunternehmen, die Hellma Verpackungs-GesmbH.

Der Vertrag mit Haas „wurde seitens der Raiffeisen-Landesbank als Eigentümer abgedreht, zugunsten der Hellma“, die jedoch nicht über ein geeignetes Marketing verfügte. Erwartungsgemäß war der Absatz der Cornflakes unbefriedigend. Die offizielle Begründung lautete: „das Produkt ist eben nicht gut genug“. Schließlich wurde die Anlage zur Cornflakesherstellung wieder verkauft. „Und ich war der Schuldige, der kein gutes Produkt erzeugt hat und eine Fehlinvestition eingekauft hat. [...] Das muss man sich vorstellen, eine ganze Marketingstrategie in Grund und Boden fahren und dann einen Schuldigen suchen! Es war keine Frage der Produktion und Kosten, sondern es war eine reine Marketingfrage.“ Mit einem „No-Name Vertriebsunternehmen so ein Produkt auf den Markt bringen – tödlich. Jetzt wird alles importiert.“

Beim Verkauf des im Waldviertel produzierten Alkohols verlief es ähnlich. In Gmünd wurde „beste Wodkaqualität“ erzeugt. Wohlmeyer schlug vor, sich einerseits mit einem Wodka-Markenhersteller zusammen zu tun und andererseits in Reinigungs- und Desinfektionsmittel zu diversifizieren. „Das war den Bankstrategen aber alles zu riskant. Man maß alles am Zuckergeschäft im geschützten Markt.“ Einige Jahre später wurde die Alkoholanlage nach Polen verkauft, und das im Angesicht eines zu erwartenden Biospritudurchbruches, zu dessen Vorbereitung die Anlage investiert worden war.

Die Waldviertler Kartoffeldauerprodukte – „unser seinerzeitiger Stolz“ – sind heute (2006) „zu einer Miniproduktion am Biosektor geschrumpft. Wieder war es das Marketing, das schief lief. Man ging auf den Markt mit der ‚klassischen Waggonphilosophie‘ der Zuckerleute.“ Es wurde seitens des Vorstandes von einer Massenproduktion und nicht von einer Qualitätsnischenproduktion ausgegangen. Die heimische Produktion von Dauermilchprodukten existiert ebenfalls nicht mehr.

Die Regionalentwicklung im Waldviertel wurde trotz aller Rückschläge als Modellprojekt in der OECD präsentiert. „Das waren ganz einfach schöne Erlebnisse. Da hat insbesondere Adi Kastner viel bewegt, von der Holzverarbeitung über die Heilkräuter bis zum Gesundheitstourismus.“



*Heinrich Wohlmeyer beim Fest
„25 Jahre Bundesanstalt für Bergbauernfragen“ am 10.9.2004
(von links nach rechts: Gisela Zechner, Elfriede Fuhrmann,
Heinrich Wohlmeyer, Louis Grabner, Manfred Watzinger,
Rupert Huber) Foto: BA für Bergbauernfragen*

Regionalpolitisch war die Erreichung der vorzeitigen Abschreibung eine der wichtigsten Strategien im industriell-gewerblichen Sektor. Durch sie war es möglich, dass Leute lokales Engagement entwickeln, die bereits Ideen für lukrative Projekte haben. Andere bringen Geld ein, weil sie Gewinne absetzen wollen. In der Regionalförderung ist es wichtig, Unternehmer anzulocken, die bereit sind, in ertragreiche Projekte zu investieren. Jene, die nur wegen der Fördergelder initiativ werden, ziehen sich nach Erfahrung Wohlmeyers wieder zurück, sobald die Förderungen auslaufen oder die Maschinen abgeschrieben sind.

Regionalentwicklung in Güssing im Burgenland

Als zweites erfolgreiches Beispiel für angepasste Regionalentwicklung wurde die Entwicklungsstrategie für Güssing im Südburgenland umgesetzt. Kern der Strategie war die eigenständige Energieversorgung. Güssing ist heute ein europäisches Bioenergiekompetenzzentrum. Das Burgenland ist ein Niederwaldgebiet, in dem der Wald traditionell gemeinschaftlich genutzt wird. Es war erforderlich, eine nachhaltige Holzlieferlogistik aufzubauen und moderne Nutzungstechniken zu entwickeln. Hinzu kamen eine Biodieselanlage und einige Alternativproduktionen im Lebensmittelbereich. „Das war eine schöne Strategie. Die in der Folge von Professor Hofbauer³⁴ entwickelte Vergasungstechnik ist eine echte Innovation.“ Darüber hinaus wurde ein Energiekonzept für das gesamte Burgenland entworfen, das von der Landesregierung gutgeheißen wurde. Energie sollte aus Biomasse und Wind sowie aus einigen Kleinwasserkraftwerken gewonnen werden. Das Burgenland verfolgt derzeit (2007) das Ziel der Energieunabhängigkeit nach schwedischem Vorbild.

Wohlmeyers Strategien

gleichen dem „Slalom Fahren: anpassen, aber das Ziel nicht vergessen. Und wir arbeiten schrittweise an den Punkten A, B, C, D,... um dieses Ziel zu erreichen, dazu sollte ein Minister seine Beamten verpflichten“. Für die Agrarische Forschung wäre es wichtig gewesen, ein agrarpolitisches Zukunftsideal herauszuarbeiten und darauf aufbauend zukunftsorientierte Forschung zu betreiben. Es ist notwendig, Orientierungswissen zu schaffen. Auf der Grundlage dieses Orientierungswissens kann Zielwissen geschaffen werden. Als letztes wird das Umsetzungswissen erarbeitet, damit die richtige Strategie eingesetzt werden kann, um bestmöglich das Ziel zu erreichen. „Ich glaube, das war das ganz nüchterne Ins-Auge-fassen der Zukunft. Wie erreiche ich meine Ziele? Das passiert jedem von uns im Leben so, dass man nicht alles geradewegs erreichen kann. Das heißt nicht, dass ich windig bin, aber ich muss unter Umständen Zwischenstationen machen, muss auf Umwegen hinkommen, so wie ein Berg in Serpentina bestiegen wird.“ Für den Realisten Wohlmeyer gibt es immer wieder Zwischenstrategien, und es gibt immer mehrere Lösungen für ein Problem.

Erst in der heutigen Zeit erhält Wohlmeyer Anerkennung für seine Strategien der nachwachsenden Rohstoffe und die kreislaforientierte Naturstoffchemie. Die „ökologisch vernichtende, plündernde Strategie der Erdölwirtschaft“ muss seiner Ansicht nach aufgegeben und in eine kreislaforientierte

34. An der Technischen Universität Wien

Naturstoffchemie übergeführt werden. Im Ausland, vor allem im benachbarten Bayern, fand Wohlmeyer mehr Gehör als in Österreich, denn der Prophet gilt bekanntlich im eigenen Land nur wenig.

Ausblick

Wohlmeyer fürchtet für die Zukunft eine weltweite Lebensmittelknappheit. Aus diesem Grund wäre die Züchtung und der Anbau von Mehrzweckpflanzen sowie die Entwicklung einer Mehrrohstoff- und Mehrzweckverarbeitungstechnologie wichtig; denn sobald es zuwenig Lebensmittel geben sollte, könnten daraus essbare Pflanzenteile der menschlichen Ernährung zugeführt werden.

Im Sinne der aktuell diskutierten Ernährungssouveränität kann es langfristig gesehen nicht friedensfähig sein, wenn mehr als 800 Millionen Menschen hungern und zwei Milliarden Menschen schlecht und unterernährt sind. Es bedarf eines Agrarmodells für die Zukunft, das „eine möglichst optimale Versorgung möglichst vieler Menschen bietet. [...] Wir können auf die Dauer nicht damit rechnen, dass wir durch Importe alles abdecken und dass so quasi die gebratenen Hendl beim Fenster herein fliegen, sondern dass wir bei absoluter Knappheit an Flächen weitgehend auf uns selbst gestellt sein werden. Die maximale, nachhaltige Nettoernte an Sonnenenergie in für den Menschen nutzbarer Form muss das langfristige Ziel sein.“ Das bedeutet die optimale Ausnutzung natürlicher Synergien bei gleichzeitiger Minimierung des Energie- und Materialaufwandes.

Für die Versorgung aller Menschen im Rahmen der Welternährung ist es nach Ansicht Wohlmeyers vor allem notwendig, dass die reichen Industrieländer den Konsum des Fleisches jener Tiere reduzieren, die Nahrungskonkurrenten des Menschen sind. Die Fleischproduktion wäre darüber hinaus auf die Wiederkäuer auszurichten, da diese für den Menschen nicht essbare Pflanzen und Pflanzenteile zu hochwertigem Protein und Fett umwandeln können. Außerdem können Flächen (z.B. steile Wiesen) eingesetzt werden, die sich dem Ackerbau entziehen. „Auch die Aquakultur ist eine noch zu wenig genutzte Reserve. Fische haben den besten Futterverwertungskoeffizienten.“

Alternative Gartenwirtschaft

Bei behutsamem gärtnerischem Landbau können 2000 Quadratmeter Boden einen Menschen ernähren. Die Menschen müssen deshalb nicht auf ein angenehmes Leben verzichten. Vielmehr geht es um einen anderen Lebensstil, der auch durch eine angepasste Technik unterstützt werden muss. Die Gartenwirtschaft ist eine sehr arbeitsintensive, gleichzeitig die produktivste Form der Bewirtschaftung. Heinrich Wohlmeyer hielt bereits in einem Beitrag³⁵ aus dem Jahr 1991 fest, „dass wir jedes nachhaltig produktive Fleckchen Erde bewahren und behutsam pflegen sollten. [...] Das Konzept der gärtnerisch intensiven und vielfältigen Landwirtschaft ermöglicht eine hohe Flächenproduktivität bei gleichzeitiger ökologischer Ausgewogenheit.“ Darin kritisierte er das damalige Koalitionsabkommen und die Regierungserklärung, die beide von einer „notwendigen Strukturbereinigung“ und „EG-Reife“ sprachen, dabei wäre es wichtig gewesen, wenigstens „verbal Alarm [zu] schlagen, dass täglich ca. dreißig Bauern aufgeben“.

35. Wohlmeyer 1991: 8-9

Durch Maßnahmen der Agrarpolitik - damals wie heute - wird die Strategie verfolgt, ein Minimum an Arbeitskraft einzusetzen, um die Arbeitsproduktivität zu maximieren. Die vorherrschenden Maßnahmen zur Steigerung der Flächenproduktivität durch hohen Materialeinsatz (Dünger, Pestizide, Energie) hält Wohlmeyer für „unangepasste Mittel“. Einerseits aufgrund des ungerechtfertigt hohen Energieeinsatzes für die landwirtschaftliche Intensivproduktion und andererseits aufgrund der Tatsache, dass die arbeitsintensive Gartenwirtschaft Energien nicht verschwendet und höchstproduktiv ist. Sie „hat einen Arbeitskräftebesatz von rund 0,3 Arbeitskräften je Hektar, das heißt, einer macht grob drei Hektar“. Er propagiert Mischkulturen mit unterschiedlichen Pflanzenreihen, in der „die Pflanzen einander unterstützen. Wo Leguminosen Stickstoff in den Boden bringen und daneben sind Stickstoffzehrer.“

Die Pflanzenarchitektur wird von der Sonnenseite gesehen dermaßen gestaltet, „dass die hohen hinten sind und die niederen vorne, dass ich mehrere Generationen von Pflanzen in einem Jahr unterbringe. Das ist auch in unseren Breiten möglich“.

Langfristig betrachtet steht für Wohlmeyer fest, dass es in Zukunft eine globale Nahrungsmittelknappheit geben wird. Daher „müssen wir jeden Quadratmeter fruchtbaren Bodens erhalten und jeden, der das Handwerkszeug der Bewirtschaftung kennt und praktisch beherrscht.“ Das bedeutet, dass „die kleinbäuerliche Struktur zu erhalten“ ist. Die gemischt wirtschaftenden Kleinbetriebe sind Zukunftskapital, denn diese können bei Bedarf gärtnerisch intensiv bewirtschaftet werden. „Alle Hochkulturen mit geringer Flächenausstattung haben gärtnerische Produktionsmuster gehabt“, die die höchste Flächenproduktivität aufweisen. Der nahe liegende Schluss Wohlmeyers: „Um die Konzentration zu bremsen, war ich für eine progressive Grundsteuer. Das war ein starker Tobak [Dreistigkeit, Unverschämtheit] und hat zu meinem Abgang beigetragen.“ Er hat „lange genug gepredigt, dass die breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden auch ein sozialer Wert ist“. Es „war am Anfang auch nicht selbstverständlich“, dass in den aktuellen Broschüren des Ministeriums, der Präsidentenkonferenz und auch des Bauernbundes diese Aussage aufgenommen wurde. Der seit Jahrzehnten ablaufende Strukturwandel steht dem Ziel der breiten Streuung an Grund und Boden diametral gegenüber.

Kleinräumiger Gartenbau wäre eine Alternative zur großflächigen agrarindustriellen Produktion. Für den Gartenbau braucht es eine gute Gelände- und Bodenkenntnis, und er ist arbeitsintensiv. In der Landwirtschaft fehlen jedoch die Arbeitskräfte, da derzeit keine entsprechenden Löhne gezahlt werden können. Die Agrarpolitik muss daher in eine zukunftsfähige Gesamtpolitik eingebettet sein.

Landwirtschaft als Fachunterricht der Allgemeinbildung

Wohlmeyer ist bei allem Visionärdasein ein Realist. Er ging immer von den Fakten aus, analysierte auch die Sachzwänge und überlegte, wie diese verändert werden können. Das legte er in seinem jüngsten



*Reingard und Heinrich Wohlmeyer
beim Fest zu seinem 70. Geburtstag
im S-Haus in Böheimkirchen
am 12. Mai 2006 Foto: Josef Krammer*

Buch „Globales Schafe Scheren – Gegen die Politik des Niederganges“ (Wohlmeyer 2006b) dar. Er geht dort nach dem klassischen Dreischritt vor: Sehen, Urteilen, Handeln vor, und macht konkrete Verbesserungsvorschläge. Beispielsweise führt er aus, es müsste von der Bevölkerung wesentlich mehr Obst und Gemüse gegessen werden. Die Agrarpolitik sollte die Ernährungsbedürfnisse widerspiegeln, damit die Bevölkerung gesund ist. Er schlägt vor, in der Schule Ernährungslehre als Pflichtfach einzuführen (Wohlmeyer 2006b: 374). Doch gerade in diesem Bereich wurde in jüngster Zeit eingespart. Die Kochstunden wurden in den vergangenen Jahren von vier auf zwei Stunden gekürzt, „weil wir glauben, wir brauchen das nicht.“ An den Volksschulen, Hauptschulen und Gymnasien sollte den Kindern und Jugendlichen vor Augen geführt werden, wie Nahrungsmittel produziert werden und wie es um die globale Ernährungswirtschaft steht. Eine „sachgerechte Ernährungslehre“ würde den Fleischüberkonsum senken. Deshalb gab es „geradezu eine panische Angst“ seitens der offiziellen Agrarvertreter, denn dadurch könne der Fleischmarkt zusammenbrechen. Dabei geht es nicht nur um den Fleischmarkt: die Überschüsse in der Getreideproduktion werden in der sich ausdehnenden Massentierhaltung verwertet.

Bei einer gesamthaften Strategie wäre diese Angst von vornherein unbegründet gewesen. Die komplementäre Betreuung der Märkte für Nahrungsmittel, organische Rohstoffe und organische Primärenergieträger sowie gezielte Umschichtungen im Nahrungsbereich hätten das Marktgleichgewicht herstellen können. „Diese Forschungs-, Aufklärungs- und Bildungsstrategie ist fast nicht gefahren worden.“ Das hat dazu geführt, dass nur wenige die Zusammenhänge von Landwirtschaft und gesunder Ernährung kennen. Wohlmeyer regte an, das Thema Ernährung und Landwirtschaft in Biologie in allen Schulen zu unterrichten, denn Agrarökosysteme werden im herkömmlichen Schulunterricht nicht gelehrt. Entsprechend ausgebildete LandwirtschaftslehrerInnen könnten in den Allgemeinbildenden Schulen Blockunterricht erteilen. „Wie sollen diese Systeme künftig optimal laufen? Das jetzige System forciert die Monokulturen.“ Dass diese Wirtschaftsform nicht nachhaltig ist, muss nicht eigens betont werden.

Wohlmeyer regte an, Lehrbücher über die Ernährungslehre „dermaßen attraktiv“ zu gestalten, dass Kinder und Erwachsene daran Interesse finden. Es müsste eine „ganz massive Aufklärungsstrategie in Richtung verlässliche, frische Versorgung aus der Heimat“ eingeführt werden. Vorteile sind Frische, hochwertige Qualität, kontrollierbarer Anbau, aus einer gesunden Landschaft und einem gesunden Boden. Damit Boden und Landschaft gesund bleiben, muss die Bewirtschaftung durch Familienbetriebe erfolgen. Familienbetrieb definiert Wohlmeyer, wenn Bauer und Bäuerin noch direkt am Hof arbeiten und so ein Naheverhältnis zu Boden, Pflanzen und Tieren haben. Erst dann könne „das richtige Systemgefühl“ entwickelt werden und er/sie könnten „rechtzeitig, wenn das System aus dem Gleichgewicht kommt, intervenieren.“ Es ist für Heinrich Wohlmeyer „ein ganz wesentlicher Punkt, dass die Fähigkeiten der rechten Gehirnhälfte Systeme und Harmonien zu erkennen nur bei einem innigen Systemkontakt abgerufen werden können.“ Er vergleicht dies mit einer guten Mutter, die nur dann rechtzeitig seelische oder gesundheitliche Leiden an ihrem Kind bemerkt, wenn sie es stets im Auge hat.

Den Grund, warum die „Komplexstrategie“ im Bildungswesen nicht umgesetzt wird, sieht Wohlmeyer zum Teil in sektoralen Interessen, zum Teil auch schlicht in einer „mangelnden Zukunftsvision“.

Landwirtschaft und Arbeitslosigkeit

Wohlmeyer spricht „von der Arbeitslosigkeit der Bauern“, nicht vom Bauernsterben und nicht von der Strukturbereinigung. In Flinsbach bewirtschaftete die Familie Steindl einen Hausacker als Garten, „um ein Maximum an Leuten versorgen“ zu können, „mit einem Minimum an Input“. Dieser Acker durfte nicht mit dem Traktor bewirtschaftet werden. Das sei verständlich, wie Wohlmeyer in seiner Vorlesung an der Universität für Bodenkultur ausführt: „Wenn ich in den Gemüsegarten meiner Frau mit dem Traktor hineinfahren würde, würde sie mich rausjagen, weil dort eine Feinform in der Vielfalt ist, die auf höchste Produktivität getrimmt ist. Und das geht nur mit arbeitsintensiver menschlicher Behutsamkeit.“

Die hohe Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft führt Wohlmeyer vor allem auf die überzogene Maximierung der Arbeitsproduktivität zurück, eine der Ursachen liege nicht zuletzt im Steuer- und Sozialversicherungssystem. Arbeit wird „maximal besteuert“, obwohl sie Mangelware ist. Die so versteuerte Arbeitskraft wird durch Produktivitätsmaßnahmen möglichst eingespart. „Um einer höheren Ressourcenproduktivität willen“ müssten nicht nur in der Land- und Forstwirtschaft Abstriche in der Arbeitsproduktivität gemacht werden, beispielsweise durch die Konstruktion von Maschinen und Geräten, die reparierfähig sind und deren Bestandteile wieder verwertbar sind. Heutzutage werden überwiegend „Wegwerfdinge“ produziert „und wir ersticken gleichzeitig in Müll und beklagen uns über die Plünderung der Rohstoffe“. Reparatur, Instandhaltung und Wiederverwendung von Material, Maschinen und Geräten seien zu forcieren, um die gegenwärtige „Stoffstromkrise“ zu entschärfen. Darüber hinaus sei das Energiesystem umzustellen auf dezentrale, regionale Versorgung. Die weitgehende Umstellung auf erneuerbare Rohstoffe hätte eine multifunktionale Vollbeschäftigung in der Landwirtschaft und in den nachgelagerten Bereichen zur Folge.

Ein wesentliches Grundanliegen für Heinrich Wohlmeyer ist es sinnvoll Arbeit zu schaffen. Dafür schlägt er vor, eine angemessene Verteilung zwischen dem formellen und informellen Sektor vorzunehmen. Dies erfordert die eingangsseitige Sanierung der Budgets, damit der informelle Sektor dotiert werden kann. Damit könnten auch Kulturlandschafts-, Naturschutz- und ländliche Entwicklungsprogramme finanziert werden. Derzeit werden „aus Budgetknappheit“ diese Programme zurückgefahren, „weil wir ja in die Konkurrenzfähigkeit [Wettbewerbsfähigkeit] investieren müssen - eigentlich in einem Wettlauf, den wir nicht gewinnen können.“ Hingegen wäre es nach Ansicht Wohlmeyers wichtiger, die erforderlichen Infrastrukturen zu schaffen und ihre Erhaltung zu honorieren sowie die sogenannten „Grünen Dienste“ langfristig gesichert fair abzugelten. Auf diesem Hintergrund können einzelne die eigene Nische finden und der Nebenerwerb würde die Menschen nicht länger überlasten. „Das ist, glaube ich, ein ganz wesentlicher Punkt. Wenn ich mir so anschau, wie gefährdet – vor allem in den schwierigeren Lagen – die Kulturlandschaft ist, und wie gering die Einkommen sind, dann wird mir bange. Jene die dort noch ausharren sind Idealisten und im Nebenerwerb Überlastete. Hier braucht die Agrargesellschaftspolitik wirklich ein radikales Umdenken.“

„Vom ÖGB bis zur Industriellenvereinigung und von den Grünen bis zu den Schwarzen finde ich kein schlüssiges Konzept für die Arbeitsmarktpolitik. Außer, dass wir an einigen traditionellen Schräuferln [Schrauben] wie Flexibilität, Mobilität, Forschung und Innovation, drehen und dass man sagt, wir tun ohnehin mehr für die Lehrlinge und Ausbildungsplätze, hat man kaum etwas anzubieten. Wo die Lehrlinge dann hinkommen, weiß man nicht. Wir senken die Lohnnebenkosten und gleichzeitig wird das

Sozialversicherungssystem notleidend. Hier beißt eine Katze die andere in den Schwanz. Es ist fast dramatisch widersprüchlich und nicht zureichend. Da brauchen wir wirklich eine Gesamtvision.“ Wohlmeyers Vorschlag lautet: „Wir sollten uns kürzere Arbeitszeiten leisten und den informellen Sektor entsprechend bedienen können. Im letzteren Bereich gibt es ungetane, aber wünschenswerte Arbeit. „Wenn ich mir ansehe, was wir im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich tun könnten und sollten, und was notwendig ist, um den ‚Garten Österreich‘, unsere Kulturlandschaft, zu erhalten und noch schöner zu machen, sowie gleichzeitig die Ernährung der kommenden Generationen zu sichern, dann dürfte es keine Arbeitslosigkeit geben. Das aber setzt eine Neuordnung der Spielregeln im Bereich der Handels- und Finanzpolitik voraus, sowie gestützt auf die eingangseitige Sanierung der Budgets durch eine strategische Steuerreform. Letztere sollte Steuerquellen anzapfen, die der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung angepasst sind. Dazu gehören die Besteuerung des elektronischen Informationstransfers (bit-Steuer), des Devisentransfers (Tobin Tax), Ressourcenverbauchssteuern, Besteuerung des Verbrauchs von Umweltmedien und die Besteuerung von Großvermögen. Die Zeit dafür ist reif“ (vgl. Wohlmeyer 2006b, Wohlmeyer/Quendler 2002).

Künftige Arbeiten

Für die Zukunft plant Wohlmeyer eine „Weiterführung der Diskussion mit dem Islam“. Das sieht er als einen „Kardinalpunkt“ an, den es zu erledigen gibt, „weil so wie es jetzt läuft, kann das nicht gut gehen, dass wir im eigenen Land mit Ideologien der Intoleranz und Gewalt konfrontiert sind, die unter den Tisch gekehrt werden“ (Wohlmeyer 2006b: 75ff) Der zweite wichtige „Punkt ist die dramatisch notwendige Vorsorge für den Krisenfall. Hier gilt es, zu helfen, mitzuorganisieren, Bewusstsein zu wecken“. In diesem Zusammenhang wird es wichtig sein, das „Selbstbewusstsein für die Bauern auch in den benachteiligten Gebieten“ zu stärken. Mitarbeiten will er auch an der „Bewusstseinsbildung, dass langfristig die Lebensmittel knapp werden und wir daher die Grenzertragsböden brauchen werden. Das muss man beharrlich einmahnen.“

Wohlmeyer (zum Zeitpunkt des Interviews 70 Jahre alt) meint, als „alter Mann“ habe er nichts zu verlieren. Daher könne er ohne Rücksichtnahmen Mahner sein. Seine Weltaussichten, zu denen er Vorschläge mitliefert, wie reagiert werden müsste, hat er im Buch „Globales Schafe Scheren“ zu Papier gebracht (Wohlmeyer 2006b). In der Landwirtschaft geht es „nicht nur um die Erhaltung der Produktionsbereitschaft, sondern auch um die Erhaltung der nachhaltigen Intensivierungsfähigkeit“.

„Was ich noch schaffe, weiß ich nicht. Aber nach dem, was an Anfragen und Diskussionen hereinkommt, lässt sich doch noch einiges machen.“

Wohlmeyer nahm sich ein chinesisches Sprichwort zu Herzen. „Es gibt dreierlei Wege klug zu handeln. Der erste ist durch Nachahmen, das ist der leichteste. Der zweite durch Nachdenken, das ist der edelste. Und der dritte durch Erfahrung, das ist der bitterste. Aber den gehen die meisten. Und jetzt müsste man fragen: Ist es überhaupt möglich, bei all dem, was sich jetzt zusammenschürzt, doch noch Bewusstseinsbildung hinüberzubringen?“ „Als gläubig gewordener Mensch würde ich sagen, ein Umdenken kann auch erbetet werden. Nach dem Schneeballsystem wäre es theoretisch möglich in 35 Jahren die gesamte Erde geistig umzudrehen, „wenn jeder von uns jedes Jahr von seinem glaubhaften Konzept einen anderen überzeugen würde. Das Antlitz der Erde würde verändert. Das macht mich wieder optimistisch.“

„Die wichtigsten Bildungsaufgaben sind oft jene, für die es die Lehrer noch nicht gibt“

Josef Willi



Foto: Familienarchiv 1998

Josef Willi stammt „aus einer politischen Familie“: Sein Großvater war 46 Jahre lang Bürgermeister seiner Heimatgemeinde, eine zeitlang auch Landtagsabgeordneter. Der Vater, Jahrgang 1894, hatte dieses Amt siebzehn Jahre lang inne. „Ich bin an und für sich auch ein politischer Mensch. Politik in dem Sinne verstanden, dass man sich gedrängt fühlt etwas zu tun, wenn einem Zustände nicht gefallen oder man überzeugt ist, dass in einer Sache etwas oder mehr geschehen müsste. In einer Demokratie müsste im Grunde genommen jeder ein Politiker sein. Wenn laut Verfassung das Recht vom Volke aus geht, muss auch die Pflicht vom Volke ausgehen. Das heißt, muss man nicht unbedingt im engeren Sinne Politiker sein, um politisch etwas tun zu können.“ Das politische Engagement scheint sich vererbt zu haben. Sohn Georg, bekannt als der „Grüne Willi“, ist derzeit (2007) Klubobmann der Grünen im Tiroler Landtag.

Kindheit und Jugend

Josef Willi wurde im Oktober 1928 in Schoppernau in Vorarlberg als erstes von zwei Kindern geboren. Der Großvater war nicht nur Bauer, sondern auch gelernter Tischler. In seinen jüngeren Jahren war im Haus die Gendarmerie eingemietet. Dieser Umstand bot dem Großvater die Gelegenheit, in Gesetzbücher Einblick zu nehmen und sich dadurch Kenntnisse über Gesetzestexte anzueignen. Er begann, für die Leute Kauf-, Übergabeverträge und ähnliche Verträge zu verfassen. Die Tätigkeit bot ihm ein Nebeneinkommen. Das hatte zur Folge, dass die Verantwortung für die Landwirtschaft in den Händen der Großmutter lag. „Sie war eine sehr tierliebende Bäuerin.“

Als Josef Willi ein Jahr alt war, starb seine Mutter, Germana Willi, bei der Geburt seiner Schwester am Faschingssonntag 1930. Sein Vater heiratete nicht mehr, weil er fürchtete, dann hätten die Kinder nicht nur ihre Mutter, sondern auch den Vater verloren. Eine nicht alltägliche berührende Haltung. Viele Witwer heiraten wieder, damit die Kinder eine mütterliche Betreuung haben. Nach Eindrücken des Sohnes hat der Vater seine Frau sehr geliebt, denn er hat immer wieder von ihr erzählt. „Er hat uns die Mutter, soweit das ein Vater kann, voll ersetzt. Weil ich nie eine Mutter gekannt habe, habe ich sie eigentlich nie vermisst.“ Es lebte eine Tante im Haus, die die Hausarbeiten erledigte. Als diese erkrankte, beschäftigte der Vater eine Haushälterin. Es war nicht einfach, diese aus den Erträgen der Landwirtschaft zu bezahlen. Deshalb „wartete er sehr hart darauf, bis die Tochter Germana die achtjährigen Volksschule abgeschlossen hatte“. Sie übernahm mit vierzehn Jahren, unterbrochen durch verschiedene Kursbesuche, den Haushalt und arbeitete in der elterlichen Landwirtschaft.



Als Josef Willi zehn Jahre alt war, brachte sein Vater von einem kurzen Wienaufenthalt eine Blockflöte mit. Der Sohn eines Lehrers lernte ihm das Spielen. Auf einem Aussichtspunkt über dem Dorf Schoppernau spielten drei Freunde mehrstimmige Abendkonzerte.

Foto: Familienarchiv 1939

Der Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland im März 1938 war für den damals zehnjährigen Josef ein einprägsames Erlebnis. Er erinnert sich an den Abend, als der Vater in das Gemeindehaus ging, um mit anderen die Rede von Bundeskanzler Schuschnigg zu hören. Der Vater war als Nazigegner bekannt und „rechnete damit, dass er nun gleich eingesperrt wird“. Entsprechend diesen Befürchtungen fand am 13. März 1938 eine Hausdurchsuchung statt.

Aufgrund der Tatsache, dass ein führender Nazi im Ort „trotz ideologischer Gegnerschaft die menschliche Art des Vaters anerkannte“, blieb dieser vorerst von einer Inhaftierung verschont. Dennoch lebte der Vater während des ganzen Krieges in der Sorge, verhaftet und eingesperrt zu werden. Im Jahr 1943 erzählte „ein nicht aus dem Ort stammender Postbusfahrer“ während seinesurlaubes im Gasthaus vom Rückzug aus Russland. Ein Jahr später war dieser Soldat wieder auf Urlaub in Schoppernau. In Erinnerung an das vorjährige Gespräch und dem inzwischen stärker werdenden Rückzug aus Russland ließ der Vater bei einer Begegnung den Satz fallen: „Wie geht’s, kommt ihr immer näher nach Hause?“ Der Angesprochene reagierte aufgebracht und erstattete Anzeige. Der Vater wurde „im Juni 1944 mitten bei der Heuarbeit verhaftet und nach Bregenz ins Gestapogefängnis gebracht“. Da „die Bauern für die ‚Erzeugungsschlacht‘ ja sehr wichtig“ waren wie auch durch den Einsatz des Bürgermeisters und anderer Leute, wurde er nach einer Woche wieder freigelassen. Allerdings mit der Ankündigung einer Gerichtsverhandlung vor dem Volksgerichtshof. Die Anklageschrift lautete auf Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung und Lan-



Josef Willi überbringt mit einem Freund am 3. September 1939 die Einberufung an einen Hirten auf der Alpe Schadona

Foto: Familienarchiv

desverrat. Eine erste Verhandlung im Februar 1945 wurde jedoch aufgrund der Abwesenheit des Hauptzeugen verschoben. Eine weitere Verhandlung kam durch das Kriegsende nicht mehr zustande. Kurz vor Kriegsende wurde der Vater mit weiteren drei Schoppernautern auf Veranlassung der SS ein zweites Mal eingesperrt. „Ein mutiger Gendarmeriepostenkommandant in Bezaun“ ließ sie jedoch kurz vor Kriegsende wieder frei.

Trotz dieser Belastungen und dem frühen Verlust seiner Frau war der Vater „beruhend auf sein Gottvertrauen ein lebensfroher, zufriedener und kontaktfreudiger Mensch“. Er konnte gut mit den Vertretern anderer politischer Richtungen umgehen. Beispielsweise lud er während seiner Amtszeit als Bürgermeister den Gewerkschafts- und Nationalratspräsident Olah in seine Stube ein und führte mit ihm ein sehr angeregtes Gespräch. Olah war anlässlich einer Arbeiterkammerwahl nach Vorarlberg gekommen und hatte in Schoppernauten einen Kranz am Grab von Franz Michel Felder³⁶ nieder gelegt.

Wie damals auf Bauernhöfen üblich, wurde Josef Willi von früher Jugend an zur aktiven Mithilfe in der elterlichen Landwirtschaft erzogen. „Alles war Handarbeit. Da gab es, angefangen von der Mithilfe im Stall bis zum Viehhüten und zur Heuarbeit, je nach körperlicher Entwicklung immer genug zu tun.“ Er lernte von Kindheit an Verantwortung zu übernehmen und „die Arbeit ordentlich zu erledigen“.

Nach Beendigung der achtjährigen Volksschule im Jahre 1942 arbeitete der junge Willi am elterlichen Hof. „Sieben Kühe, etwas Jungvieh und ein paar Schweine bildeten damals noch eine bäuerliche Existenzbasis“, merkt Willi an im Hinblick darauf, dass diese Größe eines Hofes heutzutage ohne Zuerwerb kaum noch überlebensfähig ist. Im November 1944, eben erst sechzehn Jahre alt geworden, musste er in ein einmonatiges Wehrtüchtigungslager in die Mehrerau bei Bregenz einrücken. Im darauf folgenden Jänner und Februar leistete Willi Arbeitsdienst in Kundl in Tirol, der zu dieser Zeit beinahe ausschließlich aus einer vormilitärischen Ausbildung bestand. „Am Namenstag³⁷ 1945 kam der Einberufungsbefehl zur Panzerjägerersatzabteilung 48 nach Cilli“³⁸. Die Überlegung, sich zu verstecken und nicht einzurücken – das



Heu wenden bei der Familie Willi um 1938

Foto: Familienarchiv



Josef Willi mit Vater und Schwester bei der Heuarbeit 1939

Foto: Familienarchiv

36. 1839 – 1869, Heimatdichter und „weiblickender Sozialreformer“

37. 19. März

baldige Kriegsende war vorhersehbar – ließ er im Hinblick auf die bevorstehende Gerichtsverhandlung des Vaters fallen. In mehreren Partisaneneinsätzen sind Willi „noch die letzten Kugeln des Zweiten Weltkrieges um die Ohren gepfeifen“. Beim Rückzug aus Jugoslawien kam es unweit der österreichischen Grenze am 13. Mai 1945 – fünf Tage nach dem offiziellen Kriegsende – zu einem Granatwerfergefecht. Durch einen „außerordentlichen Glücksfall“ entging er dabei einer Verwundung respektive einer mehrjährigen jugoslawischen Gefangenschaft.

Von den Engländern in Kärnten mehrere Wochen in einem Lager festgehalten, meldete er sich für einen Ernteeinsatz. Den Gefangenen wurde mit Gefängnis gedroht, sollten sie flüchten und wieder erwischt werden. Willi wurde dem Bauernhof „Jaritz“ auf dem Plöschenberg in der Gemeinde Köttmannsdorf im Rosental zugeteilt. Dort bot ihm ein ehemaliger SS-Soldat, der am Hof die Milch holte, Unterstützung an und ließ ihm Zivilkleidung zukommen. Willi begab sich allein, „um allenfalls nicht andere zu gefährden“, ohne jegliche Papiere auf die Flucht. Seine Fluchtstrategie war, im Zug bei der Klotür zu stehen. Sollte sich eine Militärstreife nähern, wollte er auf der Toilette verschwinden und bei der nächsten Station aussteigen. Um sich als Bauarbeiter zu tarnen, hielt er außerdem ein Werkzeug in der Hand. Die damaligen Demarkationslinien überschritt er zu Fuß über die Hohen Tauern und die Gerlosplatte. Am 4. August 1945 kam er „heil nach Hause. Es war ein herrlicher Sommertag. Ich hätte die ganze Welt umarmen können, vor lauter Freude und Dankbarkeit. Der Krieg war zu Ende. Man war überglücklich, dass dieses Naziregime abgedankt hat. Sonst wäre mein Vater sicher ins KZ gekommen. Da hat man sich gefreut, dass man überhaupt noch am Leben war, dass man in Frieden an die Arbeit gehen kann. Da war einem nichts zuviel.“

Nachkriegszeit und berufliche Ausbildung

In den Nachkriegsjahren von 1946 bis 1948 besuchte Josef Willi während der Wintermonate die Landwirtschaftliche Fachschule Mehrerau bei Bregenz. Ein Klassenkamerad war sein späterer Schwager Rudolf Nigsch aus Sonntag im Großen Walsertal. Anlässlich eines Besuches lernte dieser seine Schwester Germana kennen. Die Eheschließung der beiden im Jahr 1954 kam Josef Willi sehr entgegen. Die beiden übernahmen die elterliche Landwirtschaft. Ohne eine gesicherte Hofnachfolge hätte Willi sich „schwer entschließen können, nach Abschluss seiner Ausbildung in Seefeld im Jahr 1954 von daheim wegzugehen und den Vater allein zu lassen“.

In der Zwischenzeit hat Hanspeter, der zweitjüngste Sohn der Familie Nigsch und Neffe von Josef Willi, nach seiner Rückkehr von einem Entwicklungshilfeeinsatz in Peru den elterlichen Hof 1987 auf biologische Wirtschaftsweise umgestellt und 1992 übernommen.

Im Herbst 1951 entschloss sich Josef Willi einen dreimonatigen Volksbildungskurs zu besuchen. Dieser fand am Bundesstaatlichen bäuerlichen Volksbildungsheim im Schloss Graschnitz in St. Marein im Mürztal statt, das dem Unterrichtsministerium unterstand. Das Besondere an diesem Bildungsheim war der Umstand, dass der Direktor Hans Wittmann, im Sinne einer ganzheitlichen Erziehung, durchgesetzt hatte, Burschen und Mädchen gemeinsam zu unterrichten. Er erachtete dies - abgesehen von

38. Celje im heutigen Slowenien

der fachspezifischen theoretischen und praktischen Ausbildung - besonders in allen Fragen der Persönlichkeitsbildung als sehr wichtig.

Dieser Kursbesuch war für Josef Willi berufsentscheidend. Der junge (gleichaltrige) Lehrer Leopold Six im landwirtschaftlichen Fachunterricht begeisterte Willi dermaßen, dass er sich sagte, „so einer möchte ich auch werden.“ In der Folge trat er im Jänner 1952 in die damals dreijährige Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Seefeld in Tirol ein.

Die Zeit in Seefeld „unter Direktor Lerner, mit zweiundfünfzig Schülern in seiner Klasse“, war für Willi „eine sehr prägende Zeit. Man hat damals gelernt, dass man mit wenig leben und doch glücklich sein kann.“ Das Frühstück bestand aus Kaffee und Schwarzbrot, die Küchenabfälle wurden im schuleigenen Stall verfüttert. Die Schüler waren in wöchentlich wechselnden Stalldiensten verpflichtet, die Tiere zu füttern und den Stall auszumisten. Die Sommerpraxis 1953 absolvierte Willi auf einem großen Betrieb am Genfersee, 1954 auf der „Reichsstation für Viehfütterung“, der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Gent in Belgien.

Ab dem Jahr 1950 war Willi fünfmal zwischen dem Heiligen Abend und Dreikönig durch Vermittlung der Katholischen-Jugend-Zeitschrift „Die Wende“ am Wiener Westbahnhof als freiwilliger Helfer bei der Bahnhofsmision tätig, die von den Caritas Sozialis Schwestern geleitet wurde. Er wollte während der Feiertage „nicht nur daheim in der warmen Stube sitzen“, sondern sich „sozial nützlich betätigen“. Die Bahnhofsmision hatte am Westbahnhof eine große Baracke für die nächtliche Unterbringung von Obdachlosen und durchreisenden Flüchtlingen. Die Schwestern waren über den Freiwilligeneinsatz erfreut, weil sie zwischen den Feiertagen Leute für den Nachtdienst brauchten. Es war dabei unter anderem erforderlich, mit einer weiß-gelben Armbinde auf dem Bahnsteig alle ankommenden Fernzüge abzuwarten, um zu sehen, ob jemand Hilfe braucht. Willi hatte dadurch Gelegenheit, die Nachkriegssituation in Wien kennen zu lernen.

„Eine erfüllende Berufs- und Lebensaufgabe bei der Landwirtschaftskammer Tirol“

Nach der Matura Ende 1954 (das Schuljahr lief zur damaligen Zeit parallel mit dem Kalenderjahr), trat Josef Willi am 2. Jänner 1955 in den Dienst der Landeslandwirtschaftskammer für Tirol. Vorerst ohne die Absicht, ständig in Tirol zu bleiben.

Zwei Monate später hätte er bei der Agrarbezirksbehörde in Bregenz eine Anstellung antreten können. Er folgte der Anregung seines Vaters, zunächst das Angebot in Tirol zur Erweiterung seines beruflichen Horizonts anzunehmen („*du bist alt genug, um zu wissen was du willst*“). Dafür war er seinem Vater zeitlebens dankbar, denn er fand in Tirol, was er sich wünschte: „eine interessante Arbeit und eine gute Frau“. Hildegard Willi war die Schwester eines Schulfreundes in Seefeld. Im ersten Jahr bei der Kammer arbeitete er bei einem Silomilchversuch und als Wirtschaftsberater im Bezirk Innsbruck. Mit Jahresbeginn 1956 wurde Willi die Leitung der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle übertragen.



Das Ehepaar Josef und Hildegard Willi um 1970

Foto: Familienarchiv

Im Jahre 1954 trat das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz in Kraft, das die Ausbildung vom Lehrling bis zum Meister/zur Meisterin in allen Berufssparten der Land- und Forstwirtschaft gesetzlich regelte. Für die praktische Umsetzung dieses Gesetzes war es zu dieser Zeit erforderlich, Lehrpläne gemeinsam mit den Fachleuten in den einzelnen Ausbildungssparten zu erstellen, die entsprechenden Ausbildungskurse für Lehrlinge, angehende FacharbeiterInnen und MeisterInnen sowie Prüfungen zu organisieren und abzuhalten. Für Willi war das „die interessanteste Tätigkeit, die es bei der Kammer gab“. Er konnte mit allen Sparten der Landwirtschaft und Forstwirtschaft zusammenarbeiten, und er hatte Kontakt mit Fachleuten in den einzelnen Berufssparten. „Mit keiner anderen Aufgabe hätte man einen so breiten Einblick in die gesamte Landwirtschaft gewinnen können.“

Die Zusammenarbeit mit den einzelnen Berufssparten der Landwirtschaft brachte es mit sich, dass Willi verschiedene zusätzliche Aufgaben übertragen wurden. So wurde er 1959 gebeten, die Leitung der Gartenbauberufsschule zu übernehmen. Ein gut eingespieltes Team, bestehend aus nebenberuflich tätigen Lehrern und Lehrerinnen, erleichterte ihm diese Arbeit. Diese Funktion hatte Willi fünfundzwanzig Jahre lang inne, bis die Privatschule der Landwirtschaftskammer 1984 als Landwirtschaftliche Landeslehranstalt vom Land Tirol übernommen wurde. Mit der auch von Willi mitinitiierten Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Landwirtschaftsmeister und der Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft Tirols wurde er deren Geschäftsführer. Daneben war er bis zu seiner Pensionierung Geschäftsführer des Verbandes Tiroler Käserei- und Molkereifachleute. Mehrmonatige praktische Erfahrungen in einem Gemüsebaubetrieb und als Senner während der Nachkriegszeit waren für diese zusätzlichen Aufgaben hilfreich.

Trotz einiger fachlicher Konflikte ist Willi rückblickend der Landeslandwirtschaftskammer Tirol für sein interessantes berufliches Tätigkeitsfeld dankbar. „Ich habe mir viel Freiheit genommen, und es wurde mir viel Freiheit gewährt. Man muss natürlich im Leben aus den Chancen, die einem gegeben werden, auch etwas machen.“

Bäuerliche Familien müssen erfahrungsgemäß immer wieder Einkommenseinbußen hinnehmen, sei es durch die niedrigen Preise, das Wetter, durch persönliche Unglücksfälle oder im Stall. Dieser Umstand veranlasste Willi – der ein sicheres Einkommen zu schätzen wusste – sich beherzt für die Existenzsicherung der bäuerlichen Familien einzusetzen.

Die Fernschule der Landwirtschaft

Willi sah seine Aufgabe als Leiter der Lehrlings- und Fachausbildungsstelle nicht nur darin, im Rahmen seiner Ausbildungstätigkeit die Leute lediglich auf das erfolgreiche Bestehen der verschiedenen Prüfungen vorzubereiten. Es war ihm ein Anliegen, darüber hinaus Angebote zu schaffen, die der Verbesserung der beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten dienen konnten. Ein großes Problem dabei stellten infolge der geringeren Mobilität zur damaligen Zeit neben anderen Faktoren die Entfernungen dar. In den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg war es vielen Bauernsöhnen, die später den Hof übernahmen, nicht möglich, eine landwirtschaftliche Fachschule zu besuchen. Nach dem Motto, „wenn die Bauern nicht zum Kurs kommen können, sollte der Kurs zu den Bauern kommen können“, bot Willi als Organisator Anfang der 1960er Jahre zehn verschiedene Tageskurse für Jungbauern an. Jungbauernobmännern sollten im Ort zehn Kursteilnehmer „zusammen bringen“, dann konnten sie den jeweils gewünschten Kurs anfordern. Die genannte Zahl war für die Deckung der Kurskosten erforderlich.

Die wichtigste Erfahrung dabei war für Willi, „dass es zwar überall Leute gab, die bildungswillig waren, aber es gab nicht genügend viele an einem Ort. Eines Tages musste ein Tierzuchtfachmann, der als Referent eingeladen war, überredet werden, den Kurs auch für sechs Bauern abzuhalten (zehn hatten ursprünglich zugesagt). Diese Erfahrung führte zu der Frage: Wie kann eine Gelegenheit zur Weiterbildung für Bildungswillige angeboten werden, die weite Distanzen zurücklegen müssen, um an einen Kursort zu gelangen oder wenn mangels Teilnehmerzahl kein Kurs im Ort stattfinden kann?

Das Fernschulwesen, wie es zur damaligen Zeit vor allem in Schweden entwickelt war und praktiziert wurde, war durch die Fachliteratur bekannt. Die dünne Besiedelung des Landes und die damit einhergehenden großen Entfernungen erschweren einen Besuch von Schulen und Kursen. Im Jahr 1963 fand in München ein Landpädagogischer Kongress der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft statt. Die Erfahrungen von zwei deutschen, Fernunterricht anbietenden Verlagen, die im Arbeitskreis ‚Zweiter Bildungsweg und Fernunterricht‘ darüber berichteten, waren eher entmutigend. Lediglich der Vertreter eines großen Hamburger Fernlehrinstituts (HFL) erklärte: *„Wir sind bereit, für die Landwirtschaft jeden gewünschten Fernkurs anzubieten, wenn sie uns den Auftrag dazu erteilen.“*

Willi wagte einen Versuch und kreierte einen elfteiligen Kurs zum Thema „Der Bauer als Kaufmann“, der im Herbst 1963 den Tiroler Jungbauernobmännern angeboten wurde. Zweck war das gemeinsame Lernen im Rahmen der örtlichen Jungbauernschaft. „Damit niemand die ‚Katz im Sack‘ kaufen musste“, wurde angeboten, die Lehrbriefe bei Nichtgefallen jederzeit abbestellen zu können und nur bezahlen zu müssen, wenn alle Lehrbriefe bezogen werden. Aus achtundsiebzig Jungbauernschaften meldeten sich 497 Jungbauern, von denen 433 sämtliche Lehrbriefe bezogen und bezahlten. Dieser Erfolg ermutigte Willi, diese Form des Bildungsangebotes weiter zu entwickeln. Eine weitere Ermutigung brachte der Besuch beim Gründer und Direktor des damals größten europäischen Fernlehrinstituts, den „Leidschen Onderwijsinstellingen“ in Leiden in Holland. „Schon allein die erlebte Dynamik dieses damals schon älteren Herrn I.J. Sloss musste einen anspornen, neue Dinge zu wagen.“

Nach dem erfolgreichen ersten Versuchsjahr wurde der Name „Fernschule der Landwirtschaft“ kreierte. Im ersten Winter wurde ein Kurs abgehalten, im zweiten 1964/65 konnten bereits sechs Kurse angeboten werden. Auf Anregung und Unterstützung des damaligen Landjugendreferenten im Landwirt-

schaftsministerium, Franz Luger, wurde über die Zeitschrift „Landjugend“ die gesamte österreichische Landjugend über diese Kurse informiert.

Willi war damals der Ansicht, eine Einrichtung der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer konnte auf längere Sicht nicht für das gesamte Bundesgebiet tätig sein. Am 7. Juli 1965 kam es zu einer Besprechung des Sachverhalts mit dem Sektionschef Alexander Bauer des Landwirtschaftsministeriums. Bauer schlug Willi vor, nach Wien zu übersiedeln und von Ober St. Veit aus die Fernschule aus- und weiter zu entwickeln. Willi war es aufgrund seiner familiären Situation unmöglich, nach Wien zu übersiedeln. Aufgrund dessen schlug Bauer vor, einen Verein mit Sitz in Wien und der Geschäftsstelle in Innsbruck zu gründen. Willi wurde beauftragt, Statuten zu entwerfen, mit der „Anregung, diese möglichst weit zu fassen, um die nötigen Freiheiten zu haben“.

Bei der Erstellung der Statuten ging es Willi um zwei entscheidende Fragen: Wer wählt die Lehrheftautoren aus und wer entscheidet, wenn es zwischen Fachleuten in einer fachlichen Frage unterschiedliche Meinungen geben sollte. Diese beiden Bedingungen behielt sich Willi im Statutenentwurf selbst als Geschäftsführer vor. Als die Bildungsabteilung im Landwirtschaftsministerium diese Bedingungen nicht akzeptierte, wurde das Vorhaben einer bundesweiten landwirtschaftlichen Fernschuleinrichtung nicht weiter betrieben. Willi dazu: „Ich hätte mir viele Finanzierungssorgen ersparen können, wenn ich da nachgegeben hätte. Damit hätte ich allerdings viele Chancen der inhaltlichen Mitgestaltung verloren. Die Freiheit hat, wie sich für mich auch hier gezeigt hat, ihren Preis.“ Die Fernschule wurde dennoch weiter entwickelt, dank der Unterstützung des Landjugendreferenten Luger im Landwirtschaftsministerium und des Landjugendreferenten Schermer der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer wie auch jener in den anderen Bundesländern.

Insgesamt wurden während der fünfundzwanzig Jahre, die Willi Leiter dieser Einrichtung war, von 132 Autoren insgesamt 319 Lehrbriefe, Einzellehrhefte, spezielle Weiterbildungslehrhefte und Sonderhefte sowie 126 Kurzlehrbriefe herausgebracht. Diese fanden Verwendung einerseits als Bildungsbausteine für je einen Vorbereitungskurs für die FacharbeiterInnen- bzw. Gehilfenprüfung, für die Meisterprüfung in der Landwirtschaft und für die Meisterinnenprüfung in der ländlichen Hauswirtschaft wie auch für einundzwanzig, meist kürzere Spezialkurse. Lehrhefte konnten auch einzeln bezogen werden.

Wer zu den einzelnen Kursen alle Aufgaben einsandte, die von den jeweiligen Fachleuten benotet wurden, erhielt ein Zeugnis mit einer Gesamtnote, die aus dem Durchschnitt der Teilnoten gebildet wurde. Für die organisatorische Erledigung der Arbeit wurde eine Verwaltungskraft angestellt.

Den Aufbau der Fernschule erlebte Willi „im höchsten Maße berufserfüllend“, da er mit sehr vielen Menschen zusammen arbeiten konnte und weil es eine berufliche Herausforderung darstellte.

Willi und der biologische Landbau

Anfang der 1970er Jahre kam Willi erstmals in Kontakt mit dem biologischen Landbau. Die Mutter einer Gärtnermeisterkandidatin kam zu ihm und versuchte ihn zu überzeugen, dass dies die bessere Landwirtschaftsform sei und dies auch im Rahmen der Ausbildung berücksichtigt werden müsste. Doch Willi ließ sich damals noch nicht überzeugen: „Ich hörte mir ihre Worte zwar mit Interesse an, konnte aber nicht glauben, dass das ein Weg für die breitere Landwirtschaft sein könnte.“

1973 schilderte ein Landwirtschaftsmeister, der gleichzeitig Bezirksobmann der ARGE Meister und als engagierter Bauer bekannt war, Josef Willi die gesundheitlichen Probleme seiner Milchkühe. Sie mussten wiederholt besamt werden und fraßen zu wenig Futter. Kurze Zeit später berichtete dieser über Salzburger Bauern, die mit denselben Schwierigkeiten konfrontiert gewesen waren, die jedoch durch die Umstellung auf biologische Wirtschaftsweise diese Probleme lösen konnten. Willi lud daraufhin die Salzburger Bauern Walter Eiböck und Michael Haitzmann ein, „damit sie uns erzählen, wie das gegangen ist“. Dieser Schulungs- und Informationstag über den biologischen Landbau fand am 16. Februar 1974 im Bildungshaus Grillhof bei Innsbruck statt. Von den vierunddreißig TeilnehmerInnen wurde „am Ende der interessanten Veranstaltung vorgeschlagen, sich das einmal persönlich anzuschauen“.

Willi organisierte für den 26. Mai desselben Jahres eine Lehrfahrt mit mehreren Bussen und 190 TeilnehmerInnen nach Saalfelden und Leogang. Auf der Heimfahrt wurde von einem Teilnehmer der Wunsch geäußert, Willi solle eine Lehrfahrt in die Schweiz organisieren, da der biologische Landbau in der Schweiz während der 1970er Jahre bereits weiter verbreitet war.

Willi wollte sich zunächst selbst einen Eindruck verschaffen, und er wusste, dass die biologische Wirtschaftsweise im Grünland leichter umzusetzen ist, da der Düngereinsatz relativ hoch ist. Damals bezweifelte er noch, dass biologischer Ackerbau möglich sein würde. Im Juli 1974 fuhren fünf interessierte Leute für drei Tage in die Schweiz. Willi war überrascht, dass sich Hans Müller, der mit seiner Frau Maria Müller den organisch-biologischen Landbau begründete, für den Besuch aus Tirol drei Tage Zeit nahm. Wie er hörte, hat für den Besuch der Tiroler Delegation die Wirtschaftsberaterin Maria Steinhäuser, die sich im Bundesland Salzburg für den biologischen Landbau engagierte, „ein gutes Wort eingelegt“. Es wurden die Biobetriebe Fritz Dähler in Kirchdorf und Hans Tschan in Eichenried wie auch die Gemüseverwertungsgenossenschaft in Gallmiz besucht. Das Gemüse dieser Genossenschaft gelangte über drei Kanäle zu den EndverbraucherInnen: über die Supermarktkette Migros³⁹, die Firma Biotta in Tägerwilen und über den Paketversand per Post.



Hans Müller, Begründer des organisch biologischen Landbaus 1976

Foto: Josef Willi

Das Ergebnis der Schweizer Reise war für Willi zunächst, dass „der biologische Landbau eine ernst zu nehmende Sache“ sei, „mit der man sich auseinandersetzen muss“. Als erstes wollte er sich „fachlich mit dieser Methode der Landwirtschaft gründlich befassen“. Es war der Frage nachzugehen, weshalb Bäuerinnen und Bauern mit der bisherigen Form der Landwirtschaft in Schwierigkeiten geraten waren, wo die Ursachen dafür liegen und weshalb der biologische Landbau die bessere Form der Landwirtschaft ist oder sein kann. Worte wie Ökologie waren damals in der Landwirtschaft mehr oder weniger unbekannt.

Willi wollte „der Sache auf den Grund gehen“. Er sammelte alle erhältlichen Unterlagen und Erfahrungen, um sich „ein möglichst objektives Bild machen zu können“. Durch seine Auffassung: „Man kennt

39. Die Migros-Genossenschaften bilden die größte Einzelhandelskette der Schweiz

eine Sache erst dann gut, wenn man in der Lage ist, sie auch gegen Widerstände zu verteidigen“, gehört er nicht zu jenen, die „gleich euphorisch sind, wenn sie etwas Neues vorgeschetzt bekommen“.

1975 entschloss sich Willi, nicht zuletzt auf ausdrücklichen Wunsch der ARGE Meister und Meisterinnen, eine zehnteilige Informationsbriefreihe über den biologischen Landbau gegen Entgelt herauszubringen. Einer von Willis Grundsätzen lautet: Man lernt am meisten, wenn man eine Sache lehren bzw. darüber schreiben muss. „Das Schreiben zwingt einen dazu, sich noch gründlicher zu informieren. Mit dem geschriebenen Wort legt man sich fest. Wenn man über eine Sache nur redet und einmal einen Blödsinn sagt, kann man sich unter Umständen herausreden und sagen, das habe ich nicht so gemeint oder das hast du falsch verstanden.“ Das ist unmöglich, wenn etwas schriftlich festgehalten worden ist. Rund siebzig Meister und Meisterinnen hatten ihr Interesse für diese Informationsbriefreihe bekundet.

Um eine fundierte Auseinandersetzung voranzutreiben, bei der auch Gegner des biologischen Landbaues zu Wort kommen, erging am 10. Dezember 1975 ein Schreiben an Sektionschef Schrott und weitere Ministerialbeamte des Landwirtschaftsministeriums, an den Pflanzenbauprofessor Otto Steinbeck an der Universität für Bodenkultur, an den Geschäftsführer der Österreichischen Düngerberatung und alle Pflanzenbaudirektoren der Kammern, in dem einleitend vermerkt wurde: *„Bei eingehender Beschäftigung mit dem biologischen Landbau kommt man zum Ergebnis, dass in jüngerer und jüngster Zeit vieles nicht mehr in dem Maße berücksichtigt wurde, wie man es früher als unbedingt notwendig erachtete, manche Gebiete in der landwirtschaftlichen Forschung etwas vernachlässigt, Teilerkenntnisse zu wenig als solche deklariert und den Auswirkungen mancher Produktionsmethoden zu wenig Beachtung geschenkt wurde.“* Es folgte die Mitteilung über die geplante Absicht, zehn Informationsbriefe über den biologischen Landbau herauszubringen mit folgender abschließenden Aufforderung: *„Die ersten neun Lehrbriefe werden von mir verfasst. Das letzte Wort in dieser Briefreihe, d.h. um die Gestaltung des zehnten Informationsbriefes, möchte ich Sie als Pflanzenbaufachleute ersuchen. Vielleicht wäre dies in der Form möglich, dass die Pflanzenbaudirektoren unter Federführung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ihre Stellungnahme abgeben. Eine abschließende kritische Stellungnahme erscheint mir deshalb als wünschenswert, damit mir niemand den Vorwurf machen kann, man hätte nicht auch die andere Seite (soweit man von einer solchen sprechen kann) zu Wort kommen lassen und man würde die Leute einseitig informieren. Die Empfänger der Briefreihe halte ich für so intelligent, dass sie sich ein persönliches Urteil bilden können, wenn sie beide Teile gehört haben.“*

Ernst Weichel, Erfinder des Ladewagens, hatte keine Zeit, Josef Willi beim Verfassen des 7. Lehrbriefes zum Thema „Landtechnik“ zu helfen. Daher unterblieb dieser Lehrbrief. Nach Erscheinen des letzten Informationsbriefes am 15. Juli 1976 erging eine neuerliche Einladung an den oben genannten Personenkreis mit der Bitte um eine Stellungnahme. Die Antwort seitens des Ministeriums und der Düngerberatung lautete, sie würden der Aufforderung erst nach Erscheinen des 7. Lehrbriefes nachkommen können.

Willi merkt an, „dass die wirklich strittigen Fragen in den anderen Lehrbriefen enthalten waren“. Die Tatsache, dass es keine Stellungnahme gab, war für Willi der Beweis, dass seinen „Ausführungen nichts Nennenswertes entgegengesetzt“ werden konnte. Das wiederum bedeutete für ihn eine enorme Stärkung seiner Position.

Doch es dauerte nicht lange, bis er am eigenen Leib erfuhr, dass es „massive Bemühungen“ gab, diese Informationsreihe zu stoppen. Im Rahmen eines Gespräches mit einem „führenden Vertreter“ des

Landwirtschaftsministeriums im Büro des Präsidenten der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer im Februar 1976 musste Willi „ein Donnerwetter über sich ergehen lassen“. Die Weiterführung der Briefreihe wurde ihm seitens des Kammeramtsdirektors strikt untersagt. Erst als Willi das Verbot einige Zeit später einfach ignorierte und seitens der Kammer nichts dagegen unternommen wurde, erkannte er, dass der Widerstand gegen die Lehrbriefreihe vom Landwirtschaftsministerium ausging.

Für dieselbe Lehrbriefreihe erhielt Willi im selben Jahr den Österreichischen Naturschutzpreis⁴⁰. Im Frühjahr strikt verboten und im Herbst für dieselbe Leistung ausgezeichnet, veranlasst ihn zu der Feststellung: „Die Welt ist ein großes Theater.“ Ab dieser Zeit „habe ich all die Widerstände nicht mehr so tragisch genommen“.

Willi fühlte sich aufgrund der Ehrung verpflichtet, den biologischen Landbau in das Bildungsangebot aufzunehmen. Zwischen 1974 bis Frühjahr 1980 fanden siebenundzwanzig Bildungsveranstaltungen mit insgesamt 1.392 TeilnehmerInnen statt.

Von den Anfängen bis zur Gründung des Verbandes organisch-biologisch wirtschaftender Bauern⁴¹ Österreichs

Nach einiger Zeit ergab sich für Willi die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit und eines stärkeren Zusammenschlusses der biologisch wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern in Österreich. Es gab damals einige wenige Organisationen, die sich der Förderung des biologischen Landbaues annahmen. Dazu zählte die „Fördergemeinschaft für gesundes Bauerntum“⁴² mit dem Sitz in Oberösterreich. Die biologisch dynamisch wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern in Österreich waren durch den Österreichischen Demeterbund⁴³ vertreten. In der Steiermark gab es eine Gruppe um Renate Gortner. Darüber hinaus wurde innerhalb des Vereines „Natürlich leben“ eine „Arbeitsgemeinschaft biologischer Landwirte“ gegründet.

In einem vier Seiten umfassenden Schreiben vom 6. April 1977 schlug Willi einen gesamtösterreichischen Zusammenschluss der biologisch wirtschaftenden Bauern vor, sofern hierfür Interesse bestand. Das Schreiben wurde an vierundzwanzig Personen in Österreich und zwei in Deutschland gerichtet, von denen Willi wusste, dass sie im bzw. für den biologischen Landbau tätig waren. Nachdem die eingegangenen Rückmeldungen durchwegs positiv waren, erging seinerseits eine Einladung zu einer Gründungsversammlung am 1. Mai 1977 auf dem Gutshof Auberg in St. Peter am Wimberg im Mühlviertel⁴⁴. Willi wollte mit der Wahl eines Hofes symbolisch dokumentieren, dass es in erster Linie an den Bäuerinnen und Bauern liegen muss, den biologischen Landbau voranzutreiben.

40. anlässlich der Jahrestagung des Österreichischen Naturschutzbundes in Villach, Thema der Veranstaltung war: „Der ländliche Raum – Lebensgrundlage der Industriegesellschaft“

41. Bäuerinnen schienen zur damaligen Zeit in der Bezeichnung noch nicht auf.

42. damaliger Obmann war Martin Ganitzer, Geschäftsführerin Helga Wagner, die später den Bioverband „Orbis“ gründete

43. damaliger Obmann war der Bauer Marianus Rath

44. Inhaberin zur damaligen Zeit war Hedwig Slupetzki

Zwölf Personen wurden bereits für den Vortag nachmittags zu einer Vorbesprechung eingeladen. Es ging in dieser Besprechung neben den Statuten um die Festlegung von Produktionsrichtlinien und die Beratung eines Arbeitsprogrammes.

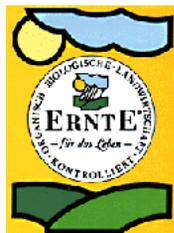
Bei Beginn der Veranstaltung am 1. Mai hielt Willi „in der großen Stube des Gutshofes einen schriftlich festgelegten Kurzvortrag, in dem er die Notwendigkeit eines gesamtösterreichischen Zusammenschlusses begründete und die Einladung zu diesem Treffen rechtfertigte“. Er schloss mit den Worten: *„Ich möchte ihnen aber sagen, dass ich keinerlei Funktionen anstrebe. Am liebsten wäre es mir, sie können es mir glauben oder nicht, wenn ich am Abend nach Hause fahren und sagen könnte, der Zusammenschluss ist gelungen, die Leute haben die Sache nun gut in die Hand genommen, wenn ich sagen könnte, ‚der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen‘. Wenn sie glauben, dass meine Mithilfe nötig ist, so will ich mich davor nicht drücken und sie leisten, so gut ich kann, weil es mein beruflicher Generalauftrag ist, der Landwirtschaft mit meinen Fähigkeiten zu dienen, so gut ich kann.“*

Nachdem sich die VertreterInnen der verschiedenen anwesenden Organisationen nach einer ausführlicheren Diskussion nicht auf die Bildung eines gesamtösterreichischen Zusammenschlusses einigen konnten, schlug Willi vor, die anwesenden Bauern von den verschiedenen Organisationen sollten alleine darüber entscheiden. Der Vorschlag wurde angenommen, die Bauern besprachen sich eine Stunde lang, während die anderen spazieren gingen. Nach einer Stunde lautete der Beschluss, dass sie sich darauf geeinigt hätten, sich in einem gemeinsamen Verband zusammen zu schließen. Josef Willi, der für diese Veranstaltung bereits einen Statutenentwurf vorbereitet hatte, wurde beauftragt, im Innenministerium die Genehmigung des Vereines zu erwirken. Wegen im Grunde genommen formaler Mängel, wurde die Vereinsgründung untersagt. „Man hätte diese Mängel leicht beheben können.“ Es regte sich jedoch – nicht von den Bauern selbst – nach der Veranstaltung erneut Widerstand gegen einen gesamtösterreichischen Zusammenschluss. Willi hielt es angesichts dessen vorerst für wenig aussichtsreich, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Bis 1979 waren die organisch-biologisch wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern in der „Fördergemeinschaft für gesundes Bauerntum“ zusammengeschlossen. In diesem Verein waren nicht nur Bäuerinnen und Bauern, sondern auch GartenbesitzerInnen und FreundInnen der Bäuerinnen und Bauern vereinigt. Willi nahm, als er sich für die Anliegen des biologischen Landbaues einsetzte und dadurch in Fachkreisen bekannt wurde, zum Teil an den Jahresversammlungen dieser Fördergemeinschaft teil. Bei den Vollversammlungen waren die praktizierenden Bäuerinnen und Bauern zahlenmäßig in der Minderheit.

Beabsichtigt war jedoch einen Verband zu gründen, bei dem „Bäuerinnen und Bauern in den sie betreffenden Angelegenheiten das Sagen haben“. Vorgeschlagen wurde darüber hinaus ein Delegiertensystem, „damit nicht der Ort der Vollversammlung und die Zahl der in der Nähe wohnenden Mitglieder für das Ergebnis einer Wahl entscheidend ist“. Mit Unterstützung der Bildungsbewegung ökologischer Landbau und deren Mittel wurde eine Wiener Rechtsanwaltskanzlei mit der Schaffung von Statuten beauftragt. Am 24. November 1979 fand die konstituierende Generalversammlung des Verbandes organisch-biologisch wirtschaftender Bauern Österreichs statt. Walter Eiböck aus Leogang wurde zum Obmann und Franz Kappel aus St. Marein bei Graz zu seinem Stellvertreter gewählt. 1994 wurde der Verband umbenannt in „Ernte für das Leben Österreich“, 2003 in „Bio Ernte Austria“. Seit 2005 heißt der größte Bioverband Österreichs „Bio Austria“.

Helmut Voitl und Elisabeth Guggenberger vom ORF engagierten sich nicht nur für die Gründung des Verbandes, sondern kümmerten sich auch um die Schaffung eines Gütezeichens. Ein Emblem wurde von einem Graphiker angefertigt und vom Österreichischen Patentamt genehmigt.



Der Beitrag des ORF für die Förderung des biologischen Landbaus

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen um den biologischen Landbau spielte der ORF ab 1976/77 eine große Rolle darin, diese alternative Art der Bewirtschaftung der bäuerlichen wie auch der nichtbäuerlichen Bevölkerung bekannt zu machen. Die Filmemacher Helmut Voitl und Elisabeth Guggenberger filmten während eines Kurses, den Willi an der landwirtschaftlichen Schule in Rotholz veranstaltete, den Vortrag von Hans Müller. Dieser Kontakt war der Beginn ihrer mehrjährigen intensiven filmischen Auseinandersetzung mit den Themen biologischer Landbau, Natur, Umwelt und einer gesunden Ernährung.

Am 24. Oktober 1978⁴⁵ wurde im Hauptabendprogramm die erste einstündige Dokumentation „Bodenkultur“ von Voitl/Guggenberger ausgestrahlt. Darin wurden Aufgabe und Ziele des biologischen Landbaus ausführlich dargestellt. Es folgte der Film „Planquadrat ländlicher Raum“ und später neunzehn weitere Filme zum Themenkreis Landwirtschaft, Naturschutz und Ernährung.

Vor Erscheinen des Filmes „Bodenkultur“ wurde auf Anregung der beiden Filmleute in „Blick ins Land“ eine Begleitinformation veröffentlicht. Der vierseitige Innenteil trug den Titel: „An alle Bauern Österreichs – Information über den biologischen Landbau“. Einleitend schrieb der Chefredakteur: „Die gegenseitige Herausforderung ist da und nicht mehr zu verdrängen. Wir von ‚Blick ins Land‘ wollen versuchen, beide Seiten zusammen zu führen, ihre Argumente zu würdigen und bitten unsere Leser, den Beitrag kritisch zu lesen und die Sendung anzusehen.“

Am Ende des Filmes „Planquadrat ländlicher Raum“ wurde seitens des ORF eine kostenlose Begleitinformation zu beiden Filmen angeboten. Diese konnte beim ORF bestellt werden. Für die Gestaltung derselben, die in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erschien, wurde Willi zur Mitarbeit eingeladen. Durch die große Breitenwirkung drängte er darauf, dass die Produktionsvorschriften für den biologischen Landbau in diese Broschüre aufgenommen wurden. Es bot sich die Gelegenheit, nicht nur Bäuerinnen und Bauern darüber zu informieren, sondern auch KonsumentInnen. Mit der 86-seitigen Broschüre wurde ein Zahlschein mit der Bitte mitgeschickt, die Initiative „Bildungsbewegung ökologi-

45. Willi wurde an diesem Tag 50 Jahre alt

scher Landbau“ mit einer Spende in der Höhe von zweihundert Schilling zu unterstützen. Verantwortlich dafür waren Josef Willi, Franz Kappel und Bernd Lötsch.

Die eingegangenen Mittel erwiesen sich als große Hilfe für die Durchführung einer Reihe von Informations- und Bildungsveranstaltungen, für die Schaffung eines umfangreichen Bildungsbehelfes, für die Gründung des Verbandes organisch-biologisch wirtschaftender Bauern sowie für die Schaffung des ersten Gütezeichens für den organisch-biologischen Landbau.

Die Auseinandersetzung mit der Österreichischen Düngerberatung (ÖDB)

„Wie fast nicht anders zu erwarten war die Österreichische Düngerberatung von Anfang an der größte Gegner des biologischen Landbaues.“ Für die Düngemittelwirtschaft war der starke Anstieg des Mineraldüngerabsatzes ein sehr lukratives Geschäft, weshalb es verständlich war, dass der biologische Landbau für die Düngerberatung „ein Dorn im Auge“ war. Es gab eine Bundesstelle und jede Landeslandwirtschaftskammer hatte einen Düngerberater, der zwar von der Kammer angestellt war, dessen Bezahlung jedoch aus Mitteln der Düngemittelwirtschaft erfolgte. Das hatte „natürlich zur Folge, dass sehr stark im Sinne der Geldgeber beraten und vielfach viel zu hohe Düngermengen empfohlen wurden“.

Josef Willi wurde im Winter 1981/82 zu einem Vortrag in Niederösterreich eingeladen, bei dem unter anderem ein Vertreter der Österreichischen Düngerberatung (ÖDB) und er zu Wort kamen. Der Vertreter der Düngerberatung machte in seinem Vortrag den biologischen Landbau derart lächerlich, dass sich Willi auf der Heimfahrt entschloss, gegen diese Organisation eine Art „Weißbuch“ zu schreiben. Er teilte dies der ÖDB und der Kammeramtsdirektion mit. Es wurde ihm dies – wie nicht anders zu erwarten – „ausdrücklich verboten“. Willi ließ sich jedoch nicht beirren. Im Laufe des Winters verfasste er eine zweiundneunzig Seiten umfassende Broschüre mit siebenundfünfzig Quellenangaben unter dem Titel „Düngung in Österreich – Eine Systemkritik“, erschienen als Folge 3 der Schriftenreihe „Grünes Forum“. Herausgeber waren die Gesellschaft „Grünes Forum“ und das Institut für Alpenländische Landwirtschaft der Universität Innsbruck. „In dieser Schrift habe ich mich sehr kritisch mit der Tätigkeit der ÖDB und dem bestehenden Düngungssystem in der Landwirtschaft auseinander gesetzt.“

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 13. Mai 1981 im Presseklub Concordia berichtete der Vorsitzende Herwig van Staa zunächst über den letzten und den bevorstehenden Kongress „Grünes Forum Alpbach“. Danach stellte Willi in einem Kurzvortrag die Broschüre vor. Nach ihm sprachen die Universitätsprofessoren Herbert Franz und Helmut Kinzel vom Pflanzenphysiologischen Institut der Universität Wien. Vertreter der ÖDB und des Landwirtschaftsministerium waren eingeladen worden. Ebenfalls anwesend waren Bauern aus Tattendorf, die zu dieser Zeit in einem Rechtsstreit mit dem ÖDB standen. Diese wiesen Willi darauf hin, dass auch der Rechtsanwalt der ÖDB an dieser Pressekonferenz teilnahme. Willi war sich der Tatsache bewusst, „dass auch nur ein falscher Zungenschlag“ zu einer Anzeige hätte führen können. Er hielt sich deshalb strikt an sein vorbereitetes Vortragsmanuskript.

Die Reaktion seitens der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer gegen diesen ausdrücklich verbotenen Schritt ließ nicht lange auf sich warten, „wohl auch durch Interventionen aus Wien“. Das Kammerpräsidium beschloss, gegen Willi wegen Missachtung „eines ausdrücklichen schriftlichen Verbots“ ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Am 17. Juli 1981 fand die erste Sitzung statt. Es war gleichzeitig die

letzte. Gegen den Inhalt der Schrift gab es in der Folge von keiner Seite irgendwelche Einwände. Die Österreichische Düngemittelberatung wurde später unter Landwirtschaftsminister Josef Riegler aufgelöst.

All diese Erfahrungen bestärkten Willi in seiner Ansicht, „dass es der biologische Landbau verdient, gefördert zu werden“. Dies insbesondere aus folgendem Grund:

„Wenn man im landwirtschaftlichen Bildungswesen tätig ist, wünscht man sich, dass die Leute, die man ausbildet, ihre wirtschaftliche Existenz verbessern. Wenn nun aber einerseits durch einen hohen Fremdstoff-, sprich vor allem Chemieeinsatz, Überschüsse erzeugt werden, diese die Preise drücken und damit die wirtschaftliche Situation verschlechtern und immer mehr Bauern überflüssig machen und andererseits zusehends Kritik über die negativen Folgen unökologischer Produktionsmethoden aufkommen, ist es Zeit, das bestehende System in Frage zu stellen.“

Nach Willis Auffassung geht es im Bildungswesen darum, die Menschen zu informieren, damit sie diese Informationen dazu verwenden, um selbst ihre Situation zu verbessern. Das war einer von Willis Antrieb für die Lehrbriefreihe über den biologischen Landbau.

Die Kongresse „Grünes Forum Alpbach“

Je mehr Willi begann, sich mit dem biologischen Landbau auseinander zu setzen, umso mehr erkannte er die Notwendigkeit einer gründlichen fachlichen und wissenschaftlichen Begründung dieser Wirtschaftsweise. Dies brachte ihn auf die Idee, Veranstaltungen zu organisieren, um WissenschaftlerInnen ein Forum zu bieten, ihre Forschungsinhalte zum Biolandbau zu präsentieren und zu diskutieren.

Willi hielt es für wünschenswert, neue Ideen an einem neuen Ort zu präsentieren. In Alpbach wurden seit Ende des Zweiten Weltkrieges die internationalen Kongresse „Europäisches Forum Alpbach“ veranstaltet. In diesem Tiroler Gebirgsdorf organisierte er eine Veranstaltungsreihe mit der Bezeichnung „Grünes Forum Alpbach“. Der damalige Alpbacher Bürgermeister Moser stimmte der Namensgebung zu.



Publikum beim Grünen Forum Alpbach 1980 Foto: Familienarchiv

Willi nutzte seine „guten Kontakte mit Fachleuten in Deutschland und in der Schweiz“. Am 29. und 30. Mai 1978 fand das erste „Grüne Forum Alpbach“ statt. Als Veranstalter zeichneten die Fernschule der Landwirtschaft, das Institut für biologischen Landbau in Oberwil bei Basel und die Stiftung ökologischer Landbau in Kaiserslautern. Da zunächst die Gelder für die Referenten fehlten, war das erste Forum ein Seminar, in dem fünf Themen behandelt wurden. Mit sechshundfünfzig Teilnehmern war die Veranstaltung für Willi „zufrieden stellend besucht“.

Im Zusammenhang mit der ersten Veranstaltung lernte Willi Herwig van Staa kennen, den Leiter des Forschungsinstituts für Alpenländische Land- und Forstwirtschaft der Universität Innsbruck. „Daraus ergab sich eine gute Partnerschaft für die weitere Fortführung des Grünen Forum Alpbach.“ Die weite-

ren Kongresse waren jeweils dreitägige Vortragsveranstaltungen „mit namhaften Referenten und zum Teil auch Politikern“. Insgesamt wurden bis 1987 neun Kongresse in Alpbach veranstaltet, die von nationalen und internationalen TeilnehmerInnen besucht wurden. Die Kongressvorträge wurden größtenteils in einer Schriftenreihe veröffentlicht.

Das Studienzentrum für Agrarökologie

„Wenn man im Bildungswesen tätig ist, ist man, vor allem solange man noch jünger ist, zufrieden, wenn eine Veranstaltung gut besucht ist und die Teilnehmer zufrieden sind. Damit sieht man seine Aufgabe als erfüllt. Wenn man älter wird, wird man kritischer. Man fragt sich: Was hat's bewirkt?“ Mit den Kongressen in Alpbach war Willi zufrieden. Obwohl es in Alpbach nicht an landwirtschaftlichen Fachkräften fehlte, „hat sich für mich, wie ich nach einigen Jahren erkennen musste, in der breiten Praxis der Landwirtschaft zu wenig getan“.

Dieser Umstand führte zu der Überlegung, wie man die bei den Kongressen angebotenen fachlichen Inhalte in die Praxis umsetzen kann. Voraussetzung dafür war eine entsprechende Ausbildung der Bauern und Bäuerinnen wie auch der angehenden landwirtschaftlichen Fachkräfte. In der Ausschreibung für den Kongress im Jahr 1983 wurde ein Blatt beigelegt mit dem Hinweis, dass die Veranstalter beabsichtigen würden, Lehrgänge für Agrarökologie anzubieten. Interessierte sollten sich unverbindlich melden. In den darauf folgenden Monaten langten an die zweihundert Interessentenmeldungen ein. Für Willi ein verpflichtender Anlass, ein Ausbildungsprogramm zu entwickeln. Er arbeitete fast ein Jahr lang an diesem Programm. Das Resultat war ein umfangreicher Lehrplan für alle wichtigen Ausbildungsbereiche.

„Vor allem ging es um die Frage: Wie lange darf ein Kurs dauern? Jede Kursplanung ist bekanntlich immer ein Kompromiss. Macht man's sehr ausführlich und gründlich braucht man mehr Zeit, die den Leuten oft fehlt. Die Folge: Es melden sich nur wenige. Macht man's kurz, bringt man nichts hinüber“ [können die Inhalte nicht ausreichend und tiefgründig behandelt werden]. Die Entscheidung fiel für einen zwölftägigen Kurs, aufgeteilt in vier Blöcke zu je drei Tagen in zwei Winterhalbjahren, je ein Kursteil im Früh- und im Spätwinter.

Voraussetzung für das Angebot des Lehrganges waren dreißig KursteilnehmerInnen und ein Kurslokal. Der Lehrgang wurde Österreich weit angeboten. Veranstalter dieser neuen Bildungsinitiative war einerseits das „Studienzentrum für Agrarökologie“, dessen rechtlicher Träger das Forschungsinstitut für Alpenländische Land- und Forstwirtschaft und der Verein „Gesellschaft Grünes Forum“ war, und andererseits die örtlichen OrganisatorInnen der Veranstaltung.

Diese Art der Kursorganisation erwies sich als sehr erfolgreiche Form der Abwicklung von Bildungsveranstaltungen. Bäuerinnen und Bauern, landwirtschaftliche LehrerInnen und Beratungskräfte engagierten sich als KursorganisatorInnen. Sie waren zuständig für die Werbung von KursteilnehmerInnen und die Organisation der Veranstaltungsorte. Das Studienzentrum (Willi) vermittelte die Vortragenden.

Das Angebot stieß auf sehr großes Interesse. Ab Herbst 1985 bis 1999 wurden in beinahe allen österreichischen Bundesländern und in Südtirol insgesamt vierunddreißig Agrarökologielehrgänge und

zwölf Hochschulkurse veranstaltet. Letztere waren vorrangig bestimmt für Studierende an der Universität für Bodenkultur. Die vier Ausbildungsblöcke wurden an der Universität auf zwei Semester aufgeteilt, jeweils zu Beginn und am Ende des Winter- und Sommersemesters.

Willi war es ein Anliegen, dass diese Lehrgänge nicht nur jene Bäuerinnen und Bauern besuchen sollten, die die Absicht haben, auf biologische Wirtschaftsweise umzustellen. Er war der festen Überzeugung, dass über die Kenntnisse, die im Agrarökologiekurs vermittelt werden, jeder Bauer und jede Bäuerin verfügen sollte.

Ein Problem zu dieser Zeit stellte die noch fehlende Literatur über den biologischen Landbau dar. Willi sammelte alle einschlägigen Vortragsmanuskripte, Abhandlungen und Zeitungsartikel und versah diese mit einem entsprechenden Deckblatt. Auf diese Weise kam bis 1993 eine (noch bestehende) Sammlung von rund siebenhundert Aus- und Weiterbildungsbehalten in fünfundvierzig verschiedenen Fachbereichen zustande. Bei jedem Ausbildungsblock erhielten die TeilnehmerInnen aus dieser Sammlung „dreihundert Seiten einschlägige Literatur, um sich auch zu Hause weiterbilden zu können“.

Mit der Organisation und der Vermittlung der Referenten für die Agrarökologielehrgänge in ganz Österreich ergab sich für Willi ein zusätzlicher Arbeitsaufwand, der neben den anderen Aufgaben in der Kammer und der Fernschule zeitlich immer schwieriger zu bewältigen war. Außerdem war er sich der Tatsache bewusst, dass er als Angestellter der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer „eigentlich nicht für die Organisation von Veranstaltungen in anderen Bundesländern zuständig sein kann“. Die Ökologisierung der Landwirtschaft lag ihm jedoch sehr am Herzen.

*Verabschiedung von der Kammer 1988
Josef Willi (re) mit Kammeramtspräsident Alfred Steger
und Kammeramtsdirektor Franz Fischler*

Foto: Familienarchiv



Im Herbst 1988 wurde Willi sechzig Jahre alt. Er beschloss, in Frühpension zu gehen, vor allem deshalb, weil Herwig van Staa ihm anbot, an seinem Institut die Einrichtung des Studienzentrums für Agrarökologie zu schaffen und dessen Geschäftsleitung zu übernehmen. „Als Pensionist in dieser Form noch weiter zu arbeiten, erschien mir unter zwei Bedingungen vertretbar: Erstens eine Arbeit zu machen, die andere in dieser Form nicht wahrnehmen und zweitens niemandem einen bezahlten Arbeitsplatz wegzunehmen, also ehrenamtlich tätig zu sein.“ Für den Sachaufwand erwirkte van Staa eine Förderung seitens des Landwirtschaftsministeriums.

Neben der Organisation der Lehrgänge veranstaltete Willi in den Jahren 1988 bis 2007, in denen er am Studienzentrum tätig war, in verschiedenen Bundesländern achtzehn mehrtägige und fünfundfünfzig

eintägige Fachveranstaltungen und Seminare, sechszwanzig Lehrfahrten und einhundertneun zweitägige Hofkäsereikurse.

Die Zeitschrift „Landwirtschaft und Leben“ übernahm Willi von der Landwirtschaftskammer, weil sie dort niemand weitergeführt hätte. Vorerst erschien diese in unregelmäßigen Zeitabständen als Informations- und Bildungsorgan für die biologisch wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern. Im Rahmen dieser viermal jährlich erscheinenden und von ihm redigierten Zeitschrift wurde eine Reihe spezieller Ausgaben zu folgenden Themen herausgebracht: „Jeder Mensch lebt von einem Stück Erde“, „Natur und Landschaft den Bauern anvertraut“, „Ökologischer Obstbau“, „Bäuerlich wirtschaften – in Fülle leben!“, „Die Erhaltung und Förderung der Bodenfruchtbarkeit im ökologischen Landbau“, „Der Erde die Treue halten“, „Bauer und Bäuerin sein in einem neuen Jahrhundert“, „Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum – die Zukunftsaufgabe“. Darüber hinaus war Willi Mitautor von zehn Büchern (siehe Literaturverzeichnis).

Ende 2005 startete Willi eine Internetschule der Landwirtschaft. Wie es damit weitergehen wird, wird sich zeigen. Er beabsichtigt, seine Tätigkeit am Studienzentrum mit Ende 2007 infolge des Eintrittes in sein 80. Lebensjahr zu beenden.

Das politische Engagement

Willis Tätigkeit umfaßte einerseits den Bereich Bildung und Agrarpolitik, andererseits den Biologischen Landbau. Für ihn zentral war die Frage, wie sich die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen durch eine gute Ausbildung eine befriedigende Existenzgrundlage sichern können. Das ist jedoch nicht nur eine Frage der Ausbildung, sondern auch der Agrarpolitik. Aufgrund der Tatsache, dass viele Bäuerinnen und Bauern trotz guter Ausbildung und Interesse für die Landwirtschaft ihre Höfe aufgeben (müssen), war für Willi Anlass, die Entwicklung der Landwirtschaft und der Agrarpolitik kritisch zu verfolgen. Als sich herausstellte, dass manches, was er bis dahin in der landwirtschaftlichen Ausbildung gelernt und später auch gelehrt hatte, fachlich und ökologisch fragwürdig geworden war, begann sein Engagement für den biologischen Landbau.

Die moderne Agrarentwicklung mit der „angestrebten und hoch gepriesenen Produktionssteigerung“ machte immer mehr Bäuerinnen und Bauern überflüssig und führte zur Überschussproduktion, die wiederum Ursache ist für den Preisverfall der landwirtschaftlichen Produkte. Durch die Auseinandersetzung mit dem biologischen Landbau wurden Willi die ökologischen Auswirkungen der agrarindustriellen Produktion bewusst, „dass diese Agrarentwicklung auch noch zur Umweltbelastung geführt hat“. Die Gesellschaft hat seiner Ansicht nach Grund, die unökologischen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden zu kritisieren.

Sein Grundsatz ist, „wenn man mit Situationen und Entwicklungen nicht zufrieden ist, muss man darüber nachdenken, wie man die Dinge ändern kann und sich dann für eine Verbesserung einsetzen“. Das war der Grund, weshalb für ihn die Themenbereiche Agrarpolitik und biologischer Landbau „zwangsläufig miteinander verbunden sind“.

Ein Anstoß, die Entwicklung in der Landwirtschaft kritisch zu betrachten, war eine Aussage des Kammerpräsidenten Hans Astner bei der Gründung der ARGE Meister und Meisterinnen: „Die Meister sollten das kritische Gewissen der Landwirtschaft sein.“ Eines der Ergebnisse dieses Auftrages war ein „Bäuerliches Manifest“, das diese Arbeitsgemeinschaft erarbeitete. In der Folge veröffentlichte Willi weitere umfangreiche Abhandlungen, Stellungnahmen und Aufforderungen, die er an führende Agrarpolitiker in Österreich versandte. Willi ist kein Theoretiker. Er bezweckte damit nicht zuletzt, dass die politisch Verantwortlichen entsprechend handeln sollten. Die Titel solcher Papiere waren beispielsweise: „Das große Unbehagen in der Landwirtschaft – Kritische Gedanken am Jahresbeginn zur derzeitigen Situation“, erschienen 1973, „Führungsprobleme in der Landwirtschaft“, „Die Landwirtschaft in der Krise – Diskussionsgrundlage für eine Neuorientierung der Agrarpolitik“, „Ursachen von Fehlern und Mängeln in der Landwirtschaftsförderung“, „Ursachen der heutigen Agrarprobleme“, „Wie soll es weitergehen in der Landwirtschaft? – Welche Zukunftsaufgaben sind zu erfüllen?“, „Die Situation der Tiroler Milch- und Käsewirtschaft im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Beitritt – Aufgaben und Perspektiven“



Verleihung des Konrad Lorenz Preises durch Bundesminister Kurt Steyrer 1982; links Helmut Voitl, Elisabeth Guggenberger, rechts Josef Willi

Foto: Familienarchiv

Einen besonderen Ansporn, sich sowohl agrarpolitisch wie auch für den biologischen Landbau zu engagieren, erhielt Willi durch die Verleihung des Hans Kudlich Preises im Jahr 1974, den schon genannten Österreichischen Naturschutzpreis im Jahr 1976 und den Konrad Lorenz Preis im Jahr 1982.

Widerstand gegen die Ab-Hof-Milch-Abgabe

Dass Bäuerinnen und Bauern ihre Interessen politisch durchsetzen können, „wenn sie den Mut haben, sich zu engagieren“, zeigte sich im Jahre 1986. Der Nationalrat beschloss eine Gesetzesnovelle zur Milchmarktordnung, nach der für jeden Ab-Hof verkauften Liter Milch eine Abgabe von drei Schilling zu entrichten war. Josef Willi und Herwig van Staa verfassten darüber einen zweiseitigen „Offenen Brief“, der an mehrere tausend Personen verschickt wurde. Darin wurde diese Novelle heftig kritisiert.

In der Folge wurde Josef Willi zu einer Versammlung der Stubaiyer Ortsbauernobmänner eingeladen. Ergebnis war die Gründung eines „Stubaiyer Aktionskomitees“ mit dem Obmann Karl Salchner. Wenige Tage später wurde in Innsbruck eine Pressekonferenz abgehalten. Stubaiyer Bauern protestierten mit Transparenten vor einer Sitzung der Bundesvorstehung des Tiroler Bauernbundes vor dem Bauernbundhaus. Landeshauptmann Wallnöfer als „Landesbauernbundobmann war tief betroffen vom Protest der ‚eigenen‘ Bauern“ und setzte eine Sitzung an, zu der Bauernbundpräsident Derfler (der durch seinen Stellvertreter Gurtner vertreten wurde), und die ‚Milchrebell‘ eingeladen wurden. Mehrere Tiroler Bezirke, insbesondere das Oberland (westlich von Innsbruck) schlossen sich dem Protest an. Es wurde ein Landesaktionskomitee gegründet und mit Spenden der Bauern ein Blatt zur Informationsverbreitung herausgegeben. Weitere Umstände, wie beispielsweise der Austritt des Vorarlberger Bauern

Anton Türtscher aus dem Nationalrat, führten zum Erfolg dieser Aktion und zur Absetzung der Bestimmung.

Das Landesaktionskomitee blieb weiterhin aktiv. Den ersten Protestausgaben der kleinen Zeitung mit dem Titel „Aktives Land“ folgte die Herausgabe eines vierseitigen, sehr kritischen Blattes, das ausschließlich durch Spendengelder finanziert wurde und bis 2004 viermal pro Jahr erschien. Herausgeber war das „Aktionskomitee zur Rettung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlage“, für den Inhalt verantwortlich waren Karl Salchner, Josef Achrainner, Anton Riser und Josef Willi (Redaktion). „Es sollte ein kritisches Gewissen der Landwirtschaft sein.“ Ab dem Jahre 2002 wurde das Blatt in „Ökosoziale Stimme“ umbenannt.

Der Hungerstreik

Der erfolgreiche Kampf gegen die Einführung einer Drei-Schilling-Abgabe für Ab-Hof verkaufte Milch und die laufende Herausgabe einer kleinen Zeitung veranlasste das Aktionskomitee zu einer verstärkten kritischen Betrachtung der Agrarpolitik. Mit dem Entwurf eines neuen Landwirtschaftsgesetzes und den Marktordnungsgesetzen im Jahr 1992 standen, wie der damalige Landwirtschaftsminister Franz Fischler erklärte, „die tiefgreifendsten Veränderungen der Landwirtschaft seit 1945 an.“

Die Nummer 1/1992 der Zeitschrift „Aktives Land“ erschien unter dem Titel „Das neue Landwirtschaftsgesetz – die große Nagelprobe für die EU-Glaubwürdigkeit der Regierung“. Darin heißt es: *„Der Ministerialentwurf für das Landwirtschaftsgesetz 1992 nennt wohl erstmals die Arten der möglichen Förderungen und stellt erstmals fest, welchen Förderungsmaßnahmen besondere Bedeutung zukommt. [...] Im Entwurf sind aber nicht einmal andeutungsweise jene Kriterien enthalten, nach denen Direktzahlungen für Umweltleistungen zu gewähren sind. Auch verpflichtet das vorgesehene neue Gesetz die Regierung nicht, wie dies etwa die Schweizer Landwirtschaftsgesetznovelle vorsieht – die zur Zeit in parlamentarischer Behandlung ist – diese Kriterien genau festzulegen.“*

Da es den Anschein hatte, dass die erhobenen Forderungen nicht gehört werden würden, war in der nächsten Ausgabe unter der Überschrift „Hungerstreik, um ein Zeichen zu setzen“ zu lesen: *„Für Landwirtschaft, Gesellschaft und Umwelt stehen große und weit reichende Entscheidungen an. Wir sind der festen Überzeugung, dass die verantwortlichen politischen und beruflichen Vertreter zu wenig Einsatz für ein gutes Landwirtschafts- und Lebensgrundlagengesetz zeigen. Reden und Schreiben hat bis jetzt keinen Erfolg gezeigt.“* Es wurde der Hungerstreik des Josef Willi als Vertreter des Aktionskomitees vor dem Parlament angekündigt, ab Beginn der intensiven Beratung des Gesetzes. Ebenfalls vor dem Parlament wurde vor Beginn des Hungerstreiks ein Flugblatt verteilt, dessen zentrale Forderung lautete: *„Es muss den Bauern wirtschaftlich möglich gemacht werden, ökologisch richtig zu handeln.“*

Nach einer Pressekonferenz der Vertreter des Aktionskomitees im Café Landtmann begann der Hungerstreik am 16. Juni und endete am Abend des 23. Juni 1992 vor der Beschlussfassung im Parlament am darauf folgenden Tag. Willi hätte den Hungerstreik nicht riskiert, wenn er nicht einige Jahre zuvor während der Fastenzeit erfahren hätte, dass er das, wenn er genug Wasser trinkt, durchhalten kann. Für ihn war aus diesem Grund die äußere Wirkung des Streikes größer als die individuell erbrachte Leistung.

Eine besondere Wirkung des Streikes war eine Einladung der Freiheitlichen Partei als Experte in den Unterausschuss des Landwirtschaftsausschusses, wo dieses Gesetz beraten wurde. Willi war dazu nur bereit, wenn ihm die Partei die Möglichkeit bot, seine persönliche Meinung zu vertreten. Dieses Recht hatte er schon früher als Experte dieser Partei bei Gesetzesberatungen für sich in Anspruch genommen. Es wurde ihm jederzeit gewährt.

In Anwesenheit von Landwirtschaftsminister Franz Fischler, der in der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer zunächst sein Kollege, dann sein Vorgesetzter war, scheute er sich im Unterausschuß nicht, „harte Worte zu gebrauchen“. Trotzdem wurde er weder angegriffen noch wurden seine Forderungen kritisiert. Am Tag der Beschlussfassung saß Willi auf der Zuschauertribüne des Parlamentes und hörte sich die gesamte Diskussion an. Sein Engagement wurde von je einem Vertreter der Freiheitlichen, der Grünen und der ÖVP gewürdigt.

Für Willi „waren diese vierzehn Tage Wienaufenthalt von der Höhe des Parlaments aus [...] eine erlebnisreiche Zeit“. Auch wenn er mit dem Hungerstreik direkt nichts bewirken konnte, so hat er, wie er hofft, die Abgeordneten sensibilisiert. In der Zwischenzeit sind im Österreichischen Umweltprogramm ÖPUL die Forderung „Genaue Bedingungen für die Abgeltung von Umweltleistungen“, für die er damals eintrat, „zumindest im Prinzip erfüllt“. Er ist heute davon überzeugt, dass „die Zeit für seine Forderungen noch nicht reif war, 1992 war es dafür noch zu früh“.

Der Widerstand gegen den EU-Beitritt

Die nächste große politische Herausforderung für Willi und das Aktionskomitee war der angestrebte EU-Beitritt Österreichs. Um sich selbst und die LeserInnen seiner Zeitschrift „Landwirtschaft und Leben“ mit der Problematik vertraut zu machen, gab er 1993 eine achtundsechzig Seiten umfassende Doppelnummer 1 und 2 von „Landwirtschaft und Leben“ heraus. Titel: „Landwirtschaft und EG – Information, Bedrohung, Herausforderung“ (Willi/van Staa 1993). Darin bezog er weder für noch gegen den EU-Beitritt direkt Stellung. Vieles davon, was darin zu lesen ist, war damals Voraussicht (die von vielen EU-Befürwortern als Schwarzmalerei verunglimpft wurde), ist in der Zwischenzeit jedoch Tatsache geworden. So heißt es zum Beispiel auf Seite 39 unter dem Unterpunkt:

„Fragwürdige Entscheidung mit fragwürdiger Wirkung“

Die EG fällt ihre Entscheidungen gegen die kleineren und mittleren Bauern und in einem bedeutenden Maße gegen die Umwelt. [...] Man kann verstehen, dass sich die EG in einer immer auswegloser erscheinenden Situation – steigende Überschüsse, deren Verwertung kaum mehr finanzierbar waren –, also in einer echten Krisensituation, veranlasst sah, diesen immer mehr produzierenden Bauern einmal stärker „das Gas abzudrehen“ bzw. ihnen durch Preissenkungen die Lust am Produzieren zu nehmen. Man fragt sich aber, wenn man schon auf diese Art das Überschussproblem lösen will, warum nicht konsequenter gehandelt wurde. Warum dann trotzdem noch Preis- und Absatzgarantien, wenn auch auf einem niedrigen Niveau? Waren diese Maßnahmen erst der Beginn für die gänzliche Abschaffung von Marktregelungen?

Wo liegen unsere Befürchtungen?

Dass die kleineren und mittleren Bauern, die nicht in die Mengenproduktion und Intensivierung flüchten können, ohnehin aufgeben müssen,
dass die Großen versuchen werden, noch größer zu werden, und, soweit es geht, zu intensivieren, weil ihnen der Absatz bei den wichtigsten Hauptnahrungsmitteln, wenn auch auf niedrigem Niveau garantiert wird,
dass die Flucht in die billige Massenproduktion verstärkt zu Lasten der Qualität und Umwelt geht und diese Umweltbelastungen der erwarteten Umweltentlastung durch Flächenstilllegung und Viehbesatzreduktion auf der Fläche entgegen stehen,
dass die Überschussmengen nicht im gewünschten Maße zurückgehen und daher jene enormen Mittel, die bisher für deren Verwertung nötig waren, zu einem bedeutenden Teil weiterhin benötigt werden, anstatt mit diesen Mitteln viel wirkungsvollere Maßnahmen sowohl zur Entlastung der Umwelt wie zur Einkommenssicherung der kleineren und mittleren Bauern zu ergreifen.“

Im nächsten Unterpunkt wird beschrieben, dass das angebotene Prämiensystem eine totale Überwachung und Kontrolle erfordert wie auch dass die Ermittlung der Prämienhöhe für die einzelnen Betriebe so große bürokratische Aufwendungen mit sich bringt (es gab 1993 bereits Erfahrungen aus EU-Ländern, konkret aus Deutschland), dass „allergrößte Zweifel an dieser Art von Regelungen angebracht sind. Will man Prämien für Preissenkungen bei Getreide gewähren, muss man von jedem Getreidebauern jeden Acker in seiner Größe und die Fruchtart, die darauf angebaut wird, erfassen.“ Willi wies darauf hin, dass dies für Bäuerinnen und Bauern in Zukunft „nach getaner Arbeit stundenlange Schreibtischarbeit“ (S. 40) erfordern wird.

Willi wollte vorerst nur informieren und sich selbst mit dem Thema EU, damals noch EG, eingehend auseinandersetzen. Erst 1994, im Jahr der Volksabstimmung, entschloss er sich gegen einen Beitritt zu plädieren. Das Aktionskomitee teilte seine Befürchtungen betreffend die Landwirtschaft, die ein EG-Beitritt herbeiführen würde. Das Ergebnis war die Herausgabe einer Sonderausgabe von „Aktives Land“ mit dem Titel „Argumente gegen einen EU-Beitritt“. Um eine möglichst große Breitenwirkung zu erzielen, wurden die BezieherInnen des Blattes aufgefordert, ihrerseits für die Verbreitung dieser „Argumente“ zu werben. Es wurde ein Nachdruck des Blattes zum Stückpreis von 65 Groschen angeboten, verbunden mit dem Vorschlag, es im Ort zu verteilen, allenfalls auch in Form einer Postwurfsendung. Die Bedingungen dafür wurden bekannt gegeben. Auf Grund dieses Angebotes langten aus ganz Österreich Bestellungen für einen Nachdruck von 150.000 Exemplaren ein. Willi selbst verteilte an einem Vormittag in der Maria-Theresien-Straße in Innsbruck Tausend Stück des Blattes.

Willis Prophezeiungen der Auswirkungen des EU-Beitrittes haben sich in der Zwischenzeit großteils als Realität herausgestellt. Er war nicht glücklich darüber, als 1995 vier- bis fünftausend Tiroler Bauern davon überzeugt wurden, auf biologische Wirtschaftsweise umzustellen, ohne diese entsprechend zu schulen. Doch er will diese Umstände heute nicht mehr in Erinnerung rufen und auch nicht mehr kritisieren, da seiner Ansicht nach lediglich der EU-Frust, die Unzufriedenheit und Entmutigung der Bauern und Bäuerinnen begünstigt werden würde.

Als der Volksentscheid nicht wie erhofft ausfiel, war für Willi klar, dass man diesen in einer Demokratie zu akzeptieren hat und es nun darum ging, aus der gegebenen Situation das Beste zu machen. Mit Hilfe des Österreichischen Umweltprogrammes ÖPUL wurde ein Ausgleich für die sinkenden Preise geschaffen und damit die schlimmsten Befürchtungen abgewandt. Es war „nicht selbstverständlich“, dass andere EU-Staaten die Umweltmittel in Brüssel nicht entsprechend ausschöpften und daher Österreich verhältnismäßig mehr von diesen Mitteln lukrieren und die Kofinanzierung im eigenen Land

sichern konnte. „Und dass ein Österreicher EU-Kommissar wurde, der seine Prioritäten etwas anders gesetzt hat, als dies vielleicht ein englischer oder holländischer Agrarkommissar getan hätte, war auch nicht vorhersehbar.“

Willi sichert sich ab

Während der Jahre, in denen der biologische Landbau in Österreich Fuß zu fassen begann und es eine Reihe agrarpolitischer Diskussionen gab, wurde Willi immer wieder von Organisationen, Gruppierungen aus ganz Österreich und auch von allen Parteien zu Vorträgen eingeladen. Es war ungewöhnlich, dass sich ein Kammerangestellter gegen den herrschenden Trend stellt und politisch offen eine unabhängige Meinung in der Öffentlichkeit vertritt. Aufgrund der Tatsache, dass Willi darüber hinaus immer wieder von der Presse zitiert wurde, ging er davon aus, dass seitens führender Agrarpolitiker seine Vortragstätigkeit „mit Argusaugen beobachtet“ wurde.

Besonders vorsichtig wurde er, als er erfuhr, dass über die Aussagen anderer, „die sich auch kein Blatt vor den Mund genommen haben, allerhand, auch Unwahres, herumerzählt wurde“. Um solchen Verdächtigungen von vorneherein entgegen zu wirken, verfasste er besonders bei Einladungen von politischen Parteien seine Vorträge in Form eines Manuskriptes, das er „den führenden Vertretern der Kammern und des Bauernbundes zur Kenntnisnahme brachte“. Willi „liegt viel daran, immer mit offenem Visier zu kämpfen. Eine laufende gute Information der Leute, vor allem auch jener, mit denen ich im Konflikt stand, war mir daher immer wichtig“. Wenn er eine Gegenschrift verfasste, „sich über jemanden schriftlich beschwerte“, schickte er den Kritisierten „den Brief mit gleicher Post. Es ist für eine gute Streitkultur nicht gut, wenn die Leute hinten herum erfahren müssen, was man gegen sie hat.“

Herz und Hof

Im Jahre 1997 erhielt Willi „einen siebenseitigen, sehr geschickt geschriebenen Brief“ von einem älteren oberösterreichischen Bauern, Abonnent der Zeitschrift „Landwirtschaft und Leben“. Die Aussagen dieses Briefes kurz zusammengefasst: *Es ist alles gut und schön, was sie für die Förderung der Landwirtschaft tun, aber was nützt das alles, wenn die Bauern keine Frau mehr bekommen.* Dieser Brief machte Willi sehr betroffen. Er fragte sich, warum dieser Bauer ausgerechnet ihm darüber schreibt. Das Problem war ihm zwar bekannt, doch er wusste nicht, was er tun könnte, um diesem Umstand abzuhelpen. Es hätte sich angeboten, eine Nummer von „Landwirtschaft und Leben“ herauszubringen und darin das Problem breit abzuhandeln und gute Ratschläge zu erteilen. Doch Willi ist Pragmatiker. Er war sich darüber im Klaren, dass das „auch nichts anderes gewesen wäre, als nur g`scheid g`redt, aber nichts getan“.

„Das einzige was ich selbst tun könnte, nachdem ich eine Zeitschrift herausbringe, wäre, den Partner-suchenden anzubieten, mir ihre Heiratsannoncen zu schicken, diese in einem Heft abzudrucken und dann zu versuchen, dieses Heft unter die Leute zu bringen.“ Das erschien die einzige Möglichkeit, seinerseits etwas Konkretes und Zweckmäßiges in dieser Sache zu tun. Bevor er sich dazu entschloss, besuchte er Leute in allen Bundesländern, die wie er im Bildungswesen tätig waren und vor allem auch mit Bäuerinnen zu tun hatten. „Man war sich einig, dass es wichtig wäre, etwas zu tun.“ Beinahe in

jedem Bundesland bildete sich ein Arbeitskreis oder „es fand sich zumindest eine Person, die sich bereit erklärte, sich der Sache anzunehmen“.



Abbildung der Sonderausgabe
„Herz und Hof“ 1998

Eine spezielle Ausgabe von „Landwirtschaft und Leben“, das sich dem Thema der Ehelosigkeit von Bauern widmete, erschien nach der Teilnahme an einem Seminar für Partnersuchende im Bildungshaus Puchberg bei Wels (Veranstalter war das oberösterreichische LFI). Darin wurde das Problem ausführlich dargestellt und das Angebot gemacht, unter einer Chiffrenummer Annoncen in dieser Zeitschrift veröffentlichen zu können. Das Angebot stieß auf großes Interesse. 1998 erschien die erste Ausgabe von „Herz und Hof“ als Sonderausgabe von „Landwirtschaft und Leben“ mit einhundertein Annoncen von Männern und vier von Frauen.

Doch nur Annoncen zu veröffentlichen war Willi zu wenig. Jede Ausgabe setzte sich aus einem so genannten redaktionellen und einem Annoncenteil zusammen. Der erstgenannte Teil enthielt Informationen, Anregungen, Ermutigungen, Berichte, Interviews mit bäuerlichen Ehepaaren u.ä.m. Darüber hinaus wurden „lebenskundliche Themen behandelt“. Andere landwirtschaftliche Fachzeitschriften und auch andere Zeitungen in ganz

Österreich waren bereit, ihre LeserInnen auf dieses neue Angebot aufmerksam zu machen. Es war vor allem wichtig, auch Frauen im nichtlandwirtschaftlichen und städtischen Bereich zu erreichen.

Es kam zu vielen Bestellungen dieser auf der Basis freiwilliger Spenden angebotenen Zeitschrift. Im Laufe der acht Jahre ihres Bestehens wurde die Zeitschrift insgesamt von rund 3.200 Personen für längere oder kürzere Zeit abonniert. Das Verhältnis der männlichen Bezieher zu den weiblichen Bezieherinnen lag in all den Jahren des Erscheinens „interessanterweise fast immer bei zwei zu eins“. Das heißt, dass sich doppelt so viele Männer dafür interessierten wie Frauen.

Durch die Berichterstattung in Österreich erfuhren auch Österreich-Vertretungen ausländischer Medien von diesem Angebot. Auf Grund von zwei Telefon-Interviews mit der BBC in London wurde „Herz und Hof“ international bekannt. Die britische Tageszeitung ‚The Sunday Telegraph‘ brachte am 8. November 1998 auf der Seite „International News“ einen halbseitigen Bericht über die Aktion ‚Herz und Hof‘. „Am 14. Jänner 1999 kam der Österreich- und Balkan-Vertreter der ‚Los Angeles Times‘ Paul Watson mit einer Dolmetscherin zu einem Interview eigens von Wien nach Tirol. Die Sache schien so neu zu sein, dass sie zunächst große Aufmerksamkeit fand.“

Die Erwartungen, die Josef Willi in die Zeitschrift setzte, waren nicht in erster Linie die Annoncen. Er hoffte, mit der Zeitschrift Partnersuchende in ganz Österreich laufend auf diverse Arten von Bildungsveranstaltungen, gemeinsamen Ausflügen, Tanzkursen, Kaffeekränzchen, Almwanderungen u.ä.m. aufmerksam machen zu können. Männern und Frauen sollte dabei Gelegenheit geboten werden, einander zu begegnen und kennen zu lernen. Die Veranstaltungen sollten sich naturgemäß auf die Partner und Partnerin Suchenden konzentrieren. Es stellte sich jedoch heraus, dass viele den Einladungen nicht

Folge leisteten, weil sie sich nicht als Partnersuchende deklarieren wollten. Dadurch war den angebotenen Veranstaltungen in allen Bundesländern nur ein geringer und kurzfristiger Erfolg beschieden.

Bei den Annoncen zeigte sich, dass die Zahl der annoncierenden Frauen im Verhältnis zu den Anzeigen der Männer sehr gering war. Mit der Zeit nahmen die Abonnements der Zeitschrift stark ab, bis sie schließlich 2005 aus finanziellen Gründen - nach Erscheinen von fünfzehn Ausgaben - eingestellt werden musste.

Willi bereut es nicht, dieses „Unternehmen“ gestartet zu haben. Ihm sind an die fünfzehn Ehen bekannt, die auf diesem Weg zustande gekommen sind. Wie er aus zahlreichen Briefen erfuhr, waren viele für die Ermutigungen und Anregungen, die sie durch die Zeitschrift erhielten, sehr dankbar. Viele schätzten es sehr, dass sich überhaupt jemand ihres Problems der Ehelosigkeit annahm.

Für Willi gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Erfolg, eine Partnerin/einen Partner zu finden wie auch eine gute Ehe zu führen, und der Fähigkeit einer guten Lebensgestaltung. Diese Einsicht hat ihn in den vergangenen Jahren dazu veranlasst, eine fünfteilige, jeweils fünfzehn bis zwanzig Seiten umfassende Lehrbriefserie zum Thema „Ein gutes Leben leben“ herauszubringen. Der Inhalt besteht beinahe ausschließlich aus Interviewaussagen lebenserfahrener Bäuerinnen und Bauern sowie von Leuten, die in der Volksbildung tätig waren respektive, noch immer sind.

Die PartnerInnen- und Ehelosigkeit wie auch zerbrechende Partnerschaften stellen zentrale Probleme in der Landwirtschaft dar. Für die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe ist eine Frau und Bäuerin unerlässlich. Willi gibt die Hoffnung nicht auf, „dass es vielleicht doch noch möglich sein könnte, in dieser Sache mehr zu erreichen, als mir dies bis jetzt möglich war“.

Erkenntnisse von zwei Südamerikareisen

Als Josef Willi 1988 an das Studienzentrum im Agrarinstitut übersiedelte, hatte er „den leisen Wunsch, auch etwas für die Landwirtschaft in der Dritten Welt tun zu können“. Dieser Wunsch hatte verschiedene Ursachen. Sein Neffe, ein Vorarlberger Diözesanpriester, ging 1991 als Missionar nach Ecuador. Die Einladung, ihn zu besuchen, verband Willi mit einer zweimonatigen Südamerikareise 1993 und - „weil mich das Ergebnis derselben nicht befriedigt hat“ - einer zweiten Reise von Ende November 1996 bis Mitte Jänner 1997. Bei diesen Reisen hatte Willi Gelegenheit, neben Ecuador auch Kolumbien, Peru, Brasilien und Bolivien zu besuchen. Das Ziel der Reisen war es, die Landwirtschaft in Südamerika näher kennen zu lernen und herauszufinden, welche Maßnahmen geeignet sind, die Situation in der Landwirtschaft zu verbessern. Willi traf José Lutzenberger in Porto Alegre, um von ihm Anregungen für die Förderung des biologischen Landbaues zu erhalten. Die gewonnenen Erkenntnisse der beiden Reisen fasst Willi wie folgt zusammen:

- ◆ Der Siedlungsstruktur kommt für die Entwicklung eines Landes enorme Bedeutung zu. Erlebt man auf der einen Seite die Megastädte und auf der anderen die dünn besiedelten ländlichen Räume, in denen wirtschaftlich und kulturell nichts los ist und die jungen dynamischen Leute deshalb in die Städte drängen, lernt man den Wert einer günstigen Siedlungsstruktur mit attraktiven ländlichen Räumen neu schätzen.

- ◆ Ich freute mich im Anschluss an diese Reisen über die günstige Klimasituation in Mitteleuropa mit den relativ gleichmäßig verteilten Jahresniederschlägen, auch abgesehen von den derzeitigen Klimakapriolen.
- ◆ Die wechselnden Tages- und Nachtlängen der geistig anregenden vier Jahreszeiten gegenüber den Verhältnissen in der Nähe des Äquators lernte ich neu zu schätzen.
- ◆ Als ich für meinen Neffen in Ecuador einen Gemüsegarten anlegte, wurde mir der Wert unserer Bodensituation im Verhältnis zu den alten, vielfach ausgelaugten gelbroten bis roten Lateritböden in den wechselfeuchten Tropen bewusst.
- ◆ Die Bodenbewirtschaftung erfordert viel Vorsicht. Je wärmer es ist, umso aktiver ist das Bodenleben. Bringt man durch die Bodenbearbeitung jedoch zu viel Luft in den Boden, die von den Wurzeln gebraucht wird, wird der Humus verheizt. Das entsprechende Gleichgewicht zu finden, stellt in den Tropen und Subtropen eine große Herausforderung dar.
- ◆ In Gebieten mit extremem, oft täglichem Wechsel zwischen Niederschlägen und heißer Sonne bräuchte es Mischkulturen, Permakultur, Agroförstwirtschaft oder ähnliche Systeme, damit die jungen Pflanzen und die Saaten zunächst unter dem Schutz größerer Pflanzen heranwachsen können. Ein solches System erfordert jedoch mehr Kenntnisse als der in unseren Breiten allgemein übliche Pflanzenbau.
- ◆ Die Rinderhaltung mit Auslauf und Weidegang ist nach meinem Dafürhalten in den Tropen eine unangepasste Landwirtschaftsform. Die tiefwurzelnden harten Gräser sind kein gutes Viehfutter.
- ◆ Je weiter die Leute am Land von Schlossern, Mechanikern und anderen Handwerkern entfernt sind, umso eher benötigen sie ein brauchbares und besseres Werkzeug, als ihnen heute zur Verfügung steht.
- ◆ Es wäre wichtig, gute Beispiele von angepasster und erfolgreicher Landwirtschaft in den Ländern des Südens bekannt zu machen, wie ich diese in Peru und Kolumbien besichtigte durch die Vermittlung von einem deutschen und einem kolumbianischen Entwicklungshelfer. Dafür ist die gegenwärtige Informationstechnologie einzusetzen. Eine Verbreitung von Wissen ist heutzutage wesentlich leichter zu bewerkstelligen als vor einigen Jahrzehnten.
- ◆ Unsere überwiegend konventionelle Landwirtschaft in die Dritte Welt zu exportieren, halte ich für grundsätzlich falsch.
- ◆ Es gibt noch weite Gebiete in Südamerika, die derzeit landwirtschaftlich nicht genutzt werden können, obwohl es Wärme und Niederschläge gibt. Ein Beispiel in den Mittleren Kordillern Kolumbiens führten mir die Möglichkeit vor Augen, enorme Gebiete für die Lebensmittelerzeugung neu zu erschließen. Allerdings erfordert dies hohe Fähigkeiten und auch einen entsprechenden technischen Einsatz.
- ◆ Es ist immer noch möglich aus der Welt ein Paradies zu machen. Der enorme Reichtum der Natur bietet im Grunde genommen noch ungeheure Chancen. Sie zu nutzen stellt allerdings hohe fachliche Ansprüche.

Bereits auf der ersten Südamerikareise war es Josef Willi wichtig, José Lutzenberger zu besuchen. Dieser war alternativer Nobelpreisträger und „ein gesuchter Vortragender in Europa“. Willi wollte mit ihm darüber sprechen, was aus seiner Sicht geschehen müsste, um aus der weltweiten ökologischen Krise herauszukommen. Natürlich beabsichtigte er als Herausgeber einer landwirtschaftlichen Fachzeitschrift seine Aussagen zu veröffentlichen. Lutzenberger war sehr gastfreundlich. Willi wurde gemeinsam mit seiner jüngsten Tochter, die ihn auf dieser Reise begleitete, eingeladen, einige Tage auf seinem Gut der Gaiastiftung zu leben. Zufällig wurde der Studienabschluss von Lutzenbergers jüngster Tochter Lara mit einem typisch brasilianischen Churrascofest gefeiert. Doch „trotz eines zweimaligen Anlaufes“ war es Willi nicht möglich, Antworten auf seine Fragen zu bekommen. Und das, obwohl er Lutzenberger bereits vor seinem Besuch den Fragenkatalog geschickt hatte.

Lutzenbergers letzte Publikation war eine neunundzwanzig Seiten umfassende Abhandlung mit dem Titel: „Unser einmalig kostbarer Planet – Gaia“. Für Josef Willi stellt dieses Papier „ein geistiges Vermächtnis des engagierten Brasilianers dar“.

Beurteilung der heutigen Situation der Landwirtschaft

Spricht man Josef Willi auf seine Einschätzung der heutigen Situation der Landwirtschaft an, fällt auf, dass ihn viele Fragen und Probleme beschäftigen. Die für ihn vorrangigsten Ziele sind folgende Themenbereiche:

Die Erhaltung der noch bestehenden bäuerlichen Betriebe

In einer weiteren Dezimierung der bäuerlichen Bevölkerung ergeben sich seiner Ansicht nach wesentliche Nachteile für die Erfüllung der notwendigen und vielfältigen Aufgaben, die die Landwirtschaft im Interesse der Gesellschaft wahrzunehmen und zu erfüllen hat.

Der so genannte Strukturwandel hat bereits nachweislich deutliche Defizite mit sich gebracht, daher kann ein weiteres Bauernsterben nur bedeuten, dass sich die derzeitige Situation weiterhin verschlechtern wird.

Willi fasst die Aufgaben der Landwirtschaft in drei große Bereiche zusammen.

◆ **Versorgung mit Nahrungsmitteln**

Sowohl die mengen- als auch die qualitätsmäßige Sicherung der Ernährung ist nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Landwirtschaft. Um im eigenen Land die Bevölkerung „aus der eigenen Scholle“ ohne Einsatz von fossiler Energie bzw. ohne Einsatz von synthetischem Stickstoff zu ernähren, bräuchte es ein anderes Wirtschaftssystem, das einem Kreislaufsystem entspricht. Ein solches ist wesentlich arbeitsaufwändiger. Dies gilt nicht zuletzt für die Qualitätslebensmittelproduktion.

◆ **Naturschutz**

Bäuerinnen und Bauern sind die größten „NaturbesitzerInnen“ und haben daher die größte Verantwortung für die Natur. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert Sorgfalt und einen hohen Arbeitseinsatz. „Man denke an den Bodenschutz, an die notwendige Humusanreicherung und so weiter.“

◆ **Lebensraum- und Landschaftsgestaltung**

Ein attraktiver Lebensraum ist für die gesellschaftliche Lebensqualität unerlässlich. Jeder weitere Verlust von Bäuerinnen und Bauern bringt beinahe zwangsläufig eine Lebensraumverarmung mit sich (siehe ausgeräumte Landschaften in Gebieten mit agrarindustrieller Produktion).

Willi bedauert, dass es - vor allem was die Punkte Naturschutz und Lebensraum- und Landschaftsgestaltung anbelangt - vielfach noch am nötigen Verständnis fehle, sowohl seitens der Bäuerinnen und Bauern selbst wie auch seitens anderer Gesellschaftsgruppen. Die nichtbäuerliche Bevölkerung nimmt seiner Ansicht nach viele Leistungen der Landwirtschaft „viel zu selbstverständlich“. Oft lernt man den

Wert von Dingen erst erkennen, wenn sie verloren gegangen sind. In der Landwirtschaft geschehen die Verluste meist in kleinen Schritten, die man vorerst zu wenig wahrnimmt.

Fehlendes Bewusstsein über die Ursachen der heutigen Situation

Ein großes Problem sieht Willi darin, dass den Bäuerinnen und Bauern ihre eigene Situation und deren Ursachen zu wenig bewusst sind. Viele Bauern nehmen seiner Ansicht nach viel zu wenig zur Kenntnis, dass der Aufwand für Investitionen, für Maschinen und zugekaufte Betriebsmittel zur Arbeitserleichterung und Produktionssteigerung ein Abzugsposten von ihrem Rohertrag sind. Die Ausgaben dafür schmälern ihr Einkommen und zwingen sie zur Mehrproduktion. Der Zwang zur Mehrproduktion wiederum führt zum Verdrängungswettbewerb, für die Wachstumsbetriebe gleichzeitig zu einer Steigerung des Arbeitseinsatzes. Mehrproduktion kann zur Preis drückenden Überschussproduktion führen oder zumindest zum Erschwernis, Preise nachzuziehen. Auf diese Zusammenhänge werden Bäuerinnen und Bauern seiner Meinung nach viel zu wenig aufmerksam gemacht. Dies alles wird deshalb zu wenig zur Kenntnis genommen, weil hohe Flächenleistungen, hohe Milchleistungen, hohe Produktionsleistungen je Arbeitskraft als die entscheidenden Erfolgsfaktoren in der Landwirtschaft und damit auch als Maßstab für die berufliche Tüchtigkeit angesehen werden. „Über den Aufwand und die Folgewirkungen, die damit verbunden sind, wird viel zu wenig geredet und auch nachgedacht.“

Wenn der Aufwand für die Produktion sehr hoch ist, stellen nicht einmal hohe Preise einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Bäuerinnen und Bauern ist nach Willis Ansicht zu wenig bewusst, dass viele andere „mit ihnen das Geschäft machen und damit an der Lebensmittelerzeugung partizipieren wollen“. Angesichts der zahlreichen Annoncen über Landmaschinen und Betriebsmittel in den Agrarzeitschriften hat Willi den Eindruck, dass „Bäuerinnen und Bauern immer mehr zu Opfern jener werden, die mit ihnen das Geschäft machen wollen“.

Keine Verantwortlichkeit für die Gesamtentwicklung der Landwirtschaft

Diesen Mangel kritisiert Willi bereits seit einigen Jahren. „Niemand fühlt sich für das Ganze der Landwirtschaft verantwortlich.“ Im Rahmen der Landwirtschaftsförderung werden Teilbereiche der Landwirtschaft optimiert, ohne mögliche negative Auswirkungen auf andere Teilbereiche zu bedenken. Das klassische Beispiel, das er anführt, ist die Leistungssteigerung in der Milchwirtschaft. Die Züchtung von Kühen mit einer Jahresleistung von 10.000 Kilogramm Milch und mehr hat eine permanente Störung des Verdauungstraktes der Kuh zur Folge. Denn dieser ist zur Verdauung von Raufutter und nicht für Getreide angelegt. Aus Getreide Milch zu erzeugen ist für Willi „eine Energievernichtungsstrategie ersten Ranges, weil die Kuh ein denkbar schlechter Energieverwerter für Getreide ist“. Die wieder ausgeschiedenen Nährstoffe führen zu einer Überdüngung, Verunkrautung und Nährstoffauswaschung. Milcherzeugung aus Getreide bringt zwangsläufig eine Vernachlässigung der Grünlandbewirtschaftung, besonders im Berggebiet, mit sich. Nicht zuletzt hat die Fütterung von Milchkühen mit Getreide einen wesentlichen Einfluss auf die Verminderung der Milchqualität.

Willi wundert sich über das mangelnde Interesse, welche längerfristigen Auswirkungen bestimmte Maßnahmen der Agrarpolitik auf die Gesamtsituation der Landwirtschaft, auf die Entwicklung der Agrarstruktur und damit auf die Entwicklung im ländlichen Raum haben.

Fehlen eines agrarpolitischen Leitbildes

Für Willi wäre es „dringend notwendig, sich darüber klar zu werden, wohin man mit der Landwirtschaft als Ganzes will, wie die Landwirtschaft in Zukunft aussehen soll. Dazu bräuchte es, heute mehr denn je, die Festlegung von Zielvorstellungen in Form eines Leitbildes für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft. Daran müssten sich auch die verschiedenen agrarpolitischen Maßnahmen orientieren. Ein solches Leitbild, bestens begründet, wäre die Agrarpolitik sowohl der Gesellschaft wie auch den Bauern und Bäuerinnen selbst schuldig“.

Mängel in der Vertretung und Organisationsstruktur

Dass es ein solches Leitbild nicht gibt, führt Willi auf eine mangelhafte Führungsstruktur in der Landwirtschaft zurück. „Wir haben in der Landwirtschaft das Landwirtschaftsministerium, die Landwirtschaftskammern und den Bauernbund als führende Organisationen. Eigentlich könnten alle drei für sich die Kompetenz in Anspruch nehmen, ein agrarpolitisches Leitbild zu erstellen. Keine tut es, weil sie vielleicht fürchten, die Interessengegensätze, die dabei selbstverständlich aufbrechen werden, nicht beherrschen zu können. Das Fehlen dieser Bereitschaft führt dazu, dass die Entwicklung sehr stark von den Interessen der wirtschaftlich und politisch Mächtigen mitbestimmt wird.“ Im Rahmen einer wünschenswerten ländlichen Gesamtentwicklung ergeben sich für die Landwirtschaft erweiterte Aufgaben (Zusatz Einkommen für bäuerliche Betriebe, Landschaftsgestaltung, Naturschutz etc.), die nach Ansicht Willis in der derzeitigen Organisationsstruktur der Landwirtschaftskammern einen zu geringen Niederschlag finden.

Die Zweiteilung der Landwirtschaft

Unterschiedliche Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, hier biologisch und dort konventionell, können für Willi kein Dauerzustand sein. Für ihn geht es um die Frage, was ist die beste Form der Landwirtschaft hinsichtlich Qualität und Umwelt. Wenn der biologische Landbau das bessere System ist, muss es für Willi zumindest das agrarpolitische Fernziel sein, die gesamte Landwirtschaft auf diese Wirtschaftsweise umzustellen. „Wenn man dann noch bereit wäre, die Konsumenten über die wirklichen Unterschiede dieser beiden Produktionsmethoden genau zu informieren, ginge das viel leichter.“ Man spricht nur von „besserer Qualität“, jedoch nicht von den wirklichen Unterschieden, weil es sonst heißen würde, man würde „die Bauern auseinanderdividieren. Die Wahrheit zu verdrängen ist aber keine Lösung“.

Mangelnde Ausbildung und Information der bäuerlichen Führungskräfte

Für eine gute Zukunftsentwicklung der Landwirtschaft ist nach Ansicht Willis die Bereitschaft zur Solidarität innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung unerlässlich. Es müsse der Wille bestehen, „wo es notwendig ist, Aufgaben und Probleme gemeinsam zu lösen“. Hiefür spielen nicht nur motivierte bäuerliche Funktionäre eine wichtige Rolle, sondern auch das Vertrauen in die eigenen Kräfte in der bäuerlichen Bevölkerung selbst. Um dies zu erreichen, müsste mehr für die Bildung und Information vor allem der örtlichen bäuerlichen Funktionäre getan werden. Bauern und Bäuerinnen müssten über die Ursachen ihrer heutigen Situation besser informiert und Mittel und Wege für eine gute, gemeinsame

Zukunftsbewältigung aufgezeigt werden. Willi kann sich des Eindrucks nicht erwehren, „dass hier zu wenig getan wird“.

Eine bäuerliche Bewegung

Josef Willi als politisch denkender Mensch hat sich oft die Frage gestellt, von wo Initiativen ausgehen müssen, wenn man eine Änderung der Situation erreichen will. Von oben, von den gewählten Führungspersönlichkeiten, oder von der Basis, von einer Bewegung von unten. Die Entwicklung des biologischen Landbaues hat gezeigt, dass Bewegungen von unten etwas erreichen können. Wenn es einer solchen Bewegung gelingt, lohnende Ziele aufzuzeigen und die Leute hierfür zu begeistern, können sie mächtig und wirkungsvoll werden. Willi hat den Eindruck, dass heute den Menschen in der Landwirtschaft ein gemeinsamer Schwung, eine Aufbruchstimmung und Begeisterung fehle, „und dabei gäbe es doch so lohnende Aufgaben und Ziele“. Nach Willis Ansicht wäre eine neue bäuerliche Bewegung erforderlich, „die sich für die großen Aufgaben und Ziele, welche die Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft zu erfüllen hat, engagiert und die in der Lage ist, Solidarität, Vertrauen und Freude zu vermitteln“.

Lebensansichten

Josef Willi betrachtet das Leben als ein großes Geschenk. Er überlebte „in blutigen Jahren heil den Krieg“ und später einen Stromunfall. „Ich bin Gott von Herzen dankbar, das ich überlebt und beruflich eine so interessante Aufgabe gefunden habe.“

Sehr dankbar ist Willi auch, dass er „eine sehr gute Frau gefunden“ hat. Ohne sie hätte er vieles im Leben in dieser Form nicht erreichen können. „Sie hat für mich und für die acht Kinder bestens gesorgt und der Familie ein hohes Maß an Lebensqualität beschert. Allein schon das Essen – sie ist eine gute Köchin – ist ein täglicher Lebensgenuss.“



Die Kinder von Hildegard und Josef Willi, von links nach rechts: Maria, Germana, Monika, Gertrud und Josef (Zwillinge), Georg, Anton und Peter Willi (ebenfalls Zwillinge), 1975

Foto: Familienarchiv

Willi kann die oft gehörten Worte „*Ich bin nur für meine Familie da*“, nicht zur Gänze teilen. „Man muss sich, soweit es gesundheitlich und zeitlich möglich ist und es einem gut geht, auch für die Allgemeinheit, für eine gute gesellschaftliche Entwicklung einsetzen. Allerdings den Spagat zu finden zwischen den Verpflichtungen für die Familie und denen für die Allgemeinheit ist zugegebenermaßen nicht leicht

und ich will keineswegs behaupten, dass mir das im wünschenswerten Maße gelungen ist.“ Ein kleiner Trost waren die spontan geäußerten Worte seines ältesten Sohnes Peter als junger Gymnasiast: *„Dös bin i froh, dass der Dati nit so viel Zeit g'habt hat, an uns herumzukommandieren.“* Von seiner ältesten Tochter hörte er, als sie im Alter von siebzehn, achtzehn Jahren war, „ganz andere Worte“. Sie hielt ihm eines Tages eine „Gardinenpredigt“, warf ihm vor, dass er seiner Frau zu wenig helfe. „Und sie hat“, gibt Willi zu, „Recht gehabt.“

Willi legte großen Wert darauf, dass die Kinder sagen durften, was sie dachten. „Sie haben in unterschiedlicher Weise davon Gebrauch gemacht.“ In der Kindererziehung hielt er sich an die Empfehlungen eines vor vielen Jahren in Readers Digest veröffentlichten US-amerikanischen Untersuchungsergebnisses. In der Studie wurden Elternhäuser erfolgreicher Menschen untersucht. Neben den vielen Unterschieden, die es dabei gab, hatten alle Elternhäuser drei Gemeinsamkeiten. Erstens: Die Kinder wurden sehr geliebt und ihnen diese Liebe auch immer wieder gezeigt. Das hat ihr Selbstwertgefühl und ihre Selbstsicherheit gestärkt. Zweitens: Im Elternhaus wurde sehr offen geredet. Die Kinder konnten alles offen sagen, was sie dachten, auch wenn sie nach Ansicht der Eltern abwegigste Meinungen äußerten. Es wurde darüber offen diskutiert. Das war für sie Ermutigung, offen und mutig zu sein sich etwas zuzutrauen. Drittens: Die Eltern hatten ihre festen Grundsätze und Lebensprinzipien, an denen sie nicht rütteln ließen. Das schenkt den Kindern Halt und Festigkeit. Wenn die Eltern selbst unsicher sind, wenig eigene Überzeugung haben und für sie alles nur noch relativ ist, überträgt sich das in Form von Unsicherheit auf die Kinder.

Eine besondere Lebenserfahrung war, „dass einem im Leben, wenn man sich engagiert und sich für eine Sache einsetzt, sehr viel zuwächst. Man lernt neue Leute kennen, man wird auf neue Ideen gebracht, lernt auch neue Literatur kennen, die es vorher zwar gab, die aber in der breiten Landwirtschaft nicht bekannt war. Die größte Bereicherung für mich war zunächst, als ich begann, mich für den biologischen Landbau zu interessieren, dass ich Leute und Bauern kennen lernte, die mit mehr Freude und Interesse Bauern waren, als viele andere, weil sie die Landwirtschaft anders gesehen haben, als ich es bis dahin vielfach gewohnt war.“

Im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit hat Willi nach eigener Einsicht oft seine Kompetenzen überschritten. Er organisierte Kurse, von denen zunächst niemand erwartet hätte, dass sie in den unmittelbaren Aufgabenbereich der Lehrlings- und Fachausbildungsstelle fallen. Wenn er der Meinung war, da müsste etwas geschehen und es geschah nicht, hat er, soweit ihm das möglich war, die Initiative ergriffen. „Mein Rat, den ich diesbezüglich anderen erteilen möchte, lautet deshalb: Kompetent in einer Sache ist, wer etwas für sie tut. Dazu kommt, dass man am meisten lernt, wenn man sich für eine Sache engagiert und sich auch durch Rückschläge nicht entmutigen lässt.“ Im Übrigen hat er seine Tätigkeit im Bildungswesen auch deshalb sehr geschätzt, weil man damit eine gewisse „Generalkompetenz“ hat, denn „fast alles im Leben ist auch eine Bildungsfrage.“

Als Willi begann, sich für den biologischen Landbau zu engagieren oder sich auch zu agrarpolitischen Fragen äußerte, war ihm klar, dass er „damit manches getan hat, an dem seine Vorgesetzten keine Freude hatten, vor allem, wenn es etwa in Wien [im Landwirtschaftsministerium] hieß: Darf er das?“ Er stellte sich selbst die Frage, wieweit er damit für seine Vorgesetzten erträglich war. „Wenn man nur Dinge tut, die den Vorgesetzten nicht gefallen, wird man für sie unerträglich. Je mehr man dann aber auch wieder Dinge macht, die gefallen, umso mehr wird anderes in Kauf genommen. Wieweit man

gegen den Willen der Vorgesetzten handelt, ist letztlich allerdings eine Gewissensfrage, für die man die volle eigene Verantwortung übernehmen muss.“

Bei allen Konflikten, die Josef Willi erlebt hat, war ihm sehr viel daran gelegen, den sachlichen und den menschlichen Bereich gut auseinander zu halten und dadurch nicht „persönlich“ zu werden. Willi möchte sich den Glauben an das Gute in jedem Menschen nicht nehmen lassen.

Die zahlreichen Auszeichnungen und Anerkennungen, darunter die Verleihung des Professortitels, betrachtete er „stets mehr als neue Verpflichtung denn als Dank. Für seine Arbeit muss man andere Motive haben als die Hoffnung auf Dank und Anerkennung“. Ein Gedicht von Theodor Fontane ist ihm darin eine wichtige Richtschnur.

Es kann die Ehre dieser Welt, dir keine Ehre geben,
was dich in Wahrheit hebt und hält, muss in dir selber leben.
Wenn 's deinem Innersten gebricht an echten Stolzes Stütze,
ob dann die Welt dir Beifall spricht, ist all dir wenig nütze.
Das flüchtige Lob, des Tages Ruhm magst du den Eitlen gönnen.
Das aber sei dein Heiligtum, vor *dir* bestehen können.

„So weit bin ich gegangen in meinem Bildungshunger“

Franz Rohrmoser



Foto: BA für Berbauernfragen 1995

Aufgewachsen ist Franz Rohrmoser in einem „alten Holzhaus, Bauernhaus, wo prinzipiell nur der Küchenbereich und das kleine Nebenzimmer beheizt worden sind.“ Alle Schlafzimmer waren unbeheizt. Es gab ein „Männerleutzimmer“ für die Knechte und heranwachsenden Buben, und ein „Weiberleutzimmer“ für die Mägde und heranwachsenden Mädchen, ein Elternzimmer und ein Kinderzimmer. Wenn die Kinder größer wurden, kamen sie „entweder zu die Weiberleut oder die Männerleut [...] und das war dann ein Status von Erwachsen[sein].“ Meist geschah dies nach den ersten Schuljahren, wenn das Kind Selbständigkeit erlernt hatte. In der Küche gab es einen großen runden Tisch, um den die Familie gemeinsam mit den Dienstboten gegessen und aus einer großen Schüssel in der Mitte gegessen hat. „Die Kost war bäuerlich einfach, am Morgen Mehlsterz mit Milch oder mit Schottensuppe, diverse Mehlspeisen wie Dampfnudeln, Krapfen und an einigen Tagen Fleisch.“ Es wurde zwischen Familie und Dienstboten kein Unterschied gemacht, „Herren in dem Sinn, das hat es da nicht gegeben.“

Der Vater

Franz Rohrmoser ist ein Kriegswaisenkind, geboren im Dezember 1943. Er hat seinen Vater nie kennen gelernt. Der Vater Kaspar Rohrmoser galt ab Herbst 1944 als vermisst, so dass die Mutter einige Jahre die Hoffnung nicht aufgeben konnte, ihr Mann würde zurückkommen. Mit dem Verlust des Vaters wiederholte sich das Schicksal in der Familie innerhalb von dreißig Jahren noch einmal, denn bereits der Großvater väterlicherseits war im Ersten Weltkrieg gefallen. Die Familie wurde „zweimal durch die Weltkriege schockiert [...], hat den Bauern und den Familienvater verloren.“

Der Großvater väterlicherseits kaufte als Tagelöhner im Jahr 1911, als Vater Kaspar Rohrmoser geboren wurde, den elterlichen Bergbauernhof. Obwohl Kaspar der zweitgeborene Sohn war, wurde ihm der Hof zugesprochen. In der Familie wird erzählt, der Großvater habe sich über die Wiege des Neugeborenen gebeugt und gesagt: „*Ich hab dir eine Lehen [Bauernhof] kauft.*“ Die Familie hatte während der 1920er Jahre Glück, durch die damalige Geldentwertung wurde der Hof entschuldet.

Kaspar Rohrmoser meldete sich mit zweiundzwanzig Jahren im Jahr 1933 an der Landwirtschaftsschule in Oberalm bei Salzburg an und besuchte die zwei darauf folgenden Winter die Schule. Er war „ein sehr bildungshungriger Bauer und in Folge seiner Bildung war unser Bergbauernhof der erste technisierte Betrieb in der Gegend“. Er hatte bereits Ende der 1930er Jahre eine Kreissäge mit Dieselmotor, eine

Dreschmaschine, eine Güllepumpe mit Gülleanlage, einen Motormäher, einen Häcksler und später eine Seilwinde. „Das war sein Bildungshunger, ein außerordentlicher Bildungshunger.“ Die einzigen Förderungen gab es damals unter dem NS-Regime lediglich über „die Schiene der Nationalsozialisten“. Man hätte sich mit diesen arrangieren müssen, um Förderungen beantragen zu können. Beim Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich im März 1938 wurde der Bruder des Vaters, Andreas Rohrmoser, ein überzeugter Nazi und Mitglied der NSDAP, der Vater hingegen habe geweint, erzählte eine Halbschwester des Vaters dem Neffen Jahre später.

Der Vater hatte bereits Pferde, vergleichbare Kleinbauern setzten zu dieser Zeit Ochsen oder Kühe als Zugtiere ein. Kaspar Rohrmoser konnte einige Defizite durch die geringere Sonnenscheindauer der Schattseitlage seiner Flächen durch Bildung, neue Methoden und Innovationen „eine Gegenmacht“ gegenüber den wohlhabenderen Sonnseitbauern aufbauen. Durch die Gülle erzielte er ein besseres Wachstum auf seinen Grünlandflächen. Der Neid veranlasste Leute aus der Umgebung, an seinen Feldern ein Schild aufzustellen, auf dem sie ihn als „Güllekaspar“ verspotteten.

Die Antwort war bemerkenswert und selbstbewusst: „Der Kaspar tut’s nach seinem Sinn, denn keiner kommt und zahlt für ihn.“ Der Vater war ein Querdenker, der seinen eigenen Weg ging und Ehrgeiz genug aufwies, um sich durch Bildung empor zu arbeiten. Er hatte zwar keine politische Funktion inne, doch er wusste viel und hat „sich auch eingemischt“. So hat er für andere Bauern „bis spät in die Nacht bei Petroleumlicht“ Anträge für Förderungen ausgefüllt, weil er sich durch seine Schulung damit auskannte. Dadurch genoss er Ansehen in der Gemeinde und hatte Neider unter jenen, die fürchteten, dass er ihnen ihr Amt wegnehmen könnte. „Ich glaube, er dürfte Ambitionen auf Ämter in der Gemeinde gehabt haben, denn der Vater hatte Einfluss in der Gemeindepolitik“, doch „das hat er nicht mehr erlebt.“

Durch die Technisierung und weil er sich bei Förderungen auskannte galt Kaspar Rohrmoser als jemand „Besonderer“ in der Umgebung. Mit seiner mit Dieselmotor betriebenen Kreissäge fuhr er „im ganzen Tal herum“. Das bedeutete, er war bekannt. Diese Mischung aus einem „verschwiegenen Vater“ und einem „glorifizierten“ Vater war für Franz Rohrmoser lange Zeit nicht einfach.

Kaspar Rohrmoser sollte nicht in den Krieg einberufen werden, da er 1941 Vater von drei Kindern war. Doch es kam anders. In einem „Zuhäusl“ lebten Kriegsgefangene, die „von unserem Hof die Milch“ erhielten. Die von den Nazis beschränkte Milchmenge reichte nicht aus, um den Hunger zu stillen. Aufgrund der Tatsache, dass der Vater den Kriegsgefangenen mehr Milch brachte als gesetzlich erlaubt war, wurde er verraten und musste dann doch als Soldat in den Krieg einrücken. Er war ab 1942 an der Russischen Südfront und traf dort auf die von Stalingrad zurückgeschlagene Kompanie in der Ukraine, nördlich der Insel Krim im Schwarzen Meer.

Die ersten Kindheitsjahre ohne Vater aufzuwachsen „war eine sehr dunkle Zeit in der Familie.“ Es wurde nur sehr spärlich über ihn gesprochen und den Kindern nicht erklärt, warum ihr Vater nicht zugegen war. Erst 1950 kam die Todesanzeige. Die Zeit war auch deshalb dunkel, weil fünfeinhalb Jahre lang nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden konnte, ob er gefallen ist oder noch lebt. Es war für die Familie schlimmer, als das definitive Wissen, dass er nicht mehr lebt, „weil die Trauernden nicht abschließen können.“ Die Mutter kümmerte sich entweder um die Arbeiten auf dem Hof oder sie blickte sehnsüchtig aus dem Fenster, in der Hoffnung, ihr Mann würde zurückkommen. Durch die

Technisierung, die der Vater vorangetrieben hatte, war es der Mutter möglich, mit Knechten und Mägden einige Arbeiten leichter zu erledigen. Leider funktionierten einige, wichtige Maschinen nicht mehr, wie beispielsweise der Motormäher.

Franz Rohrmoser mit Tochter Claudia und Sohn Martin vor seinem Elternhaus, 1998

Foto: Familienarchiv



Zum Zeitpunkt des Schuleintrittes im Jahr 1949 zählte der Hof zu den am besten mechanisierten in der Umgebung. Über den Vater wurde nur in einigen Kreisen außerhalb der Familie gesprochen. Für Franz war immer wesentlich, „was man verschwiegen hat und was man erzählt hat.“ Das gilt auch später für seine politische Tätigkeit. In der ländlich bäuerlichen Kultur wird vieles nicht ausgesprochen. Nicht so der Vater, der beispielsweise den religiösen Menschen gegenüber eher skeptisch eingestellt war. „Er hat aus seiner Bildungssicht heraus“ Sätze geprägt wie: „Die, die dem Herrgott die Zehen abschlecken, peinigten die kleinen Leute.“ Der Vater hinterfragte bereits während der 1930er Jahre ideologisch den Umstand, dass Leute einerseits in der Kirche beten und sich andererseits sehr unsozial verhalten.

Das widerständige Gedankengut des Vaters war ein weiterer Grund, warum das Gespräch über ihn aus der Familie verdrängt wurde. Franz litt als Kind sehr unter diesem Schweigen. „Wenn zufällig wieder einmal wer etwas erzählt hat vom Vater, hat mich das seelisch sehr bewegt und dabei wurde der vermiste Vater auf der anderen Seite oft glorifiziert“. In der Zeit der Kindheit gab es einen Übervater, der auch religiös gefärbt war. „Wir waren in der Familie tiefgläubig.“ In der christlichen Religion ist Erhöhung oft gegeben: „Der Vater im Himmel [...] sieht alles, was du tust. Das stellt eine sehr direkte und begleitende Kontrolle dar.“ Erst nach jahrelanger Reflexion war es möglich, „ihn [den leiblichen Vater] wieder auf den Boden zu stellen.“ Vor dem klerikalen Hintergrund wird die Religion zur Kontrolle und zum Gehorsam missbraucht.

„Demokratische horizontale Elemente haben gefehlt“, es gibt „keine Gleichwertigkeit, damit auch keine freie Handlungsentscheidung. Es durfte nicht ausgeschert werden aus der vorgegebenen Linie.“ Zum Vater gab es als Kind ein ambivalentes Verhältnis: „Einerseits die Kontrolle, er sieht dich, du musst brav sein und das tun, was von dir verlangt wird. Andererseits erzählt dir dann wieder ein Bekannter, dass der Vater den Mut hatte anders zu sein, sich nicht gefügt hat und einen Funken von Querdenken in die Gegend gebracht hat. Selbst dem Nationalsozialismus hat er sich nicht untergeordnet und [nur] soviel angenommen, wie er es mit seinen inneren Werten vereinbaren konnte.“

Die interessantesten Geschichten waren für Franz Rohrmoser immer jene, wenn „die Verdrängung ein bisschen Löcher bekommen hat.“

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erhielt die Familie einen Brief aus Tschechien. Darin wurde mitgeteilt, dass ein tschechischer Diplomat, der in Moskau auf einem Flohmarkt alte Dokumente von Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg gekauft hatte, über Dokumente verfüge, die Kaspar Rohrmoser gehört haben. Der Zufall wollte es, dass dieser Mann „so sorgfältig“ war und die Familienadressen ausfindig machte. Unter den Papieren befand sich ein Dokument mit der Gemeindeadresse von Großarl. Franz Rohrmoser setzte sich mit einem Freund dieses Diplomaten, einem pensionierten Offizier, der deutsch sprach, in Verbindung. Unter den Dokumenten befanden sich Fotos von den Kindern und der letzte Brief (Nr. 36) der Ehefrau an die Front.

Die Angelegenheit gab Anlass für ein ergreifendes Ereignis. Franz Rohrmoser lud die Tschechen ein und veranstaltete mit ihnen gemeinsam eine Familienfeier. „Wir haben ja nie unseren Vater betrauern können und haben dann eine Gedenkfeier gemacht, nur mit diesem engeren Kreis der Familie und das war sehr berührend.“

Ein Grund, warum über den Vater in der Familie nicht gesprochen werden konnte, sieht Franz Rohrmoser in der Unsicherheit seines Stiefvaters, dieser habe nicht zugelassen, „dass über meinen Vater offen gesprochen werden hat können.“ Erst während der letzten zehn Jahre wurde das Schweigen aufgehoben. Franz Rohrmoser nimmt runde Geburtstage der Geschwister zum Anlass, im Kreis der Familie über den verstorbenen, vermissten und verdrängten Vater zu sprechen, um „ihn wieder in das Gedächtnis der Familie hereinzuholen.“

Die Mutter

stammt aus einer Wagreiner Familie. Wagrein liegt im nächstgelegenen Tal und wird von St. Johann im Pongau aus über den Berg erreicht. Die Familie waren „Keuschler“, d.h. der Hof war nicht groß genug um nur von der Landwirtschaft leben zu können. Der Vater war Zimmermann, die Landwirtschaft wurde aus heutiger Sicht im Nebenerwerb geführt. Damals war eine Landwirtschaft zu betreiben selbstverständlich, denn sie hatte in erster Linie die Aufgabe, die Familie zu ernähren. Der Hof der Familie der Mutter war nicht einmal groß genug, um alle Kinder zu ernähren, so dass die Mutter – als zweite Tochter – „ausgestiftet“ wurde. Sie kam als Kind auf einen Bauernhof in Großarl und wurde dort aufgezogen.

Die Mutter erhielt ab August 1944 keinen Brief mehr von ihrem Mann an der Front. „Man erzählt, sie sei vor allem nach dem Kriegsende oft am Fenster gestanden und hat runter geschaut, ob er nicht rauf geht.“ Bei Kriegsende hatte sie sechs Kinder, darunter ein Neugeborenes, die älteste Tochter war sieben Jahre alt. Trotz der Dienstboten war es eine „unglaublich schwierige Situation“ für sie. Bis 1950 bewirtschaftete sie den „kärghlichen Bergbauernhof“ mit den Kindern und den Dienstboten alleine. Das heißt, „sie musste auch die Rolle des Bauern übernehmen und die Arbeit anschaffen“. Der tragische Umstand einer trauernden und hart arbeitenden Mutter wie auch das Vermissten des Vaters prägte Franz Rohrmosers Kindheitsjahre, „diese ersten 6 Jahre von mir, diese verschwiegene, wartende, dumpfe Situation.“

Franz Rohrmoser hat sich in späteren Jahren mit der Tatsache auseinandergesetzt, welche Kraft seine Mutter und andere Nachkriegsfrauen hatten, um solche Situationen durchzustehen. In einem Artikel (Rohrmoser 1998: 9) über dieses Thema konnte er keine Begründung dafür finden, dass seine Mutter

ihre Eigenständigkeit und ihr Durchsetzungsvermögen sofort wieder aufgab, als sein Stiefvater ins Haus kam. Umgelegt auf die Landwirtschaft deutet Rohrmoser dieses Verhalten als einen Beitrag der Frauen zum Verschwinden der Subsistenzwirtschaft:

„Meine Kindheit war von der Kriegs- und Nachkriegszeit geprägt. Der Vater war seit Sommer 1944 vermisst. Die Mutter musste uns sechs Kinder – wir waren zwischen 1938 und 1945 geboren – sowie den Bauernhof mit Dienstboten alleine meistern. Sie organisierte die Almgemeinschaft und anderes, sie regelte die Arbeit mit den Dienstboten, löste geschickt Konflikte, die sich ergaben und es gab dank der in Krisenzeiten sehr bewährten Subsistenzwirtschaft zu essen, wir hatten also das Nötige zum Leben. [...] Obwohl der globale Agrarmarkt wächst, ist die Ernährungsfrage bisher weltweit noch bis zu 90 % in bäuerlichen Händen. Die Stärken dieser in vielen Ländern maßgeblich von Frauen getragenen Subsistenzwirtschaften sind aber nicht nur bedroht durch äußere Gefährdungen, etwa dem Wachstumstrend in der Landwirtschaft, dem Preisdumping, sondern auch durch das eigene verinnerlichte selbst schädigende Verhalten von Bäuerinnen und Bauern selbst. Dies verdeutlicht eine [...] Erfahrung aus meiner persönlichen Familiengeschichte: Als die Mutter nach rund siebenjähriger alleiniger Führung des Hofes und der Familie dann 1950 wieder geheiratet hat, hat sie plötzlich ihre ganze Eigenständigkeit wieder vergessen, sie hat sich nun völlig, als Frau, inzwischen 33 Jahre alt, ihrem zweiten Mann untergeordnet, der noch dazu sieben Jahre jünger war als sie. Sie verleugnete nun ihre hart erarbeitete Eigenständigkeit, sie war vorausseilend gehorsam, sie brachte ihre eigene Erfahrung nicht ein, sie ließ nun – zum Nachteil sowohl von uns Kindern als auch zu ihrem eigenen Nachteil und zu dem des jungen Mannes – ihn allein über uns alle verfügen.“

Durch den tschechischen Wirtschaftsdiplomaten kam ein Brief wieder in die Hände der Familie, den die Mutter ihrem Mann an die Front geschrieben, den er jedoch nicht mehr erhalten hatte. Darin schrieb sie, „wie sie die Arbeit einteilt und wie viele Kühe auf die Alm gehen und dass es Probleme mit den Nachbarn gibt auf der Gemeinschaftsalm und mit dem Forstmeister hatte sie verhandeln müssen.“ Sie schrieb auch darüber, wie sehr sie ihn vermisst und meinte, es wäre alles viel leichter, wenn er da wäre. Es bleibt ein allgemein verbreitetes Phänomen und Rätsel, warum die Nachkriegsbäuerinnen sobald ein Bauer im Haus war, ihre Selbständigkeit wieder aufgegeben haben.

Die Mutterrolle für die Kinder übernahmen in erster Linie die Dienstmägde. Zur Bäuerin gehörte lediglich die Haushaltspflicht, die wichtigen Mahlzeiten zu kochen. Die Wochenspeisekarte wurde jahreszeitlich variiert, da das gegessen wurde, was saisonal vorhanden war. Im bäuerlichen Speiseplan, der auch in einem Lied besungen wird, war Montag Knödeltag, Dienstag Nudeltag, Mittwoch Strudeltag, Donnerstag Fleischtag, Freitag Fasttag, Samstag war der Tag für Süßes, an Sonn- und Feiertagen gab es ein „Bratl“ - Schweinebraten. Die Mehlspeise am Samstag wurde aus dem eigenen Roggen zubereitet. Oft wurden Erdäpfel gegessen, es gab eigenes Sauerkraut und den ganzen Winter über gelagertes oder bevorratetes Gemüse, im Sommer frisches Gemüse. Grundnahrungsmittel war das „Roggenmehl, das wir selber angebaut haben.“ Weizenmehl wurde dazu gekauft. Es gab eine Gemeinschaftsmühle am Bach. Brot wurde am Hof gebacken. Die Mehlspeisen wurden aus eigenen Produkten (Butterschmalz, Eier, Mehl) hergestellt. Das Fleisch war von eigenen Schweinen, Hühnern und Schafen. „Wir sind soweit ganz gesund aufgewachsen und waren auch kräftige Leute. [...] Die Mutter war eine sehr gute Köchin, die Schwestern dann auch alle. Und wir haben immer zu essen gehabt und immer eine gute Küche.“

Franz Rohrmoser hat niemals Hunger leiden müssen. „Das war das Wunder dieser Subsistenzwirtschaft.“ Er hat sich auch später politisch damit beschäftigt. „Trotz großer Nachkriegsarmut hat es keinen Hunger gegeben.“ Wenn die Bäuerinnen bestimmen (können), bleibt auf einem Hof die Subsistenzwirtschaft erhalten. „Die Stärken der Subsistenzwirtschaft und die besondere Rolle der Frauen darin werden nun weltweit zunehmend bewusster.“ (Rohrmoser 1998: 10) In diesem Zusammenhang ehrt Franz Rohrmoser die Rolle der Bielefelder Frauengruppe um Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomson und Claudia von Werlhof, da sie einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, dass die Bedeutung der Subsistenzarbeit in den vergangenen Jahrzehnten den Menschen wieder mehr zu Bewusstsein gekommen ist.



Die Brüder Kaspar und Franz
Rohrmoser 1957 Foto: Familienarchiv

Die sechs Kinder der Familie Rohrmoser: Theresia, geboren im Dezember 1938, Kaspar, geboren im September 1940, Grete, geboren im August 1941, Genoveva im August 1942, Franz, geboren im Dezember 1943 und Anton, geboren im April 1945. Durch die zweite Ehe kamen sieben weitere Kinder dazu. „Wir wurden damit zu einer großen Familie. Die drei älteren Schwestern halfen der Mutter bis zu ihrer eigenen Heirat beim Großziehen der jüngeren Halbgeschwister.“ Die große Doppel-Familie führte jedoch auch zu neuen Konflikten. „Denn der Vater hatte noch 1942 ein Testament gemacht bevor er in den Krieg gegangen ist und darin festgelegt, dass der älteste Sohn Kaspar den Hof erben soll, wenn er nicht will, soll eine seiner Töchter Thresl, Greti oder Vevi den Hof übernehmen.“ Franz, der zweitgeborene, und Toni der dritte Sohn waren zum Zeitpunkt der Testamenterstellung noch nicht geboren. Der Vater verfügte darüber hinaus testamentarisch, dass allen Kindern die bestmögliche Ausbildung ermöglicht werden sollte. Die Ehefrau war durch das Testament nicht am Besitz beteiligt. Der vom Vater eingesetzte

Hofnachfolger, der älteste Sohn Kaspar, war nur fünfzehn Jahre jünger als der Stiefvater. Das mag einer der Gründe gewesen sein, warum ein latenter Konflikt darüber herrschte, wer den Hof weiterführen durfte. Der Stiefvater hoffte, der Erbe Kaspar würde freiwillig zurücktreten. „Und mein Bruder war nicht so einer, der das unbedingt an sich reißen wollte. Aber er spürte, dass das ein Auftrag ist, dass er die Rolle, die der Vater ihm testamentarisch zudedacht hat, erfüllen muss.“ Er wollte diese Idee der Familientradition weiter verfolgen „und hat auch viel daraus gemacht.“ Der Stiefvater Georg Gfrerer kaufte Ende der 1960er Jahre einen Bergbauernhof in einem abgelegenen Seitental von St. Johann im Pongau.

Anlässlich seines 60. Geburtstages im Dezember 2003 bat Franz Rohrmoser seine Tochter Brigitte, eine Malerin, die Szene zu malen, in der die Mutter mit sehnsüchtigen Blicken am Fenster steht und hofft, ihr Mann würde heim kommen. Die Kinder an den Rand gedrängt, weil sie zum Teil nicht verstehen, warum die Mutter so traurig ist. Die Traurigkeit schwebt wie eine dunkle Wolke über dem Bild. Tochter Claudia und Sohn Martin haben anlässlich des 60. Geburtstages einen Familienfilm gedreht, in dem dieses Bild eingebaut wurde.

1948 kam die jüngere Schwester der Mutter mit ihrer Tochter auf den Hof. Der Vater des Kindes von Tante Wabi (Barbara), wie sie von den Kindern genannt wurde, ist ebenfalls im Krieg gefallen. Diese Tante „hat eine sehr wichtige positive Stimmung herein gebracht, [...] sie war eine ausgesprochen gute Sängerin und sehr lustig und das hat die Familie und der Bauernhof sehr gebraucht. Das hat vor allem uns Kindern“ neben der durch die allzu viele Verantwortung hart gewordenen Mutter gut getan. Sie habe die schwierige Situation gut bewältigt, aber als Frau und als Mutter sei sie hart geworden. Hingegen gab es eine herzliche Fürsorge durch jene Magd, die für die Kinder zuständig war. „Diese wärmende Betreuung vom Kindermädchen Kathi betrachte ich als sehr wichtig für mich, denn die Mutter war zu der Zeit die strenge Bäuerin, die den Hof führen musste, wirtschaftlich und familiär.“

In den Erinnerungen kommt zum Vorschein, wie wichtig es war, wenn jemand Ziehharmonika gespielt hat und gemeinsam gesungen wurde. Mit den Liedern wurde die Traurigkeit vertrieben. Die Mutter wollte, dass gesungen wird, damit „sie selbst aus ihrer tristen Stimmung herauskommt“.

Franz flüchtete als Kind vor der Traurigkeit in das Basteln. Mit fünf hat er bereits begonnen, Bretterhütten zu bauen, in denen sich nur Kinder aufhalten konnten. Bereits damals kam ein Wesenszug zum Vorschein, der heute noch wichtig und bestimmend ist: Franz Rohrmoser ist ein Handwerker. Nicht nur vor der Traurigkeit wurde die Flucht angetreten. Die oft aggressionsgeladene Stimmung aufgrund der schwierigen Situation auf dem Hof versuchte der junge Franz „kreativ herauszuarbeiten“, indem er etwas gebastelt hat. Dieses Muster der Konfliktbewältigung war viele Jahre später wieder sehr hilfreich, als er nach einem Konflikt in der ÖBV begann, Webstühle für Chico-Hängematten zu entwerfen und zu bauen.

Der Stiefvater

Ab 1950 kam der Stiefvater Georg Gfrerer auf den Hof. Der leibliche Vater hatte am Bauernhof eine Werkstatt mit wertvollen Werkzeugen eingerichtet. Franz bastelte darin gerne. Der Stiefvater erlaubte dem Kind jedoch nicht länger, in der vom leiblichen Vater hinterlassenen Werkstatt zu gehen, „sie wurde versperrt.“ Der Bub kaufte sich fortan die Nägel für seine Basteleien beim Kramer. Das eigene Schlafzimmer wurde zur Bastelstube, sobald er sich nicht wohl fühlte, zog er sich in seine „Bastelstube“ zurück.

Der autoritäre Erziehungsstil des Stiefvaters machte das Leben für die Kinder nicht einfacher. Andererseits war der Stiefvater sehr tüchtig und setzte sich sehr für den Hof und die Familie ein. Er „war ein sehr frommer Mensch und aus seiner frommen Haltung heraus auch ein relativ autoritärer Mensch.“ Doch er „war kein gewalttätiger Mensch. Es brauchte keine Sanktionen mit Gewalt, [...] es hat keine Schläge gegeben, dafür andere Sanktionen. Die verbale Rüge hat gereicht.“ Oft hat allein der strenge Blick des Stiefvaters genügt. Er schaffte den Stiefkindern Arbeit an, und um sie zu bestrafen, teilte er ihnen unliebsame Arbeiten zu. „Das war verbindlich für uns, was er uns angeschafft hat. [...]. Wir waren selber religiös und religiös zu sein bedeutete, du musst folgen, das wurde bereits im Kindesalter verinnerlicht.“ Doch es gab auch Ausnahmen: „Ich habe mir einen Dietrich für die versperrte Werkstatt

gebaut, ich war ja immer schon ein Bastler. Wenn er auf die Alm hinauf gegangen ist, dann war ich schon in der Werkstatt, in der verboten.“



Franz, Kaspar und Anton Rohrmoser 1961

Foto: Familienarchiv

„Unsere Familie war gekennzeichnet durch Frömmigkeit. Das hat geheißen, obwohl der Schulweg eh eine drei Viertel Stunde in Anspruch nahm, war immer noch zuerst in die Kirche gehen angesagt. Fast alle Tage. [...] Der Stiefvater war sehr fromm. Also diese Frömmigkeit hat sich durch den ganzen Tag durchgezogen. Zuerst früh aufstehen, das hat geheißen: Aufstehen, dann noch helfen Butter rühren und dann noch in die Kirche gehen und erst dann in die Schule. Ein sehr früher Tagesbeginn. Und dann relativ bald, ab acht Jahren, auch schon nach der Schule Arbeiten verrichten wie Stallgehen, zusammenkehren, Tiere füttern, ausmisten, Schafe treiben und suchen, Kühe auf die Weide bringen. Auch am Sonntag gab es Stallarbeit. Das war so. Das war ein Haushalt mit beten und arbeiten unter Stiefvaters Regime.“

Die Unterschiede zwischen Tal- und Bergbauernkinder

Bereits in der Volksschule wurde der fünfjährige Franz mit den Unterschieden der Tal- und Bergbauern konfrontiert. Die Kinder von den Bergbauernhöfen gehen zwei bis drei Kilometer zu Fuß und kamen an manchen Tagen mit schmutzigen Schuhen und „bis an die Knie angespritzte Hosen“ in die Schule. „Wir waren auch einfach gekleidet. Und da hat’s dann [...] auch Spott gegeben von den besser gestellten Kindern im Dorf an die Kinder, die da vom Hof runterkommen.“ Die Bergbauernkinder werden von den Kindern der ortsansässigen Familien – Talbauern, Gastwirte, Kaufleute, Beamte – gehänselt. Es gab in Großarl zwei Schulklassen. In der A-Klasse „waren die Kinder mehr im Ort. Die waren frecher, die waren weniger schüchtern.“ In der B-Klasse die Bergbauernkinder. Franz ist noch keine sechs Jahre alt, als er die Schule beginnt und „ich war ein ziemlich schüchternes Kind. [...] So weit ich mich erinnern kann war das, ja, fast zu früh.“

Mit den Kindern besser gestellter Bauern war es „manchmal notwendig, auch das Geschick oder die Kraft zu zeigen. Man hat sich dann schon einmal stellen müssen, das ist dann durchaus gelungen.“ Franz Rohrmoser war „sicher kein Deklassierter, aber auch kein Frecher.“ Erst ab dem dritten, vierten Schuljahr gelang es ihm „sich den Frechen gegenüber zu behaupten, die in die Schranken zu weisen. [...] Das Bedürfnis, jetzt nicht den Schwächeren oder den Hansel zu machen, das zu überwinden, das war stark da.“ Die Schulzeit wurde mit schüchterner Zurückhaltung begonnen. Bis zum Ende - mit vierzehn Jah-

ren – hatte sich Franz sehr verändert. „Wir [die Familie Rohrmoser/Gfrerer] waren angesehen und haben uns behauptet.“ Wesentlich dazu beigetragen hat, „dass ich mit dreizehn Jahren, in der siebten Schulstufe, die Ortsmeisterschaft im Rodelwettbewerb der gesamten Schule gewonnen hab. Das war recht wichtig, sich zu behaupten.“

Ab dem dreizehnten Lebensjahr wurden die Bauernkinder auf Ansuchen im Sommer und im Herbst von der Schule befreit, damit sie bei der Arbeit zu Hause auf den Höfen helfen konnten. Das achte Schuljahr dauerte nur noch von November bis April. Während der gesamten Schulzeit war am Nachmittag die Schule nebensächlich, man habe auch viel weniger Hausaufgaben bekommen, als die Kinder heutzutage. „Also zuerst heimkommen von der Schule, natürlich ohne Schulbus, essen und dann arbeiten und dann Hausaufgabe, wenn’s eine gegeben hat.“ Es blieb nur wenig Zeit für Hobbys. „Es war ein arbeitsintensives Schulgehen.“

Bildungshunger und Widerspruchsgeist

Die von der Arbeit auf dem Hof geprägte Schulzeit entlässt einen Jugendlichen mit einem enormen „Bildungshunger“, der ihn mit seinem leiblichen Vater verbindet. Das war „in der Biografie einfach festgeschrieben.“ Die katholische Landjugend veranstaltete zur damaligen Zeit Seminare im 25 km entfernten Bildungshaus Goldegg. Franz Rohrmoser ist „eifrigst zu Kursen gefahren am Samstag und am Sonntag. [...] Das war meine Bildungsschiene, die ich dann nicht mehr aus den Händen gelassen habe.“

Franz Rohrmoser wollte Zimmerer lernen, doch das ging nicht, „weil ich zu Hause nicht abkömmlich war“, da der älteste Bruder Kaspar zu dieser Zeit die Landwirtschaftsschule besuchte. Er wurde „landwirtschaftlicher Lehrling, aber daheim beim Stiefvater.“ Er hat die Prüfung abgelegt in der Landwirtschaftsschule Bruck. Doch schon damals wollte er nicht Bauer werden, da sein Interesse für das Handwerk stärker war. Der junge, handwerklich sehr geschickte Mann „war trotzdem bekannt als einer, der zimmert und mauert.“ Er ist mit seiner „Werkzeugkiste das ganze Dorf abgegangen [...] als Handwerker. Das hat großen Respekt eingebracht.“ Von überall wurde er „geholt als Handwerker, ab dem 16. Lebensjahr.“ Mit 16 Jahren hat er „bei Verwandten in Eigenregie die erste Güllegrube gebaut“, er hat Hütten gezimmert, und „alles Mögliche“ gemacht.

Wenn seine Vorschläge vom Chef eines Handwerksbetriebes nicht akzeptiert wurden, „hat’s mich nie lange gefreut.“ Damals gab es Arbeit genug. Er habe jederzeit zu einem anderen Handwerksbetrieb wechseln können. „Wo man meine Meinung nicht akzeptiert hat, bin ich nicht gern geblieben.“ Ab Oktober 1963, mit knapp zwanzig Jahren, leistete er seinen Präsenzdienst beim Bundesheer. Dort wäre er gerne Sanitäter geworden. Doch da die Pferdekompanie Bauernsöhne bevorzugte, musste er zur Saalfeldner Pferdegruppe. „Das war ein rauer Trupp.“

Beim Bundesheer zeigte sich Franz Rohrmosers Widerspruchsgeist erneut. „Ich hab nie Befehle ertragen.“ Hier konnte er im Gegensatz zu den Firmen nicht mehr selbst bestimmen oder einfach wechseln. „Ich war in dem Alter schon relativ eigenständig.“ Daher wurde das Bundesheer „eine Zwanganstalt“ für ihn. Hätte es zur damaligen Zeit bereits den Zivildienst gegeben, hätte er diese Form des Staatsdienstes gewählt. Wenn jemand beim Kommando: „rechtsum“ linksrum dastand, dann war das Franz Rohrmoser. Nicht selten musste er vor der ganzen Kompanie zur Strafe Liegestütze machen.

Herrisches Befehlen „das hat mich gequält.“ Es gab große Unterschiede bei den Führungskräften. Wenn einer „mit dem Kopf Befehle erteilt“, wurde dieser von Franz Rohrmoser als Autorität anerkannt. „Ja, dem hab ich gut folgen können.“ Die anderen, als „Primitivlinge“ bezeichnet, erlebte er hingegen als „Tortur, das waren Folterstunden. [...] Aber, was ich damit ausdrücken will, ist, ich hab Befehle nicht ertragen. Mit mir musste man anders reden.“

Beim Bundesheer wurde es als eine Gruppenverletzung angesehen, wenn sich jemand dem Saufzwang nicht unterworfen hat. „Da hat’s Sanktionen gegeben. Und diesen Sanktionen hab ich dann auch damals irgendwie ausgeklügelt entgegengearbeitet.“ Gegen Ende des Monats hatten die meisten kein Geld mehr für Getränke. An einem sehr heißen Tag nach einem anstrengenden Marsch kaufte Franz Rohrmoser den Rädelsführern je ein Bier. Nach einem weiteren Saufritual sollten die vier „Querköpfe“, unter denen sich Franz Rohrmoser befand, schikaniert werden. „Und ich schau den Rädelsführern in die Augen um anzudeuten: Erinnert ihr euch an das Bier? Wie ihr das [ge]braucht habt?’ Die haben dann die Augen gesenkt und mich in Ruhe gelassen. Ich hab damit in diesen Jahren [...] trainiert wie man mit solchen Scheinbar-Zwängen umgehen kann, wo man dann immer schnell sagt, du bist ausgeliefert, musst mitsaufen. Das ist nicht wahr! Man kann auch in solchen Zwangsritualen Widerstand entwickeln.“

Auf zu neuen Horizonten

Zum elterlichen Bauernhof gehört eine hoch gelegene Alm mit einem „sehr schönen Ausblick“. Wenn er dort einen Rundblick auf 1800 Metern Seehöhe genoss, war das für Franz Rohrmoser gleichzeitig ein äußeres Zeichen für seinen „Weitblickhunger.“ Er fragte sich, was liegt dahinter, „geografisch und inhaltlich, politisch und gesellschaftlich. [...] Mir war das Tal langsam viel zu eng“. Vor allem „diese kleinkalibrige Weltordnung“ verursachte einen großen Hunger nach der großen weiten Welt. Das war der Ansporn für den Besuch der Kurse „bis nach Salzburg. Am Salzburger Mönchsberg oben hat’s dann immer wichtige Seminare gegeben. [...] Da erinnere ich mich, ich habe beim Bundesheer Zapfenstreich riskiert.“ Er bekam keinen Ausgang für das betreffende Wochenende und vereinbarte daher mit einem Kollegen, er solle für ihn lügen und behaupten, er sei beim Stalldienst. Tatsächlich war er bei einem Seminar in Salzburg. „So weit bin ich gegangen in meinem Bildungshunger.“ Die Kurse der katholischen Jugend „habe ich in mich hineingefressen“. Besonders begeistert war er von der katholischen Landjugendzeitung „Die Wende“. Darin wurden die ersten Entwicklungshelfereinsätze beschrieben und dokumentiert. „Und auf den Pfaden bin ich dann hängen geblieben. Das hat mich fasziniert.“ Im Alter von zweiundzwanzig Jahren besuchte er gemeinsam mit einem Freund einen Tiroler aus dem Zillertal, der von einem Entwicklungshelfereinsatz zurückgekommen war. Dieser war ein Bauernsohn wie Franz Rohrmoser. „Hab ich mir denkt [gedacht], mit dem kann ich mich identifizieren.“ Er interessierte sich für einen Entwicklungshilfeinsatz, dachte jedoch immer, dass er nicht genug Mut dafür hätte. Nach den Eindrücken, die der Tiroler erweckte, veränderte sich seine Einstellung: „Wenn der das geschafft hat, schaff ich das auch.“ Der Besuch führte dazu, dass die Entscheidung weiter reifen konnte.

Bevor die Brüder Franz und Anton Rohrmoser nach Brasilien aufbrechen konnten, mussten sie einen neunmonatigen Ausbildungslehrgang am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl absolvieren,

der ihm „nicht so sehr gefallen“ hat. Die Inhalte, die dort geboten wurden, waren für den Zweiundzwanzigjährigen bereits zu konservativ. Es hatte jedoch den Vorteil, dass hier Leute aus ganz Österreich zugegen waren. Bildung hat für Franz Rohrmoser immer auch mit Begegnungen zutun. Es geht dabei nicht nur um das Lernen, sondern auch darum, Menschen kennen zu lernen. Im Anschluss daran kam die Ausbildung zur Entwicklungshilfe im Bundesland Westfalen in Deutschland. Die Ausbildung dauerte ein halbes Jahr und beinhaltete drei Monate in Portugal, um portugiesisch zu lernen.

„Der Toni ist fast zu jung gewesen. Aber er wollte halt unbedingt mit mir mit.“ Besonders erfreut war Franz Rohrmoser über die Internationalität und die Ferne zur Heimat. „Westfalen, das war schon Ausland, großes Ausland für einen Großarler. [...] Das hat mich herausgebracht aus dem engeren Zirkel. Und dann Portugal war wieder eine ganz andere Welt. Das war Südeuropa.“ Überdies galt Portugal damals als reiche Kolonialmacht. Mosambik und Angola wurden erst 1975 unabhängig. Brasilien hingegen erwirkte seine Unabhängigkeit bereits 1825.

In Großarl gab es im November 1966 eine Entsendungsfeier. „Wie ein Brautpaar sind wir in der Kirche vorne gestanden, mein Bruder, der Toni, und ich und sind entsendet worden.“ Mit den Worten: „Gehet hin in alle Welt und lehret!“ Dieser missionarische Sendungsauftrag, dass von „unserer Kultur etwas mittransportiert“ werden sollte, irritierte Franz Rohrmoser später, als er begreifen musste, dass er als Lernender und nicht als Lehrender zu den Kayabi-Indios im Amazonasurwald im Norden von Mato Grosso in Brasilien gekommen war.

„Das hat gleich die ersten Monate in Brasilien eine Grundkrise verursacht.“ Die erste Aufgabe im Einsatzgebiet bestand darin, eine lange Reise in das Gebiet der Indios zu unternehmen. „Eine Flussreise hinein in unser Projektgebiet. Das war sehr, sehr schwierig zu erreichen. Diese Flussreisen waren sehr umständlich und gefährlich. Ungewohnt.“ Die Kayabi-Indios waren für die Reise auf dem Fluss unerlässlich, denn sie wussten, wo sich die bedrohlichen Felsen im Fluss befanden. Fährt man mit dem Motorboot gegen einen solchen Felsen, führt das unmittelbar zum Kentern, das wiederum den Tod bedeuten würde. Darüber hinaus war Regenzeit und es gab immer wieder schwere Regengüsse. „Es ist zwar heiß, aber nichts wird trocken, weil die Luft so feucht ist. Wie man übernachtet, wie man Feuer macht aus dem nassen Holz, wie man da die Hängematte anhängt und wie man überhaupt zurechtkommt. Weil man aufpassen muss auf die Viecher [Tiere]. Giftige Ameisen, wenn dich eine beißt, dass du schreist vor Schmerzen und wie man durchkommt mit primitivsten Mitteln. Auf einmal waren wirklich, im wahrsten Sinne des Wortes, wir die Lernenden von den Indianern. [...] Wir waren ausschließlich Lernende, um zu überleben. Auf das waren wir aber seelisch nicht vorbereitet. Jetzt hat in mir ein Kampf begonnen. [...] Aber ich habe dann doch die Sensibilität und die Kraft gehabt, das zu begreifen: Jetzt bist du der, der einmal lernen muss, da zu überleben. Und dieser Prozess war unglaublich heilsam.“ Es ermöglichte eine fruchtbare Arbeit während der kommenden dreieinhalb Jahre.

Der österreichische Jesuitenpater Johann Dornstauder, ein gebürtiger Welser, war während des Aufenthaltes der Brüder Rohrmoser ihr Einsatzchef. Im Nachhinein betrachtet empfindet Franz Rohrmoser die dreieinhalb Jahre in Brasilien als „eine sensibilisierende Ausbildung mit einem Friedensstifter, der dort nachhaltig Frieden geschaffen hat. [...] Dieser Dornstauder hat uns eingeweiht in die Kriegsprobleme der Indianergebiete in den [19]50er und [19]60er Jahren.“ Damals war der Großteil der Indio Stämme in diesem Gebiet von der Ausrottung bedroht. „Dornstauder hat diesen Stämmen, die heute noch leben, das Überleben ermöglicht. Nicht mehr und nicht weniger. Der war wirklich ein

Friedensstifter, obwohl er ein eher konservativer Kirchenmann war. Aber dieser Teil hat mich fasziniert an ihm.“ Frieden gestiftet werden musste zwischen den Indios und den Gummizapfern⁴⁶. Es herrschte ein „Revolverheldentum, ohne Polizei, ohne Justiz. Wer einem nicht gepasst hat, ist abgeknallt worden. Das hat keine Folgen gehabt. Solche Leute haben wir auch kennen gelernt.“ Indios wurden nicht nur von den Weißen, sondern auch von gekauften Indios anderer Stämme getötet, nachdem sie in den Gummizapfplantagen gearbeitet und bevor sie ihren Lohn dafür erhalten hatten. Die Tatsache, dass Indios andere Indios töteten schürte überdies den Hass zwischen den einzelnen Stämmen.

Während der Reise ins Projektgebiet erzählte Pater Dornstauder den jungen Brüdern die Geschichte über den Krieg, der in diesem Gebiet herrschte. „Wir waren plötzlich mitten im Krieg als Entwicklungshelfer.“ Mit der Bezeichnung Krieg meint Rohrmoser den Vernichtungskrieg der Weißen gegen die Indios. „Diese extreme Lage hat man in Wien nicht begriffen, die hätten uns da nicht hinschicken dürfen. Ich war später selber für Afrika Einsatzleiter für Entwicklungshelfer[Innen]. Ich hätte Leute nie in ein Gebiet mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen geschickt. Wenn du da nicht aufpasst, ein falsches Wort sagst, liegst selber tot da.“ Eines Tages fragte ihn ein deutschsprachiger „bis auf die Zähne bewaffneter Revolverheld“, warum er keine Waffe trage. Seine Antwort sei gewesen: „Wenn ich dir gegenüber stehe, nutzt mir das gar nichts. Ich bin nicht so brutal und schieß als erster. Und hab verwiesen auf die Friedensfahne, weil mein Chef war ja der Friedensstifter. Wir waren ja sozusagen das Rote Kreuz. Das ist die Lösung. Ich gehör da dazu. Wir wollen Frieden. So musste man sich da behaupten. Mit einem anderen Weg.“ Es war ein Nachkriegsgebiet, vergleichbar mit „Bosnien-Herzegowina, wo der Colt, der Revolver immer noch leicht sitzt. Und wenn keine Friedenstruppe als Vermittler da ist, kracht es. So war das.“ Die wesentliche Arbeit war „nachträglich gesehen die Unterstützung von einem, ein paar Jahre früher geschlossenen Friedensprozess, so wie die Blauhelme.“ Das war jedoch nicht die definierte und bezweckte Aufgabe. „Das hat man damals gar nicht abgesprochen in der Einsatzleitung, weil das nicht bewusst reflektiert worden ist.“

Es gab während der dreieinhalb Jahre keinen Heimaturlaub. In Brasilien selbst wurde Urlaub gemacht, weil es zwischendurch immer wieder notwendig war, raus zu kommen. Für eine Reise oder auch zum Einkaufen. Nur ein bis zweimal im Jahr, denn die Fahrt in die nächste Stadt beanspruchte sehr viel Zeit. „Wir waren da die erste Truppe und das hat uns mehrmals an die Grenzen des Überlebens gebracht. Zufällig kein Blinddarmdurchbruch, weil den hätten wir nicht überlebt, weil wir so schnell nicht rauskommen wären.“ Der Bruder überlebte den Biss einer Giftschlange nur knapp.

Nach den ersten fünf Monaten fühlte sich Franz Rohrmoser als „Urwaldmensch“, er hatte „einige Tage gebraucht“, um sich „in der Zivilisation der Stadt wieder zurechtzufinden.“ Ganz zu schweigen von der Heimkehr. Franz Rohrmoser erzählt, es habe ungefähr ein halbes Jahr gedauert, bis er sich in Österreich wieder eingelebt hatte.

Ende der 1960er Jahre hatten sich die Zeiten sehr verändert. In Europa betrat die 68er Bewegung die Bühne der Öffentlichkeit. Auch die Kirche war noch von der Aufbruchstimmung ausgehend von Johannes XXIII. geprägt. Es gab Fachzeitschriften vor allem in Lateinamerika über eine neue Bewegung in

46. Weiße Kolonialisten gewannen Gummi, dh Naturkautschuk aus dem Milchsafte (Latex) des Kautschukbaumes.

der Kirche in Richtung „Identifikation mit den Armen“. Die so genannte Befreiungstheologie forcierte „eine Ausbildung der Armen, damit sie ihre Würde begreifen und sich selber schützen und sich selber organisieren lernen. Also Demokratisierungsprozesse.“ Anfangs, während des Krieges der Weißen gegen die Indios, war nur Pater Dornstauder im Kriegsgebiet als Friedensvermittler im Einsatz. Als Franz Rohrmoser 1970 das Land verließ, war der Pater bereits von mehreren Jesuitenpatres umgeben, die ihn in seiner Mission unterstützten.

Einer dieser als Befreiungstheologe ausgebildeter Jesuit war Egidio Schwade, ein deutschstämmiger Südbrazilianer, mit dem sich Franz Rohrmoser angefreundet hatte. Dieser war in der Befreiungsbewegung aktiv tätig und für die EntwicklungshelferInnen im Land eine Art Vorbild. „Die Jesuiten vertraten ursprünglich die Auffassung, man bildet die Söhne der Oberschicht aus, die kommen dann in die Politik und verbreiten von dort aus eine ethische, soziale Politik. Das war die altjesuitische Elitenphilosophie, die in Brasilien stark vertreten war. Im Zuge der neuen südamerikanischen Bewegung der Befreiungsideologie haben junge Jesuiten, darunter Egidio Schwade, innerhalb ihres Ordens eine Gegenstrategie entwickelt: Man muss sich mit den Armen identifizieren, um die Beteiligten und Betroffenen in ihren eigenen Lösungsprozessen zu unterstützen“ (vgl. Freire 1998). „Diese Prozesse faszinierten mich. Dieser Egidio Schwade wurde neben Dornstauder zum zweiten wichtigen Lehrmeister, die mein Leben nachhaltig beeinflussten. Jetzt sieht man, wieso diese Erfahrung dann für mich so wichtig war.“ Diese Erfahrungen in Brasilien gab den Anstoß zur späteren Gründung und politischen Arbeit in der ÖBV.

Auf der Heimreise von Brasilien erhielt Franz Rohrmoser gemeinsam mit Egidio Schwade in Sao Paolo Unterkunft bei Ordensleuten der Dominikaner. Die Stimmung dort war sehr getrübt. Am Tag davor war einer der Dominikanermönche von der Militärjustiz abgeholt worden. „Sie haben gewusst, er wird jetzt gefoltert. Und das war so ein Schock. Weil du das plötzlich aus der Betroffenheit erlebst. Da bist du in einer Runde, wo einer abgeholt wird. So hautnah.“ Egidio Schwade meinte damals, die Jesuiten seien in der Oberschicht Brasiliens noch gut verankert und daher vor Folter der Militärregierung besser geschützt als die Dominikaner. Die Militärregierung verurteilte „subversive Kräfte“, die die Unterschicht mobilisieren wollte, zu Gefängnis und Folterung.

Franz Rohrmoser resümiert: „Ja, und so bin ich dann wieder mit dem Schiff heimgefahren, mit diesen Erfahrungen. [...] Aus dem gesamten Zusammenhang der dreieinhalb Jahre Aufenthalt in Brasilien gesehen, sind in mein ursprüngliches religiöses Gebäude diese neuen Linien reinkommen, die Aufklärung von meinem Freund Egidio Schwade über die Befreiungsbewegung und die Friedensarbeit vom Pater Dornstauder.“

Im Jahr 2003 lud Franz Rohrmoser seine Familie in das frühere Projektgebiet ein, um zu zeigen, wo er und sein Bruder Anton als Entwicklungshelfer tätig waren. Es ging bei dieser Begegnungsreise im Wesentlichen darum, an das Friedenswerk von Pater Dornstauder, das in Vergessenheit zu geraten schien, zu erinnern. „Was Besseres habe ich meinen Kindern nicht zeigen können. Das hat sie hoch interessiert.“ An der zweiten Reise im darauf folgenden Jahr nahm nicht nur die Familie, sondern eine Gruppe ÖsterreicherInnen und BrasilianerInnen teil. Tochter Claudia, eine Filmemacherin, und Sohn Martin, angehender Tontechniker, erstellten einen Dokumentarfilm über diese Reise und deren Hintergründe. Es war für die gesamte Reisegruppe sehr berührend, wenn alte Menschen unter Tränen erzählten, dass Pater Dornstauder sie als Kinder unter Einsatz seines eigenen Lebens über die Steppe getragen und gerettet hatte. Achtzig Kilometer habe er sie über eine Steppe getragen, und er wäre

dabei selbst beinahe verdurstet. Die Eltern der geretteten Kinder waren an Grippe oder Masern gestorben, Krankheiten, die von den Weißen eingeschleppt wurden und für die Indios tödlich waren. Die Krankheitserreger wurden später auch bewusst als biologische Waffe eingesetzt, „ein Teil der Ausrottungsstrategie“. Wären die Indiokinder nicht in ein Internat gebracht und von Schwestern aufgezogen worden, wären sie ebenfalls gestorben. Die Überlebenden kehrten später zurück in ihre Dörfer und leben, wie die Begegnungsreise zeigte, zum Teil heute noch.

Beim Besuch 2003 fiel Franz Rohrmoser auf, dass während der 1960er Jahre im Einsatzgebiet in Brasilien noch „schwerer Urwald“ war. Heutzutage wird in diesem vor Jahren abgeholzten Gebiet großflächig Ackerbau betrieben mit Soja, Baumwolle, Mais, Bohnen und anderen Früchten für den Weltmarkt. Intensivlandwirtschaft, erkennbar daran, dass es keine Erosionsschutzstreifen gibt. Der Amazonasboden ist sehr seicht und erodiert daher sehr schnell. Das hat zur Folge, dass das Klima und die Luft sich verändert hatten. Der Wind verbläst den Sand. „Wenn es so weitergeht“, fürchtet Rohrmoser, dass „in Brasilien ein neues Sahelgebiet entsteht.“ Ein wichtiger Zusatz: „Dort wo die Indianerschutzgebiete beginnen, dort beginnt der unversehrte Urwald mit seiner tausendfachen Vielfalt. Hier findet Naturschutz und Artenschutz statt.“ Die Indianerschutzgebiete wurden von Nicht-Regierungsorganisationen eingefordert, denn der staatliche Indianerschutzdienst hatte „versagt.“ Diese „Area Indicina“ sind Flächen der Eingeborenen, vermessene Gebiete, die im Justizministerium rechtlich abgesichert und in Landkarten eingetragen sind. Diese Gebiete „sind Gott sei Dank relativ groß. [...] Somit haben die Kämpfer für die Rechte der Indios, wie Pater Dornstauder, durch ihre Arbeit letztlich auch nachhaltigen Naturschutz betrieben“⁴⁷.



Franz Rohrmoser besuchte mit seiner Familie nach mehr als dreißig Jahren sein Entwicklungshilfeinsatzgebiet in Mato-Grosso in Brasilien und traf Kayabi-Indios, die er zum Teil noch aus der Zeit seines Einsatzes kannte. Fotos: Familienarchiv, 2003

Die politische Aktivität

Wieder in Österreich, musste Franz Rohrmoser gesundheitlich „wieder saniert werden“. Die Leber war durch die häufige Medikamenteneinnahme, vor allem gegen Malaria, lädiert. Die ersten vier

47. Diese Problematik wird im Dokumentarfilm von Claudia Rohrmoser 1994: „Wege der Hoffnung, im Urwald Brasiliens“ aufgezeigt.

Monate war er angemeldet und angestellt bei seinem Schwager, Ehemann der ältesten Schwester. Während dieser Zeit baute er einen Stall für den Bergbauernhof der Schwester und des Schwagers. „Meine Schwester Thresl hat mich gesund gepflegt mit Schonkost. Hat mir unglaublich gut getan. War familiär aufgehoben und bin wirklich wieder gesundheitlich auf die Beine gekommen. Das war zur Integration das Beste, zur Reintegration daheim.“

In dieser Zeit ergab es sich, dass in der Diözese Salzburg der Posten eines Diözesansekretärs für die Katholische Landjugend im Land Salzburg angeboten wurde. Mit der Landjugend fühlte sich Franz Rohrmoser durch das breite Bildungsangebot, das er als „bildungshungriger“ Jugendlicher in Anspruch genommen hatte, noch immer verbunden. Daher konnte er das Angebot, diese Stelle anzutreten, nicht ausschlagen. Als rückgekehrter Entwicklungsarbeiter war er für das Bildungswerk unterwegs und berichtete in Lichtbildvorträgen von seinen Erfahrungen in Brasilien. Im September 1970 trat er seine neue Stelle an. „Plötzlich saß ich am Schreibtisch.“ Der Handwerker Franz Rohrmoser wurde bald unruhig. Bis dahin hatte er immer etwas geschaffen durch seine Arbeit. „Ich kam mir drei Monate umsonst vor, so als hätte ich nichts getan. Diese Umstellung, die war schwerer als ich geglaubt hab.“

Doch mit der Zeit gewöhnte sich Franz Rohrmoser an seinen Schreibtischjob und nutzte die Zeit wieder für Weiterbildung. Als Angestellter der Diözese konnte er sowohl selbst Seminare organisieren als auch an diversen Weiterbildungen teilnehmen. Diesbezüglich war „die Kirche immer sehr großzügig. Das war für den neuen Bildungshunger gut.“ In der Kirche herrschte Anfang der 1970er Jahre noch immer Aufbruchsstimmung durch das II. Vatikanische Konzil und durch Johannes XXIII. Einerseits gab es die Verbindungen zu den Kaplänen in den Dörfern, andererseits wurde er als Landessekretär und ehemaliger Entwicklungsarbeiter bereits nach einem Jahr in die Bundesebene eingebunden und dort aufgrund internationaler Erfahrungen zum Europasprecher der Katholischen Jugend Land gewählt, „weil ich eben draußen war in der Welt.“ Die Funktion bei der europäischen Landjugend MIJARC⁴⁸ eröffnete die Teilnahme an Seminaren in ganz Europa. Im zweiten Jahr wurde er einer der Bundesvorsitzenden der katholischen Landjugend.

Politische Arbeit in der Kirche

Sein wichtigstes Interesse galt der Umsetzung der Befreiungstheologie in Österreich. Daher war er auf der Suche nach Leuten, die die Philosophie der Befreiungstheologie aufgreifen und hierzulande umsetzen wollten. Wer will unter Beteiligung der Betroffenen Lösungsprozesse erarbeiten? Wo gibt es eine „Identifikation mit den einfachen Leuten“, denen man zutraut, „dass sie auch etwas können.“ Aufgrund seiner Biografie scheint dies ein logischer Schritt zu sein.

Als Rohrmoser ein Seminar mit dem deutschen Trainer Stefan Karlstetter zum Thema Gemeinwesenarbeit und Beteiligung von Betroffenen in Salzburg organisierte und selbst daran teilnahm, wurde mit der Zeit deutlich, dass ihn nur noch die politische Seite der Landjugendarbeit interessiert. Immer weniger die theologische, spirituelle, meditative Strömung, „wo gute Prediger ganze Meditationswochenen-

48. MIJARC bedeutet Mouvement Internationale de la Jeunesse Agricole et Rurale Catholique. Es ist die Internationale Katholische Land- und Bauernjugendbewegung, die sich seit ihrer Gründung 1954 in Belgien für die Verbesserung der Lebensumstände Landjugendlicher weltweit einsetzt.

den auf der Wiesen, im Winter halt in riesigen Sälen mit Landjugendlichen veranstaltet haben. Und die haben halt nur meditiert.“

Im Gegensatz dazu hatte der MIJARC-Sprecher und zweite Vorsitzende im Bundesvorstand der katholischen Landjugend (Franz R.) „angefangen, agrarpolitische Arbeitskreise zu bilden. Den ersten in Salzburg, wo ich selber gearbeitet hab, Arbeitskreis Land.“ Die Schlussfolgerungen wurden direkt abgeleitet aus den Erfahrungen der brasilianischen Bewegung: „Was haben wir für Probleme? Analyse unserer eigenen Situation. Wo stehen wir und was könnten wir selber machen?“ Ausgangspunkt war der Leitgedanke, „die Jugendlichen sollen sich beteiligen und sich in die Politik einmischen und nicht mehr nur Befehlsempfänger sein.“

Das war eine Vorstufe für den späteren Regionalentwicklungsansatz, der ab 1979 aus dem Bergland Aktionsfonds forciert wurde und in den Strukturen der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Regionalentwicklung (ÖAR) seine Festigung und Österreich weite Verbreitung fand.

Es kam zu „Kampfabstimmungen“ zwischen den Vertretern der meditativen, spirituellen Richtung und der politischen Arbeit in der katholischen Landjugend, aus der das „Projekt Land“ in Salzburg hervorging. Der Arbeitskreis zu diesem Projekt konnte sich etablieren. Daraus entstand unter anderem die Zusammenarbeit mit Robert Zehetner, der in diesem Arbeitskreis mitarbeitete. Aufgrund der Tatsache, dass sich bereits während der 1960er und 1970er Jahre viele Bauern durch die (Über)Mechanisierung verschuldeten, war eines der ersten Schwerpunktthemen des Arbeitskreises die Gründung von Maschinenringen. In dieser Organisation ist es heute noch möglich, dass Maschinen überbetrieblich eingesetzt werden. Dazu war es erforderlich, dass Menschen sich gemeinsam organisieren und eine Verbesserung ihrer Situation selbst in die Wege leiten. Folglich handelte es sich um eine Bewegung von unten, die von Seiten der katholischen Landjugend offiziell unterstützt werden konnte. Die Arbeit in der katholischen Landjugend war für Rohrmoser das Übungsfeld für die spätere Arbeit in der Österreichischen Bergbauernvereinigung ÖBV.

In jedem Bezirk des Landes wurden Großveranstaltungen organisiert mit drei- bis vierhundert Teilnehmenden. „Und dann haben wir damals schon systematisch gearbeitet bei solchen Veranstaltungen.“ Die Informationsveranstaltung verfolgte den Zweck, Interesse zu wecken. Wer bereit war, etwas zu tun, konnte sich bei den Veranstaltern melden. Daraufhin wurde in jedem Bezirk mit genügend Interessenten ein Gruppentraining organisiert. Trainer war der erste Bildungsreferent der ÖBV Stefan Karlstetter. In diesen Trainings wurde gemeinsam mit den Bauern vor Ort herausgearbeitet, wie sie sich selbst organisieren können. Es war erforderlich, einen Verein mit Statuten zu gründen und einen Vorstand zu bilden. Damit war ein Maschinenring als „eine Bewegung von unten“ gegründet.

„Mich hat das fast den Posten gekostet“, denn der Seelsorgeamtschef in Salzburg war ein spiritueller Mensch, „dem hat meine politische Arbeit überhaupt nicht gepasst. Das ist so weit gekommen, dass der Kammeramtsdirektor der Landeslandwirtschaftskammer Salzburg vorstellig worden ist beim Bischofsamt. Was habt ihr da für einen Landjugendsekretär? Der wühlt soviel auf.“ Es war bereits von Kündigung die Rede. Doch dann wurde Franz Rohrmoser von Kollegen unterstützt. Trotzdem wurde der Job zu einem „dauernden Nervenkrieg.“

Es war „im Grunde nichts anderes als ein Demokratisierungsprogramm am Land“. Die autoritären Strukturen in den Familien und in der Politik wurden erstmals öffentlich angesprochen. Bewusst wurde

die private Sphäre mit eingeschlossen, denn die Muster in den Familien wurden als die Keimzelle der Muster auf politischer Ebene angesehen. Erstmals wurde der Generationskonflikt auf Bauernhöfen diskutiert. Es wurde darüber gesprochen, dass ein junges Bauernehepaar nicht innovativ sein kann, wenn es mit dem Altbauernehepaar in einem Haushalt zusammen lebt. Wenn hingegen der Haushalt zwischen Jung und Alt getrennt wird, können sich die Jungen besser „rühren“ [sich selbständig bewegen und freie Entscheidungen treffen]. Ansatz war es, „im Privaten und Kleinen zu üben, und dann politisch umzusetzen.“

Die Gründung der ÖBV⁴⁹

Die politische Arbeit (Bildung von Arbeitskreisen, Gründung von Maschinenringen, Angebot von Seminaren, beispielsweise über den Generationskonflikt auf Bauernhöfen) organisierte Franz Rohrmoser als Sekretär der katholischen Landjugend. 1973 trat der Bildungschef der katholischen Sozialakademie, Peter Gruber, an Franz Rohrmoser heran mit den Worten: „Franz, ich hab was für dich. Es kommt ein Mann zu mir in die Sozialakademie und beklagt sich, dass er für sein Vorhaben, eine österreichische Bergbauernvereinigung zu bilden, keine Leute findet, die ihm da helfen.“ Dieser Mann war Franz Stummer von der Abteilung für Bergbauernfragen der Präsidentenkonferenz. Stummer war aufgefallen, dass zwar „soviel von den Bergbauern geredet wird, aber wenn’s um die Geldverteilung geht und wenn’s um die wirklichen Probleme geht, wird nur wenig für die Bergbauern getan.“ Die Agrarpolitik wurde von den Großbauern im Osten Österreichs bestimmt, die Bergbauernhöfe erhielten keine wirkliche politische und monetäre Unterstützung seitens der Präsidentenkonferenz.

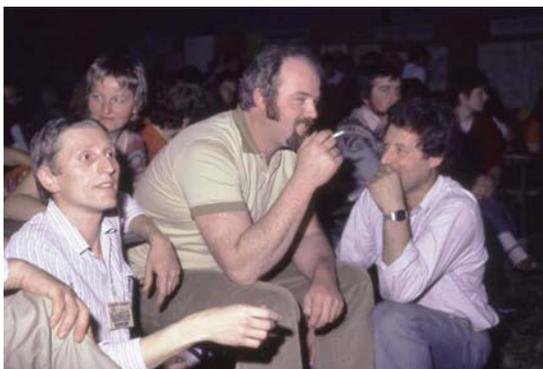
Bereits einen Monat später fand das erste Treffen an der Sozialakademie in der Schottengasse in Wien statt. Damals mit dabei war Walter Tausch, ein Politologe und späterer Sektionschef im Landwirtschaftsministerium. „Der Walter hat meine Vorhaben dann immer auch politologisch untermauert. Das war immer für mich wichtig.“ Es ging um eine Art wissenschaftliche Begleitung der politischen Aktionen. Als Walter Tausch nach Mannheim ging, stellte er den Kontakt zwischen Franz Rohrmoser und Josef Krammer, Günter Scheer, Luise Fornleitner wie auch Karl Bochsichler her, die in der Folge die wissenschaftliche Begleitung des Organisationsprozesses zur Unterstützung der Berglandwirtschaft übernahmen (Krammer et al. 1978).

Mit der Gründung der Österreichischen Bergbauernvereinigung wurde „ja schon ins Agrarsystem eingegriffen“. Denn die versammelten, engagierten Gründungsbauern und die ersten Vorstandmitglieder „waren Leute aus der katholischen Bildungselite, die bis dato immer automatisch Nachwuchskräfte im Bauernbund wurden. Jetzt gehen die plötzlich einen eigenen Denkweg. Das ist ja im doppelten Sinne gefährlich fürs System. Man nimmt dem Bauernbund a) die besten Führungskräfte weg und b) bilden die eine eigene, unabhängige Denkschule und Organisation.“ Natürlich gab es aufgrund dessen Befürchtungen seitens des Bauernbundes, dass diese Führungskräfte etwas gegen die Linie des Bauernbundes unternehmen würden.

49. Vgl. Rohrmoser 2004

Als zweiter Vorsitzender der österreichischen katholischen Landjugend wurde Franz Rohrmoser gewählt, die Strukturen der Landjugend für die Gründung einer Bergbauernvereinigung zu nutzen. Die Sozialakademie stellte die gesamte Kartei ihrer Führungskräfte in ganz Österreich zur Verfügung. Darunter war beispielsweise der spätere Obmann der ÖBV und Mühlviertler Biobauer August Steyrl. Auf Kosten der Landjugend besuchte Franz Rohrmoser jeden einzelnen Bauern selbst und lud ihn persönlich zum Gründungsseminar ein.

Die katholische Sozialakademie richtete eine Kommission ein zur Erforschung der Bergbauernprobleme. Daraus entstand 1975 die Broschüre: „Zur Situation und Zukunft der Bergbauern in Österreich“, herausgegeben von der Katholischen Sozialakademie, unterschrieben von Kardinal Franz König.



Franz Rohrmoser (re) Sepp Ammerstorfer (Mitte) und Ambros Pree (li, Geschäftsführer der ÖBV nach Rohrmoser) bei der Jubiläumsfeier „Den Stein ins Rollen bringen - 10 Jahre ÖBV“ am 7. Juli 1984 in Ternberg

Foto: Josef Krammer

Neu an der ÖBV war, dass erstmals ein Widerstand gegen die landläufige Agrarpolitik des Bauernbundes organisiert wurde. „Wir haben das aber nicht als Widerstand organisiert, sondern als neue Denkübung. Und es war getragen vom Segen der Kirche. Das tut ja noch einmal weh.“ Dem Bauernbund, der sich selbst der Kirche verbunden fühlt.

Für Franz Rohrmoser, damals gerade 30 Jahre alt, war dies eine schwierige Zeit. Die Ehefrau Hilde Rohrmoser war anfangs nicht geneigt von Salzburg nach Wien zu übersiedeln. Er selbst musste seine Arbeitstelle kündigen und sich auf ungewisse Verhältnisse in der ÖBV einlassen. „Ich stand verzwickelt da.“ Die Frau konnte überredet werden, sich in Wien eine Arbeitsstelle zu suchen. Dabei half Franz Stummer, die Krankenschwester in einem Kinderspital unter zu bringen. „Da war er gut, der Stummer, er hat seine Freunde gehabt.“ Somit hatte die Ehefrau vor ihm selbst eine Stelle, die der jungen Frau noch dazu besser gefiel. In Salzburg hatte sie sich ein Rückenleiden zugezogen, weil sie immer wieder schwere PatientInnen heben musste. „Und in Wien hat sie Kinder betreut und ist aufgeblüht.“ Franz Rohrmosers Schluss: „So ist es, wenn du was riskierst.“

Doch als die erste Tochter Brigitte ein paar Monate alt war, wurde die Stadt für Hilde Rohrmoser untragbar. Mit einem kleinen Kind im 10. Wiener Gemeindebezirk, „wo der Aufzug so eng war, dass sie den Kinderwagen klappen hat müssen, Waldmüllerpark, der einzige Park in der Nähe, voller Hundescheiße war, dass du aufpassen hast müssen, und wo die alten Leute Kinder nicht ertragen haben. Das war für ein Bauernmädchen mit einem Kind unerträglich. Da haben wir möglichst bald einen Weg gesucht, um das Büro aufs Land“ zu verlegen. Die Familie zog nach Thalgau im Bundesland Salzburg

und Franz Rohrmoser pendelte bei Bedarf nach Wien. Es wurden jedoch auch Sitzungen in Thalgau abgehalten.

Als die ÖBV am 24. Jänner 1974 gegründet wurde, gab es noch keinerlei Förderung für die junge Organisation. Das bedeutete, dass Franz Rohrmoser nach der Kündigung von der Landjugend kein Entgelt für seine Bautätigkeiten der ÖBV erhielt. Franz Stummer stellte den Kontakt zum Bundeskanzler Bruno Kreisky her, um die Förderung der Organisation durch öffentliche Gelder voranzutreiben.

Der Hahnenkampf

Zwischen Franz Stummer und Sixtus Lanner, damals Bauernbunddirektor, bestand bereits seit der Studienzeit an der Universität für Bodenkultur eine Rivalität. Angetrieben durch diese Rivalität sollte für Stummer die beabsichtigte Gründung der ÖBV eine Gegenorganisation zur angestammten Interessensvertretung des Bauernbundes werden. Die Mitglieder für die Organisation zu werben, sollte Rohrmoser übernehmen. „Wenn das Schiff groß genug ist“, würde Stummer als Direktor einsteigen. Doch Franz Rohrmoser durchschaute die persönlichen Motive Stummers: „Da werden die Bauern ja wieder missbraucht.“ Denn die Rivalität zwischen Stummer und Lanner bewegte sich in Franz Rohrmosers Augen mehr auf der persönlichen, als auf der politischen Ebene. „Beide waren spät studierende, ehrgeizige Bergbauernsöhne, die neben der Arbeit am elterlichen Hof die Mittelschule gemacht hatten, und beide machten gleich nach ihrem Studium Karriere.“ Es bestand die Gefahr, dass eine Gruppe engagierter Bauern „zum Zweck eines Hahnenkampfes zweier Ehrgeizlinge verheizt wird.“

Als das Gründungsseminar der österreichischen Bergbauernvereinigung in Strobl im Dezember 1973 – noch unter der Schirmherrschaft der katholischen Landjugend – stattfand, war Franz Stummer als Hauptreferent geladen. Strategisch wurde gemeinsam mit Walter Tausch überlegt, wie die politische Linie Franz Stummers „ohne seinen autoritär manipulativen Stil“ eingebracht und positiv genutzt werden konnte. Zum Seminar wurde ein Kommunikationstrainer eingeladen, der spezialisiert war auf demokratische Abläufe in Diskussionen und politischen Veranstaltungen.

Als Franz Stummer am dritten Tag kam, soll August Steyrl, der als geradeheraus bekannt ist, in der Diskussion gesagt haben: „*Was Gleiches brauchen wir nicht noch einmal, wo die von oben her anschaffen.*“ Er meinte damit eine Kopie des Bauernbundes. Damit war klar, dass die treibenden Kräfte in der Bauerngruppe um Franz Rohrmoser keine Opposition zum Bauernbund anstrebte, wie sie Franz Stummer erwog.

Die Gründung der ÖBV im Jänner 1974 löste im Bauernbundvorstand „einen gewissen Schock aus.“ Bauernbundpräsident war Minkowitsch, Generalsekretär Brandstätter, Bauernbunddirektor Sixtus Lanner. „Der Lanner hat verlangt, dass der Stummer zu ihm in den Bauernbund kommt. Der hat den zusammengeschissen wie einen Lausbuben.“ Es wurde die Herausgabe sämtlicher Adressen der Vorstandsmitglieder gefordert, ein demokratiepolitisch bedenkliches Ansinnen.

Stummer war nach diesem Gespräch „fertig“, seine Stimme am Telefon habe gezittert. Franz Rohrmoser stellte in diesem Zusammenhang fest, welchen Vorteil er durch seinen Einsatz in Brasilien genoss. „Als einen, der im Krieg bei den Indianern im Urwald war, hat mich das nicht von den Socken gerissen.“ Wer seinen Mut erprobt hat, kann seine Angst leichter bezwingen. Außerdem fühlte sich Franz

Rohrmoser vom Bauernbund nicht abhängig im Gegensatz zu Franz Stummer, der Mitarbeiter der Präsidentenkonferenz war.

Schließlich wurden die ersten drei gewählten Präsidenten⁵⁰ der ÖBV, Franz Stummer und Franz Rohrmoser als Organisationssekretär zu einer Sitzung mit den Führungskräften des Bauernbundes eingeladen. „Das hat was geheißen.“ Der ÖBV-Vorstand traf die Agrarelite, den Vorstand des Bauernbundes und Vertreter der Präsidentenkonferenz.

Vor der Sitzung mit den Leuten von Bauernbund und Präsidentenkonferenz trafen sich die ÖBVler in Franz und Hilde Rohrmosers Wohnung. „Hilde hat die Gruppe mit ihrem guten Topfenkuchen auf das Treffen vorbereitet. Wir haben alle das Sausen gehabt.“ Drei Bauern und ein Mitarbeiter der Präsidentenkonferenz mussten im Bauernbund antreten, um den Leuten Rede und Antwort zu stehen. „Es war schon viel verlangt.“

Franz Rohrmoser wurde darüber informiert, dass Bauernbunddirektor Sixtus Lanner die Angewohnheit habe, Gespräche aufzuzeichnen. Tatsächlich verschwand Lanner vor der Sitzung hinter einer Schrankwand, das angekündigte Zeichen, dass er ein Aufnahmegerät einschaltete.

„Wir waren vorbereitet. Unser Präsident Peter Pfaffenlehner musste, von Stummer gewünscht, eine einleitende Ansprache halten. Im Sinne, dass die ÖBV nicht vorhat, den Bauernbund zu schwächen. Stummers Anliegen sei es vielmehr, die Bergbauern zu stärken.“ Doch bereits während der Sitzung zeigte sich deutlich, dass Stummer und mit ihm die ÖBV unter die Kuratel des Bauernbundes gestellt werden sollte. „Zwischen Stummer und Lanner kochte es, beide waren blass vor innerer Aufregung.“ Die Diskussion verlief nicht sachlich. Die persönlichen Untergriffe wurden von Rohrmoser als ein Niedermachen von Stummer bezeichnet. Darüber hinaus verlangte Lanner, dass alles, was in der ÖBV geschieht, geplant und organisiert wird, dem Bauernbund unmittelbar mitgeteilt wird. Rohrmosers Antwort lautete: „Wir haben euch nicht gefragt, ob wir die Bergbauernvereinigung gründen dürfen, wir werden euch auch nicht fragen, was wir tun.“

Dieser Satz konnte in dieser Runde nur von Franz Rohrmoser ausgesprochen werden. Er war kein Bauer und kein Angestellter der Präsidentenkonferenz, daher am wenigsten abhängig vom Bauernbund. Es hätte das Aus für die ÖBV als selbst bestimmte Organisation bedeutet, wenn sich die Vertreter auf diese anmaßende Forderung eingelassen hätten.

Die Basisbewegung

Im Jahr 1974, dem Gründungsjahr der ÖBV, wurden Schulungen angeboten mit dem Referenten Stefan Karlstätter, der später für Franz Rohrmoser als Geschäftsführer noch eine entscheidende Rolle spielen sollte. Die Frage, die auf diesen Seminaren behandelt wurde, war, wie können sich Bauern und Bäuer-

50. In den ersten Statuten der ÖBV wurden Obleute als Präsidenten bezeichnet. Die drei ersten Präsidenten waren Peter Pfaffenlehner aus Frankenfels bei Scheibbs im Ybbstal, Armin Ladstätter aus Deferegggen in Osttirol und Ferdinand Feichtenschläger aus Unken bei Lofer im Land Salzburg. Alle drei traten bereits innerhalb eines Jahres zurück, teils durch Druck seitens des Bauernbundes und Raiffeisen. In den folgenden Statuten gab es die Funktion eines Obmanns, eines Obmannstellvertreters und weitere Funktionen im Vorstand.

rinnen selbst organisieren? In der Familie, in den Dörfern, bottom up wird dieser Ansatz gegenwärtig bezeichnet: „von unten rauf“. 1975 wurde auf der Vollversammlung beschlossen, dass die regionalen Gruppen den Kern der ÖBV bilden. Die AkteurInnen der regionalen Gruppen sollten vor Ort interessierte und engagierte Leute ausfindig machen und mit diesen gemeinsam Lösungen für die eigenen Probleme finden. Gleichzeitig sollte Kontakt gehalten werden mit VertreterInnen der Politik, der Verwaltung und der Wissenschaft. „Damit war diese Bewegung von unten fundiert.“ Franz Stummer und Karl Bochsichler wurden als Berater eingebunden.

„In der Grundlinie haben wir dann verzichtet auf eine Massenbewegung.“ Als Stummer bemerkte, dass die ÖBV nicht als Massenbewegung angelegt wurde, „ist er zurückgetreten von seinem Traum, dass er da Direktor werden kann.“ In dieser Zeit, 1975, wurde Franz Rohrmoser erster Geschäftsführer der ÖBV. „Verzicht auf [eine] Massenbewegung heißt, dass eine solche Bewegung sich über die Qualität behaupten muss, nicht über die Masse.“ Das sei am Anfang nicht leicht gewesen. Es hätte Durststrecken gegeben. Es wurde gezittert, ob zwanzig Leute zur Veranstaltung kommen oder nicht. Es wurde auch gebangt darum, ob die aktiven ÖBV-Leute die Konflikte in ihren eigenen Familien aushalten, denn sie waren durch ihr politisches Engagement oft für die Arbeiten am Hof nicht verfügbar, ein Umstand der unweigerlich zu Konflikten führen musste.

Keine Massenbewegung bedeutete auch, kein umfangreiches, viel versprechendes (oft nicht haltbares) Programm „von oben“ anzubieten, in dem Verbesserungen für die Probleme in der Berglandwirtschaft ebenfalls „von oben“ angeboten worden wären.

In einer der ersten Veröffentlichungen, die die ÖBV herausgab, hieß es: „Nicht warten auf Lösungen, schicksalhaftes Erdulden oder Jammern, sondern selbst die Situation studieren und die Initiative ergreifen. Nicht unnötig investieren und rackern, sondern organisieren und zusammenarbeiten. Nicht von den Ereignissen überrumpelt werden, sondern das regionale Geschehen mitbestimmen. Diese Forderungen stehen hinter den Zielen und Arbeitsschwerpunkten der ÖBV. Wir haben sie uns selbst als eine Organisation von Betroffenen gestellt.“ (ÖBV Juni 1975/IV: 2) Hernach ein entscheidender Satz: „Wer selbst bereit ist, die Situation nüchtern zu sehen und zu verwirklichen, was durch Selbsthilfe möglich ist, kann konkreter und nachdrücklicher jene Unterstützung von der Gesellschaft fordern, die aufgrund erbrachter Leistungen dem Bergbauern zustehen.“ Und weiter unten:

„Durch die Eigeninitiative wird das Problem an der Wurzel gepackt. Es ist ein Aufbruch aus der Vorstellung, dass alles nur von oben geregelt werden kann, ein Aufbruch aus der Bevormundung und einseitigen Abhängigkeit, aus der Rolle des Almosenempfängers zum kritischen Partner. Es ist aber auch der Aufbruch aus der scheinbaren Bequemlichkeit des politischen Zuschauers, der nie etwas wagt, jedoch gerne jammert. Ein Weg zu einer echten Entwicklung, zu einem neuen Selbstbewusstsein und Image, das letztlich niemand anderer den Bergbauern geben kann als er sich selbst.“

Die Inhalte der ÖBV waren für Franz Rohrmoser das Ergebnis der Bildungstätigkeit bei der katholischen Landjugend und seinem Aufenthalt in Brasilien. Nicht zuletzt war es eine Folge des inneren Wandels der religiösen Orientierung zum politischen Ansatz, dessen Grundlage die Befreiungstheologie in Lateinamerika bildete. Es ging dabei um die Identifikation mit den ärmeren und politisch kaum Einfluss habenden gesellschaftlichen Schichten, darum, mit diesen gemeinsam Lösungen für ihre missliche Lage zu erarbeiten. Und es ging im Kern nicht zuletzt darum, dass den Betroffenen das Talent zugesprochen

wird, dass sie selbst Lösungen finden und umsetzen können. „Das ist der Grundgedanke, der hinter jeder Regionalentwicklung steht.“

Durch Ausprobieren machte Franz Rohrmoser Erfahrungen mit Prozessabläufen und Gruppendynamik. Wichtig war dabei immer wieder, Talente zu suchen, die in diese Gruppe passen und sie weiter vorantreiben. Franz Stummer meinte anerkennend bei einem zufälligen Zusammentreffen viele Jahre später, dass die ÖBV die Grünbewegung in Europa vorweggenommen habe.



Rohrmoser im Gespräch mit Bundeskanzler Kreisky anlässlich der Ausstellung „Bergbauern gehen neue Wege“ Am Hof in der Wiener Innenstadt im März 1979

Foto: Familienarchiv

Franz Rohrmoser war von Ende 1973 bis September 1980 für die ÖBV tätig, eingerechnet die Tätigkeit als verantwortlicher Organisator der Gründung der ÖBV und ab 1975 als Geschäftsführer.

„Ich hab ja nach dem Grundsatz gearbeitet, es muss gelingen, dass die Basis von unten ihre eigenen Bedürfnisse und Ziele formuliert und dass diese aber wissenschaftlich abgeklärt werden. Und nicht nur wissenschaftlich, sondern auch behördlich. Behördlich ist noch einmal etwas anderes, es geht dabei um die Frage, ob ein Vorhaben auch durchführbar ist.“ Das ist die übliche Vorgehensweise in einer Demokratie. „Die Basis ‚von unten‘ muss sich ‚oben‘ wissenschaftlich und behördlich absprechen, damit das wirklich steht [durchführbar ist]. Also ich hab relativ früh jene Form der so genannten Basisarbeit von unten, die nur opponiert und die Lust hat am Opponieren, abgelehnt. Damit hab ich mich später dann auch von der Konfliktforschung her beschäftigt.“

Im März 1979 wurde in der Wiener Innenstadt eine Ausstellung mit einem „riesigen Zelt“ organisiert. Diese Ausstellung Am Hof trug den Titel: „Bergbauern gehen neue Wege und suchen Verbündete“. Die Ausstellung war die Präsentation von bereits jahrelangen Reflexionen über die Verhältnisse in der österreichischen

Berglandwirtschaft. Die politischen Inhalte wurden in ihrer Dichte gemeinsam mit Josef Krammer, Günter Scheer und Luise Fornleitner vom Institut für Höhere Studien wissenschaftlich aufbereitet und in Schautafeln dargestellt. Es wurde ein Club 2 zum Thema Bergbauern abgehalten. Damals wurde die Zukunft vorweg genommen. Viele dieser dargestellten Entwicklungen zeigten sich erst später deutlich in der Agrarpolitik. Die Eigenständige Regionalentwicklung wurde in dieser Zeit ins Leben gerufen. Die Zusammenarbeit zwischen einer Bauernorganisation und der Wissenschaft wie auch die wissenschaftlichen Reflexionen politischer Handlungen waren in der damaligen Zeit noch unbekannt. Daher gilt diese Ausstellung bis heute als sehr innovativ und war sehr erfolgreich.

Die Genossenschaft Tauernlamm, eine Initiative der ÖBV, versorgte die AusstellungsbesucherInnen mit Lammfleischspezialitäten. „Tauernlamm“ gilt in der Regionalentwicklung bis heute als eine der erfolgreichsten bäuerlichen Initiativen, das sämtlichen passiven und aktiven Widerständen der herrschenden Organisationsstrukturen zum Trotz nach wie vor wirtschaftlich und politisch bedeutend ist. Es stellt ein oftmals vervielfältigtes Vorbild für bäuerliche Initiativen dar, die direkt von Bäuerinnen und Bauern ins Leben gerufen worden sind (Loibl 1997: 55-58).

Franz Rohrmoser (2. v. re), Landwirtschaftsminister Günter Haiden (2. v. li), Josef Krammer (li) im Gespräch mit einer Ausstellerin bei der ÖBV-Ausstellung „Bergbauern gehen neue Wege“ Am Hof in der Wiener Innenstadt im März 1979

Foto: Familienarchiv



Zwei frühere Aktive der ÖBV waren am Erfolg der Ausstellung nicht mehr beteiligt: Zum einen Franz Stummer, er war bei der Ausstellung nur mehr am Rande dabei, zum anderem der ehemalige Bildungsreferent Stefan Karlstetter, dessen Vertrag ein Jahr davor vom Vorstand der ÖBV gekündigt wurde. Karlstetter empfand sich selbst als eine tragende Säule der ÖBV, so dass er davon überzeugt war, „aus der ÖBV werde nichts“ – nach seinem Ausscheiden. Da die meisten Erfolge Neider haben, könnten das die Gründe dafür gewesen sein, warum Stummer und Karlstetter in der Zeit nach der Ausstellung einen Konflikt innerhalb der ÖBV entfachten.

Zur Vorgeschichte: Franz Rohrmoser arbeitete eng mit Josef Krammer, Luise Fornleitner und Günter Scheer zusammen, ein Umstand, der Stummer offenbar zunehmend ärgerte. Stummer traf den Obmann der ÖBV Melchior Kellner zufällig während einer Bahnreise und fragte diesen, warum er es als Obmann dulde, „dass der Rohrmoser mit den Linken“ zusammenarbeite. Es wurde befürchtet, dass die ÖBV „in eine falsche, linke, nicht vom Bauernbund kontrollierbare Richtung geht“. Darüber hinaus hatte Stummer Kontakt zu Erhard Busek aufgenommen, um mit ihm über die Gründung des Berglandaktionsfonds⁵¹ zu sprechen. Ursprünglich hätte das Bundeskanzleramt die Förderung dieses Fonds bereitstellen sollen. In der Zwischenzeit wurde mit dem Raiffeisenchef von Oberösterreich, Ludwig Scharinger, verhandelt. Raiffeisen wäre bereit gewesen, unter bestimmten Bedingungen eine Million Schilling zur Verfügung zu stellen, die zur Gründung des Fonds erforderlich waren. Dadurch würde jedoch die Bewegung der ÖBV von Raiffeisen – und damit vom Bauernbund – kontrolliert werden. Darüber hinaus wäre die Einrichtung des Berglandaktionsfonds seitens des Bundeskanzleramtes nicht mehr möglich gewesen. Das hätte nach Rohrmosers Ansicht fatale Folgen für die ÖBV bedeutet.

Der Obmann Melchior Kellner gab Franz Stummer darin Recht, dass die ÖBV und vor allem Rohrmoser „zu viel mit den Linken“ zusammenarbeiten würde. „Das hat mir wehgetan vom Kellner. Bei solchen Gelegenheiten kann ich wirklich in Rage kommen.“ Die Mühlviertler Bauern August Steyrl, Sepp Ammerstorfer und Hans Gahleitner hatten nach Ansicht Rohrmosers den Überblick, das durchzustehen und sich nicht kaufen zu lassen. Und sie ließen sich auch nicht mehr durch das propagierte „linke Schreckgespenst“ beirren: „Warum sollten wir uns jetzt wieder die Freunde abkaufen lassen?“ soll August Steyrl gefragt haben. „Krammer, Scheer sind nicht die Linken, sondern das sind unsere Freunde, die zu unse-

51. Vorläufermaßnahme für die ÖAR, die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung

rer Bewegung total stehen und uns unterstützen. Das ist der Versuch von Demokratie. Das hat dann der Landwirtschaftsminister Haiden begriffen.“ Dieser erkannte, dass aus dieser Bewegung heraus eine Forschungsanstalt gegründet werden müsste. 1979 war die Geburtsstunde der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, die vorerst als Referat im Landwirtschaftsministerium eingerichtet wurde.

Die Mühlviertler Bauern Steyrl, Ammerstorfer und Gahleitner waren maßgeblich daran beteiligt, dass das Lockangebot der Bereitstellung von einer Million Schilling zur Gründung des Berglandaktionsfonds durch Raiffeisen – eingefädelt von Stummer – nicht das Ende der unabhängigen ÖBV bedeutete. Letztlich war es ein sehr entscheidender Moment der Bewegung. „Das war in unserer wirklich wichtigsten Zeit.“ Die ÖBV war dabei, erfolgreich ihre politischen Forderungen einzubringen und durchzusetzen. Zwanzig Bergbauern, „die nicht gewillt waren, sich ihre Selbständigkeit abkaufen zu lassen“, übernahmen für je 50.000,- Schilling die Bürgschaft für das Gründungskapital des Berglandaktionsfonds (BAF). Der BAF wurde somit „aus eigener Kraft“ gebildet.

Erst später wurde die Sonderaktion im Rahmen der Sonderförderung für die Berggebiete über das Bundeskanzleramt, mit dem damaligen Abteilungsleiter Alfred Kohlbacher, abgewickelt. Aufgabe des Fonds war es, Fördergelder zu verteilen und auch entgegen zu nehmen. Es gab eine Verdoppelungsaktion: Wer ein alternatives Projekt startete, bekam den gleichen Betrag der getätigten Investitionen „gratis aus öffentlichen Geldern“. ⁵² Obmann des Berglandaktionsfonds war Günter Scheer, der den Fonds 1983 überführte in die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Regionalentwicklung, ÖAR.

Durch die Absage des Geldes von Raiffeisen und die Eigenfinanzierung hatte die ÖBV sehr viel Eigenständigkeit gewonnen: „Von da an waren wir dann reif.“

Ende des Jahres 1979 kam es zu einem weiteren folgeschweren Konflikt, der aus dem Hintergrund vom ehemaligen ÖBV-Bildungsreferenten Stefan Karlstetter geschürt wurde. Es wurde dem Geschäftsführer Rohrmoser unterstellt, die basisdemokratische Linie verlassen zu haben, eigenmächtig zu handeln, ohne Rücksprache mit dem Obmann. Karlstetter stand mit einigen Vorstandsmitgliedern, insbesondere den Salzburger Bauern, in engem Kontakt. Anfang 1980 kam es zu einer Reihe von Konfliktverhandlungen und im Sommer, nachdem er das Ziel persönlicher Angriffe geworden war, beschloss Franz Rohrmoser zu kündigen. Der damalige Bildungsreferent „hat mich ja persönlich zu gut gekannt und hat mir deshalb sehr schaden können. Die Angriffe sind sehr persönlich geworden und ich hab dann gesehen, dass ich schlecht damit umgehen kann mit diesen persönlichen Angriffen. Bei mir ist das auf die persönliche Verletzungsebene übergegangen, nicht nur auf der Sachkritik geblieben. Und die persönliche Verletzungsebene, die hat mich dann auch Tag und Nacht beschäftigt. Und ich hatte noch nicht genug eigenes Training, um so etwas aufzuarbeiten. Weil mir dieses Tranig zum Aufarbeiten damals fehlte, hab ich das Gehen, also das Kündigen gewählt.“

52. Für die Gründung der Firma „Chico Hängematten“ erhielt Franz Rohrmoser Anfang der 1980er Jahre ebenfalls eine Förderung aus diesem Fonds aufgrund der Tatsache, dass Arbeitsplätze geschaffen wurden im Mühlviertel, das bereits vor dem EU-Beitritt als benachteiligtes Gebiet ausgewiesen wurde.

Konfliktforschung und Konfliktbewältigung

Der Konflikt, „der sehr tief in mir war“, wurde in den folgenden Jahren bei der Entwicklung und dem Bau von Webstühlen für eine Hängemattenproduktion im Keller des Eigenheimes in Eugendorf aufgearbeitet. Damit setzte Franz Rohrmoser um, was er bei der ÖBV gelernt hatte: selbst die Initiative ergreifen und ein Produkt entwickeln, herstellen und vermarkten. Aus dem Konflikt entstand etwas Neues. 1981 gründete er gemeinsam mit seiner Frau Hilde die Firma Chico Hängematten, 1985 entstand daraus die Chico Hängematten-GmbH mit Sitz auf dem Bauernhof der Familie Katzlinger, eine architektonisch gelungene Kombination einer modernen Firma in einem Mühlviertler Bauernhof, in Oepping bei Rohrbach in Oberösterreich. Die Firma hat mittlerweile ein Verkaufslokal in Wien, ist sehr erfolgreich und bietet zwanzig Leuten aus der Region Arbeitsplätze.

Franz Rohrmoser bei der Entwicklung des Webstuhls im Keller seines Wohnhauses 1982

Foto: Familienarchiv



„In späterer Selbstdiagnose hab ich mir einmal gesagt, ich schätz mich selber, meine Psyche, so ein, dass ich so Dauerangriffe, wie sie Politiker oft aushalten müssen, schlecht ertrage. Ein Politiker, der dem dauernd ausgesetzt ist und nicht selber stumpf wird, muss schon was aushalten, und ich hab eine dünne Haut. Zu dem bin ich dann gestanden [das habe ich akzeptiert] und es ging mir eine Weile ganz gut dabei. Das war meine Lösung damals. Nachträglich würde ich sagen, es hätte eine zweite Möglichkeit geben. Hätte. Weil ich hab mich dann weitergebildet.“

Abgesehen von der Hängemattenproduktion gab es noch ein weiteres neues Aufgabengebiet: Franz Rohrmoser begann sich mit Konfliktforschung zu befassen.

„Mit der Beschäftigung komm ich halt drauf, ich war damals im Jahr [19]80 selber nicht konfliktfähig genug oder hab nicht genug gewusst wie man das aufarbeiten kann. Dann hätte ich bleiben können.“ Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte mit dem Konflikt in der ÖBV wurde „erst acht bis zehn Jahre später begonnen. Ich hab das schon zwischendurch auch aufgearbeitet für mich, indem ich etwas anderes, Kreatives gemacht hab.“ Die für Rohrmoser „fachliche Aufarbeitung“ begann erst 1989. In der Zwischenzeit gibt es zu diesem Thema eine homepage: www.bauernkonflikte.at und einen Projektbericht (Rohrmoser 2001).

Unmittelbar nach dem Konflikt fehlte die Fähigkeit, die Auseinandersetzungen zu bewältigen. Es war jedoch der Ansporn, sich mit Konflikten im Allgemeinen und im Besonderen zu beschäftigen. Trainings in Gruppen mit Therapeuten, eine Supervisionsausbildung, all das diente der Aufarbeitung der Enttäuschungen und Kränkungen. In der Gruppe der Psychoanalytikerin Thea Bauriedl in München waren

explizit politisch tätige Menschen zur Supervision eingeladen. Bauriedl intendierte mit ihrer Form der Therapie Erkenntnisse auf die Politik zu übersetzen. Haltungen im persönlichen Bereich haben Auswirkungen auf die politische Ebene. Der Ablauf gestaltete sich derart, dass die Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Themen einbrachten und mit der Gruppe aufarbeiteten. Dies erlaubte differenziertere Einblicke und schärfte den Blick für eigene Fragen: Wie gehe ich mit meinen Verletzungen um? Wie habe ich reagiert? Es ist möglich, sich insofern zu schützen, als ein neuer Umgang mit der Verletzung gelernt wird. „Dann bricht keine Welt mehr zusammen, dann kann ich mit der Angst produktiv umgehen.“

„Aber ich hab dann die Ergebnisse dieser Weiterbildung nicht zu einem wirklichen Berufsangebot weiterentwickelt. Ich hab nur fallweise dort oder da mitgearbeitet und versucht mich einzuschalten. Eine weitere inhaltliche Orientierung in der Konfliktbearbeitung ist der Friedrich Glasl (1997), er ist Konfliktforscher.“ Friedrich Glasl hat eine Dreier-Typologie entwickelt, wie jemand mit Konflikten und Problemen umgeht. „Der eine ist der *Konfliktvermeider*, der sagt, es bringt nichts, Konflikte überhaupt anzusprechen und lösen zu wollen bringt nur weitere Probleme. Könnte man übersetzen: das ist die Bauernpolitik schlechthin, ÖVP-Bauernpolitik quer durch die Unterorganisationen. Gegenüber dem Konfliktvermeider gibt es den *Streitsüchtigen*. Dieser hat Lust am Dreinschlagen, Lust am Zündeln. So genannte Streitsüchtige sprechen wohl die Probleme an, aber nicht um sie zu lösen, sondern um sich selber abzureagieren. Ganz typisch sind hier viele Elemente aus der Freiheitlichen Bewegung sichtbar.“

In beiden angesprochenen Typologien werden Konflikte nicht bearbeitet. Die einen vermeiden Konflikte durch Verdrängung und Bagatellisierung, die Streitlustigen tragen Konflikte ebenfalls nicht konstruktiv aus, sondern polarisieren, machen andere zu Sündenböcken und für die Ursache des Konflikts verantwortlich. Dieser streitlustige Typ projiziert eigene Unzulänglichkeiten auf andere, auf seine Gegner, und kann vor allem durch mangelnde Selbstreflexion charakterisiert werden.

Die Streitlust hatte nach Rohrmosers Ansicht auch einige Aktive in der ÖBV erfasst. Mit der Zeit gab es innerhalb der ÖBV sehr gut über die Vorgänge in der Agrarpolitik informierte Leute, „weit besser informiert“ als es „die regionalen Agrarpolitiker etwa aus dem Bereich des Bauernbundes rundherum überhaupt sein haben können. [...] Das hat ein Selbstbewusstsein gegeben. Das hat zum Beispiel dazu geführt, dass einige streitlustige ÖBV-Leute in einem vollen Saal von dreihundert, vierhundert Leuten aufgestanden sind und eine Brandrede gehalten haben mit Riesenapplaus. Aber das war nicht immer sachlich. Das war dann schon auch die Lust dreinzuschlagen.“ Hier kam es zu einer Wende. Es ging nach Ansicht Rohrmosers nicht mehr um die Inhalte oder darum, den Prozess weiter voran zu treiben, kreativ Verbindungen herzustellen, sondern vielmehr um den eigenen Ruhm, verbunden mit der „Lust am Dreinschlagen“. Damals bestand für die ÖBV die Gefahr, in den Ruf des Querulantentums zu kommen. „Querdenker haben unreflektiert sehr oft ein Konfliktlösungsbild, in dem sie einen Gegner brauchen, den sie beschuldigen können, sie sind streitlustig, wollen mit dem Kopf durch die Wand und haben eine Lust am Angreifen.“

Wenn in einer kritischen Bewegung dieser Sachverhalt nicht reflektiert wird, dass eine polemische Brandrede nicht der Sache dient, werden nutzbringende Kontakte abgebrochen. Dies ist auch geschehen. WissenschaftlerInnen und Leute von der ÖAR zogen sich zu jener Zeit von der ÖBV zurück.

„ÖBVler, die sich jetzt so stark gefühlt haben, haben plötzlich dann ein Bild entwickelt, der Wissenschaftler ist mein Knecht. Er ist mein Diener. Ich schaff an.“ Doch „sobald ein Herr-Knecht-Verhältnis

reinkommt in ein Dialogfeld, geht es schief, muss schief gehen.“ In einer demokratischen Bewegung mit egalitärer Grundhaltung wirkt ein hierarchisches Gefälle kontraproduktiv. In Demokratisierungsprozessen ist es wichtig, dass Menschen lernen, miteinander respektvoll umzugehen, auch wenn sie unterschiedliche Standpunkte vertreten.

Konstruktive Konfliktlöser (dritter Typ in der Typologie nach Grasl 1997) gehen davon aus, dass Konflikte an sich sehr wichtig sind. Es ist daher ratsam, dass Menschen sich ihre Konfliktfähigkeit erarbeiten. „Das Leben geht gar nicht ohne Konflikte. Im persönlichen Bereich, im Beziehungsbereich nicht, im familiären Bereich nicht, im technischen Bereich nicht, im wissenschaftlichen Bereich nicht.“ Es geht um den Mut und die Fähigkeit, Konflikte anzusprechen und zu bearbeiten, „das entwickelt uns weiter. Wir brauchen das.“ Thea Bauriedl (vgl. 1982) vertritt als Psychoanalytikerin die Auffassung, dass alle Abläufe sich im Spannungsfeld zwischen dem Wunsch, etwas zu verändern, und dem gleichzeitigen Wunsch nach Sicherheit befinden. „Konflikt kann definiert werden als Spannungsfeld zwischen den Wünschen und den gleichzeitig vorhandenen Ängsten. Wunsch nach Veränderung und der Angst vor der Veränderung. Jede Veränderung hat diesen Konflikt automatisch in sich. Konflikte gehören zum Menschen. Das Leben geht gar nicht anders. Und wer mit diesem Spannungsfeld zwischen seinen Wünschen und Ängsten sorgfältiger umgeht, produktiv hin und her geht, ich nehme meine Angst genauso ernst wie meinen Wunsch, der schafft es fast immer, einen wirklich positiven Kompromiss zu schließen. Wer aber gespalten reagiert, dass er einmal bei den Wünschen ist und einmal bei den Ängsten und dazwischen keine Brücke schlägt, ist entweder depressiv oder euphorisch.“ Es gilt zu lernen wie man mit dem Spannungsfeld konstruktiv umgehen kann. „Auf jeder Ebene, auf der privaten, persönlichen bis hin zu Beziehungen und bis in die Politik.“

Es geht dabei auch darum, sich die eigene Abhängigkeit von anderen zuzugestehen. „Das Leben besteht aus Abhängigkeiten. Die Frage ist nur, um welche Art der Abhängigkeiten es geht, um eine problematische einseitige oder um produktiv gegenseitige.“

Der Umgang mit innovativen Menschen muss sich ändern

Die Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen im Agrarbereich „werden nicht drum herum kommen, sich auseinanderzusetzen mit den Strategien der herrschenden Agrarpolitik. Die direkte Auseinandersetzung zu wagen und Konflikte auszutragen.“ In Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Konfliktbearbeitung in bäuerlichen Strukturfragen“ (Rohrmoser 2001) wurde untersucht, wie im Agrarsystem mit innovativen Leuten umgegangen wird. Darin wurde festgestellt, dass im gesamten Agrarbereich mit Menschen, die über ein innovatives Potential verfügen, sehr schlecht umgegangen wird.

Nach Rohrmoser gibt es drei Stufen: Innovative Leute und deren Versuchs-Projekte werden zunächst ignoriert oder verspottet. Setzen sich diese Innovationen und die innovativen Persönlichkeiten trotzdem durch und haben nachhaltigen Erfolg, dann wird das neue Projekt von den vorherigen Spöttern und Gegnern studiert und analysiert. Das ist die Stufe zwei. In der Stufe drei wird die Projektidee von den vorherigen Gegnern selbst in die Hand genommen, dabei werden die innovativen Menschen als Entwickler der Idee ausgegrenzt. Es kommt nach Rohrmosers Erfahrung nur selten vor, dass man den

innovativen Menschen eine produktive Rolle zukommen lässt. Wenn die Initiatoren und Begründer als Träger der Initiative fehlen, wird der innovative Prozess jedoch wieder rückläufig.

Wenn es zwischen dem innovativen Potential und dem System zu keiner Konfliktauflösung kommt, wird dieser negative Kreislauf fortgesetzt. Rohrmoser meint, es müssen die kreativen und innovativen Menschen bei der Umsetzung eines Projektes auf Systemebene eine führende Rolle einnehmen. Dieser Übernahmeprozess muss ausgetragen werden. Es müsste eine Auseinandersetzung darüber stattfinden, etwa in dem Sinne: „Ihr habt uns bis jetzt ausgelacht oder beschimpft und jetzt wollt ihr das, wofür ihr uns vormals verlacht habt, in euer System übernehmen. Es bedürfte einer Entschuldigung und einer Einsicht der früheren Spötter.“ Dies ist kaum gebräuchlich und vielfach auch nicht möglich. „Sehr viele Neuerungen wurden vom System übernommen, das [wer Initiator oder Initiatorin war] ist später oft gar nicht mehr nachvollziehbar.“

Rohrmoser wünscht sich eine öffentliche Veranstaltung, auf der solche unbearbeiteten Konflikte angesprochen und ausdiskutiert werden. Es soll der Frage nachgegangen werden, warum Projekte nachgemacht werden, die ursprünglich kritisiert worden sind. Gleichzeitig erachtet er es für sehr wichtig, dass diejenigen, die eine Innovation eingeleitet haben, verhindern, dass ihre Ideen gestohlen werden. Es ginge nicht nur darum, innovativ zu sein und Neues in die Wege zu leiten, sondern die eigenen Ideen auch zu verteidigen.

„Wer sich durch Panzerung schützt, den erreichen keine neuen Ideen mehr“

Politisierung in dem Sinn, wie Franz Rohrmoser es versteht, bedeutet unter anderem, die Folgen einer Politik abschätzen zu lernen. Wie das System auf Aktionen reagiert, wurde bereits bei den ersten Projekten ab 1972 in der Landjugend sichtbar. Beispielsweise organisierten zur damaligen Zeit Mitglieder einer Genossenschaft einen Maschinenring und wurden von den Betreibern der Raiffeisengenossenschaft dafür heftig kritisiert. „Die Elterngeneration unterstützte die Herren von der Genossenschaft, denn sie waren die Unterordnung gewohnt und dachten nicht daran, dass es möglich sein könnte, auszubrechen. Außerdem wollten sie Probleme vermeiden oder sie vermissten den jungen Bauern bei der Arbeit“, wenn dieser sich politisch engagiert hat. „Plötzlich haben diese jungen Leute die Hölle am Hof gehabt mit diesen Aktionen.“ Es kam zu Konflikten mit den Eltern, die durch Erfahrungsaustausch in der Gruppe unter den Jungen aufgearbeitet werden mussten. „Wer das längere Zeit durchhält, macht einen Emanzipationsprozess durch.“

Auch die historische Aufarbeitung des Problems war den jungen Bauern bei der ÖBV in Anliegen. Bevormundung spielt in der Agrargeschichte seit jeher eine große Rolle. „Sich nicht selbst einmischen und nicht selbst mitdenken“ war Jahrhunderte lang erlernt. Es wurde in diesem System „alles von oben her für einen gedacht und erledigt“, damit „man sich möglichst wenig einmischt, weil dann sind die Autoritäten beleidigt.“ Es ist unsere „geschichtliche Kultur, sich nicht einzumischen.“ Eine Änderung dieser Einstellung und der Mentalität, die nachhaltig Strukturen verändert, dauert nach Einschätzung Rohrmosers mindestens eine Generation, „wenn nicht länger“.

Es sind in einigen, wenigen Jahren nur erste Bewusstseinsänderungen möglich, doch eine fundierte Veränderung herbeizuführen, mit „mehr Demokratie, mit mehr konstruktivem Mitdenken und Mitwirken dauert länger. Zu diesen Prozessen gesellt sich oft „das Problem der Kurzlebigkeit der politischen

Perioden“, die sich durch Wahlen immer wieder verändern. Rohrmosers Verständnis für politische Veränderungen gründet sich auf der Unterscheidung zweier grundlegend verschiedener politischer Prinzipien: einerseits die Selbsthilfeprozesse und andererseits die Regierungspolitik. „Selbsthilfeprozesse verstehen sich als die Antwort einer Minderheit auf die Herausforderung der Zeit. Regierungspolitik hingegen ist die Kunst des Möglichen für die Mehrheit.“

Rohrmoser geht in seiner Einschätzung weiters von der Tatsache aus, dass lebendige, kreative, innovative Prozesse, lebendige Menschen nicht machbar sind, diese können nur gefunden, unterstützt und gefördert werden. Damit gewinnen die innovativen Selbsthilfeprozesse von Menschen in Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen einen bedeutenden Stellenwert im politischen System. Um sich mit diesen Inhalten eingehender auseinanderzusetzen, bietet Rohrmoser Seminare an.

In der Erkenntnis, dass lebendige Prozesse nicht machbar sind, steckt die grundsätzliche Kernaussage für die eigenständige Regionalentwicklung. Im Umkehrschluss werden dadurch viele Allmachtsphantasien oder Machbarkeitsvorstellungen in der Politik kritisch hinterfragt.

„Die Initiative in der Selbsthilfe probiert etwas Neues aus, ohne das System zu fragen. Das System ist dann oft verunsichert und beleidigt, weil es nicht gefragt wird und fürchtet, dass etwas durcheinander kommt. Deshalb werden Kontrollmaßnahmen eingesetzt. Das ist im Ablauf nur logisch. Doch zu diesem Zeitpunkt kommt es darauf an, wie klug man den Prozess von Seiten der Selbsthilfe-Initiativen steuern kann und wie das Verhältnis zu den offiziellen VertreterInnen der Politik gestaltet wird.“ Wenn die VertreterInnen der Nichtregierungsorganisationen ihrerseits das überhebliche Selbstbild haben, „wir alleine sind die Retter der Welt, weil ohne uns geht gar nichts und die Politik ist nur blöd, oder anders gesagt: wir ziehen uns selber am Schopf aus dem Sumpf, dann werden sich die Fronten nur verhärten“. Es gibt diese Art der Größenphantasien in den Basisinitiativen ebenfalls, die hinterfragt und abgebaut werden müsse. „Initiativen sollen und können sich von konstruktiven Kräften in den Verwaltungsbehörden helfen lassen, die Politik ist dazu da.“

„In diesem politischen Verständnis sind die Initiativen von Selbsthilfegruppen im Sinne einer Zivilgesellschaft mit mündigen BürgerInnen in wichtigen gesellschaftlichen Fragen der Politik immer voraus.“ Es sind erfahrungsgemäß Minderheiten, die eine Speerspitze für Neuerungen in der Gesellschaft bilden. Sich um die Mehrheit in der Gesellschaft zu kümmern, obliegt der Politik, die dem Grundprinzip folgt, „die Kunst des Möglichen für die Mehrheiten zu erreichen. Im Mehrheitsprinzip müssen sich zum Beispiel jene Bauern, die gegen eine Preiserhöhung ihrer Produkte sind, mit denen zusammen streiten, die für eine Preiserhöhung sind. Beide müssen die Folgen abwägen und die offizielle Politik muss den brauchbaren Kompromiss in diesem Prozess finden. Das ist nicht besser machbar, das ist nun mal so, weil die offizielle Politik keine Gruppe ausschließen kann. Wenn nun, wie es in der Agrarpolitik oft der Fall war, die initiativen Gruppen, die die Neuerungen entwickeln, schlecht behandelt und ausgegrenzt werden“, dann gibt es mit der Zeit keine Neuerungen mehr, „das bedeutet Stillstand und Erstarrung. Hier wird eine wichtige Ursache der Erstarrung im Agrarsystem sichtbar.“

Innerhalb des komplexen und zum Teil starren Agrarsystems, das bevormundend, indoktrinär⁵³ und von Missbrauch durchdrungen ist, kann es keinen Fortschritt geben. Es kommt daher erstens darauf an, ob neue, kreative Initiativen parallel zum System entstehen können, ob diese durchhalten und beharrlich an der Veränderung arbeiten. Und es kommt laut Rohrmoser zweitens darauf an, wie das Verhält-

nis der VertreterInnen der Initiativen zu den VertreterInnen des Systems ist, ob es gelingt, erprobte Innovationen konstruktiv in das System zu integrieren.

Rohrmosers Leitgedanke

Die Frage der konstruktiven Integration von innovativen Initiativen in das System ist ein Kernanliegen von Franz Rohrmoser. Wie kann es gelingen, sowohl die innovative Inhalte und Erneuerungen wie auch die innovativen AkteurInnen zu integrieren? Keine Basis-Organisation kann auf Dauer Projektinitiativen starten, ohne dass sie für diese Entwicklungsarbeit gefördert wird. Ein konstruktiver Dialog von Seiten der Initiativen beginnt damit, wenn erkannt wird, dass in der Regierung, in der Verwaltung, in den wissenschaftlichen Institutionen „Leute sitzen, die kooperationsbereit sind und Neues unterstützen wollen. Man kann in der Regel davon ausgehen, dass es solche unterstützende Leute gibt, in der Kammer, in der Landesregierung, im Landwirtschaftsministerium, im Bundeskanzleramt, im Bildungsministerium. So war immer mein Ansatz“.

Voraussetzung ist, dass „dieser differenzierte, realistische Beziehungsprozess gelingt.“ Es geht dabei um eine Art „Bescheidenheit“ auf beiden Seiten. Denn die AkteurInnen auf beiden Seiten - in der Selbsthilfe und in der Politik - können nicht unabhängig voneinander agieren. Verwaltungsbeamte/-beamtinnen können innovative Programme nicht selbst von oben oder von außen durchführen und „Entwicklungen nicht einfach aus dem Boden saugen.“ Sie sind ihrerseits auf die AkteurInnen und deren Initiativen von unten angewiesen. Wenn beide Seiten verstehen, dass sie aufeinander angewiesen sind, wenn sie wissen, dass sie gegenseitig voneinander abhängig sind, ist die Basis für einen „fruchtbaren Dialogprozess gegeben. Wer weiß, dass er den anderen braucht, geht besser mit ihm um.“

Wenn eine Initiative gestartet worden ist, „stellt sich die Frage, ob sie ein Teil der Politik werden kann, ob sie sozusagen politikfähig und in das System integriert werden kann.“ Wenn ein innovatives Konzept zum allgemeinen System wird, wirkt sie System verändernd, wie sich das beim biologischen Landbau gezeigt hat. „Ob das gelingt, hängt von dem Prozess zwischen diesen zwei Politikarten ab.“ Die Prozesse Biolandbau und eigenständige Regionalentwicklung sind derzeit eine Generation alt. „Die ersten Initiatoren haben graue Haare bekommen. Jetzt hängt es davon ab wie diese Verhandlungsprozesse weitergehen, und ob sich die Agrarpolitik wirklich nachhaltig noch weiter ändern kann und ob Träger der Initiativen gut in die Politik integriert werden können.“

„Der offiziellen Politik gehört immer wieder gesagt, wenn ihr für Innovationen seid, müsst ihr mit euren innovativen Leuten viel konstruktiver umgehen.“ Es ist für die Kammer selbst sehr wichtig, dass es diese innovativen Menschen gibt, denn diese bringen der Interessensvertretung einen Wachstums- und Erneuerungsprozess, ohne die die Kammer als Organisation nicht überleben könnte. Lässt sie

53. Indoktrination (von lateinisch doctrina - „Belehrung“) bedeutet die gezielte Manipulation von Menschen durch gesteuerte Auswahl von Informationen, um ideologische Absichten durchzusetzen oder Kritik auszuschalten. Dabei geht es insbesondere um Propaganda. Die Form der Informationsdarbietung ist hier einseitig verzerrt, die Gesamtheit der verfügbaren Informationen wird zensuriert, die der Ideologie widersprechenden Angaben werden zurückgehalten, deren Äußerung mit diskreten Benachteiligungen oder konkreten Strafen bedroht. (<http://de.wikipedia.org/wiki/indoktrination> 2007)

keine Erneuerung zu, pflegt und ermuntert sie die eigenen initiativen Bäuerinnen und Bauern nicht, prophezeit Franz Rohrmoser der Kammer den Tod, gegebenenfalls aus Langeweile oder Erstarrung. Im Agrarsystem existiert seit Jahrzehnten eine Form der Erstarrung, die im Wesentlichen darin besteht, dass seit Generationen ein Missbrauch in der Verteilung der Fördergelder verleugnet wird. Vor 30 Jahren hat neben anderen auch Franz Stummer als Angestellter in der Präsidentenkonferenz festgestellt: „Von Bergbauern wird zwar viel geredet, aber das große Fördergeld erhalten dann Bauern in Gunstlagen.“ Die damalige Analyse gilt bis heute: „Die schlecht verdienenden Bauern und ihre ökologischen Leistungen werden vorgeschoben und dazu verwendet, um hohe Agrarförderungen in der Gesellschaft zu begründen, in der Verteilung der Gelder wird dann eine Minderheit von Gunstbauern sehr begünstigt. Dieser Missbrauch und dessen Verleugnung ist Teil des erstarrten Systems und die Privilegien werden mit Zähnen und Klauen verteidigt. Wo Missbrauch stattfindet ist die Verleugnung besonders hartnäckig, das wissen wir auch von anderen Bereichen.“

Um solche Erstarrungen und Verleugnungen zu bearbeiten bedarf es laut Rohrmoser sowohl einer Konfliktbereitschaft als auch einer Konfliktfähigkeit. Insgesamt gesehen liegt es auch im Interesse der bäuerlichen Interessensvertretung, diese unbearbeiteten Konflikte, wie die ungerechte Verteilung der Fördergelder oder den ungebührlichen Umgang mit den innovativen Kräften konsequent auszutragen. „In der Standesvertretung der Bäuerinnen und Bauern, aber auch bei den Initiativen gibt es Ängste vor dieser Konfliktaustragung. Die Angst ist wohl real: Wer solche Konflikte thematisiert, wird angegriffen und im Umkehrschluss gesehen würde es zu einem Macht- und Kontrollverlust in der Agrarelite führen, wenn zu viele Bauern und Bäuerinnen selbständig denken.“

Ein Lebenswerk ist spannend

Im zweiten Jahr der Tätigkeit als Sekretär der Katholischen Landjugend hat sich der „eigene Chef von der Kirche“ kurzgeschlossen mit dem Direktor der Landwirtschaftskammer. Die beiden führten ein Gespräch darüber, ob und wie Franz Rohrmoser „ausgeschaltet werden kann.“ Man überlegte, ihn zu kündigen, „weil ich zu viel Unruhe stifte.“ Das brachte unangenehme Schwierigkeiten mit sich. Vor allem bedrohlich war der Gedanke, beruflich „in der Luft“ zu hängen. Existenzprobleme verursachen Existenzängste. Franz Rohrmoser empfand das Vorgehen als eine Drohung: „Wenn du jetzt nicht parierst, musst du gehen!“ Das hätte nicht nur bedeutet ohne Arbeit und ohne Einkommen zu sein, sondern hätte auch bedeutet, „dass mein begonnenes Lebensinteresse und Lebenswerk unterbrochen wird. Das ist ja noch die viel stärkere Dimension.“

Darüber hat Franz Rohrmoser bei Spaziergängen reflektiert. „Dann habe ich gemerkt, dass es einfach spannend ist sich in solche Prozesse einzulassen, für mich selbst spannend.“ Bei diesen Spaziergängen fragte sich Franz Rohrmoser selbst, was sein Antrieb ist. Die Antwort führte ihn immer wieder zu seiner Ursprungsfamilie zurück. Die Vorbildwirkung des Vaters spielte eine große Rolle. „Der Kaspar tut's nach seinem Sinn, denn keiner kommt und zahlt für ihn.“ Die Reaktion auf eine Verhöhnung der „damals tonangebenden Bauern“ aus der Umgebung bedeutet für den Sohn, dass der Vater die anderen nicht fragte, wenn er etwas Neues machen wollte. Genau dieser Umstand spielte in den anfänglichen Auseinandersetzungen mit dem Bauernbund eine große Rolle.

Dieses persönliche Grundprinzip Franz Rohrmosers hat hier seinen Ursprung. Aus dieser Erfahrung lässt sich erkennen, „das ist mein Wesen, dafür lebe ich.“ Das führte weiterhin zur Einsicht, dass er nicht dafür geeignet war, einen Job auszuführen, bei dem ihm „von oben her angeschafft wird. Es ist nicht möglich, da wirst du nicht glücklich damit.“

Franz Rohrmoser sieht seine Aufgabe darin, Wege zu finden, wie Betroffene - Frauen, Jugendlichen, Mädchen, Burschen, Männer, Bäuerinnen, Bauern - in die eigenen Lösungsprozesse einbezogen werden können und damit Demokratietarbeit geleistet wird in einem undemokratischen Agrarsystem. „Da, glaube ich, konnte ich etwas machen“, aufgrund der biographischen Erfahrungen, die anfänglich auf einem Bergbauernhof, in den Jugendjahren durch das Bildungsangebot der Katholischen Landjugend und später in Brasilien geprägt wurden.

Die Beteiligung von Betroffenen in Lösungsprozesse begann in Brasilien zehn Jahre früher als in Österreich. „Ich habe wirklich eine zeitlang die Fäden gezogen. Ich habe von Deutschland Leute geholt, die daran trainieren haben können, coachen wie man heute sagt. Ich habe die denkenden Leute und Gruppen aus ganz Österreich in der Landjugendbewegung bis zur Sozialakademie zusammengebracht auf einen Tisch um diese Frage zu bearbeiten. Die katholische Sozialakademie hat dann das Thema Beteiligung von Betroffenen als Gemeinwesenarbeit auf ihre Dreimonatskurse gesetzt.“ Der Landjugendprozess war das Kernstück der agrarpolitischen Tätigkeit, von dem sich die weiteren Arbeiten ableiteten.

Das agrarpolitische und ländliche System ist von Unterordnung, von Indoktrination von oben und von Bevormundung geprägt. Das war das Ergebnis einer Analyse. Entscheidend war danach die Frage, wie kann man die Beteiligungsprozesse in diesem System trotzdem einführen. Die Gründungsphase der ÖBV und ihre ersten Jahre entsprachen im Wesentlichen diesem Prozess. Daher bezeichnet sich Franz Rohrmoser als Prozessmanager, „weil ich mich immer bemüht habe, zwischen den Ebenen der Wissenschaft, der Praxis, der Basis, der Initiativen und Behörden bis in die Politik hinein Verbindungen herzustellen.“

Die Erkenntnis basiert auf der Wahrnehmung der eigenen Realität. „Das habe ich mir zu Eigen gemacht und dann habe ich in Österreich alle Leute aufgesucht, die mir beim Erkennen statt Glauben geholfen haben.“ Mit der Zeit verlor der streng katholisch erzogene Bergbauernsohn seine Gläubigkeit und interessierte sich eher für linke Denker, weil deren analytische Fähigkeiten ihn faszinierten und ansprachen. „Alle Leute die ich mir ab dem Zeitpunkt gesucht habe, mussten analysieren können, analytisch gut sein.“ Sie mussten Zusammenhänge erkennen und die Umstände „zu Ende denken“ können. Dahinter blicken, statt glauben, war die Kehrtwendung des katholischen Kindes zum analytischen Denker. Bewirkt hat dieses massive Umdenken der Einsatz in Brasilien.

Die Aufgabe, die Franz Rohrmoser in seiner eigenen Arbeit sieht, ist die Beteiligung der betroffenen Menschen am Lösungsprozess ihrer eigenen Probleme. Hinzu kommt der dialogische Prozess mit den politischen Instanzen, den Behörden und der Wissenschaft.

Franz Rohrmoser befindet sich zur Zeit des Interviews in einem „Rückzugsprozess. Nicht von den inhaltlichen Fragen aber von der aktiven Beteiligung.“ Vor einigen Jahren hat er sich als Begleiter und Berater der SPÖ-Bauern zurückgezogen und ging in der eigenen Firma in Pension. Es gab dafür auch persönliche Gründe, die in der Kernfamilie zu finden sind. Nicht zurückgezogen hat er sich von seinen Grund- und Leitgedanken.



Franz Rohrmoser überreicht beim Einstandsfest der Bundesanstalt für Bergbauernfragen am Möllwaldplatz im März 1995 das von seiner Tochter Brigitte gemalte Bild des Hauses in der Grinzinger Allee 74, in dem die Bundesanstalt von 1979 bis Ende 1994 untergebracht war.

Foto: BA für Bergbauernfragen



Das ursprüngliche Thema, die Beteiligung der Betroffenen an den Lösungsprozessen ging in weiterer Folge in die Reflexion der Frage über: Wo macht man sich selbst das Leben schwer?

Im Alter von 63 Jahren („das ist kein hohes Alter“), stellt er sich die Frage, was wäre jetzt noch wichtig? Er kommt dabei „immer wieder auf einen Kernpunkt zurück“. Es sind viele Initiativen aus seiner Initiative heraus entstanden. Einige Ideen „sind mit der Führung des Agrarsystems, mit den Systemträgern, mit der herrschenden Bauernbundclique noch nicht ausdiskutiert.“ Beispielsweise „der Missbrauch in der Verteilung der Fördergelder, der biologische Landbau oder auch ÖAR-Regionalentwicklungs- und Forschungsprozesse. Die sind mit dem System noch nicht versöhnt.“

Wenn die Thematik der Beteiligung von betroffenen Menschen an Lösungen stärker in die politische Diskussion gerückt wird, würde Franz Rohrmoser gerne mit diskutieren. Seiner Ansicht nach kann die bäuerliche Landwirtschaft nur überleben, wenn die Konflikte innerhalb der Bauernschaft und zwischen Bauern/Bäuerinnen und dem agrarpolitischen System aufgearbeitet werden. Denkt man die bäuerliche Landwirtschaft systemisch, als Initiative von Menschen, die die Eigenständigkeit als Lebensprinzip leben wollen, sieht man sich einem herrschenden politischen System gegenüber. Es ist notwendig, die beiden Seiten, einerseits die AkteurInnen von Initiativen, andererseits die PolitikerInnen, als zwei verschiedene Ebenen zu sehen, damit zwischen den beiden Ebenen der Prozess der Konfliktbearbeitung beginnen kann.

Franz Rohrmoser (li) mit Josef Kramer (Mitte), Rudolf Niessler (re) bei der Veranstaltung: „Entwicklungs- und Agrarpolitik zwischen Konservierung und Modernisierung“ an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien am 10. Oktober 1991

Foto: BA für Bergbauernfragen



„Es muss noch öffentlich darüber diskutiert werden, dass Vertreter der Bauern im Bauernbund nicht für alle Bauern und Bereiche repräsentativ sind, sie daher eher ihre eigenen Interessen von begünstigten Bauern vertreten und nicht von jenen Bauern, denen sie per Gesetz verpflichtet wären. Es müsste auch darüber ein offenes Gespräch geben, wie die offizielle Bauernvertretung mit ihren eigenen innovativen Leuten umgeht. Unsere Erfahrung ist, sie gehen schrecklich mit ihrem innovativen Potential um, quer durch die Kammern, quer durch den Bauernbund und Initiativgruppen. Was kann hier gemacht werden?“ Das müsste direkt angesprochen werden.

Franz Rohrmoser überlegt, sein Wissen um Konflikte und Konfliktbearbeitung an andere weiter zu geben. Ihm sind dabei der Zusammenhang und die Differenzierung zwischen persönlicher und politischer Ebene wichtig. Was im kleinen persönlichen Bereich geschieht, hat große Auswirkungen auf die gesellschaftliche Ebene. Er vertritt die Ansicht, dass wir, wenn wir als Kinder zu Hause nicht widersprechen und keinen eigenen Standpunkt vertreten lernen, als Erwachsene unmündige Bürgerinnen und Bürger werden.

Da Rohrmosers Inhalte bei den Menschen „an und für sich gut ankommen“, überlegt er, daraus ein Seminarangebot zu entwickeln. „Es würde sich lohnen, mit Gemeinderäten, Lokalpolitikern, Landes- und Bundespolitikern zu diskutieren. Anstatt der Schlammschlachten und Schläge unter die Gürtellinie, persönliche Verletzungen und Herabwürdigung von politisch Engagierten, den Dialog lernen und Sachthemen von den persönlichen Themen auseinander halten“ lernen.

„Das ganze Leben besteht aus Veränderung“

Anna und Johann Felbauer



Foto: Familienarchiv, 1990

Der Hof der Familie Anna und Johann Felbauer liegt in Ternberg, Oberösterreich, in der Bergbauernzone zwei. Beide waren unter anderem in der Österreichischen Bergbauernvereinigung und im Ernte-Verband⁵⁴ aktiv und haben sich für die Interessen von Bäuerinnen und Bauern in benachteiligten Gebieten politisch engagiert. Die Gründe, warum ein noch relativ junges Bauernpaar (Jahrgang 1955 und 1958) in die Interviews von Zeitzeugen eingebunden worden ist, liegen darin, dass sie als Kammerrat bzw. Mitglied des Bäuerinnenbeirates für den Unabhängigen Bauernverband in Gremien der Landwirtschaftskammer politisch tätig waren und persönlich, weil sie als junge Bäuerin und junger Bauer die österreichische Agrarpolitik der vergangenen dreißig Jahre als Betroffene hautnah miterlebt haben.

Kindheit von Johann Felbauer



Die Großeltern Johann und Theresia Forster (geb. Eder, verwitwete Kastenhofer) um 1910

Foto: Familienarchiv

Der Vater Markus Felbauer, Jahrgang 1910, kam ursprünglich von einem Bergbauernhof in Garsten. Er heiratete 1948 auf den mütterlichen Hof ein. Die Mutter (Jahrgang 1915, geborene Forster) hatte den Hof geerbt, weil ihr einziger Bruder 1945 gefallen war. Johann Felbauer wurde im Dezember 1955 geboren, seine älteste Schwester kam 1953 zur Welt. Das zweitgeborene Kind dazwischen starb im Alter von einem halben Jahr.

Die Großeltern waren im Dorf angesehene Leute. „Früher waren ja relativ viele Leute am Haus.“ Eine Tochter aus der ersten Ehe der Großmutter – Johanns Tante – war für den Haushalt verantwortlich. Eine Halbschwester der Mutter blieb als Kinderfrau am Hof, weil die Mutter Epileptikerin war. Die Mutter starb am 3. Juli 1966, als sie während eines Anfalls erstickte. Der Vater heiratete 1968 ein zweites Mal. Aus dieser zweiten Ehe gibt es einen Halbbruder und eine Halbschwester. Johann Felbauer war von klein auf als Hoferbe vorgesehen.

54. Heute Bio Austria – siehe Beitrag über Josef Willi

„Ja, die Dienstboten haben grade in der Zeit, was ich noch erlebt habe, relativ viel Geld gekostet. Die Ertragslage war auch nicht so, dass das leicht gegangen ist.“ Die Dienstboten waren jedoch aufgrund der minimal vorhandenen Mechanisierung erforderlich.

Auf dem Hof gab es folgende Dienstboten: Eine Stalldirn, einen „Hausknecht“ und eine Tagelöhnerin, die „Meisterin“ genannt wurde, weil sie Witwe des Schustermeisters war. Der Knecht war Cousin der Mutter, genannt Hein, ein Vollwaise. Der Großvater nahm ihn nach der Firmung mit zwölf Jahren in die Familie auf und hat ihn „behandelt wie einen eigenen Sohn.“ Für den heranwachsenden Johann Felbauer war Hein ein väterlicher Freund.



*Weihnachten 1955 am Tiefenbach-Hof,
Familie Felbauer und Dienstboten*

Foto: Familienarchiv



*Johann Felbauer mit „Hein“
Heinrich Danhofer war Cousin der Mutter
und Knecht am Hof*

Foto: Familienarchiv, 1963

Vom Großvater mütterlicherseits, der „immer noch mitregiert hat [...] sind einige Episoden bekannt.“ Als Johann Felbauer geboren wurde, bestimmte er, dass sein Enkelsohn Hans heißen soll – nach seinem im Krieg gefallenen Sohn. Das deutet darauf hin, „welche Dominanz der Großvater gehabt hat.“ Eine Dienstbotin erzählte, dass Johanns Vater oft wegen seinem dominanten Schwiegervater „geplärrt“ [geweint] hat, wenn er sich ihm gegenüber nicht durchsetzen konnte. Er ist von 1948 bis 1956 „mehr oder weniger unterm Kuratel vom Großvater gestanden.“ Die Krankheit seiner Frau erschwerte die Situation.

Dieser Großvater war Vizebürgermeister, Obmann der Elektrizitätsgenossenschaft, Jagdleiter, und er hatte die Funktion des Hauptleiters im örtlichen Lagerhaus. Diese damalige Vorläuferorganisation der Genossenschaften waren Einkaufsgemeinschaften. Es wurde gemeinschaftlich Saatgut und andere Betriebsmittel angekauft. In den Anfängen wurden die dafür zu verrichtenden Arbeiten direkt auf dem Hof in Ternberg durchgeführt. Die Dienstboten am Hof verteilten die Waren an die Genossenschaftsmitglieder. Ob dieser Großvater einer Partei angehörte, weiß Johann Felbauer nicht, er könnte Mitglied der Christlich sozialen Partei oder der Landbundbewegung gewesen sein. Er sei jedenfalls kein Nazi gewesen, denn als der Krieg begann, wurde er als Jagdleiter abgesetzt. „Das hat dann ein Nazi übernommen.“



Die Eltern Markus und Theresia Felbauer (geb. Forster) bei ihrer Hochzeit 1948



Der Vater brachte als Heiratsgut zwei Norikerpferde in die Ehe

Fotos: Familienarchiv

Die Jagd gilt in der Familie als Tradition, lediglich der Vater war kein begeisterter Jäger. „Der Hein [Cousin der Mutter, der als Knecht am Hof gearbeitet und gelebt hat] hat mich mehr zum Jagen gebracht, als mein Vater.“ Johann Felbauer geht heute noch gerne auf die Jagd und ist seit zwölf Jahren Jagdleiter der Jagdgesellschaft Ternberg.

Annas Kindheit

Anna Felbauer kommt von einem Bergbauernhof auf rund 600 Meter Seehöhe. An die Größe der Flächen des elterlichen Hofes kann sie sich weniger erinnern als an den Betriebseinheitswert (ca. 47.000,- Schilling).



Annas Elternhaus mit Eltern und Großmutter 1953 (von links nach rechts: Vater, Mutter, Großmutter mütterlicherseits, vorne die drei ältesten Geschwister Annas und Großmutter väterlicherseits)

Foto: Familienarchiv

Der Hof hat viele steile Flächen und war „schlecht zum Arbeiten. Er [Johann Felbauer] hat immer gesagt, wenn ich ihn so bewirtschaften müsste [mit Milchkühen] wie die Schwiegereltern, möchte ich ihn nicht geschenkt.“ Die jüngste Schwester bewirtschaftet den Hof heute im Nebenerwerb. Bereits der Vater nahm ungefähr fünfzehn Jahre vor seiner Pensionierung eine außerlandwirtschaftliche Anstellung als Schichtarbeiter an, „daheim ist es nimmer gängen finanziell.“ Der Vater war Jahrgang 1919, die Mutter Jahrgang 1924. Anna, geboren 1958, war das achte von zwölf Kindern, geboren zwischen 1947 und 1966.

Im alten Bauernhaus wurden lediglich die Küche und die Stube mit einem Kachelofen geheizt. Ab 1968 wurde das Wohnhaus neu gebaut, Wirtschaftsgebäude und unterkellertes Teil des Hauses wurden beibehalten. Das Hausbauen erstreckte sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren. „Die Bauweise war ja nicht wie jetzt, dass der Mischwagen kommt, die Schalung kommt und in drei Wochen steht die Keuschn“ [das Haus]. Zuerst waren die Küche und die Stube bewohnbar. Mit der Zeit wurde ein Zimmer nach dem anderen fertig gemacht.

Die große Kinderschar

Wie auf den meisten Bauernhöfen kinderreicher Familien arbeiteten die Kinder von klein auf mit. Oftmals wurde das Spiel mit der Arbeit verbunden, beispielsweise die Stallarbeit mit Versteckspielen im Heuboden. „Jeder hat halt irgendwie eine Arbeit gehabt. Irgendwas hat ein jeder zu tun gehabt.“ Nicht nur im Stall, auch im Haus. [...] Das ist genau eingeteilt worden. Und wehe es hat sich einer nicht daran gehalten. Das war zu tun und aus Maus [es gibt keinerlei Diskussion darüber].“ Auch nicht, dass die Mädchen ihren Brüdern die Wäsche richten mussten, „weil die Buben können sich ihr Gewand nicht bügeln“. Heute lächelt Anna Felbauer belustigt darüber. Die Zeiten haben sich inzwischen verändert.



*Annas Eltern und Geschwister
Anna ist das Baby am Arm ihrer Mutter
Foto: Familienarchiv, 1958*

Wie von kinderreichen Familien bekannt, kümmerten sich die älteren Geschwister um die jüngeren. Das hatte den Vorteil, dass die Kinder schon sehr früh eine „relativ freie Hand gehabt haben daheim“. Im Jugendalter gab es keine Diskussion darüber, wer wen nach Hause mitbrachte. Die Familie Hinterplattner hatte ein offenes Haus, Freunde und Freundinnen konnten jederzeit zu Besuch kommen und auch übernachten. Es wurde den jungen Frauen außerdem nicht „dreingeredet, ob der Mann passt oder nicht passt.“ Eine solche Diskussion „wäre nicht geführt worden“. Der Umgang mit den jungen Menschen war in Annas Familie „äußerst tolerant.“ Hingegen war es bei der Familie Felbauer im Haus nicht möglich, unverheiratet zusammen zu wohnen. Das empfindet der Schwiegersohn als „äußerst großzügig, die [Schwiegereltern] haben Verständnis gehabt“. Anna erzählt: „Der Vater hat immer gesagt, es ist gescheiter, es gehen die Buben bei der Haustür aus und ein, als hinten beim Fenster rein. Dann weiß er wenigstens, wer aus und eingeht.“

Trotz großer Kinderschar hatte niemand in der Familie Hinterplattner jemals Hunger gelitten. „Es hat immer genug zum Essen geben. [...] Am Sonntag hat's fast allweil ein Brat'l geben, weil eine Sau ist allweil gefüttert worden, und Mehlspeisen und Suppen.“ Zum Frühstück wurde heiße Milch getrunken und Schwarzbrot mit Butter und Marmelade gegessen. Die Mutter backte regelmäßig alle vierzehn

Tage selbst Brot, wie Anna heute noch. Die Tochter nicht nur für den Hausbedarf, sondern überwiegend für die Direktvermarktung.

Die große Kinderschar war in den Augen der dörflichen Gesellschaft eine Art Makel und galt als rückständig. Viele Kinder zu haben war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr modern. „Das habe ich schon oft erlebt, wir sind so viel. Wir haben nicht alles gekriegt, wir haben nicht alles haben können.“ Die Bücher für die Schule mussten von einem Geschwister auf das nächste weitergegeben werden. Ihr selbst habe das nichts ausgemacht, mit gebrauchten Büchern zur Schule zu gehen. Die Benachteiligung fiel ihr erst im Nachhinein auf, dass andere Kinder schon während der 1960er Jahre neue Schulbücher hatten. Die Leute haben auch getratscht: „Die leben von der Kinderbeihilfe. Die haben die Kinder nur wegen dem Geld. Das hat man dann schon öfter gehört. Das kommt mir aber erst jetzt oft wieder in Erinnerung.“ Es ist Anna als Kind „nicht so negativ aufgefallen.“

Die kinderreiche Familie wurde mit vielen Kleidern beschenkt, vor allem von einer befreundeten Familie der Eltern. „Die waren Deutsche und die haben viel Gewand mitgebracht. Also wir waren nie schlecht angezogen, [...] weil wir wirklich sehr viel gekriegt [bekommen] haben.“ Auch von einem kinderlosen Ehepaar in der Umgebung, das ein Grundstück an die Familie Hinterplattner verpachtete. „Da habe ich nie den Eindruck gehabt, dass mir irgendwas gefehlt hätte.“

Der Vorteil in einer kinderreichen Familie für die Kinder selbst ist der, „dass immer jemand da ist“. Die Beziehungen untereinander waren unterschiedlich stark, stärker zwischen jenen, die in etwa gleich alt waren, da sie als Jugendliche oft etwas miteinander unternahmen, gemeinsam „fort gingen“. Um sich um die jüngeren Geschwister zu kümmern, „haben wir uns abwechseln müssen.“ Früh Verantwortung übernehmen lernen empfindet Anna Felbauer heute noch als positiv. „Das habe ich nicht negativ in Erinnerung, überhaupt nicht.“ Es war für sie ganz normal, die Arbeiten, die ihr aufgetragen worden sind zu tun, ohne länger darüber nachzudenken, „warum, oder dass es vielleicht auch anders ginge.“

„Ich kann mich noch erinnern als Kind, wir haben noch das Ross holen müssen“, eine alte Haflingerstute. Später wurde ein Traktor gekauft, ein 28er Kurzschnauzer, der so genannte Büffel. „Natürlich nur zum bergauf und bergab fahren auf den Wiesen, wenn’s überhaupt gegangen ist, weil die Wiesen so steil waren.“ Die Arbeit wurde im Lauf der Zeit durch die Technisierung erleichtert. Der Motormäher ersetzte die Sensen, durch den am Traktor montierten „Heuschwanz“ war die schwere Arbeit des Aufladens nicht mehr erforderlich. Bei der Heuernte musste nur noch händisch nachgereicht werden. Das war „schon eine gewaltige Erleichterung. Also ich kann mich erinnern, wir haben den ganzen Sommer geheut. Fleckerweise, ein Fleck nach dem anderen.“

Zu ihrer Elternbeziehung meint Anna: „Also wir haben als Kinder die Eltern nicht direkt als Ansprechpartner gehabt. Eher die älteren Geschwister. Die Eltern haben keine Zeit gehabt. [...] Ich habe daheim relativ viel Streit erlebt. Weil sie auch keine Zeit gehabt haben, irgendwas auszureden. Es hat wahrscheinlich immer Geldprobleme geben“, vermutet sie. Außerdem war durch die Erwerbsarbeit des Vaters die Mutter am Hof alleine für die Arbeiten verantwortlich und möglicherweise überlastet. „Wir haben immer Milchkühe gehabt. Also ich seh’s heute so, da war nie Zeit. Sie haben sich sehr wohl mögen. [...] Es ist nicht umsonst der Vater so relativ schnell danach gestorben.“ Annas Eltern starben 1991, die Mutter im April an Leukämie, der Vater im Dezember.

Die älteren Geschwister blieben zum Teil bereits verheiratet noch im Haus der Eltern, solange sie kein Eigenheim hatten. Auch Anna und Johann Felbauer haben „eine Zeit daheim gewohnt, bei meinen Eltern mit unserer älteren Tochter.“ So war immer jemand zugegen, der oder die bei der Heuernte und anderen Arbeiten helfen konnte. „Das ist sozusagen die moderne Form der Dienstboten gewesen. Das war aber relativ oft üblich bei Betrieben“ in der Umgebung.

Die politischen Vorbilder

Annas Mutter war Ortsbäuerin, der Vater lange Zeit „Ortsbauernobmann und Gemeinderat der ÖVP, bei der Feuerwehr und bei der Selbsthilfe“. Der Selbsthilfeverein ist kein Verein nach dem Vereinsgesetz. Im Schadensfall durch einen Brand oder einen Sturm trat dieser Verein in Aktion. Den Geschädigten wird auf Gegenseitigkeit geholfen. Man leistet einen oder mehrere Tage Robot, lieferte Bauholz, Ziegel, Heu und andere Hilfsmittel, die vonnöten waren. Das „war früher ganz wichtig.“ Es wurde klar vereinbart, wer wofür zuständig ist, wann es wo welche Versammlung gibt. Es wurden keine Einladungen ausgetragen. „Wenn heute ein Haus abbrennt, ist am Sonntag die Versammlung, das wissen alle, die dafür zuständig sind. Auf der Versammlung wird beschlossen, was das Heu kostet, was der Laden kostet, was der Meter Bauholz kostet, was der Ziegel kostet.“ Auch wenn heutzutage diese Aufgabe von den Versicherungen übernommen wird, ist es nach wie vor wichtig, dass „Leute da sind, die gleich einmal aufräumen helfen.“ Heutzutage wird diese Art von Tätigkeiten über den Maschinenring organisiert und verrechnet.

„Mit dem Bürgermeister hat er [Annas Vater] sich immer angelegt. Der Bürgermeister war Schuldirektor und der hat nix gehalten auf die Bauern.“ Für die Mutter als Ortsbäuerin „hat gegolten, was die ÖVP gesagt hat“. Beim Vater war das „nicht so sicher. Nein, [...] der war sehr kritisch.“ Er ließ einmal eine Gemeinderatssitzung platzen, weil der Bürgermeister ein Wegerecht löschen wollte, von dem ein Bauer betroffen gewesen wäre. „Als Ortsbauernobmann hat er sich um die Bauern in der Gemeinde kümmern müssen und festgestellt, dass [...] der Bürgermeister den Bundesforsten einen Vorteil zuspült.“ Ein Bauernehepaar hätte zwar ein Fahrtrecht bekommen sollen, aber das Grundstück wäre sehr entwertet oder unverkäuflich gewesen, wenn das Wegerecht nicht auf der Liegenschaft eingetragen geblieben wäre. Der Vater bewies nicht nur in diesem Fall Durchsetzungsvermögen und ertrug es, als Außenseiter bezeichnet zu werden. Dafür sei es in seinem Fall nicht erforderlich gewesen, einer anderen Partei anzugehören. „Mein Vater ist [ÖVP-intern] immer sehr kritisch beobachtet worden.“

Annas Geschwister waren parteipolitisch nicht interessiert. Bei der Hochzeit einer Schwester wählte ihr Bräutigam rote Nelken zum Aufstecken für die Hochzeitsgäste. „Da hat sich mein Vater sehr aufgeregt. [...] *Das ist kein Maiaufmarsch und wir sind nicht bei den Sozis.*“ Der Schwiegersohn stammte aus einer Arbeiterfamilie „aus einer roten Gemeinde, Reichraming.“ Nach Annas Einschätzung hatte er keine parteipolitischen Hintergedanken. „Es hat halt grad so gepasst, die Nelken als Hochzeitsanstecker für alle. Und mein Vater hat aber sofort ein anderes Symbol dahinter gesehen.“ Diese Begebenheit ist Anna Felbauer in Erinnerung geblieben, weil sie damals festgestellt hat, dass andere Parteien als die ÖVP „andere Gebräuche“ haben.

Die schulische Ausbildung

„Wir sind nicht vernachlässigt worden“ trotz der großen Kinderzahl. Es wurde nicht jedem Kind soviel Aufmerksamkeit gewidmet, wie dies gegenwärtig der Fall sei und es wurde „nicht besonders auf das schulische Fortkommen geachtet“. Die Eltern überlegten nicht – wie heutzutage sehr verbreitet – gemeinsam mit ihren Kindern, welche weiterführende Schule sie besuchen sollten. „Wir sind in die Schule gegangen, haben daheim das Zeugnis unterschreiben lassen, ohne weiß Gott welchen Kommentar.“ Erst die beiden jüngsten der zwölf Geschwister besuchten die Hauptschule in Losenstein. Alle übrigen gingen in die sechsklassige Volksschule, deren Schuldirektor gleichzeitig Bürgermeister war.

Das konfliktreiche Verhältnis zwischen dem Vater und dem Schuldirektor/Bürgermeister könnte auch ein Grund dafür gewesen sein, dass der Vater seine Kinder nicht zur weiteren schulischen Bildung ermutigte. Noch dazu, wo „ihm die Lehrer immer ein bisschen zu gescheit“ waren.

Die Mädchen der Familie Hinterplattner haben traditionell im Gegensatz zu ihren Brüdern keinen Beruf erlernt. Anna Felbauer arbeitete kurzzeitig nach dem Abschluss der Pflichtschule in einer Gärtnerei in Sierning. Danach begann sie am elterlichen Hof eine landwirtschaftliche Lehre, die sie jedoch nicht abgeschlossen hat. Denn in der Zwischenzeit lernte sie Johann kennen und wurde mit siebzehn Jahren schwanger.

Johann Felbauers Schulbildung

Auch Johanns Eltern haben sich nicht besonders um seine schulische Ausbildung gekümmert. Die „Noten haben gepasst. Wenn ich eine schlechte Note gehabt hab, hab ich’s von der Mutter unterschreiben lassen, hab ich eine gute gehabt, bin ich zum Vater gegangen. Ich hab relativ leicht gelernt. War bei den meisten Lehrern, glaube ich, beliebt. Habe mich recht gut angepasst. Gesungen haben wir gern. Ministriert habe ich bis zum Ende der Volksschulzeit. In der Hauptschule [in Garsten] haben mir die Lehrer immer abgeraten, dass ich daheim bleibe.“ Sie empfahlen ihm, eine allgemein- oder berufsbildende höhere Schule zu besuchen. Doch sein Argument war, es sei wichtig, dass es auch in der Landwirtschaft Leute gäbe, die sich „leichter tun beim Schulischen“. Nach dem Polytechnischen Lehrgang begann er eine landwirtschaftliche Lehre am elterlichen Hof. Er hat immer schon gerne gelesen. „Am meisten hat mir gefallen, wenn wir so Gruppenarbeiten gemacht haben.“ Dazu gab es damals einen Schulversuch. Für den Aufsatz saß er meist zuerst eine halbe Stunde, bis er eine Idee hatte. Dann wurde er oft „fast nicht fertig“, weil ihm soviel zum Thema einfiel. „Da habe ich immer lang gebraucht, bis mir was eingefallen ist. War damals schon so.“

Die Religion

Beten „war ein Ritual. Das war einfach, jeder hat sich gefreut drauf.“ Es wurde auch Samstagabends gebetet und am Sonntag ging die gesamte Familie zur Messe. „Das war nie eine Frage“, niemand hat sich dagegen gewehrt oder hätte etwas dagegen gehabt, „sondern das war einfach so. [...] Einmal in der Woche war eine Schülermesse und da haben wir gehen müssen.“ Im Winter war es noch dunkel, wenn die Kinder zur Schule oder vorher zur Messe gingen. Heute geht die junge Familie Felbauer nicht mehr

regelmäßig zur Kirche. Wenn Anna Felbauer nicht im Kirchenchor singen würde, käme sie „sicher nicht so oft in die Kirche“.

Erst später „in unseren katholischen Jugendjahren haben wir versucht mit den Traditionen zu brechen.“ Plötzlich war es eine Schande – „wir hatten das Gefühl, da muss man sich ja schämen“ – wenn in einer Familie beim Mittagessen noch gebetet wurde, „weil heutzutage tut man das nimmer.“ Dahinter steckt auch das Empfinden, dass das Gebet beim Mittagstisch nur ein „Runterratschen“ war und nicht mit Andacht gebetet wurde.

Die aktive Teilnahme an der katholischen Jugend war vor allem darauf zurück zu führen, dass diese den Jugendlichen ermöglichte, zusammen zu kommen und raus zu kommen aus den eigenen vier Wänden. „Der Pfarrer war zwar sehr konservativ“, er hatte jedoch ein offenes Ohr für Jugendliche und Kinder. Die so genannten Heimstunden fanden im Pfarrheim statt. Zu diesem Anlass wurde für die Jugendlichen immer Tee gekocht. Dazu gab es Kekse oder Brote, die die Pfarrersköchin vorbereitete. Es wurde für die Kinder und Jugendlichen im Winter extra eingheizt, „dass wir es ja schön warm haben. Es war sehr heimelig“, auch deshalb, weil alle etwas bekommen haben und nicht gefragt wurde, woher jemand kommt.

Wesentlich wird die christliche Erziehung im Todesfall: „Die [Mutter] ist jetzt im Himmel. Das ist halt so. [...] Das hat man akzeptieren müssen.“ Durch die Gegebenheit, dass die Mutter nicht „die alleinige Frau als Bezugsperson“ für Johann als Kind war, kam kaum ein Gefühl der Verlassenheit auf. Es waren immer sehr viele Menschen um ihn herum und er wurde bereits während der Jahre, als seine Mutter noch lebte, eher von seiner Tante – seine Patin und Halbschwester der Mutter – erzogen. „Die Godn hat praktisch den Haushalt geführt. Das war ja fast zur Hälfte meine Mutter.“

Aller Anfang ist schwer

Annas Eltern haben Johann „sehr geschätzt, also sie haben es anders geschätzt als ich, dass er ein Bauer ist. Also ich hab das nicht geschätzt am Anfang, überhaupt nicht.“ Darauf werden wir später zurückkommen, denn dieser Umstand hat in der Geschichte des Ehepaares „dann sehr wohl eine Rolle gespielt.“ Aufgewachsen mit der Arbeit auf einem Bergbauernhof war es nicht Annas Traum gewesen, Bäuerin zu werden.

Johann und Anna Felbauer heirateten am 22. November 1975 standesamtlich. Die kirchliche Trauung fand am 29. Jänner 1977 statt. Erst danach zog Anna mit ihrem 1976 geborenen ersten Kind auf den Hof, den das Ehepaar am 1. Februar 1977 übernommen hat.

Johann Felbauer lernte sich am elterlichen Hof schon sehr früh durchzusetzen und auch mit anzuschaffen. Im Umgang mit seiner Stiefmutter war er wie sonst auch ein sehr pragmatischer Mensch. „Wenn ich mit ihr nicht zurechtkommen bin, bin ich zum Vater gegangen, der hat das wieder geklärt. Der hat ein Machtwort gesprochen und die Geschichte hat sich gehabt. [...] Sie war für Hauswirtschaft und Stall verantwortlich. Ich bin schon mit dem Traktor gefahren und bei der Außenarbeit war ich schon relativ viel integriert.“ Die Verteilung der Arbeitsbereiche ermöglichte einen konfliktfreieren Umgang mit der Stiefmutter, „dadurch sind wir uns nicht oft in die Quere gekommen“.

In seiner Jugend hegte er starke „Emanzipationsbestrebungen. Ich hab dort relativ viel gestritten mit dem Vater. Viel war Diskussion, verschiedene Meinungen, wo der Hein zum Beispiel immer gesagt hat, ihr streitet die ganze Zeit und wir dann eigentlich unisono gesagt haben, wir streiten ja gar nicht, wir diskutieren ja nur. Es war auch kein böser Streit. Es waren schon Auseinandersetzungen, aber eher sachlich.“ Doch mit der Zeit wurden die Auseinandersetzungen härter. „Ich hab mich dann zurückgezogen.“ Damals begann Johann seine Entscheidungen für sich zu treffen und seine Eltern nicht mehr zu informieren.

Johann Felbauer hat sich seine „Position erkämpft. [...] Mit sechzehn Jahren [habe ich] das Haus formell in Pacht genommen. Weil der Vater [damals einundsechzig Jahre alt] dann Pension gekriegt hat“ aufgrund eines Hüftleidens. Mit der offiziellen Übernahme des Hofes kamen „natürlich dann Kämpfe mit dem Vater, wie wir dann die Betriebsgemeinschaft gemacht haben.“

Das Verhältnis zu Vater und Stiefmutter begann schwierig zu werden, als Anna und Johann, beide sehr jung, sich ineinander verliebten. Sie war fünfzehn Jahre alt und er noch nicht achtzehn, als sie sich kennen lernten bei einer „Radltour von der katholischen Jugend. [...] Für uns war’s dann gleich einmal eine relativ feste Beziehung.“ Als die Eltern davon erfuhren, „waren’s nicht so begeistert.“

In der Jugendzeit gab es Konflikte, wie sie nicht selten vorkommen zwischen Pubertierenden und Eltern. Insgesamt hat sich die Stiefmutter „recht umgeschaut“ (sich um ihre Stiefkinder gekümmert). Denn „sie hat sich gefreut, dass [hier]her heiraten hat können auf das Haus“. Die Heirat bedeutete für sie einen sozialen Aufstieg, da sie vor der Ehe als Halterin bei der Weidegemeinschaft arbeitete. „Sie haben sich auch recht gern gehabt. Der Vater hat sie [die Stiefmutter] als landwirtschaftliche Arbeitskraft angemeldet und weiter Sozialversicherung eingezahlt für sie.“ Zuerst hat sie sich geärgert, doch als Johann und Anna Felbauer den Hof übernahmen, übernahmen sie auch die Verpflichtung des Vaters, die Sozialversicherung für sie weiter zu bezahlen. „Und dann hat’s eine relativ gute Pension gekriegt.“ Darüber hat das junge Paar damals nicht lange nachgedacht. Es war für sie selbstverständlich. Auch unter dem Aspekt, dass Anna lange Zeit den Eindruck hatte, dem Altbauernehepaar und ihren Kindern etwas weggenommen zu haben. „Wo bei mir dazukommen ist, dass ich die Landwirtschaft gar nicht haben wollte.“ Das Verhältnis zum Altbauern und zur Stiefmutter war lange Zeit sehr gespannt. Als das junge Paar kirchlich heiratete, zogen die Eltern mit den Halbgeschwistern in ein Ausgedinge.

Das Jungbauernehepaar besuchte Seminare im Bildungshaus Altpernstern. Der Erfahrungsaustausch zum Thema Generationskonflikte auf Bauernhöfen war damals für das junge Paar sehr hilfreich. Besonders schwierig wurden die familiären Verhältnisse, als sich das junge Paar zu einer Betriebsgemeinschaft entschloss.

Die Betriebsgemeinschaft

Das Ehepaar Felbauer gründete 1977 mit dem Bauern Josef Großßeßner die Betriebsgemeinschaft Felbauer – Großßeßner Ges.b.R. (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Diese war eine Art Aushängeschild für das erste praktische Beispiel einer alten Theorie. Die Betriebsgemeinschaft sollte das Versprechen erfüllen, das Johann Felbauer seiner Frau gegeben hatte: Sie braucht nicht in den Stall zu gehen.

Beide Elternpaare waren gegen die Gründung der Betriebsgemeinschaft. Das „hat so einen kommunistischen Anhauch gehabt, dass es mich nicht wundert, jetzt hintennach, dass sie so dagegen waren.“ Es wurde argumentiert, so wie die Betriebe bis zu diesem Zeitpunkt allgemein geführt wurden, war es „keine Perspektive für uns. [...] Wir haben gesagt, wir erhalten die Betriebe und auf die Tour [als Betriebsgemeinschaft] können wir menschenwürdig leben. Das war unsere Philosophie.“

Das junge Paar konnte von der Idee der Betriebsgemeinschaft nicht abgebracht werden, weil sie sich „sachlich auseinander gesetzt haben [...] und da waren wir so von der Idee überzeugt und auch in der Argumentation fundiert. [...] Es hat kein Rütteln gegeben. Erstens waren wir verheiratet, wir haben ein Kind gehabt miteinander, ich hab schon Felbauer geheißt. Ich hab den Übergabevertrag schon mit Felbauer unterschrieben.“ Die Idee von der Betriebsgemeinschaft war für Anna wichtig, weil sie ihre Eltern als „sehr überarbeitet“ wahrgenommen hat und dachte, „so will ich nicht [Landwirtschaft betreiben]“. Hinzu kommt, dass Anna lieber nicht Bäuerin geworden wäre. „Ich wollte eigentlich nur ihn haben und den Betrieb nicht dazu.“ Letzten Endes musste sie trotz Betriebsgemeinschaft oft „sehr viel arbeiten“ und hat erfahren, „dass keine Zeit mehr da ist“.

Am 1. Mai 1977 wurde die Betriebsgemeinschaft begonnen. Franz Rohrmoser organisierte einen Termin im Landwirtschaftsministerium, wo die beiden Betriebsgemeinschaftsmitglieder durch einen Juristen über die erforderlichen rechtlichen Schritte beraten wurden. Grundsatz war immer, gemeinsame Verantwortung, gemeinsame Kassa, gemeinsames Arbeiten. Es stellte sich jedoch heraus, dass das junge Paar trotz der Betriebsgemeinschaft mit den Arbeiten oft im Rückstand war.

Der Schwiegervater war über die Verhältnisse am Hof nicht erfreut. „Da hat’s oft entsprechend ausgeschaut [Unordnung am Hof] und mit dem Holz sind wir auch nicht zusammenkommen. Wir sind ja manchmal hinten und vorn nicht zusammenkommen. Ist eh keine Frage gewesen. Jung waren wir, Kinder haben wir gehabt und gebaut haben wir. [...] Uns hat die praktische Erfahrung gefehlt.“ Der Vater hatte den Eindruck, das junge Paar lässt den Hof „verludern“ [verkommen]. Er meinte eines Tages, wenn er das gewusst hätte, hätte er den Hof Johanns Schwester vererbt. „Und ich [Anna] hab gesagt, mir wäre keine Stunde Leid gewesen drum.“ Ab diesem Zeitpunkt hatten die Vorwürfe ein Ende. Vielleicht sah er durch Annas Antwort ein, „dass vieles eine Unterstellung war.“ Verständlich war sein Verhalten insofern, als er die vielen unerledigten Arbeiten vor Augen hatte und sich im Dorf den Tratsch über das junge Paar anhören musste.

„Wir haben erlebt in den ersten Jahren von der Betriebsgemeinschaft, dass der Vater dagegen war. Er hat zwar mitgearbeitet, bei der Arbeit haben wir uns gut verstanden. Wenn wir gestritten haben, dann haben wir von der Jagerei [vom Jagen] geredet, dann haben wir uns auch wieder verstanden. [...] Aber ich habe gewusst, er ist nicht einverstanden mit dem was wir machen.“ Das war jedenfalls sein Eindruck bis zu jenem Tag, an dem er anderes hörte. Eines Sonntags stand Johann Felbauer in der Kirche „hinten beim Eingang“. Der Vater war vor der Kirchentür. „Da höre ich, wie er uns gegenüber einem anderen Bauer verteidigt hat.“ Nicht nur verteidigt, „er hat uns sogar gelobt“. Bis dahin vermittelte der Vater dem Sohn den Eindruck, „dass er das [die Betriebsgemeinschaft] nicht verstehen kann, obwohl er natürlich oft Recht gehabt hat, weil uns auch viel Blödsinn passiert ist. [...] Dort habe ich erlebt, dass er uns nach außen hin verteidigt hat, gegenüber anderen Bauern. [...] Das hat uns schon auch viel gegeben.“

Vorrangigste Zielsetzung war es, auch Freizeit auf dem Hof zu haben. Doch die Erwartungen haben sich nicht zur Gänze erfüllt. Der Grund, warum es nicht so gut lief wie geplant, „war eine Verkettung von Umständen. [...] Wir haben am Anfang relativ viel Kunstdünger gestreut und aufgestockt auf 40 Kühe und die zweite Stallhälfte dazugebaut. Dann haben wir ziemliche Fruchtbarkeitsprobleme zusammenbracht bei den Kühen. Da ist uns natürlich auch die Arbeit über'n Kopf gewachsen.“ Es war schwierig, die Übersicht bei den Kühen zu behalten, denn zu dieser Zeit gab es noch keine Computer und keine Transponderfütterung. Einige Kühe mussten mehrmals besamt werden. Der Tierarzt war der Meinung, die Kühe seien in Ordnung, es müsse im Futter einen Mangel oder einen Überschuss geben, weshalb sie nicht trächtig werden. „Was es genau war, weiß ich nicht.“ Schließlich half eine Behandlung der Tiere mit Aderlass. Die Hälfte der Kühe musste als Schlachtvieh verkauft und zwanzig Zuchtkalbinen gekauft werden, für teures Geld. Damals kostete eine gute Kalbin netto zwischen 23.000 und 27.500 Schilling⁵⁵. Für diese Beträge musste ein Kredit aufgenommen werden. Die Zinsen lagen zu dieser Zeit bei dreizehn bis vierzehn Prozent. „Einen AIK⁵⁶ haben wir nicht kriegt.“ Der Grund war, dass es keinen notariellen Vertrag über die Betriebsgemeinschaft gab. Dafür war die Angst zu groß, vom Finanzamt nicht als Gesellschaft bürgerlichen Rechts anerkannt, sondern als Kapitalgesellschaft eingestuft und voll besteuert zu werden. Das wäre finanziell nicht tragbar gewesen.

„Laut unserer Kalkulation hätte es sich eh locker ausgehen müssen. Das war halt nicht so.“ Es stellte sich heraus, dass sie „bei den Einnahmen optimiert und bei den Ausgaben manches vergessen“ hatten. „Und dann schaut's ja gleich anders aus. Wir haben geglaubt, dass wir uns durch die Einsparung bei den Maschinen viel Geld ersparen und die Einnahmen steigen. [...] Wir waren halt zu unerfahren“, bekennt Johann. „Die Erfahrung kann dir niemand geben“, meint Anna und Johann ergänzt: „Einiges Pech haben wir auch gehabt.“

Die Auflösung der Betriebsgemeinschaft ging nach acht Jahren im Mai 1985 friedlich vonstatten. Die Aufteilung der Kühe erfolgte durch ein Auswahlverfahren. Sie suchten sich abwechselnd nacheinander eine Kuh aus, bis der Bestand aufgeteilt war. Später wurde getauscht, denn der Partner verkaufte die Kühe und stieg auf Milchschaafhaltung um.

Es mussten Baugründe verkauft werden, damit die Schulden bezahlt werden konnten. „Da war auch Lehrgeld dabei.“ Das junge Paar hatte nicht die Erfahrung, dass man sich bei Krediten „etwas ausverhandeln“ kann. In die Bank dürfe man nicht zuviel Vertrauen haben, das seien Geschäftspartner, mit denen man verhandeln müsse, wie die Praxis gezeigt habe. Anna Felbauer bedauert noch heute, „soviel Geld ausgegeben“ zu haben für ihre Unwissenheit, Unerfahrenheit und Spontaneität. „Wir haben Gott sei Dank den Baugrund als Rückhalt gehabt.“

Das Ehepaar Felbauer arbeitet noch immer gerne mit anderen zusammen, bei Holzarbeiten, beim Silieren, es werden Maschinen gemeinsam genutzt. Silieren sei alleine gar nicht mehr machbar, es bedarf der gegenseitigen Hilfe. „Auf dem Gebiet hat sich schon viel verändert.“

55. ca. 1.600 bis 2.000 Euro

56. Agrarinvestitionskredit

Das Verhältnis mit dem Betriebsgemeinschaftspartner blieb ebenfalls gut. Man trifft sich noch ab und zu. Aber dadurch, dass er mittlerweile die Landwirtschaft zum größten Teil aufgegeben habe, gehe er „eigentlich andere Wege“.

Als Betriebsgemeinschaft hatten sie eine Art Vorreiterrolle inne und vielleicht auch eine Vorbildwirkung für andere. Es war dafür nicht wichtig, wie lange sich die Betriebsgemeinschaft „gehalten hat“ und wie es letztlich ausgegangen ist. „Für Außenstehende war das agrarpolitisch eine Sensation. [...] Für uns hat es mit Agrarpolitik nichts zu tun gehabt.“ Es sollte „eine verbesserte soziale Perspektive“ bringen, die Rahmenbedingungen für die Arbeit am Betrieb sollten verbessert werden. „Wir haben keine Eltern gehabt, die mitgearbeitet haben. [...] Wir wollten nicht, dass automatisch die Frau in den Stall gehen muss, dass die da voll im Betrieb aufgehen muss, wir wollten auch einmal ein freies Wochenende, Urlaub und Krankenstand möglich haben. Und dann haben wir natürlich schon auch geglaubt, dass das finanziell etwas bringt, weil wir eben dachten, auf Grund der Kostendegression, durch die Einsparungen, durch die größere Einheit, dass wir da auch finanziell einen Gewinn haben. [...] Das haben wir alles für uns selber gemacht, [...] aus unserem Problem heraus. Das hat mit Agrarpolitik, mit Ideologie überhaupt nichts zu tun gehabt für uns.“ Damals war Johann Felbauer beim Bauernbund Kassier.

Umstellung auf Bio

Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre war die Zeit der Biopioniere. Das Ehepaar Felbauer stieg 1981 auf biologische Wirtschaftsweise um, zu jener Zeit, als die Betriebsgemeinschaft noch aufrecht war. Biolandbau hatte damals ein sehr schlechtes Image. Sehr unangenehm war die Schadenfreude, wenn durch gewisse Umstände „ein Pech bei der Bewirtschaftung“ auftrat. In einem Jahr war der Unkrautwuchs in einem Getreidefeld sehr stark. Damals stellte jemand eine Tafel vor dem Feld auf mit dem Hinweis, dass dies ein Biofeld sei. Ein anderes Mal bauten sie den Mais später an als konventionelle Bauern. Dadurch war er natürlich kleiner. Da sich das Grundstück in der Nähe des Lagerhauses befand, wurde es von den Genossenschaftern als Beispiel herangezogen, dass der Mais so klein bleibt, wenn man keinen Kunstdünger streut. Einmal ging der Mais nur spärlich auf. Die Leute meinten, das sei ein „Jagermais [er ist Jäger]. Sie haben gesagt, da hättest du auf 100 Meter ein Reh schießen können. So haben die sich eine Gaudi gemacht.“

Es gab bereits Pioniere, Anna und Johann Felbauer können sich daran erinnern, dass die ersten Biobauern in der Umgebung ständigen Verleumdungen ausgesetzt waren. „Das sind Schlitzohren“ wurden Verdächtigungen ausgesprochen. Trotzdem setzten sie sich mit dem biologischen Landbau auseinander und erkannten darin, „dass das für uns ein Weg sein muss oder sein kann und dass das richtig sein muss, was die da machen“.

Johann Felbauer hörte sich aufgrund der Fruchtbarkeitsprobleme der Kühe Vorlesungen an der Universität für Bodenkultur an. Darunter auch die Vorlesung über Biolandbau von Gerhard Plakolm. Im Jahr 1974 wurde im Rahmen der Studie „Das österreichische Agrarsystem“ (Krammer et al. 1978) die erste Biobauernbefragung durchgeführt. In dieser Studie stellte sich heraus, dass das Hauptmotiv für den Umstieg bei den Milchviehbetrieben generell Fruchtbarkeitsprobleme der Kühe waren. „Spitzenzuchtbetriebe hatten massive Probleme“, die durch den Umstieg auf Bio gelöst werden konnten.

Für Anna und Johann Felbauer waren jedoch nicht nur die Fruchtbarkeitsprobleme Grund für die Umstellung. „Ich [Johann] hab mir schon Gedanken gemacht über die Zusammenhänge in der Weltwirtschaft, Naturkreisläufe und so weiter, und dass wir mit unserer Wirtschaft verantwortlich sind, mit dem Soja kaufen und so. Wenn in der Dritten Welt so manche Wirtschaftsstrukturen so rennen, dass die Leute hungern müssen und bei uns werden mit dem Soja die Viecher gefüttert.“ Johann Felbauer hat die Zusammenhänge erkannt: Damit in den westlichen Industrieländern billige Futtermittel zur Verfügung stehen, wird der Boden in den Ländern des Südens für die Weltmarktproduktion verwendet, anstatt die Menschen im eigenen Land zu ernähren.

„Und auch einfach die Erkenntnis über die Aktivitäten des Regenwurms zum Beispiel oder wie der Boden funktioniert. Ich war von der Landwirtschaftsschule her allweil [immer] der Meinung, als Bauer, als moderner Bauer musst super sein, da musst ein halber Chemiker sein, ein Tierarzt musst sein, ein Betriebswirtschaftler musst sein, ein Landtechniker musst sein. Und danach bin ich eigentlich zur Erkenntnis kommen, in der „modernen“ Landwirtschaft, da brauchst du nur allweil das tun, was dir die anderen empfehlen, was die Düngerberatung empfiehlt und so weiter. Weil machst einen Fehler, dann setzt halt das Spritzmittel ein oder es gibt dir der Tierarzt ein Medikament. Als Biobauer musst du weiter denken, welche Auswirkungen es geben kann.“ Wenn ein Fehler gemacht wird, muss dieser oft in mühevoller jahrelanger Kleinarbeit „ausgebadet“ werden. Ein Biobauer ist „mehr gefordert als ein konventioneller, so genannter moderner Betrieb. Das hat mich dann fasziniert, und wir haben gesagt, eigentlich ist's am sinnvollsten, wenn wir umsteigen.“ Auch der frühere Partner in der Betriebsgemeinschaft, Josef Großeßner, wurde Biobauer.

Durch den Umstieg musste der Kuhbestand reduziert werden, da weniger Futter geerntet wurde. „Da kommen dann die Hungerjahre.“ Durch die intensive Düngung kommt es zu keiner tieferen Durchwurzelung des Bodens, die Pflanzen wurzeln meist nur im oberen Bereich von ungefähr zehn Zentimeter. Wenn der Kunstdünger wegfällt, müssen sich die Pflanzen wieder umstellen. „Das dauert ein paar Jahre, bis dass sich der Ertrag wieder stabilisiert.“ Zwischendurch fürchteten sie, die Umstellung sei nicht finanzierbar. Nach der Auflösung der Betriebsgemeinschaft wurde der hauseigene Stall provisorisch ausgebaut, lediglich auf einen Zeitraum von fünf Jahren. „Wer weiß, was in fünf Jahren ist.“ Es wurden 300.000 Schilling⁵⁷ investiert. „Mehr konnten wir uns nicht leisten.“

Mit dem EU-Beitritt stiegen viele Bäuerinnen und Bauern auf Bio um. Im Raum Ternberg wirtschaften in der Zwischenzeit einige von diesen wieder konventionell. Während der großen Umstiegswelle hatten sie plötzlich mit Bauern zutun, die sie vorher ausgelacht hatten. Für die wird es „auf einmal interessant, weil es ein Geld gibt. Das haben wir als ungerecht empfunden, weil wir dann bei der Umstiegsprämie nichts bekommen haben, weil wir schon umgestiegen gewesen sind.“

57. rund 21.800 Euro

Die Direktvermarktung

Anna Felbauer bäckt seit zwanzig Jahren Brot und vermarktet es entweder selbst oder über andere DirektvermarkterInnen. Die Zusammenarbeit mit anderen ist auch in der Direktvermarktung heute noch sehr wichtig. Das Brotbacken wurde kontinuierlich ausgebaut, so dass sie nicht mehr sagen kann, „das geht nur mehr nebenbei.“ Angefangen wurde mit einer Sorte Bauernbrot alle vierzehn Tage auf Bestellung. Mit der Zeit wurde wöchentlich gebacken, bereits Vollkornbrot und Bauernbrot. Es wurde von Ternberg bis Steyr Brot auf Bestellung geliefert. Seit es in Ternberg einen Bauernmarkt gibt, wird regelmäßig Brot gebacken, vorerst nur wenig. Mit der Anschaffung einer Knetmaschine konnte kontinuierlich mehr Brot gebacken werden.

Heute gibt es bereits eine Backstube mit drei Öfen. Anna bäckt zweimal in der Woche Brot. Soviel, dass sie nicht aus der Direktvermarkterregelung fällt, „dass man nicht gewerblich wird“. Auch die am Hof produzierte Getreidemenge ist ausreichend. Anna Felbauer verkauft ihr Brot selbst am Ternberger Bauernmarkt samstags zwischen acht und zehn Uhr. „Das ist ein ganz ein minikleiner Markt. Ich hab nicht weit zum Fahren. Wir betreiben keinen großen Aufwand.“ Es gibt eine Verkaufsgemeinschaft mit dem Biobauernehepaar Karin und Franz Prüller. Anna Felbauer verkauft deren Ziegenkäse, Topfen und Ziegenmilch in Ternberg, dafür verkaufen die beiden Annas Brot in Steyr. „Das funktioniert ganz gut.“ Darüber hinaus wird heute über einen Biozustelldienst eine bestellte Menge Brot vermarktet. Die Frau, die diese Hauszustellung betreibt, fährt Mittwoch, Donnerstag und Freitag verschiedene Touren in der Region. Den regelmäßigen Verkauf von Brot gibt es seit 1989.



Anna Felbauer in der Backstube mit Enkel Matthias 2001

Foto Familienarchiv



Anna Felbauer am Bauernmarkt 1985

links die befreundete Biobäuerin und Direktvermarkterin Karin Prüller

Foto: Familienarchiv

Es wurde auch „Schule am Bauernhof“ angeboten, jedoch aus zweierlei Gründen wieder eingestellt. „Da sind wir dann in unsere extreme Umbauzeit hineingekommen.“ Der zweite Grund war die neue Regelung der Sozialversicherungsbeiträge für die Direktvermarktung. „Da habe ich gesagt, so nicht mit uns. Wenn wir Dienst an unseren Kunden machen und Dienstleistung für die gesamte Landwirtschaft, dann zahle ich nicht dafür [der] Sozialversicherung“ einen höheren Beitrag. Schule am Bauernhof ist „voll interessant. Also mir würde das grundsätzlich taugen [gefallen] und es wäre von der Lage des Betriebes interessant.“ Es ist „eine massive Werbung für die gesamte Landwirt-

schaft und auch einfach eine Bestätigung.“ Tatsache ist jedoch, dass Anna Felbauer zu dem Schluss gekommen ist, „mehr geht nicht.“

Auch Ochsen- und Kalbinnenfleisch (zwei Jahre lang gemästet) wurde eine Zeitlang direkt vermarktet. Eine Kuh wird fallweise geschlachtet für den Eigenbedarf an Würsten. „Dass wir selber wieder was haben.“

Die Direktvermarktung ist eine Möglichkeit, um in der Landwirtschaft ein höheres Einkommen zu erwirtschaften. Das allgemeine Problem der niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte sieht Anna Felbauer in der vielen unsichtbaren Arbeit, die dahinter steckt. „Die Vorarbeit siehst du nicht, dass das Getreide für das Brot angebaut, gepflegt und gedroschen wird und so weiter.“ Durch die Verarbeitung und Direktvermarktung war „das Gefühl da, ich tu viel mehr, ich tu aber nicht viel mehr, nur sichtbarer ist meine Arbeit. Auch für die Leute sichtbarer, weil ich bin da präsent.“ An ihren Mann gewandt, setzt sie fort: „Du bist da nicht präsent, wenn du das Zeug in die Mühle führst und in die Putzerei und lagerst. Jetzt von der Optik von außen her, von den Leuten.“ Anna Felbauer ist noch zu keinem Schluss gekommen, wie die Diskrepanz in der Landwirtschaft gelöst werden kann. Die Preise für Lebensmittel stehen in einem unvorteilhaften und wenig rentablen Verhältnis zum Aufwand, der für ihre Produktion betrieben werden muss.

Der Kampf um die Direktvermarktung von Milch

Für den Abhof-Verkauf wurde in der damaligen Milchmarktverordnung vorgeschrieben, dass es hierfür des Einvernehmens mit der Molkerei bedarf und außerdem eine Abgabe von drei Schilling pro verkauften Liter Milch zu zahlen war. Schließlich wurde der Abhof-Verkauf von der Molkerei gänzlich untersagt - entsprechend der Haltung des Bauernbundes, dass die Abhofverkäufe für die Milchüberschüsse verantwortlich seien. Die Molkerei zog den Betrag für den Direktverkauf von Milch nicht mehr ab und teilte dem Bauernehepaar mit, dass der Abhof-Verkauf ab sofort illegal sei.

Aus Sicht des Ehepaares wurde die Vereinbarung jedoch im Einvernehmen getroffen und konnte daher nur im Einvernehmen wieder aufgelöst werden. Es war nicht schriftlich festgehalten, dass dieses Einvernehmen einseitig gekündigt werden kann. Die Abgabe für die Molkerei wurde auf ein Sparbuch eingezahlt. Da die Milchmenge, die Abhof verkauft wurde, nicht wie heute als D-Quote aufschien, galt dies offiziell als Unterlieferung. Wer ein Jahr lang weniger als fünfzig Prozent des Milchkontingentes lieferte, dem wurde das Kontingent gekürzt. Das Kontingent der Familie Felbauer wurde seitens der Molkerei dementsprechend von 114.000 kg auf 80.000 kg reduziert.

„Also ich habe das nicht wegstecken können, [...] die Geschichten, wo sie dir zuerst das Hackl hinein hauen“ oder die Probleme mit den Leuten von der Molkerei, die den Abhof-Verkauf von Rohmilch untersagen wollten. Anna Felbauer fragte den Obmannstellvertreter der Molkerei eines Tages, welche Art Milch er zu Hause trinken würde. Als er antwortete, Rohmilch, gab sie ihm eine „freche Antwort“, er würde dafür ganz gut aussehen und Rohmilch könne also doch „nicht so giftig sein“, wie es zu der Zeit, als man den Verkauf von Rohmilch untersagen wollte, propagiert wurde. In diesem Zusammenhang wurden das Ehepaar Felbauer darüber hinaus fälschlicherweise beschuldigt, nur dritte Qualität an die Hofkundschaften zu verkaufen. Dabei hatten sie insgesamt eine sehr gute Milchqualität. Wer Vorschriften zuwiderhandelt ist offenbar vor Unterstellungen und Rufschädigungen nicht gefeit.

Mit diesem Obmannstellvertreter der Molkerei, der gleichzeitig Bauernbundfunktionär und Bezirkskammerrat war, hat Hans Felbauer „viel gestritten [...] das war das eine, aber menschlich haben wir trotzdem kein Problem gehabt. Wir arbeiten heute noch zusammen.“ Meint Anna dazu: „Bei der Nacht haben sie gestritten und beim Tag sind sie Holzarbeiten gegangen miteinander.“

Leute von der Molkerei warfen den beiden vor, dass sie anderen Bäuerinnen und Bauern gegenüber unkollegial und unsolidarisch seien. Da sich ihr Hof in guter Lage befindet, können sie die Milch „direkt an die Kundschaft verkaufen, die anderen [Bergbauern und Bergbäuerinnen] können das nicht.“ Ungeachtet der Tatsache, dass dieses Argument unzulässig ist, zeigt sich hier ein altbekanntes Muster bei Initiativen in der Landwirtschaft⁵⁸: Zuerst werden die Initiativen bekämpft. Dies geschah unter anderem in der Form, dass der Tatbestand der Direktvermarktung von Milch als kriminell gehandelt wurde. Es braucht sehr viel Mut, sich dem Abdrängen in die Illegalität zu widersetzen. Hilfreich dabei ist das Vertrauen auf den eigenen gesunden Menschenverstand, dass nicht der Direktverkauf von Milch, sondern dessen Verbot Unrecht ist. Nachdem derlei massive Widerstände von den ProtagonistInnen der Direktvermarktung überwunden werden konnten, ist die „Kammer auf die Schiene aufgesprungen“ und hat in den späteren 1980er Jahren auch andere Bauern und Bäuerinnen dahingehend beraten, Produkte vom Hof direkt zu vermarkten.

Es haben „viele Bauernbundeleute und Bauernbundfunktionäre genauso“ direkt vermarktet. Denn der Abhof Verkauf von Milch war und ist traditionell verankert. Sobald ein Bauernhof von Häusern umgeben ist, in denen Familien von anderen Erwerbsarbeiten leben, war es selbstverständlich, die Milch beim Nachbarn zu holen. Die direktvermarktenden Bauernbündler haben sich „in dieser heißen Phase der Diskussion eher stillschweigend verhalten, die haben sich nicht beteiligt am Kampf um das Recht.“

„Wenn wir das hinten ummi [ohne rechtliche Absicherung] gemacht hätten, hätten sie uns vielleicht einmal hie und da ein Haxl gestellt [Schwierigkeiten gemacht]. Nachdem wir aber gekämpft haben um das Recht und nicht den Schweif eingezogen haben, und gesagt haben: wir haben ein Recht darauf, haben wir den Widerspruch von ihrer Seite auch herausgefordert.“

Die Molkereien wehrten sich gegen den Ab Hof - Verkauf von Milch in Flaschen vor allem deshalb, weil sie meinten, „wir nehmen ihnen Geschäfte weg“. Damals haben sich auch KonsumentInnen angeschlossen, die die Milch weiterhin in Flaschen kaufen wollten.

„Die Kundschaft hat das Recht, das zu essen, was sie will.“ Aus diesem Verständnis heraus wurde mit den Forderungen der KonsumentInnen argumentiert: Sie wollen Rohmilch in Flaschen kaufen, wir wollen die Milch auf diese Art verkaufen, warum soll eine Institution wie der Milchwirtschaftsfonds oder die Molkereien uns das untersagen können? Wenn der Abhofverkauf verloren geht, „damit stirbt auch die Kleinheit dann meistens.“ Die Untersagung des Abhofverkaufes von Milch sowie die gesetzlichen Behinderungen in der Direktvermarktung im Allgemeinen scheinen der Wegrationalisierung bäuerlicher Familienbetriebe zu dienen. So wurden in der Fleischhygieneverordnung Vorgaben für große Schlachthäuser auf kleine Schlachthöfe umgelegt. Die Hygienevorschriften sind jedoch nicht zu vergleichen, ob hunderte Tiere pro Tag geschlachtet werden „oder einmal die Woche oder viermal pro Jahr ein Rind oder ein Schwein.“

58. Siehe Beitrag über Franz Rohrmoser

Der Infektionsdruck ist unvergleichbar höher, daher sind die Vorschriften für Kleinschlachthöfe, eingerichtet auf Bauernhöfen teils „absurd“, meint Johann Felbauer. Es sei nahe liegend, dass mit derlei Vorschriften wie seinerzeit die Kriminalisierung der Abhofvermarktung von Milch, kleine ErzeugerInnen als Konkurrenz auf dem Lebensmittelmarkt ausgeschaltet werden sollen.

Die politische Aktivität

Das Ehepaar Felbauer war ab 1976 aktives Mitglied der ÖBV – Österreichische Bergbauernvereinigung. Es wurden Diskussionsrunden auf ihrem Hof veranstaltet. Johann Felbauer war zwei Jahre lang (1981 bis 1983) Obmann der ÖBV und im agrarpolitischen Ausschuss der ÖBV.

Er war von 1985 bis 1991 Landwirtschaftskammerrat für den Allgemeinen Bauernverband in der Landeslandwirtschaftskammer Oberösterreich. Seit 1978 ist das Bauerehepaar Mitglied des Allgemeinen, ab 2000 des umbenannten Unabhängigen Bauernverbandes. Johann Felbauer war von 1998 bis 2005 deren Landesobmann. 1991 bis 1997 war Anna Felbauer Vertreterin für den Unabhängigen Bauernverband im Bäuerinnenbeirat der Landeslandwirtschaftskammer Oberösterreich und im Bezirk Steyr-Land. Sie war bis 1995 aktiv in der ÖBV.

1997 bis 2003 war Anna Felbauer im Vorstand des Bioverbandes Ernte für das Leben, seit 1998 ist sie Delegierte bei Bio Austria⁵⁹.

Politische Bildung erfuhr Johann Felbauer im Bauernbund und in der katholischen Jugend, „aber schon überzeugt von der Demokratie und den demokratischen Spielregeln auch“. In der Katholischen Jugend wurde über Fairness diskutiert und Gruppendynamik erfahren. Bei einer Bauernbundveranstaltung in Großraming wollte sich ein kritischer Bauer zu Wort melden, wurde jedoch von den Veranstaltern daran gehindert. Eine Gruppe junger Bauern hat den Vortragenden „gezwungen, den [Mann] dran zunehmen, einfach aus Fairnessgründen und dann haben wir irgendwie mitbekommen, [...] die haben ganz bewusst das Mikrofon ausgeschaltet, die haben ihn einfach nicht zu Wort kommen lassen.“

Später stellte sich heraus, dass der Mann, der in dieser Bauernversammlung nicht gehört werden sollte, vom Unabhängigen – damals noch Allgemeinen – Bauernverband, spricht von der Opposition des Bauernbundes, war, „dass er deswegen nicht zu Wort kommt, weil er ja von der Opposition ist und das



Johann Felbauer bei der Ausstellung „Bergbauern gehen neue Wege“ Am Hof in der Wiener Innenstadt im März 1979 (von links nach rechts: Luise Fornleitner, Hilde Rohrmoser, Johann Felbauer)

Foto: Josef Krammer

59. Nachfolgeorganisation von Ernte für das Leben – siehe Beitrag Josef Willi

macht einen neugierig.“ Diese Erfahrung trug wesentlich dazu bei, dass Johann Felbauer politisch aktiv wurde, „weil das hat mir zutiefst widerstrebt, [...] weil so kann es nicht sein.“



Annas Arbeit im ERNTE-Verband 1998
Foto: Familienarchiv

Es wurde damals von der Radikalisierung der Bauern gesprochen. Das unfaire und autoritäre Verhalten seitens des Bauernbunds, das „Mundtotmachen“ machte in Johanns Augen die Bauern radikal. Ein Bauernbundfunktionär brachte eines Tages als Argument vor: „Wenn wir auch die Blöderen sind, die Mehrern [die Mehrheit] sind wir immer noch.“ Johann Felbauer war darüber empört. „Die haben es einfach mit der Macht, aber ich glaube so sind alle Menschen. Sobald sie eine derartige Übermacht haben, wenn sie achtzig, neunzig Prozent haben, dann werden die Funktionäre so.“ Er hält das Verhalten für „präpotent“⁶⁰ und ergänzt: „unfähig – sie tun nur so, als wären sie mächtig“.

Anna Felbauer fragt sich „was sie fürchten“, wovor die Mitglieder des Bauernbundes sich fürchten, obwohl in allen landwirtschaftlichen Gremien die überragende Mehrheit in den Händen des Bauernbundes liegt. Wer trotz derartiger Machtverhältnisse derart rigide Maßnahmen gegen Andersdenkenden setzt, muss ihrer Ansicht nach vor etwas Angst haben. Während ihrer Tätigkeit

im Bäuerinnenbeirat⁶¹ (1991 bis 1997) konnte sie unter anderem die Verflechtung von Bauernbund und Kammer feststellen: Die Ortsbäuerin, eine Funktionärin des Bauernbundes, ist gleichzeitig Bäuerinnenbeirätin, eine Funktion der Landwirtschaftskammer. Der Grund liegt darin, dass der Bauernbund die absolute Mehrheit in der Kammer hat.

Die Anti-AKW-Bewegung

Johann und Anna Felbauer waren aktiv in der Anti-AKW-Bewegung 1978 („Zwentendorfabstimmung“). Es wurden in der Umgebung Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen organisiert (Freda Meissner-Blau war eine der ReferentInnen), Plakate aufgeklebt, respektive Denkanstöße auf die Plakate pro Atomkraft dazugeklebt: „Argumente sind veräppelt worden“. Es wurde der Film „Das Chinasyndrom“⁶² gezeigt. „Wir haben uns mit der Atommaterie auseinandergesetzt und waren in dem Fall überzeugt, dass es sich lohnt, dass wir dagegen auftreten.“

Der Ausgang der Abstimmung gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf mit 50,7 Prozent war ein besonderes Erfolgserlebnis für das politisch aktive Ehepaar. Die „Versammlungen mit guten Diskussionen [...] oder Treffen mit Leuten, wo es angenehme Gespräche gegeben hat, wo man Erfahrungen erzählt bekommen hat, [...] ja, das war ganz wichtig. Wo wir gespürt haben, denen geht es auch so und die

60. überheblich, anmaßend, arrogant

61. Bäuerinnenorganisation der Landwirtschaftskammer auf Bezirks- und Landesebene

haben Lösungen gefunden, denen ist etwas eingefallen. [...] Oft waren kopierbare Sachen dabei, wo man gesagt hat, ah ja, das ist eine gute Idee, das können wir bei uns auch umsetzen.“ Ohne die Diskussionen rund um das Atomkraftwerk hätte es den Kontakt zu diesen Menschen nicht gegeben. Nicht nur für das Ehepaar Anna und Johann Felbauer, sondern auch für andere war die erfolgreiche Anti-AKW-Bewegung ein Grundstein für nachfolgende politische Aktivitäten wie auch für die eigenständige Regionalentwicklung im Waldviertel.

Als 1986 der Reaktorunfall in Tschernobyl passierte, kannten sie die Hintergründe und die Ausmaße des Unfalls. „Man hat das absolut totgeschwiegen und verharmlost.“ Es hätte nach Ansicht des Ehepaares die Möglichkeit bestanden, auf ausreichende Futterreserven in den Berggebieten zurückzugreifen und unversehrte Milch zu verkaufen. Hinzu kam, dass von Seiten der uninformierten Bevölkerung der Katastrophenalarm überwiegend nicht ernst genommen wurde. Durch den Direktverkauf sah sich das Ehepaar Felbauer veranlasst, sofort Heu zuzukaufen, denn das Gras auf der Weide war für die Tiere aufgrund der zu hohen Radioaktivität gesundheitsgefährdend. Sie fühlten sich ihrer Kundschaft gegenüber verpflichtet, zumindest eine Kuh mit unverseuchtem Heu zu füttern. Obwohl darauf geachtet wurde an die Stammkundschaft nur unversehrte Milch zu vergeben, entschloss sich eine Nachbarin aufgrund der Medienberichte, die Milch „nur mehr im Geschäft zu kaufen, weil die ist kontrolliert. Später erfuhren wir von einer Bekannten, die in Seibersdorf gearbeitet hat, dass im Handel Milch mit einer Cäsiumbelastung von bis zu sechzehn Nanocurie verkauft wurde (obwohl maximal fünf erlaubt waren), weil angeblich keine andere da war. Das zeigt“, meint Anna, „wie sich die Leute beeinflussen lassen. Die waren halt nicht informiert.“

Der ehemalige Partner der Betriebsgemeinschaft Josef Großeßner hatte besonderes Pech durch den Reaktorunfall von Tschernobyl. Er hatte auf Milchschafe umgestellt und Schafmilchjogurt an die Handelskette „Spar“ geliefert. Als er im Sommer 1986 die Schafmilch wegen der Verstrahlung entsorgen musste, platzte der Vertrag. Letzten Endes verpachtete er zuerst den Hof, später verkaufte er die meisten Grundstücke an seine Schwester und ließ sich als Schlosser umschulen. Seither geht er einer außerlandwirtschaftlichen Erwerbsarbeit nach.

Die ÖBV

Kontakte zur ÖBV kamen über den Betriebsgemeinschaftspartner Josef Großeßner zustande. Dieser hatte einen dreimonatigen Kurs bei der KSÖ besucht. Dort hatte er Robert Zehetner, Melchior Kellner und Kaspanaze Simma kennen gelernt. Die Erfahrungen, die Josef Großeßner in der Katholischen Sozialakademie Österreichs machte, entsprachen jenen, die Johann Felbauer in der katholischen Jugend gemacht hatte. In den Kursen von beiden Veranstaltern wurde über die Zukunft in der Landwirtschaft

-
62. "China Syndrom" USA 1978, Regisseur James Bridges, mit Jack Lemmon, Jane Fonda, Michael Douglas u.a. Während der Vorbereitung für einen Fernsehbericht über ein Kernkraftwerk passiert ein gefährlicher Reaktorzwischenfall. Es gelingt dem Kameramann die Aktivitäten in der Steuerzentrale heimlich aufzuzeichnen. Diese sensationellen Filmaufnahmen werden aber von der Fernsehanstalt nicht gesendet, was die Tagesreporterin (Fonda) veranlasst, die Geschichte an die Öffentlichkeit zu bringen. Der Film erhielt durch die Aktualität der Ereignisse rasche Popularität, da der Filmstart drei Wochen vor dem Zwischenfall auf Three Miles Island bei Harrisburg war, der als der erste GAU in die Kernkraftwerksgeschichte einging.

diskutiert und herausgearbeitet, welche Möglichkeiten der Innovation es gäbe. Es wurden aus den Erfahrungen der Eltern Rückschlüsse gezogen, was besser und was überhaupt aus dem Hof gemacht werden kann. Es gab Seminare in Alpternstein und auch Treffen im Ort mit dem Pfarrer. Hier kamen Bauernkinder zusammen und ins Gespräch über die Vor- und Nachteile in der Landwirtschaft, „und was es für Probleme gibt.“ In diesen Gesprächen tauchte die Idee für die Betriebsgemeinschaft auf. Es ging in erster Linie darum, wie „ein menschliches Leben in der Landwirtschaft gestaltet“ werden kann, „dass man eine Zukunft hat, dass man menschlich leben kann. Wir wollten Bauern sein“, jedoch ein anderes Leben als die Eltern und Großeltern führen, und „nicht tagein und tagaus nur arbeiten“.

Im Zuge dieser Gespräche kristallisierte sich heraus, dass die Betriebe im „Berggebiet immer wieder benachteiligt“ werden. Diese Ungleichheit musste auf der politischen Ebene verändert werden. Es ging jedoch auch darum, „dass man in der Landwirtschaft viel verändern muss, was halt einfach althergebracht ist. Manches hinterfragen und ändern. Da haben wir uns halt immer wieder getroffen und geredet über das und sind halt initiativ geworden und haben auch Veranstaltungen gemacht.“

Johann Felbauer war 1981 bis 1983 Obmann der ÖBV, und er war lange Zeit aktiv im agrarpolitischen Ausschuss der ÖBV. Es gab gute Kontakte zu der Gruppe der Mühlviertler Bauern, August Steyrl, Hans Gahleitner, Sepp Ammersdorfer u.a. wie auch zur Salzburger Gruppe um Robert Zehetner und Melchior Kellner. „Dann war von der Steiermark der Siebenbürger Hans.“ Mit ihm gab es eine fachliche Kontroverse. Der Steirer forderte für Betriebe in der Bergbauernzone drei eine Befreiung vom zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag. Freie Milchproduktion ohne zusätzliches Kontingent. Johann Felbauer war dagegen, weil er massive Investitionen in der Milchwirtschaft befürchtete, die in seinen Augen in der Zone drei nicht sinnvoll sind.

Bäuerinnenpension

Anna Felbauer war beim ÖBV-Frauenarbeitskreis, als dieser sich für die Einführung einer Bäuerinnenpension engagierte. „Da war ich sehr stark involviert und zu dieser Zeit bin ich dann auch in der Kammer gewesen.“ Auch im Bäuerinnenbeirat der Landwirtschaftskammer ging es in dieser Zeit um die Bäuerinnenpension. Anna Felbauer verteilte im Bäuerinnenbeirat die Folder des ÖBV-Frauenarbeits-



Aktion des ÖBV-Frauenarbeitskreises „Das Boot hat Löcher“ zur Einführung der Bäuerinnenpension 1990

(von links nach rechts: Anna Steyrl (hinten), Heidi Rest-Hinterseer, Anna Felbauer, unbekannt, Maria Salcher)

Foto: Familienarchiv

kreises, nicht zuletzt um den Bäuerinnen zu zeigen, woher sie ihre Hintergrundinformationen hat. Die

Funktionärinnen waren zur damaligen Zeit vielfach unwissend, was das Thema Versicherungen betraf. „Einer tüchtigen, treuen und angepassten Bäuerin kann nichts passieren“, so oder so ähnlich schien das Motto in Bauernbündlerkreisen zu lauten, erinnert sich Anna. Mögliche Krankheitsfälle wurden ebenso wenig bedacht, wie das Bedürfnis von Frauen nach Eigenständigkeit.

Bauern und Funktionäre im Bauernbund fürchteten, mit der Einführung einer Bäuerinnenpension würden Bäuerinnen, da sie eigenständig versichert sind, die Höfe der Reihe nach verlassen. „Wenn sie dann eine eigene Pension hat, [...] dann ist die große Scheidungswelle am Land. Und mit dem ist das total moralisiert worden.“ Das war – neben anderen Faktoren, wie beispielsweise der Kostenfrage – in Annas Augen lange Zeit einer der massivsten Verhinderungsgründe für die Pension der Bäuerinnen.

Der Geschäftsführer eines Maschinenringes hat im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Mühlviertel über die Bäuerinnenpension „wortwörtlich gesagt, [...] ihr seid eh so fesche Menscha [Mädchen, gemeint sind Frauen], ihr braucht eh kein eigenes Konto, ihr habt euer Konto eh im Bett. [...] Also das ist derartig sexistisch und untergriffig. [...] Und da sind wirklich Frauen da gewesen, wo die Männer mit waren, die haben sich nichts sagen getraut.“ In der „ÖÖ. Landwirtschaftszeitung“⁶³ war „ein ganz böser Artikel über den Bäuerinnenarbeitskreis und die Bäuerinnen der ÖBV“, die die Bäuerinnenpension fordern. Die Bäuerinnen sprachen darüber mit Landwirtschaftskammerpräsident Kletzmayr, doch keine Zeile des „untergriffigen“ Artikels wurde zurückgenommen. Ein Jahr später wurde die Bäuerinnenpension im Parlament beschlossen. Anna Felbauer sagt heute noch: „Ich habe fünfzehn Jahre nicht einzahlen können, das hat der Bauernbund verhindert. Von 1977 bis 1992 sind fünfzehn Jahre, die mir fehlen und die kann ich nicht mehr aufholen.“

Letzten Endes haben sich Bauernbund und ÖVP den Erfolg, die Bäuerinnenpension durchgesetzt zu haben, selbst auf die Fahnen geheftet. „Psychisch tut es natürlich weh, aber es müsste einem natürlich klar sein, das das überall so läuft.“ Johann Felbauer ist der Ansicht, dass eine „Minderheit das nicht durchsetzen kann, eine Minderheit kann die Veränderung nur initiieren, bewegen, aber beschließen muss es die Mehrheit. Die Minderheit kann nicht über die Mehrheit hinweg beschließen und die Mehrheiten regieren. Die Machthaber reagieren in der Regel so, dass sie es entweder zuerst negieren und lächerlich machen, dann bekämpfen und dann, wenn es nicht mehr zu verhindern ist, als eigenen Vorschlag oder leicht veränderten eigenen Vorschlag präsentieren und dann heften sie es sich auf ihre Fahne.“ Wer das nicht will, sollte sich nach seiner Ansicht nicht in einer kleinen innovativen und widerständigen Bewegung engagieren, sondern aktives Mitglied einer Partei werden.

Arbeitszeit

Anna Felbauer war von Ende der 1970er Jahre bis 1995 im ÖBV-Frauenarbeitskreis aktiv, „da haben wir auch eine relativ große Öffentlichkeitsarbeit gemacht zur Bewertung der Arbeitszeit der Bäuerinnen. Anna hat sich über die statistischen Aufzeichnungen der Arbeitszeiterhebung „so geärgert. [...] Da hat es eine Arbeitszeiterhebung gegeben, wo man auf der Gemeinde die Angaben machen hat müssen und

63. Zeitschrift des Bauernbundes in Oberösterreich (entsprechend der Zeitschrift „Der Bauernbündler“ in NÖ), heißt derzeit (2007) „Österreichische Bauernzeitung“, nicht zu verwechseln mit der „Unabhängigen Bauernzeitung“, Zeitschrift des Unabhängigen Bauernverbandes, wie Anna und Johann Felbauer anführen.

ich habe das dann nicht unterschrieben auf der Gemeinde, weil ich gesagt habe, ich unterschreibe nicht, dass ich nur eine drei Viertel Beschäftigung habe.“ Es wurde von einer Vollbeschäftigung mit zweitausend Stunden im Jahr und fünf Wochen Urlaub ausgegangen. Urlaub war für die meisten in der Landwirtschaft Beschäftigten nicht üblich. Anna Felbauer hat damals wie heute mehr als zweitausend Arbeitsstunden im Jahr gearbeitet und hätte aufgrund der Tatsache, dass sie eine Frau ist und einen Haushalt zu führen hat, nur fünfundsiebzig Prozent Arbeitskraft auf dem Bauernhof angeben sollen. „Ich bin mir sicher, dass ich mehr arbeite, das kann ich belegen, zu einem Vollzeitjob stehe ich.“ Anna Felbauer berechnete, dass alleine das Stallgehen einer zwanzig Wochenstundenbeschäftigung entspricht. Zur Vollbeschäftigung gehört auch die Betriebspflege wie beispielsweise die Reinigung der Stallfenster, des Hofes und andere Arbeiten. Hingegen wird die Küche zum Privatbereich gezählt. Trotzdem gehört die Küche teilweise zum Betrieb, weil dort immer wieder Leute zusammen sitzen, und etwas den Betrieb betreffend besprechen oder tun.

Der Grund für ihre Widerständigkeit in diesem Punkt war ihre Kenntnis darüber, dass diese Statistiken herangezogen werden „für irgend welche finanziellen Zuweisungen.“ Offiziell hätte der Hof eine volle und eine drei Viertel Arbeitskraft beschäftigt „das ist ja nicht realistisch.“ In ihren Augen wurde die Statistik dadurch verfälscht.

Anna Felbauer hat mit ihrem Widerstand „großen Unmut ausgelöst auf der Gemeinde, weil ich so frech war und das nicht unterschrieben habe. Ich habe dann beim Statistischen Zentralamt angerufen und gefragt, „wie man auf das kommt, wieso man die Studie so macht.“ Das sei so vorgegeben. „Im Endeffekt war es so vorgegeben von den Kammern.“

Das war sicherlich einer der Gründe, weshalb sie aus den Reihen der Bäuerinnen des Bauernbundes keinerlei Unterstützung erhielt, „obwohl es sie genauso betroffen hat.“ Es wurde Anna Felbauer vorgeworfen, dass es mit ihr „immer nur Probleme gäbe“. Das ist eine bekannte Methode, Menschen mundtot und gefügig zu machen. Doch sie wehrte sich: „Ich unterschreibe doch nicht etwas, was nicht stimmt.“

Die Auskunftsperson am Statistischen Zentralamt war eine Frau. Anna Felbauer sagte zu ihr, sie würde doch auch als vollbeschäftigt gelten, obwohl sie einen Haushalt zu führen habe. „Sie fragt ja auch niemand, wer den Haushalt macht.“ Anna Felbauer regte zu einer Arbeitszeitstudie (Wernisch 1976, 1978-1980) an, die auch durchgeführt wurde, und setzte „allerhand in Bewegung“. Es gab sogar eine Fernsehsendung zu diesem Thema.

Die Studie und das Medienecho haben zwar nur wenig an der Situation verändert, eine Bäuerin gilt nach wie vor nicht als Vollarbeitskraft in der Agrarstatistik, doch haben sie „viele Leute [...] angeredet und gesagt: *Recht hast du gehabt, dass du dich gewehrt hast*“.

Der Unabhängige Bauernverband

Johann und Anna Felbauer engagierten sich darüber hinaus beim Unabhängigen Bauernverband, dem sie 1978 beitraten. Der Kontakt zu dieser Interessensvertretung der Bäuerinnen und Bauern kam über einen Nachbarn zustande. Dieser war ebenfalls Mitglied bei der ÖBV. Die beiden fuhren immer wieder gemeinsam zu agrarpolitischen Veranstaltungen von beiden Organisationen.

Für Johann Felbauer ist die ÖBV zuständig für Bäuerinnen und Bauern in benachteiligten Gebieten, in Berggebieten, sie soll sich seiner Meinung auf Bildungsangebote konzentrieren. In seinen Augen hat sie „eher nicht den Vertretungsanspruch“. Der Unabhängige Bauernverband macht weniger Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, sondern organisiert Gruppen und „Initiativen, die glauben, man muss in der Politik etwas ändern, damit bessere Grundlagen, Voraussetzungen von der Politik her oder von der Öffentlichkeit her da sind, weil raufen muss eh jeder selber auch, aber manches [bestimmte Rahmenbedingungen] könnte man schon von oben runter besser gestalten.“

Es gab in Oberösterreich eine „Listengemeinschaft Allgemeiner Bauernverband“, als der Bauernverband gemeinsam mit der Freiheitlichen Bauernvertretung bei den Landwirtschaftskammerwahlen kandidierte. Die Kandidaten wurden aufgeteilt, „weil wir geglaubt haben, gemeinsam sind wir stärker und von den Personen her, hat’s da vielfach Überschneidungen [Übereinstimmung der politischen Anschauungen] gegeben.“ Die Freiheitliche Bauernvertretung hatte im Gegensatz zum Allgemeinen Bauernverband eine gute Ausstattung, Büro und Infrastruktur, gleichzeitig überwogen jedoch die Parteiinteressen. Die Freiheitliche Bauernvertretung betreibt naturgemäß Parteipolitik, ein Umstand, der während der gemeinsamen Kandidatur immer wieder zu Unstimmigkeiten mit dem parteiunabhängigen Bauernverband führte. Im April 2000 wurde der Allgemeine in den Unabhängigen Bauernverband umbenannt. Allgemein sollte nicht zuletzt verdeutlichen, „wir sind für alle da“.

„Auch heute glaube ich, dass es eine wichtige Funktion gibt für den Bauernverband. Es ist halt leider die Zahl der Mitglieder nicht sehr groß. Die IG Milch hat zum Beispiel einen Haufen Zulauf, aber der Bauernverband, na ja.“ Es gibt zwar Kooperationen, in einigen Fällen eine Personalunion von Vertretern der IG Milch und des UBV. „Der Vorteil der IG Milch ist der, dass sie eine ganz klare Zielrichtung hat: sie fordert einen Milchpreis von vierzig Cent.“ Johann und Anna Felbauer sehen in den niedrigen Milchpreisen eine politische Leichtfertigkeit und empfinden ihn angesichts der aufwändigen und kontinuierlichen Arbeit als Ungerechtigkeit.

Die Situation einer gerechten Interessensvertretung ist nicht nur im Zusammenhang mit dem Milchpreis sehr schwierig. Probleme ergeben sich, weil die Anliegen und Schwierigkeiten der einzelnen Bauern und Bäuerinnen sehr vielfältig sind. „Es gibt auch Probleme bei den Direktvermarktern, es gibt Probleme bei der Einheitswerterhöhung, bei der Pauschalierungsordnung, bei der Sozialversicherung. [...] Ob da einzelne Personen alle Interessen vertreten können, sei dahingestellt.“ Daher ist es für aktive Bauern und Bäuerinnen ein schwieriges Unterfangen, ihre BerufskollegInnen zu vertreten. Wenn FunktionärInnen jedoch nicht mehr aktive Bäuerinnen und Bauern sind, verlieren sie den Bezug zur bäuerlichen Praxis. Es wäre nach Ansicht des Ehepaares Felbauer erforderlich, ein Gremium einzurichten, in dem die unterschiedlichen Erfahrungen unter den Bäuerinnen und Bauern ausgetauscht werden können.

Für Johann Felbauer ist es wichtig, „dass man mit anderen Leuten in Kontakt kommt, die auch sagen, es ist wichtig, dass man unabhängig ist, die aktive Bauern sind und sich trotzdem leisten können, dass sie auf’d Nacht [am Abend] einmal fortfahren und sich zusammensetzen und politisieren, agrarpolitisieren. Das ist nicht mehr selbstverständlich. Es gibt ganz viele Bauern, junge, tüchtige, aktive Bauern, die sagen, die Politik kann mich kreuzweise [Ich habe kein Interesse, mich politisch zu engagieren]. Ich schau nur mehr auf meinen Betrieb. Und werken wie die Bösen [arbeiten sehr viel] und kümmern sich um das [die Politik] nimmer [nicht mehr]. Das ist schade in meinen Augen. Es gäbe schon Aufgaben.“

Aber mir geht's selber so, ich bin derzeit [November 2005, seit 1998] noch Landesobmann [des Unabhängigen Bauernverbandes] und irgendwann wächst einem das auch über den Kopf. Ich gebe es übermorgen [bei der nächsten Landesverbandsversammlung] ab.“

Johann Felbauer war darüber hinaus sechs Jahre lang, von 1985 bis 1991, Landwirtschaftskammerrat für den Unabhängigen Bauernverband [vor dem April 2000 Allgemeiner Bauernverband] in der Oberösterreichischen Landeslandwirtschaftskammer.

Der politische Rückhalt

Innerhalb der ÖBV hatte der Hof der Familie Felbauer durch die Betriebsgemeinschaft eine Vorbildwirkung. Es war ein Selbsthilfekzept, wie das Leben und Arbeiten auf einem Bauernhof verbessert werden kann. Ein Umfeld, das es gutheißt, was sie gemacht haben, die ihre Idee „mitgetragen“ haben, „war unbedingt notwendig“, meint Anna Felbauer. Denn die Widerstände in der Familie und in der Nachbarschaft seien sehr groß gewesen. Für Johann Felbauer hingegen war das „kein Kriterium, ob andere das gut finden oder nicht. Das haben wir für uns ausgemacht. [...] Ob der Vater dagegen war oder die Verwandtschaft oder die Nachbarn, war für mich kein Kriterium. [...] Hab umso mehr Energie eingesetzt, dass ich dagegen halten hab können. Das war eher für die anderen kontraproduktiv, dass sie uns Kommunisten genannt haben und was weiß ich. Die haben eher erreicht, dass wir gesagt haben, jetzt erst recht. Wir machen es für uns und die sollen uns den Buckel runterrutschen [die Reaktion der anderen berührte ihn nicht].“

Anna Felbauer hat hingegen immer wieder versucht, mit den Leuten im näheren Umfeld darüber zu reden. Das war „sehr wohl notwendig.“ Dieser Vorgang wiederholte sich, als die „Biobewegung angefangen hat, wie wir dann Biobauern waren“. Sie wurden beobachtet und „bewusst geschnitten“. So war beispielsweise eines Sommers mit dem Nachbarn vereinbart, er sollte auf ihrem Feld das Getreide dreschen. Als nach mehreren Regentagen endlich wieder gedroschen werden konnte, hatte der Geschäftsführer des Maschinenringes bereits mit einem anderen Bauern einen Termin vereinbart. Der Nachbar wurde damit unter Druck gesetzt, dass er keinen weiteren Auftrag vom Maschinenring bekäme, wenn er den Termin bei dem anderen Bauern nicht einhalten würde. Letzten Endes musste die Familie Felbauer eineinhalb Hektar Roggen verfüttern, weil es durch nochmaligen Regen zu Auswuchs kam. „Also da bin ich ganz sicher, dass das bewusst gegen ‚die Spinner‘ war.“

In dieser Zeit waren die Arbeitsgruppen mit anderen Biobauern und Biobäuerinnen sehr wichtig. „Das war eine ganz starke Gruppe, wo wir einen Rückhalt gehabt haben.“ Eine gute Gesprächsbasis und ein Freundeskreis, der Rückhalt bietet, war in dieser Zeit sehr wichtig. Viele Biobäuerinnen und Biobauern in dieser Gruppe stiegen aus persönlichen Motiven um, aus Überzeugung, weil sie in der konventionellen Landwirtschaft keine Zukunft sehen konnten. „Heute wird eher gerechnet bei vielen [Biobauern].“ Die Arbeitsgruppentreffen sowohl von Biobauern des Ernteverbandes als auch von der ÖBV fanden oft im Haus der Familie Felbauer statt. Bauern und Bäuerinnen trafen sich vor dem EU-Beitritt 1995 ungefähr einmal im Monat. Die Arbeitsgruppentreffen waren wichtig, um sich gegenseitig zu informieren und Erfahrungen auszutauschen, sowohl die Landwirtschaft als auch die Konfrontationen und ablehnende Haltung in der unmittelbaren Umgebung betreffend.

Gegenwärtig habe sich die Situation grundlegend verändert, weil die Informationen über Medien und Internet leicht erhältlich seien. Außerdem ist der Biolandbau heutzutage anerkannt. „Die Anerkennung ist jetzt auch da von den Nachbarn. [...] Wir silieren gemeinsam. Ab und zu sagen sie wirklich, [...] dass sie sich wundern, warum bei uns so etwas wächst.“ Wer jahrzehntelang Handelsdünger und Pestizide einsetzt, kann sich kaum noch vorstellen, dass die Pflanzen auch ohne Einsatz solcher Mittel gut gedeihen. Wäre der Ertrag im Biolandbau wesentlich niedriger, würde das ihrer Vorstellung von biologischer Wirtschaftsweise entsprechen. Für sie unerklärlich ist hingegen, dass manche konventionellen Betriebe „auch nicht mehr ernten als wir“.

Heutzutage gibt es in der Umgebung relativ viele Biobetriebe, „aber durch die vielen Beitritte wurden die Gruppen geteilt. [...] Und dann sind bei uns auch die Leute nicht mehr so zusammengekommen wie sie früher beieinander waren. [...] Da hat es den Zusammenhalt nicht mehr gegeben.“ Der Austausch sei nach wie vor wichtig, „das ist ja das Fundamentale, [...] das Wichtige, von dem lebt ja auch eine Gruppe und dann kommen die fachlichen Sachen dazu.“

Vom Umfeld her war für Johann Felbauer die ÖBV sehr wichtig. Denn dort ist er erstmals „zusammengekommen mit Wissenschaftlern, mit nichtbäuerlichen Kreisen, die es auch gut meinen mit den Bauern. Wo nicht polemisiert worden ist, sondern wo es rein um die Sache gegangen ist. Wo man halt auch einmal über schwierige Situationen reden hat können, ohne dass man das Gesicht verloren hat. Genau das steckt ja bei vielen Bauern drinnen, eine negative Situation darf nicht angesprochen werden, oder wenn es dir nicht gut geht, das darfst du ja gar nicht sagen, weil da könnte ein anderer womöglich einen Vorteil haben.“

Misstände in der Landwirtschaft dürfen in der Öffentlichkeit nicht angesprochen werden. Dafür „müsstest du dich ja schämen, [...] da ziehst du ja alle hinein, da machst du ja alle schlecht, wenn du sagst es gibt schlechte Situationen, weil du musst ja stolz sein, du musst ja als Herr auftreten.“

In der ÖBV hat er Akademiker kennen gelernt, „die nicht unbedingt auf ihren Titel, auf ihre Anrede Wert legen und die nicht nur mit der Krawatte herum rennen. Wo du von Mensch zu Mensch reden kannst.“ Mit Menschen, die die Situation in der Landwirtschaft aus einer anderen Perspektive sehen als die des Bauernbundes, hat Johann Felbauer immer gerne diskutiert. „In der Diskussion, wenn man dann auf einen gemeinsamen Nenner kommt oder auf ein gemeinsames Bild, das war irrsinnig erfrischend oder das waren so Aha-Erlebnisse, die mir viel gegeben haben.“

Die Außenseiterrolle

In der Umgebung hat sich Johann Felbauers Image immer wieder stark verändert. Während der Betriebsgemeinschaft galt er als „Kommunist, dann war ich ein Roter, dann war ich auf einmal ein Freiheitlicher, wie ich beim Bauernverband dabei war, vor zehn Jahren war ich dann ein Grüner.“ Inzwischen kann er darüber lachen. „Ich war ausschließlich einmal bei der ÖVP Parteimitglied.“ Er war seit seiner Jugendzeit bei der Jungen ÖVP, Vertrauensmann und einige Jahre Kassier beim ÖVP-Bauernbund in Ternberg. Aus der Jungen ÖVP wurde er „aus Altersgründen rausgeschmissen. [...] Aber sonst war ich nie bei einer Partei.“ Die Zuordnungen dienten seiner Meinung nach dem Zweck, ihn in ein Eck zu drängen, „weil da können sie dich abschießen.“

Anna Felbauer bekam lange Zeit keine Einladung für die Veranstaltungen der Bäuerinnen, die von der Ortsbäuerin organisiert wurden, weil sie nicht Mitglied im Bauernbund ist. Die Einladungen der Kammer laufen über die Ortsbäuerin, eine Funktionärin des Bauernbundes. „Es hat dann massive Auseinandersetzung gegeben“, denn Anna Felbauer fühlte sich als Bäuerin ausgeschlossen. „Die haben das [die Einladung] nicht ausgeschickt, sondern ausgetragen. Ausgetragen haben es die Bauernbundbäuerinnen, die Funktionärinnen und da haben sie halt hie und da jemanden vergessen. Zufälligerweise waren es halt die, die das Maul aufgemacht haben oder vielleicht Oppositionelle waren.“

Anna Felbauer empfand die Methode des Austragens als altmodisch, „es gibt ja immerhin schon über hundert Jahre die Post“, über die die Einladungen ausgeschickt werden können. Darüber hinaus zahle sie Kammerumlage und habe daher einen Rechtsanspruch auf eine Einladung zu den Veranstaltungen der Kammer. Ob sie hingehet oder nicht, sei ihre Sache, aber sie müsse als Kammermitglied informiert werden. Es wurde argumentiert, man habe nicht gewusst, dass sie daran interessiert sei. Damals hat es ihr „die Haare aufgestellt.“ Wie soll jemand wissen, ob sie an etwas interessiert ist, wenn sie gar nicht darüber informiert wird? „Wenn ich etwas anbiete, muss ich es für alle anbieten.“

Eines Tages erhielt Anna Felbauer das Protokoll einer Sitzung, auf der sie unter den nicht entschuldig-ten Funktionärinnen aufschien. Dabei hatte sie gar keine Einladung erhalten und von dieser Sitzung gar nichts gewusst. Bei dieser Veranstaltung an einer Schule in Kleinraming „da haben sie mich anscheinend nicht brauchen können“. Es waren nur die Bäuerinnen im Bäuerinnenbeirat eingeladen. Für „so viele Leute haben sie nicht genug Platz“. Anna Felbauer urgierte so lange, bis im nächsten Protokoll eine Korrektur eingetragen wurde und sie nicht länger als unentschuldig nicht anwesend aufschien.

Jene Personen, die in ein politisches Gremium der Kammer entsendet werden, verhalten sich je nach Regionalität unterschiedlich gegenüber jenen, die nicht von der eigenen Fraktion sind. Auf der Landesebene sei es nicht so schlimm wie im Bezirk, weil die Leute weiter weg seien und mehr Abstand hätten.

Im Bezirk Steyr-Land wurde Anna Felbauer als Vertreterin des Unabhängigen Bauernverbandes im Bäuerinnenbeirat (von 1991 bis 1997⁶⁴) „massiv ausgegrenzt“. Man habe ihr nur ungern einen Platz in der Runde angeboten, sie manchmal nicht begrüßt oder ihr sogar die Hand verweigert. Eine Ortsbäuerin, „mit der wir das Wochenende vorher bei einer Hochzeit beieinander gesessen sind, die war so schockiert“, dass Anna Felbauer „für eine andere Fraktion als den Bauernbund“ im Bäuerinnenbeirat ist. „Da denke ich mir, was geht in den Köpfen vor?“ Einer anderen Fraktion anzugehören, wird als „unsittlich“ angesehen. Es sollte eine „Einheit“ geben. „Reinrassig haben sie gesagt, wie wir einmal beim Maschinenringausflug mitgefahren sind. Ihr seid eh alle reinrassig und dann hat der Landtagsabgeordnete gesagt, ah der Felbauer ist auch dabei. Waren wir nicht mehr reinrassig.“

Mitte der 1980er Jahre spürte das Bauernhepaar Felbauer des Öfteren, dass sie mit anderen Bäuerinnen und Bauern im Alltagsumgang „ganz normal miteinander reden können, [...] und wenn du in so einem Gremium gesessen bist, dann haben sie auf einmal so getan, als ob du giftig wärst“. Johann Felbauer erklärt sich dieses „Phänomen“ damit, dass es in den Gremien eine Art gruppenspezifischer Prozesse gäbe, die den Leuten vermitteln soll, „sie müssen da zusammen halten.“ Ihn haben hingegen

64. Im selben Zeitraum war sie auch Vertreterin des Unabhängigen Bauernverbandes im Bäuerinnenbeirat der Landeslandwirtschaftskammer Oberösterreich

bereits während der Zeit in der katholischen Landjugend Leute durch „Unvoreingenommenheit“ und „Offenheit gegenüber allen politischen Richtungen“ fasziniert. Anna: „Wir waren das nicht so gewöhnt.“ Es gab „bei uns daheim“ nur die „Kirche und Bauernbund und ÖVP, das ist das Richtige und da ist gar nicht zur Debatte gestanden, ob andere auch hie und da Recht haben könnten. [...] Es wird ja der Eindruck vermittelt, da wirst du hineingeboren und du gehörst einfach dazu und sonst bist du ein Außenseiter.“

Als ein negatives Erlebnis ist Johann Felbauer eine Club 2 Diskussion in Erinnerung, bei der er als Diskutant teilnahm. Der Ortsbauern- und Bauernbundobmann teilte vor der Sendung dem Diskussionsleiter Adolf Holl in einem Schreiben mit, dass Johann Felbauer „überhaupt nicht berechtigt ist, im Namen der Bauern zu sprechen“ und dass er kein Bergbauer sei. Thema war die Armut der Bauern. Holl beeindruckte dieses Schreiben nicht, er berichtete Johann Felbauer erst nach der Diskussion darüber. Dieser bedankte sich bei nächster Gelegenheit sarkastisch für die „nette Empfehlung“ beim Ortsbauernobmann. Die Situation kostete ihn zwar einige Aufregungen, aber es traf ihn nicht. „Ich habe halt dann vor diesen Menschen keine Achtung mehr gehabt.“ Die Unfairness und die sich wiederholenden unfairen Methoden, „mit denen muss man leben“, meint er gleichmütig. Womit der Ortsbauernobmann wahrscheinlich nicht rechnete, war der Faktor, dass Johann Felbauer ihn nicht als jemanden ansah, „vor dem ich mich hätte rechtfertigen müssen.“

Die Widerstände in der Gemeinde Ternberg waren unterschiedlich. „Ich habe immer eher versucht auch die andere Seite zu sehen und zu verstehen, warum einer so argumentiert. Auf Ortsebene habe ich nur ein paar Leute gehabt, die polemisiert haben gegen mich. Die habe ich nicht so ernst genommen. [...] Was mich mehr ärgert ist wirklich, wenn bewusst Unwahrheiten erzählt werden über jemanden, in der Hoffnung, es wird schon etwas hängen bleiben, dass man den anpatzen [verleumden] kann. Also Rufmord ist für mich eine von den größten Schweinereien. Wenn mir einer sagt, er hält mich für ein Arschloch oder er findet das deppert [blödsinnig], was ich sage [...], kann ich mit dem leben, weil dann kann ich mich entweder verteidigen oder ich lasse ihn. Aber es gibt auch Leute, die haben ihre Freude daran, Unwahrheiten zu verbreiten.“ Auch wenn „ein jeder weiß, dass der viel Blödsinn redet, bleibt trotzdem oft etwas hängen“.

Ein politischer Funktionär auf der Landesebene habe ihm gegenüber nach der Kammerwahl eingestanden, „dass er in seiner Aussendung bewusst falsche Zahlen verwendet hat, damit er halt den anderen eines auswischen [übertreiben] kann. [...] Das hat mich total schockiert, weil ich den eigentlich für einen ehrlichen Menschen angeschaut habe und dass man in der Politik bewusst so weit geht, mit Unwahrheiten zu punkten“, um sich dadurch bei der Wahl einen Vorteil zu verschaffen, ist ihm unbegreiflich. Gerechtfertigt wird dieses Verhalten mit der Auffassung, die anderen „sind ja auch Schlitzohren und das gehört einfach zum politischen Geschäft dazu“. Johann Felbauer verabscheut derlei Verhaltensweisen. „Jeder kann einen Fehler machen, aber dass ich bewusst Unwahrheiten unterbringe, [...] da muss ich sagen, da gebe ich denen Recht, die sagen, ‚die Politik ist eine Hure‘, mit einer Hure will ich nichts zu tun haben.“

Auf die Frage, wie er es menschlich verkraftet habe, ausgeschlossen zu werden, meint Johann Felbauer: „Das muss ich sagen, da war die wichtigste Stütze die Anni, weil wir da eine gemeinsame Sicht der Dinge gehabt haben und das war in unserem Verhältnis von Anfang an.“ Die beiden interessieren sich sehr für Politik und haben immer schon „gleiche Ansichten gehabt“. Darüber hinaus war es Johann Fel-

bauer immer wichtig, eine menschliche Verbindung zu den Menschen in den Gremien herzustellen. Denn einer kleinen oppositionellen „Minderheitsfraktion“ anzugehören „ist nicht immer leicht.“

Dadurch war das Erlebnis bei der Versammlung, als der Vertreter des Allgemeinen Bauernverbandes nicht sprechen durfte, derart prägend. „Der Herr Nationalrat mit der Krawatte [...] verhält sich so unkollegial, unsozial und unchristlich auch. Für uns waren die christlichen Werte immer ein Maßstab und dann genau die, die was das gepredigt haben, haben sich so unfair verhalten, das hat schon einen Nachdenkprozess ausgelöst. Und da sind wir eigentlich draufgekommen, dass du die Leute nicht nach dem beurteilen kannst, wie einer daher kommt oder was einer für eine Funktion hat.“ Besonders zu achten war darauf, ob „sie recht schön reden und hinten herum unfair sind“.

Im regionalen Umfeld sei die Außenseiterrolle oft sehr unangenehm. Anna Felbauer schildert, Menschen können „Hyänen werden, dass sie auf einen losfahren, [...] wie wenn sie irgendetwas fürchten. Was da im Kopf vorgeht, [...] hab ich mir nie erklären können.“ Es war „ganz, ganz schlimm. [...] Ich hab mir das nie vorstellen können. Ich selber bin ein relativ umgänglicher Mensch und hab mir nicht weiß Gott wie viel gedacht dabei, als ich die Funktion übernommen habe. Aber ich würde das nie mehr wieder tun. Ich ginge nie mehr in so ein Gremium“, es ist „unmöglich, wie sich manche Leute gegenüber anders Denkenden verhalten, wenn sie in so einer Gruppe sind. Dabei ist dort sowieso nichts Wesentliches zu entscheiden [...] und nichts zu bewegen.“ Ihrer Ansicht nach wird alles Wesentliche „von oben vorgegeben“.

Der Bäuerinnenbeirat auf der Landesebene gab dem Bezirks-Bäuerinnenbeirat vor, „was die einzelnen Funktionärsbäuerinnen zu tun haben, [...] seien es irgendwelche Verkostungen oder irgendwelche Abende“ [Abendveranstaltungen]. Es wurde kontrolliert, ob die vorgegebenen Aktivitäten auch tatsächlich durchgeführt wurden. „Sie haben auch einen Druck gehabt und der Druck ist ja dann weiter gegeben worden.“ Anna mutmaßt, dass durch die vielen vorgegebenen Themen und Veranstaltungsorganisationen „von oben“ verhindert werden sollen, die Anliegen und Probleme der einzelnen Bäuerinnen zu thematisieren und „nach oben“ – zu den Verantwortlichen – zu tragen.

Die agrarpolitischen Berichte im Bäuerinnenausschuss der Landeslandwirtschaftskammer Oberösterreich wurden entweder vom Landwirtschaftskammerpräsidenten oder - Vizepräsidenten vorgetragen. Anna Felbauers Kritik daran richtet sich nicht nur an die Tatsache, dass das meiste davon bereits vorher in den diversen landwirtschaftlichen Zeitungen zu lesen war. In ihren Augen waren die Berichte einseitig, „sehr oft nur die Sicht des Bauernbundes“, denn alles, was von der Opposition vorgeschlagen oder von der „roten“ Regierung durchgeführt worden war, wurde angeprangert: „Das hat alles nur die Regierung verschuldet [...] so blind und so verhussend⁶⁵ sind die Leute. [...] Und die Leute [die Bäuerinnen im Ausschuss] lassen sich benützen.“ Vor allem im Ehrenamt gäbe es sehr engagierte und gute Leute, „die gehen dann voll auf und begreifen nicht, dass da vielleicht etwas nicht stimmen könnte.“ Johann Felbauer meint, sie hätten „blindes Vertrauen in die Obrigkeit des Bauernbundes“.

Bei den Funktionären und Funktionärinnen auf der Landesebene sei dieses Verhalten „nicht mehr so der Fall“. Einen Grund dafür sieht Anna Felbauer darin, dass sie „weiter weg von zu Hause“ sind und die

65. Hussen ist ein österreichischer Ausdruck für aufhetzen, verhetzen.

„Drecksarbeit nicht mehr machen.“ Mit „Drecksarbeit“ meint sie die Ausgrenzung der Vertreterinnen anderer Fraktionen durch verletzendes Verhalten und unsachliche Diskussionen.

Besonders verletzend war für Anna Felbauer, wenn sie jemand absichtlich nicht begrüßt hat, wie bei den ersten Sitzungen im Bäuerinnen-Beirat. Ebenfalls verletzend empfindet sie, „wenn dich wer auslacht oder dir Sachen [Informationen] vorenthält, das ist ausgrenzen.“ So etwas „steckt man nicht weg“. Diese Art der Verletzungen wurde und wird bewusst oder unbewusst eingesetzt, um Andersdenkende auszugrenzen und die eigenen Leute zu warnen, bei der Herde zu bleiben. Denn jeder Mensch weiß, wie weh es tut, ausgegrenzt zu werden.

Im Ort selbst – außerhalb der politischen Gremien – meinen die beiden, dass sie „vielleicht hie und da bewusst schikaniert worden“ sind, „aber das ist es schon wert, dass man sich einsetzt dafür oder dass man auch etwas in Kauf nimmt“.

Die Bedeutung der politischen Arbeit

Die Auffassung, dass eine politische Diskussion fair, demokratisch und unabhängig von der politischen Fraktion verlaufen soll, ist charakteristisch für das Paar. Die beiden haben damit eine gemeinsame Basis, die „für uns ganz wichtig war“. Sie hatten auch gegenseitig Verständnis füreinander, wenn sie politische Aktivitäten verfolgten und auch dafür, wenn es „drawig“ [wenn viel zu tun] war, er oder sie „wieder einmal weggefahren ist“. Die politische Arbeit gehört in ihrem Verständnis zum Bauer und Bäuerin sein dazu, „aus einem Selbstverständnis heraus. Wir haben es ja nicht für irgendwen gemacht, wir haben es weder für eine Partei gemacht, wir haben es auch nicht für die ÖBV gemacht [...] oder für den Bauernverband, sondern wir waren und sind überzeugt, dass das eine wichtige, [...] eine notwendige Arbeit ist. Irgendwer muss aufstehen oder versuchen, hier und da einmal zu korrigieren oder einmal sagen, das ist nicht richtig oder das gehört anders, oder Vorschläge machen.“

Die Betriebsgemeinschaft hatte einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass es möglich war, sich Zeit für politische Aktivitäten zu nehmen oder wie sie es bezeichnen: Zeit, um „den Betrieb nach außen hin zu vertreten“.

„Momentan ist es ja eher so, dass der Strukturwandel manchen viel zu langsam geht. Wenn der Schwarzböck⁶⁶ den Maschinenringfunktionären vorwirft, dass die Maschinenringe schuld sind, weil der Strukturwandel zu langsam gegangen ist, dann ist das ein typisches Beispiel. In meinen Augen ist der Schwarzböck der Meinung, wenn alle Betriebe groß genug wären oder die verbleibenden Betriebe groß genug wären, dann könnten sie unter den Rahmenbedingungen [...] mitkonkurrieren“. Im Bauernbund ist die Zielrichtung eindeutig die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. „Das ist keine korrekte Politik. Da hat keiner was davon. Da geht's nicht nur um die Bauern. Weil wenn heute noch einmal 100.000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gehen, dann drücken die irgendwo am Arbeitsmarkt und in dem Moment hat der Arbeitnehmer auch nichts davon, außer Konkurrenz am Arbeits-

66. Rudolf Schwarzböck war Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich und ist derzeit (2007) Vorsitzender des Ausschusses der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen der Europäischen Union (COPA)

markt. Es werden deswegen die Lebensmittel nicht billiger.“ Es ist erfahrungsgemäß davon auszugehen, dass die agrarindustrielle Landwirtschaft Lebensmittel nicht umweltfreundlicher und gesünder produziert.

Beim politischen Engagement ginge es vorrangig um die Vertretung der eigenen Werte. „Wenn wir das Gefühl gehabt haben, da muss einmal wer etwas sagen bei einer Molkereiversammlung“, meldeten sie sich zu Wort. Johann Felbauer ist es sehr wichtig, dass es eine Aussprache zwischen Mitgliedern und Funktionären der Molkereigenossenschaft gibt. Die Bauern und Bäuerinnen schimpften hinterrücks darüber, als beschlossen wurde, den Reingewinn den Reservefonds zuzuweisen und schlugen „die Hände über den Kopf“. Als Johann Felbauer dazu eines Tages bei einer Molkereiversammlung offen sagte: „Ich bin dagegen, dass das [der Reingewinn] dem Reservefonds zugewiesen wird. Ich bin der Meinung, dass das ausgezahlt werden soll“, erhielt er keinerlei Unterstützung von den übrigen Mitgliedern der Genossenschaft. „Es kostet schon eine Überwindung, dass man sich traut. Ich habe auch Herzklopfen gehabt, aber ich habe gewusst, [...] es kann mir nichts passieren. Es muss in der Demokratie möglich sein, dass auch eine Gegenstimme Platz hat. [...] In einer Demokratie, wenn da Gegenstimmen sind, sagen wir zehn Prozent, dann sind die neunzig Prozent eine [klare] Mehrheit. Aber wenn es einstimmig ist, dann gibt es keine Garantie, ob da wirklich alle dahinter stehen oder nicht, weil dann gibt es vielleicht welche, die sich nicht trauen“, offen ihre Meinung kund zu tun.

Letztlich ging es auch darum, „ein Zeichen [zu] setzen, dass man auch dagegen sein kann, ohne dass sie einen umbringen“. Johann Felbauer spricht hier ein unterschwellig bedrohliches Gefühl an, das in Teilen der bäuerlichen Bevölkerung herrscht: Wer eine andere Meinung vertritt als die allgemein akzeptierte, läuft Gefahr, existenziell (sowohl wirtschaftlich als auch emotional durch Demütigung und Ausgrenzung) vernichtet zu werden.

Durch die Informationen über die Veränderungen in der Agrarpolitik durch ÖBV und Unabhängigen Bauernverband waren engagierte Bauern und Bäuerinnen über gewisse Sachverhalte teilweise besser informiert als die Funktionäre. Das war für Johann Felbauer anfangs sehr bedenklich. Wie war es möglich, dass sich führende Bauernbundfunktionäre in Inhalten wie beispielsweise im Marktordnungsgesetz „selber nicht so ausgekannt haben“. Damals „hat sich herausgestellt oder da haben wir eben die Erfahrung gemacht, dass das Fachleute machen.“ Für Johann Felbauer sollten Bäuerinnen und Bauern durch eloquente Reden von Agrarfunktionären getäuscht werden. Bei den Veranstaltungen wird gesagt, „so ungefähr stellen sie sich das vor, aber sie sagen das mit so vielen Worten, dass du glaubst, die wissen alles. Nur in der Sache [die Milchmarktordnung] waren sie im Detail nicht informiert.“ Es war für Johann Felbauer „ein negatives Erlebnis, weil wir enttäuscht waren, dass die das nicht wissen. Auf der anderen Seite haben wir gesagt, naja haben wir einen Vorteil, weil wir sind informiert, wir haben uns wirklich hineingehängt gehabt in die Materie.“ ÖBV und UBV hatten damals wie heute ExpertInnen zur Hand, die Bäuerinnen und Bauern sehr gut über agrarpolitische Inhalte informierten.

„Wir haben das ja nicht geheim gemacht. Wir haben ja unsere Meinung auch nach außen hin immer vertreten, auch durch das, was wir arbeitsmäßig gemacht haben. Es war relativ klar, dass wir irgendwie einen anderen Gedankengang haben. Durch die Betriebsgemeinschaft und dann wie wir angefangen haben mit Bio, das war [...] eine Bloßstellung für viele.“ Und das, obwohl das Ehepaar Felbauer „nie die Konventionellen deswegen schlechter gemacht hätten. [...] Wenn wir von den Bauern geredet haben, dann haben wir von den Bauern geredet und nicht von den Biobauern. [...] Ich sage immer, jeder geht

halt seinen Weg“, meint Anna. Johann ergänzt, „ein jeder muss die Möglichkeit haben ...“ Anna: „sich zu entscheiden“, Johann fährt fort: „...dass er auch einmal etwas ändern kann. [...] Wir waren auch einmal konventionell.“ Andere fühlten sich offenbar alleine durch die Tatsache, dass das Ehepaar Felbauer ihre Wirtschaftsweise änderte, kritisiert, wenn sie an der konventionellen Bewirtschaftung festhielten. Dieser Umstand lässt sich nicht logisch erklären, da die Gründe dafür im emotionalen Bereich zu suchen sind.

Die beiden vertreten eine weltoffene und tolerante Sicht. Es „ist für mich [Johann] nicht eine Frage, ob wer gut oder schlecht ist, sondern jeder geht seinen Weg. Also das ist für mich ganz wichtig, dass ich nicht sage, es ist Bio das Einzige. Es geht jeder seinen Weg [...] und jeder ist dort zu achten, wo er steht.“ Diese Einstellung hat dazu geführt, dass sie „beide nie [...] über die Konventionellen hergezogen“ sind. „Wir machen es halt anders, aus.“ Dass ihnen selbst die Freiheit, sich für Bio zu entscheiden, von offiziellen Stellen nicht zuerkannt worden sei, sie im Gegenteil Schikanen und Benachteiligungen hinnehmen mussten, „hat sicher wehgetan“.

Mangelnde Solidarität

Johann Felbauer bedauert, dass die Unterstützung der Leute meist erst im Nachhinein kommt. „Wenn unser einer [...] aufgestanden ist und [et]was kritisiert hat oder [et]was vorgeschlagen hat, dann haben sie von oben herab gewettert und haben dich zum Teil vernichtet“. Dies sei auch in den Kammerauschüssen „und hinten herum“ geschehen. Im Gespräch zu zweit wurden sie jedoch in ihrer Haltung bestärkt, da wird dann beispielsweise gesagt: „Hast eh Recht gehabt, dass du es denen einmal gesagt hast, das gehört eh schon lange gesagt.“ Aber „sie waren nicht in der Lage, sich zu solidarisieren.“

Es gab Bauern, die meinten, sie seien „beim Fett schlechter beurteilt“ [bei der Fettmessung] worden oder die Qualitätsproben würden in der Molkerei sabotiert oder gar gefälscht werden. Wer Kritik hinter dem Rücken der Genossenschaftsfunktionäre äußert und dann schlechte Ergebnisse bei den Milchproben hat, fürchtet, es könnte etwas mit der nicht direkt ausgesprochenen Kritik zu tun haben. Diese latenten Ängste würden nach Ansicht Johann Felbauers ihre Bedrohung verlieren, wenn offen über alles gesprochen werden würde.

*ÖBV-Begegnungsreise nach Larzac in Frankreich
im August 1981 (2. v. li Johann Felbauer, neben ihm José Bové)*
Foto: Familienarchiv



Die mangelnde Solidarität unter Bauern wurde und wird bewusst gegen Bäuerinnen und Bauern verwendet, meint Johann Felbauer. Wenn jemand in einer Versammlung eine kritische Äußerung wagt,

wurde diese Person von den Funktionären meist persönlich angegriffen, denunziert und verletzt. Diese Form der Abwehr führt naturgemäß dazu, dass niemand mehr wagt, etwas gegen die Politik des Bauernbundes zu sagen. Um das zu hintertreiben, bildeten Johann Felbauer und andere kritische Bauern eine kleine Gruppe. Sobald einer angegriffen wurde aufgrund seiner widersprechenden Meinung, stand ein anderer auf und wiederholte die kritische Anmerkung mit eigenen Worten. Meist blieb der Angriff nach der wiederholten Äußerung aus. Würde der zweite ebenfalls persönlich und nicht inhaltlich angegriffen werden, würde die Integrität des Funktionärs auch für andere unglaubwürdig werden.

Philosophischer Hintergrund

Wichtigste Triebfeder für das politische Handeln des Ehepaares Felbauer war nach Annas Ansicht „das Einkommen aus dieser Landwirtschaft zu haben und nebenbei noch unser Leben leben können, wie wir als Personen sind. Da hat ein jeder verschiedene Erwartungen.“ Die entscheidende Frage lautete: Wie ist es mit den Gegebenheiten auf dem Betrieb möglich, gut davon zu leben. „Das mag auch für jede Generation anders ausschauen.“ Für sie beide „passt es so“, wie sie den Hof bewirtschaftet und verändert haben. Für ihre Kinder kann die Situation eine völlig andere sein. Aber es geht im Grunde sehr viel darum, „die Wertigkeiten von einem Betrieb sehen“ und zu erkennen, was „man daraus machen“ kann. Das hinge vielfach von der Bereitschaft für Veränderungen ab.

Für ihre Partnerschaft war das zum Glück von Anfang an „relativ klar im Detail. [...] Man kann die Zukunft nicht vorhersehen, aber man kann immer wieder so oder so entscheiden und einfach aus der Situation das Beste machen.“ Es sei wichtig, die Dinge nicht als Gott gegeben anzusehen, man kann auch etwas tun und verändern. Wichtig war die anfängliche ÖBV-Devise: Nicht warten auf Lösungen, jammern oder erdulden, sondern selbst die Situation studieren und die Initiative ergreifen. Dieser Satz von Franz Rohrmoser fasst die Hilfestellung für die Höfe sehr gut zusammen. „Das betrifft die Veränderung im Leben und im Betrieb.“

Für Johann Felbauer haben zwei weitere Devisen von seinem Vater als Lebensregeln gegolten: „Quäle nie ein Tier zum Scherz, denn es fühlt wie du den Schmerz“ und „Was du nicht willst, das man dir tut, das mut' auch keinem anderen zu.“ Darüber hinaus sei es für ihn wichtig, alles auch aus einer anderen „Perspektive, aus der Sicht des anderen [...] zu sehen“ und zu wissen, dass „wir uns halt ein Bild machen.“ Durch die offene Aussprache miteinander über „Erfahrungen und Gefühle [...] haben wir halt versucht, immer wieder eine Lösung zu finden“. Es „war nicht immer leicht“, aber es war ein Lebensprinzip, nicht auf jemanden zu warten, der Lösungen anbietet, sondern selbst zu entscheiden und erforderliche Veränderungen selbst durchzuführen. „Alles kann man eh nicht selber machen, aber wo es geht muss man selber etwas verändern. Ist kein Problem, das ganze Leben besteht aus Veränderung.“

Den eigenen Weg zu gehen und zu verantworten, „das war für uns wahrscheinlich so selbstverständlich, dass uns das gar nicht als Argument einfällt.“ Auch die Eigenverantwortung war und ist eine wesentliche Grundfeste, auf der ihr Leben aufgebaut ist. Selbständig zu denken und zu handeln „war schon von Jugend an“ ein Leitprinzip. Mit der Religion wollte das Ehepaar nicht nur eine Tradition übernehmen, sondern sie bewusst leben. Es wurde das traditionelle Mittagsgebet gestrichen, weil es ein leidiges herunterbeten war. „Jeder Mensch soll dann beten, wenn ihm der Sinn danach steht. Das muss nicht unbedingt beim Mittagstisch sein.“

Es wurde immer „versucht zu unterscheiden, was ist sinnvoll, was übernehmen wir, nicht einfach gegen alles sein, sondern was ist sinnvoll und was wollen wir anders machen.“ Wenn sich die beiden dazu entschlossen hatten, etwas anders zu machen als es traditionell überliefert war, „da hätte uns niemand raus bringen können. Und je mehr versucht worden ist, dass sie uns raus bringen, desto mehr Kraft haben wir entwickelt. [...] Man könnte es auch negativ sehen: Dass wir Sturschädel waren.“ Der Vorwurf, stur zu sein, wird jedoch sofort wieder entkräftet. Ein Sturschädel interessiert sich in den Augen des Ehepaares nicht für die Meinung anderer.

Ein egalitäres Verhältnis in der Partnerschaft

„Es ist nicht so, dass einer anschafft bei uns“, meint Johann und Anna ergänzt: „Es hat jeder irgendwie seinen Teil von der Arbeit.“ Beide sind in ihrem speziellen Bereich eigenverantwortlich und sie treffen die Entscheidung alleine. Es besteht jedoch die Möglichkeit, mit dem Partner/der Partnerin darüber zu sprechen und sich die Meinung des jeweils anderen anzuhören. Es ist in ihren Augen ein wichtiger Grundpfeiler für eine gute Ehe, dass die beiden sich gegenseitig in den jeweiligen Arbeitsbereichen unterstützen. Anna meint, es ginge sogar noch weiter, dass man darauf achte, „dass es dem [anderen] gut geht. [...] Wenn es einem nicht gut geht miteinander, wollen wir trotzdem darauf achten, dass es dem anderen gut geht.“ Auch wenn die Entschuldigung „sprachlich [noch] nicht ausgedrückt“ werden kann, ist es wichtig, gefühlsmäßig Signale zu setzen und sich daran zu erinnern, welche Vorteile es hat, miteinander zu leben und zu arbeiten.

Die Weltanschauung ist für die beiden sehr verbindend. „Wir sind uns da einig, ob das jetzt menschliche Fragen sind oder politische, ideologische oder religiöse Fragen. [...] Aber es gibt schon hin und wieder einmal Auseinandersetzungen auch. [...] Einerseits gibt es Reibungsflächen, andererseits gibt es auch wieder viele Möglichkeiten, dass man sich gegenseitig zeigen kann, dass man sich mag. Und ich glaube von dem lebt jede Partnerschaft, dass man halt auch spürt, dass einer für den anderen etwas tut.“

Die beiden haben sich gegenseitig auch noch unterstützt, wenn ihm oder ihr die Handlung des anderen zuwider gelaufen sei. Beispielsweise wenn Veranstaltungen besucht wurden und Arbeit unerledigt blieb. Probleme gab es nur, wenn „es überzogen“ war. Wenn er oder sie zu viel unterwegs war und zu viel Arbeit liegen blieb. Anna meint darüber hinaus, dass es zu Krisen kommen kann, wenn einer der beiden etwas, was ihm oder ihr nicht passt, zu spät sagt. In dem Augenblick, in dem „der Kraken platzt“, können derlei Dinge nicht mehr emotionslos ausgesprochen und ausdiskutiert werden.



*Die Familie Felbauer mit Onkel Hein „Vor der Hoftüre“
(von li nach re: Töchter Katharina und Michaela,
Anna und Johann Felbauer, in der Mitte Heinrich Danhofer
und rechts Tochter Barbara) 1985*

Foto: Familienarchiv

Es war bei den beiden seit jeher möglich, sich gegenseitig Freiräume zu lassen. „Ich meine, ich nehme das vielleicht über Gebühr in Anspruch mit der Jägerei, weil ich da ein zeitaufwändiges Hobby habe, wo ich mir weit mehr Zeit heraus nehme als wie sie [Anna] für ihren persönlichen Freiraum.“ Wofür nach wie vor immer wieder Freiräume zur Verfügung stehen, sind Zeiten für politische Vertretungsarbeit.

Blick in die Zukunft

Als Anna und Johann Felbauer „das Kontingent verkauft haben, war [das] für viele ein Aha-Erlebnis: Was treiben sie jetzt? Das war für viele ganz außergewöhnlich, dass wir das Kontingent verkaufen.“ Ein bekannter Bauer in einer wirtschaftlich ähnlichen Situation meinte beispielsweise, „wenn ihr auch mit der Milch aufhört, was sollen dann wir tun?“ Die meisten kannten das Ehepaar Felbauer gut genug, um zu wissen, dass das „keine Kurzschlusshandlung“ war, daß „eine Überlegung dahinter ist.“ Es „war schon für viele schwer zu verkraften, die Freiheit zu sagen, wir wollen nur weniger arbeiten. Wir wissen, es geht uns Geld ab, aber wir wollen weniger arbeiten.“ Das Ehepaar stand weder unter dem finanziellen Druck, mit der Milchlieferung fortzufahren, noch mussten höhere Schulden mit dem Erlös aus dem Verkauf des Kontingentes bezahlt werden. Es wurde auch keine Betriebsumstrukturierung vorgenommen, wo viel Geld investiert worden wäre.

Viele Menschen, vor allem andere Bäuerinnen und Bauern, konnten die Begründung, nur weniger Arbeit haben zu wollen, nicht nachvollziehen, „weil die Haltung nicht normal ist. [...] Alle wollen ausbauen und größer machen und investieren und üblicherweise ist es so, wenn einer etwas zurücknimmt, dann schämt er sich eher. [...] Das ist nicht die bäuerliche Mentalität. Und wir sind halt zu dem gestanden und haben gesagt, okay wir haben uns beraten lassen und haben uns etwas angeschaut und haben gefragt und gesagt ja, wir wissen das, es ist weniger Geld, aber wir sparen uns auch etwas ein und wir glauben - und das hat auch gestimmt, dass wir an Lebensqualität gewinnen. Und eigentlich war es ja nur konsequent. Wir haben vor einigen Jahren gesagt, wenn der Milchpreis um zwei Schilling hinunter geht, dann hören wir mit der Milch auf und das hat ja keiner ernst genommen.“

Durch die Umstellung von der Milchviehhaltung auf Mutterkühe ist dem Ehepaar aufgefallen, wie viele Freiheiten sie jetzt genießen können, wie sehr sie „angehängt“ waren. „Das ist dir gar nicht so bewusst. Wir haben immer gesagt die Leute übertreiben, die sagen, sie können es sich gar nicht mehr vorstellen, dass sie jeden Tag zweimal melken gehen haben müssen. Wir haben immer gesagt, die übertreiben, aber es ist wirklich so.“ Wichtig ist den beiden für die Zukunft, „dass wir einfach auch mehr gemeinsame Zeit haben. Wir arbeiten zwar viel miteinander, aber wir haben zu wenig Zeit füreinander.“

Die Zukunft des Hofes ist noch nicht entschieden. Das Ehepaar Felbauer hat drei erwachsene Töchter, denen es freisteht, ob eine von ihnen den Hof übernehmen und weiter führen will oder nicht.

Zusammenfassung

Im vorliegenden Forschungsbericht werden fünf Zeitzeugen und eine Zeitzeugin der Agrarpolitik dargestellt. Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte nach dem Gesichtspunkt einer möglichst großen (partei)politischen und sozialen Streuung. Wesentlich waren darüber hinaus ihre Pionierleistungen im Bereich der Agrarpolitik, der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung. Gemäß ihren Neuerungsvorschlägen und Initiativen im Agrarbereich nehmen alle sechs Interviewten eine kritische Haltung gegenüber der herkömmlichen Agrarpolitik ein.

In den sechs Biografien fielen einige bemerkenswerte Parallelen auf, die den Schluss zulassen, dass bestimmte Eigenschaften und Umstände die späteren Interessen und die politische Arbeit maßgeblich beeinflusst haben. Es sind dies eine besonders früh und stark ausgeprägte Selbständigkeit und Verantwortlichkeit, politische Vorbilder in der eigenen Familie wie auch prägende Erlebnisse in der Kindheit und Jugendzeit.

Eine Ursache für die früh entwickelte Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit kann darin gesehen werden, dass Heinrich Wohlmeyer, Josef Willi, Franz Rohrmoser und Johann Felbauer bereits im Kindesalter einen Elternteil verloren haben, Franz Zellnigs Mutter war fortwährend krank. Der frühe Verlust der Mutter oder des Vaters ist nicht nur eine prägende Erfahrung, er bedingt vielfach ein frühes Erwachsen- und Selbständigwerden. Wenn Menschen bereits im Kindesalter Verantwortung übernehmen und ihre Arbeit selbst (mit)gestalten, hat dies, in der Folge entscheidende Auswirkungen auf ihr späteres Leben. Der Drang mitzugestalten, lässt sich – ist er einmal entfacht – nicht mehr unterdrücken. Alle fünf Zeitzeugen und die Zeitzeugin entwickelten bereits im Kindesalter Selbständigkeit und führten eigenverantwortlich Tätigkeiten durch. Anna Felbauer übernahm darüber hinaus Erziehungs- und Haushaltsaufgaben für die jüngeren/anderen Geschwister. Das ist in bäuerlichen Familien nicht ungewöhnlich, es zeigte sich jedoch eine ausgesprochen markante Selbständigkeit, die in späteren Jahren dazu beigetragen hat, sich von Widerständen nicht aufhalten zu lassen und trotz Rückschläge Energie dafür aufzuwenden, Hürden zu überwinden und ein Ziel beharrlich weiter zu verfolgen.

Die Vorbildwirkung durch Eltern, Großeltern oder andere Personen des persönlichen Umfeldes hat unbestritten einen bedeutsamen Einfluss auf die Gestaltung des späteren Lebens – sei es im Einklang oder aus einer Oppositionshaltung heraus. Beinahe alle Zeitzeugen hatten Familienangehörige, meist der Vater oder der Großvater, die politisch aktiv waren. Anna Felbauers Mutter war Ortsbäuerin. Im Gegensatz zur weit verbreiteten resignativen Haltung eröffnen politisch aktive und gestaltend tätige Eltern und Vorbilder den Kindern die Perspektive für Mitgestaltung und Möglichkeiten zum Handeln.

Vier der sechs interviewten Zeitzeugen – ausgenommen Anna und Johann Felbauer – hatten starke Erinnerungen an die Betroffenheit der Familie durch das Naziregime wie auch durch den Zweiten Weltkrieg. Es gab jedoch für alle sechs wichtige, einschneidende und prägende Erlebnisse, die sich auf ihre spätere Arbeit und Auseinandersetzung mit der (Berg)Landwirtschaft, Agrarpolitik und Politik für den ländlichen Raum ausgewirkt haben.

Die gestalterische Tätigkeit und die kritische Haltung der Zeitzeugen/Zeitzeugin gegenüber der Agrarpolitik wird unter „Engagement für eine andere Agrarpolitik“ zusammengefasst.

Franz Zellnig

Frühe Selbständigkeit und Verantwortung

Aufgrund der Tatsache, dass Franz Zellnigs Mutter chronisch krank war, versorgte er ab seinem siebenten Lebensjahr Kühe und Jungvieh ehe er zur Schule ging. Die Stallarbeit erledigte er auch abends, ab dem zehnten Lebensjahr übernahm er diese Tätigkeiten inklusive Heumahd eigenverantwortlich. Die Heuwerbung wurde gemeinsam erledigt. Als einziger Sohn der Familie musste er Holz aus dem Wald holen und zuschneiden, damit die Mutter kochen konnte, zu Fuß drei Stunden lang nach Ettendorf gehen, um Brot und andere Produkte einzukaufen. Alle Arbeiten, die als „Männersache“ angesehen werden, wurden ihm sehr früh übertragen, da er der einzige Sohn in der Familie und der Vater aufgrund seiner Erwerbstätigkeit unter der Woche nicht zu Hause war. Während der Pilzsaison verdiente er mit den gefundenen Pilzen, die er an einen Händler verkaufte, mehr Geld als sein Vater mit der Holzarbeit.

Politische Vorbilder

Franz Zellnigs Vater Roman Zellnig war engagierter Sozialist, Gemeinderat, Ortsschulrat und insgesamt sehr aktiv. Außerdem leitete er einen Trupp Holzarbeiter und vermittelte dem Sohn den Eindruck, ein Mittelpunkt in der Gemeinde zu sein, da er sich für das dörfliche Zusammenleben engagierte. Das könnte einer der Gründe dafür gewesen sein, dass der Sohn zu politischen Aktivitäten ermutigt wurde. Franz Zellnig hat Freude daran, in der Gemeinde mitzugestalten, er war langjähriger Bürgermeister und später Landtagsabgeordneter der Steiermark. Der Vater war während der 1930er Jahre Kärntner Landtagsabgeordneter gewesen. Als innovativ und fortschrittlich denkender Mensch – auch darin war sein Vater ein Vorbild – hatte Franz Zellnig Anfang der 1960er Jahre den bestmechanisierten Betrieb in der Umgebung und setzte innovative Projekte auf seinem Hof um wie beispielsweise eine hauseigene Stromerzeugung. Derzeit (2007) arbeitet er in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität München an der Entwicklung eines Prototyps für einen Holzvergasermotor zur Stromerzeugung.

Franz Zellnigs Vorbilder in der Politik, als er sich bereits selbst politisch engagierte, waren der Bürgermeister Gottfried Heinler in Leoben, als er dort der jüngste Gemeinderat war, und Bundeskanzler Bruno Kreisky.

Prägende Erlebnisse

Franz Zellnigs Familie sah sich 1938 gezwungen, von St. Vinzenz in Kärnten in die Obersteiermark zu übersiedeln, da der Vater bekennender Sozialist und daher in Gefahr war, von den Nationalsozialisten inhaftiert zu werden. Vater und Sohn waren Wehrmachtssoldaten, der Vater vor allem deshalb, weil die Wehrmacht für Sozialisten einen gewissen Schutz darstellte vor dem Abtransport in ein Konzentrationslager.

Die schlimmste Erfahrung für den zwanzigjährigen Soldaten Zellnig waren die Räumungsarbeiten nach einem Phosphorbombenangriff in Heilbronn. Menschen wurden am lebendigen Leib geschmort oder als teilweise verbrannte Leichen vorgefunden. Er lernte damals zu unterscheiden zwischen Angelegen-

heiten, die er zu ändern vermag und solchen, die unausweichlich sind. Um dem Gräuel der Aufräumungsarbeiten zu entgehen, meldete er sich freiwillig an die Front.

Eine wichtige Bezugsperson für Franz Zellnig während seiner Kindheit und Jugend war sein Lehrer. Dieser half ihm bei der Heumahd und lehrte ihn so manche Lebensweisheit. Beispielsweise, dass Franz immer nur glauben soll, was er selbst gehört und gesehen hat. Diese Erkenntnis war ihm während seiner politischen Laufbahn oft sehr hilfreich. Der Lehrer brachte ihm bei, sich nicht mehr zu fürchten. Oft kam Franz vom Einkauf in Ettendorf zurück, als es bereits dunkel war. Eines Abends erschreckte ihn ein Schatten, der in seiner Phantasie den Hörnern eines Teufels glich. Doch der Lehrer hatte ihm eingeschärft, er soll das, was er gesehen hat, überprüfen. Dabei stellte sich heraus, dass der Schatten von den beiden Ohren eines Maulesels stammte. Ab diesem Zeitpunkt fürchtete sich Franz Zellnig nicht mehr, er fürchtet auch heute nicht den Tod, denn er hat gelernt, Unausweichliches zu akzeptieren.

Franz Zellnig kennt kein Neidgefühl. Er ist davon überzeugt, dass die dörfliche Gesellschaft in St. Vinzenz, wo er aufgewachsen ist, ihn dahingehend geprägt hat. Neid ist etwas, wofür er Menschen bedauert, die darunter leiden. Er sieht vielfach den Neid als Grund für die steigenden Geldausgaben in der Gesellschaft, da Menschen meinen, sie müssten über bestimmte Dinge, die andere haben, ebenfalls verfügen können.

Die Besonderheit

Begleitet hat Franz Zellnig Zeit seines Lebens der Eindruck, begünstigt zu sein. Er war der einzige Sohn der Familie und wurde bevorzugt. Zurück aus dem Krieg lernte er als Bahnarbeiter seitens seines Vorgesetzten Vorzüge kennen, die im Umgang mit den Kollegen vom Oberbau nicht immer angenehm waren. Auch hier findet er einen Ausweg und lässt sich nach Leoben versetzen.

Auffällig am Charakter Franz Zellnigs ist die Tatsache, dass er in seiner Kindheit niemals den Eindruck hatte, die Arbeiten tun zu *müssen*, sondern sie tun zu *dürfen*, da er dadurch eine Selbstbestätigung erwarb, die ihm Selbstvertrauen gab. Er war stolz darauf, Geld zur gemeinsamen Haushaltskassa oder ein Essen beizutragen wie beispielsweise selbst gefangene Fische oder das Holz, damit die Schwester kochen konnte.

Zeit seines politischen Lebens wurden ihm immer wieder Gelegenheiten geboten, Funktionen einzunehmen, die er nicht von sich aus anstrebte, ihm jedoch ermöglichten, sich für seine und die Anliegen der Allgemeinheit einzusetzen. Als Motivation für seine umfassende politische Tätigkeit führte er an, dass er immer gerne mitgestalten wollte, eine Neigung, die er bereits als Kind entwickelt hat.

Mit derzeit dreiundachtzig Jahren (2007) ist er noch immer an politischen Diskussionen interessiert. Er nimmt daran teil oder organisiert sie selbst. Sein Hauptanliegen war und ist die Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraumes in den ländlichen Gebieten.

Heinrich Wohlmeyer

Frühe Selbständigkeit und Verantwortung

In Heinrich Wohlmeyers Leben zeigte sich seine frühe Selbständigkeit auf dem Bauernhof in Flinsbach, wo seine Mutter und Großmutter mit den Kindern aufgenommen wurden, nachdem ihr Haus 1945 einem Bombenangriff zum Opfer gefallen war. Er passte sich als in der Stadt St. Pölten sozialisiertes Kind sehr gut an das bäuerliche Leben an. Es war für ihn bald selbstverständlich, dass er bei den Arbeiten am Feld und im Stall mitzuhelfen hatte. Unerschrocken brachte er den russischen Soldaten Schnaps, den er fleißig mithilfe zu brennen, und ebenso furchtlos führte er Landser durch verminte Felder. Besonders stolz war er darüber, dass er alleine mit dem vor den Soldaten versteckten und wieder ausgegrabenen Traktor ackern durfte. Als Mittelschüler wieder in der Stadt holte er gemeinsam mit seinen Kameraden Salz aus einem eingekleiteten Waggon und tauschte es im Krankenhaus gegen Brot. Durch sein „gutes Verhältnis zu den Russen“ bekam er Essensabfälle, die er in einem selbst hergerichteten Behälter (eine ausgewaschene Benzintonne) mit einem eigens dafür organisierten Leiterwagen nach Hause brachte, um das Hausschwein damit zu füttern. Er betätigte sich beim so genannten Schleichhandel mit Buntmetallen und anderen Raritäten und konnte schon als Kind – bedingt durch den Krieg – mit Waffen umgehen. Ohne mit seiner Mutter vorher darüber zu sprechen, fuhr er ohne Fahrkarte mit dem Bus von Flinsbach nach St. Pölten, um zur Aufnahmeprüfung am Gymnasium anzutreten. Als er bestand, unterschrieb die Mutter die notwendigen Formulare.

Politische Vorbilder

Der Großvater Johann Wohlmeyer war Reichstagsabgeordneter zur Zeit der Habsburgmonarchie. Als solcher ließ er während des Ersten Weltkrieges an die zweitausend Bauernsöhne vom Kriegseinsatz befreien. Er baute um 1900 eines der ersten Lagerhäuser in Österreich und war ehrenamtlich dessen Obmann. Es gelang ihm, für die genossenschaftlichen Lagerhäuser den Getreidehandel für das Militär zu gewinnen. Heinrich Wohlmeyer war wie sein Großvater sehr innovativ im Agrarbereich, doch er beabsichtigte niemals in die Politik zu gehen, weil er parteiunabhängig bleiben wollte. Beide erhielten nur wenig Anerkennung seitens der Führungsschicht im Agrarbereich, im Gegenteil. Johann Wohlmeyer wurde als ehrenamtlicher Obmann abgesetzt, als ein bezahlter Obmann eingesetzt wurde, sein Enkel Heinrich Wohlmeyer wurde in seinen Initiativen zu Neuerungen oftmals behindert.

Auch der Vater war ein politischer Mensch. „Aufgrund seiner politischen Haltung rang mein Vater Johann Wohlmeyer Dollfuß das Versprechen ab, sobald die Nazi-Bedrohung wieder vorbei sei, zur Demokratie zurück zu kehren.“ Nach dem Anschluss an Hitler-Deutschland protestierte er öffentlich gegen die ersten Todesurteile, die ohne ordentliches Gerichtsverfahren vollstreckt wurden. Daraufhin wurde er als Rat des Bundesgerichtshofes entlassen und zur Zwangsarbeit verurteilt. Er starb im März 1939.

Prägende Erlebnisse

Heinrich Wohlmeyer hat bereits als Kind Ausgrenzung erfahren. Der Erfolg des Tausches von Schnaps gegen Beutepferde mit Soldaten der Roten Armee erzeugte Neid unter den Menschen im Dorf. Eines Abends füllten jemand Fusel in das Wasserglas, das zum Abkühlen neben dem Brennkessel immer

bereit stand. Heinrich Wohlmeyer erlitt eine Alkoholvergiftung und zog sich daraufhin im Dorf zurück. Seine Schlussfolgerung: „Wenn du anders bist, wirst du ausgegrenzt.“

Wohlmeyer ist der einzige Zeitzeuge, der nicht auf einem Bauernhof aufgewachsen ist. Er ist somit auch der einzige, der während des Zweiten Weltkrieges Hunger erlebte. Sein Bruder kollabierte aufgrund der Unterernährung, durch seine schwache körperliche Konstitution war er immer wieder dem Spott seiner Schulkollegen ausgesetzt. Der Volksschüler Wohlmeyer fand in den letzten Kriegswochen in einem eingeeilten Zug „halbverhungerte KZ-Häftlinge“, die nicht mehr essen konnten. Diese Erfahrungen waren ausschlaggebend für seine spätere Berufswahl. Als Jurist erkannte er, dass die Wurzel des Problems der Überschüsse auf der einen und der Unterversorgung auf der anderen Welthälfte in der mangelnden gerechten Verteilung und Marktsteuerung liegt. Aufgrund dessen befasste er sich in seiner Dissertation mit den internationalen Rohstofflenkungsabkommen. Später stellte er fest, dass viele Nahrungsmittel verderben, daher die Logistik und Lagerhaltung zu verbessern sind. Er studierte in der Folge Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur und hörte Lebensmittelchemie an der Universität Wien.

Mit einem Hausacker und wenigen Nutztieren konnte das Bauernhepaar Steindl in Flinsbach nicht nur ihre eigene Familie, sondern auch die auf ihrem Hof lebenden Flüchtlinge ernähren. Daher vertritt Wohlmeyer heute noch die Ansicht, dass eine umfassende Versorgung mit Lebensmitteln und Vermeidung von Hunger nur durch eine arbeitsintensive Gartenwirtschaft möglich ist. Rückblickend ist er darüber hinaus davon überzeugt, dass die eineinhalb Jahre, die er als neun bis zehneinhalbjähriger Bub auf dem Bauernhof verbrachte und eine starke Beziehung zu seiner Ziehmutter Anna Steindl aufbaute, seinem Wesen eine Stabilität verliehen hat, die bis heute anhält. Die erdverbundenen Tätigkeiten in der Garten- und Landwirtschaft wirken sich positiv vor allem auf die seelische Gesundheit eines Menschen aus.

Die Besonderheit

Schon bald nachdem Heinrich Wohlmeyer bei der späteren Agrarindustrie angestellt wurde, hörte er zufällig, dass das Unternehmen aus handelspolitischen Gründen vor dem Konkurs stand. Während andere die Hände in den Schoß legten oder gespannt abwarteten, was passieren würde, meinte der Neuling: „Da muss uns halt etwas einfallen.“ In der Folge wurde die Strategie des Ausgleichsabgabe-, Stärke-, Zuckergesetzes entworfen, mit dem Finanzministerium abgestimmt und verhandelt. Die drei Gesetze wurden 1967 im Parlament beschlossen. Diese Abgabengesetze führten das Unternehmen aus der Krise.

Selbst im Krankheitsfall erduldet der Patient Wohlmeyer nicht passiv sein Leiden. Er ordnete selbst äußerst hohe Penicillindosen an, die ihm nur verabreicht wurden, weil er damit drohte, seine Frau würde die Ärzte verklagen, sollte er sterben. Als eine Sudecksche Atrophie diagnostiziert wurde, durch die er seine Beine hätte verlieren können, kämpfte er mit Autosuggestion und Gebeten dagegen an und wurde geheilt.

Während dieser langen Zeit im Krankenhaus setzte ein Umdenken ein. Er schreibt: „Als ich im Alter von fünfunddreißig Jahren ein Jahr lang todkrank im Spital lag, begann ich zu verstehen, wohin sich der Zug des Hauptstromes bewegte, weil ich erstmals außerhalb von ihm am Wegrand lag und ihn ins Visier

nehmen konnte. Mir wurde damals klar, dass all das, was wir derzeit weltweit unternehmen, nicht gut gehen kann. Glichen früher die Wunden, die der unersättliche Mensch dem Ökosystem zugefügt hat, kleinen Nadelstichen, so waren es jetzt breitflächige, nicht mehr zu heilende Verletzungen.“ (Wohlmeyer 2006: 183f).

Wohlmeyer erlebte Hunger und war durch dieses Erlebnis Zeit seines Lebens angespornt, Hunger zu vermeiden. Er erkennt internationale Zusammenhänge, inwieweit die nationale Agrarpolitik einen Beitrag zum/gegen Hunger in der Welt leistet, denn er denkt global, nachhaltig und langfristig. Aus dieser Sicht hält er es strategisch für einen großen Fehler, agrarpolitische Entscheidungen aufgrund von aktuell hohen Deckungsbeiträgen zu treffen und vor der absehbaren Zukunft des Agrarmarktes die Augen zu verschließen. Vor allem bei den landwirtschaftlichen Hauptprodukten Getreide und Milch wurde seiner Meinung nach die Zukunft des Gesamtmarktes nicht beachtet.

Wohlmeyer war unter den ersten Innovatoren, der sich für integrative Konzepte in der Agrar- und Ernährungswirtschaft wie auch für die Verbreitung und den verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen einsetzte. Er war durch die von ihm in die Wege geleiteten Initiativen immer wieder seiner Zeit voraus. Obwohl sich seine Konzepte später als richtig, wenn nicht gar bahnbrechend herausstellten, stieß er oftmals auf Widerstand. Durch kurzfristiges und gewinnsüchtiges Denken wurden seine Initiativen zwar vielfach verhindert, später jedoch von anderen umgesetzt. Trotz persönlicher Fehlschläge setzt Wohlmeyer seinen Weg fort, auf die Dringlichkeit alternativer und nachhaltiger Systeme hinzuweisen.

Josef Willi

Frühe Selbständigkeit und Verantwortung

Über Josef Willis Kindheit haben wir nicht viel in Erfahrung gebracht. Wir wissen, dass seine Mutter bei der Geburt der Schwester starb, als er eineinhalb Jahre alt war. Er selbst ist der Ansicht, sein Vater habe die Mutter „voll ersetzt“. Den Haushalt führte anfangs eine Tante, später eine Haushälterin und schließlich seine Schwester. Dennoch kann angenommen werden, dass der frühe Verlust der Mutter zu einem frühen Selbständigwerden geführt hat. Denn sein Verhalten als junger Soldat zeigte, dass er schon früh Selbstverantwortlichkeit gelernt haben muss. Willi wurde im März 1945 mit sechzehn Jahren in den Krieg einberufen. Da sich die Wehrmacht bereits im Rückzug befand, kam er schon bald in Kriegsgefangenschaft der englischen Truppen. Er plante eine wagemutige Flucht über die Alpen von Südkärnten bis nach Vorarlberg. Zu Hause angekommen war er so glücklich, dass er „am liebsten die ganze Welt umarmt“ hätte. Das enorme Glücksgefühl kann auch auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass Willi seinen Mut unter Beweis gestellt und eine schwierige Aufgabe bewältigt hat. Durch seine Vermittlung lernte die Schwester ihren späteren Ehemann kennen. Willi war über deren Heirat und Übernahme des elterlichen Hofes sehr froh, denn es ermöglichte ihm, die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Seefeld zu besuchen. Hätte seine Schwester nicht geheiratet, hätte er vor sich nicht verantworten können, die Arbeit am Hof der Schwester und dem Vater alleine zu überlassen.

Politische Vorbilder

Josef Willi stammt aus einem politischen Haus: Der Großvater war sechsunddreißig Jahre lang, der Vater von 1950 bis 1967 Bürgermeister in der Heimatgemeinde Schoppernau in Vorarlberg. Die Tradition des politischen Engagements ging auf Josef Willi über, der sich selbst als einen sehr politischen Menschen ansieht, auch wenn er niemals politische Ämter innehatte. Eine wichtige Lebensansicht Willis ist, wenn man mit einer Situation nicht zufrieden ist, muss man etwas tun, um sie zu verändern. Diese grundsätzlich gestalterische Haltung lässt sich neben anderen Faktoren (wie beispielsweise der eigene Charakter) auf die Vorbildwirkung zurückführen, die Vater und Großvater auf ihn hatten.

Ein wichtiges Vorbild war der (gleichaltrige) Lehrer Leopold Six im dreimonatigen Volksbildungskurs am Bundesstaatlichen bäuerlichen Volksbildungsheim im Schloss Graschnitz in St. Marein im Mürtztal, das Willi 1951 besuchte. Die Art seines landwirtschaftlichen Fachunterrichtes begeisterte den damals zweiundzwanzigjährigen so sehr, dass er sich sagte, „so einer möchte ich auch werden.“ Diese Vorbildwirkung war berufsentscheidend. Willi trat im Jänner 1952 in die damals dreijährige Höhere Bundeslehranstalt für alpine Landwirtschaft in Seefeld in Tirol ein.

Der Schweizer Begründer des biologisch organischen Landbaus, Hans Müller, hatte insofern eine beeindruckende Wirkung auf Josef Willi, als seine Ausführungen im Rahmen einer dreitägigen Exkursion diesen überzeugten, dass der Biolandbau eine ernstzunehmende Alternative und eine maßgebliche Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft darstellt. Er setzte sich fortan dafür ein, den biologischen Landbau auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen und Bauern (und Bäuerinnen) durch ein von ihm erstelltes Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen zu motivieren, auf diese Art der Bewirtschaftung umzusteigen.

Prägende Erlebnisse

Zur Zeit des Anschlusses Österreichs an Hitlerdeutschland war Josef Willi neun Jahre alt. Sein Vater war entschiedener Nazi-Gegner, ein öffentlich bekannter Umstand, der bereits am 13. März 1938 zu einer Hausdurchsuchung im Haus der Familie Willi führte. Ende 1944 wurde der Vater aufgrund einer Bemerkung inhaftiert, die verdeutlichte, dass er nicht mehr an den Sieg der Wehrmacht glaubte. Mit der Androhung einer Gerichtsverhandlung wurde er wieder freigelassen. Dies war für den sechzehnjährigen Josef Willi Anlass, sich im März 1945 (zwei Monate vor Kriegsende) nicht zu verstecken, als er einberufen wurde. Er fürchtete, als Deserteur würde er dem Vater schaden. Durch einen Lehrbrief über die biologische Wirtschaftsweise wurde Willi vorgeworfen, er habe gegen die Interessen der Landwirtschaft und somit gegen die Landwirtschaftskammer verstoßen. Das angedrohte Disziplinarverfahren fand jedoch nicht statt. Als er einen weiteren Lehrbrief verfasste und versandte, gab es keinerlei Reaktion seitens der Kammer. Für die vorerst verbotene, dann jedoch durchgeführte Lehrbrief-freihe erhielt Josef Willi im Herbst 1976 den österreichischen Naturschutzpreis. Dieser Gegensatz an Reaktionen veranlasste Willi zu der Auffassung: „Die Welt ist ein großes Theater.“ In der Folge nahm er „all die Widerstände nicht mehr so tragisch“.

Die Besonderheit

Josef Willi engagierte sich beständig als Leiter der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer für die Verbreitung des biologischen Landbaus. Sein Aufgabenbereich war für ihn sehr interessant, weshalb er seinen vielfältigen Tätigkeiten und Verpflichtungen mit Begeisterung nachkam. Er ist nicht nur offen für Neuerungen und Verbesserungen, er will sie auch an andere weiter geben. Um Fachleute für den biologischen Landbau zusammen zu führen, organisierte er gemeinsam mit Herwig van Staa die Kongresse „Grünes Forum Alpbach“. Er ist ein Pionier, der sich nicht scheut, in unbekannte Wissensgebiete vorzudringen und Problemthemen aufzugreifen. Durch seine Publikationen von „Herz und Hof“ im Rahmen der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Landwirtschaft und Leben“ war er unter den ersten, die sich mit dem Problemfeld der Ehelosigkeit von Bauern ernsthaft auseinandersetzten und Lösungswege suchten.

Bei allen Konflikten, die Josef Willi erlebte, lag ihm sehr viel daran, den sachlichen und den menschlichen Bereich auseinander zu halten und bei Meinungsverschiedenheiten „nicht persönlich“ zu werden.

Willis Prophezeiungen der Auswirkungen des EU-Beitrittes haben sich in der Zwischenzeit großteils als Realität herausgestellt. Das ist für ihn kein Grund, ihm Beifall zu spenden. Er war nicht glücklich darüber, als an die fünftausend Tiroler Bauern davon überzeugt wurden, mit dem Beitrittsjahr 1995 auf biologische Wirtschaftsweise umzustellen, ohne diese entsprechend zu schulen. Doch er will diese Umstände heute nicht mehr in Erinnerung rufen und auch nicht mehr kritisieren, da seiner Ansicht dadurch lediglich der EU-Frust, die Unzufriedenheit und die Entmutigung der Bauern und Bäuerinnen begünstigt wird. Willi hält sich an die Gegebenheiten und versucht zu ändern, was in seinen Augen verändert werden kann und er zu ändern vermag. Geschehenes lässt sich nicht mehr ändern, politische Entscheidungen sind zu akzeptieren, so seine Grundhaltung. Willis Lebensauffassung ist es, sein Bestes zu geben und bekennt, dass seine Leistungen zeitweise mühsam zu erreichen waren. Ein Umstand, der auf Beharrlichkeit und Durchhaltevermögen schließen lässt.

Franz Rohrmoser

Frühe Selbständigkeit und Verantwortung

Franz Rohrmoser musste wie die meisten Bergbauernkinder am Hof mitarbeiten, seine Kindheit „war ein arbeitsintensives Schulgehen.“ Jede freie Minute verwendete er dafür, um zu basteln. Er wollte selbst etwas gestalten und litt unter dem Verbot des Stiefvaters, die Werkstätte zu betreten und das Werkzeug zu verwenden. Darüber hinaus war es ihm schon als Kind ein Anliegen, gegenüber den Kindern der „besser gestellten Bauern“ keine Schwäche zu zeigen, sich zu behaupten und „die Frechen“ in die Schranken zu weisen. Obwohl er sich gezwungen sah, am elterlichen Betrieb eine landwirtschaftliche Lehre zu machen, fühlte er sich bereits in Jugendjahren zum Handwerker berufen. Mit 16 Jahren baute er die erste Güllegrube „in Eigenregie“. Sein Bildungshunger führte ihn in Bildungshäuser und brachte ihn auf die Idee, einen Einsatz beim Entwicklungsdienst zu leisten. Mit dreiundzwanzig Jahren brach er gemeinsam mit seinem eineinhalb Jahre jüngeren Bruder Anton Rohrmoser zu einem Entwicklungshilfeeinsatz nach Brasilien auf.

Politische Vorbilder

Der Vater Kaspar Rohrmoser wäre nach Einschätzung des Sohnes Franz Gemeindepolitiker geworden, wenn er aus dem Krieg zurückgekommen wäre. Er war sehr innovativ und hatte während den 1940er Jahre den am besten mechanisierten Betrieb in der Umgebung. Mit seinen Gerätschaften half er den Menschen im Tal bei Arbeiten aus. Dadurch war er bekannt, ein Umstand, der eine wichtige Voraussetzung für ein politisches Amt darstellt. Er war überdies selbst bestimmt und ließ sich durch Schikanen nicht einschüchtern. Der Umstand, dass er Gülle zur Steigerung der Erträge auf Bergwiesen einsetzte, brachte ihm die Bezeichnung „Güllekaspar“ ein. Er antwortete auf die Ehrenkränkung: „Der Kaspar tut’s nach seinem Sinn, denn keiner kommt und zahlt für ihn“. Die prägenden Vorbilder für seine politische Arbeit lernte Franz Rohrmoser erst später kennen, allen voran die Jesuitenpatres Dornstauder und Egidio Schwade, die durch die Vermittlung der Befreiungstheologie während seines Aufenthaltes in Brasilien Ende der 1960er Jahre seine spätere Lebenshaltung und Arbeit wesentlich beeinflussten.

Prägende Erlebnisse

Franz Rohrmoser ist ein Kriegswaisenkind. Sein Vater galt fünf Jahre lang als vermisst. Dieser Umstand war für ihn im Nachhinein betrachtet schlimmer, als wenn die Familie die Nachricht erhalten hätte, er sei gefallen, „weil die Trauernden nicht abschließen können“. Während seiner Kindheit und Jugend litt er darunter, dass der Vater in der Familie entweder verschwiegen oder glorifiziert wurde.

Die stärkste Prägung für seine spätere Tätigkeit erhielt er im Entwicklungshilfeeinsatz in Brasilien im Norden von Mato Grosso durch die dort lebenden Kayabi Indios. Diese brachten ihm bei, im Amazonasregenwald zu überleben. Der missionarische Sendungsauftrag der Kirche irritierte den damals einundzwanzigjährigen Rohrmoser, als er begreifen musste, dass er als Lernender und nicht als Lehrender zu den Indios gekommen war. Darauf war er jedoch seelisch nicht vorbereitet. Einer schmerzhaften inneren Auseinandersetzung folgte die Einsicht, dass er vorerst lernen musste, unter lebensbedrohlichen Bedingungen zu überleben. Dieser Prozess stellte sich letztlich als „unglaublich heilsam“ heraus. Er ermöglichte eine fruchtbare Arbeit in den darauf folgenden dreieinhalb Jahren. Darüber hinaus

befanden sich zur damaligen Zeit in Brasilien die Weißen mit den Indios im Kriegszustand. Er lernte Jesuitenpater Johann Dornstauder kennen, der Frieden stiftete zwischen den Weißen und den Indios. Auch andere Jesuitenpatres forcierten als Befreiungstheologen die Bildung der Armen, damit sie ihre Würde begreifen und ihre Problemlösungen selbst in die Hände nehmen lernen (vgl. Freire 1998). Es ging dabei um einen Demokratisierungsprozess, den er später in der Katholischen Landjugend und in der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung weiter verfolgte.

Die Besonderheit

Als basisorientierter Mensch ertrug Franz Rohrmoser herrisches Befehlen nicht, wie es ihm beim Bundesheer und später in den autoritären Strukturen des Bauernbundes begegnet ist. Für ihn muss eine Führungskraft seine Autorität unter Beweis stellen, indem er/sie klug und umsichtig argumentiert und agiert. Darüber hinaus erwartet Rohrmoser Respekt und einen höflichen Umgang. „Mit mir musste man anders reden.“ Beim Bundesheer riskierte er Zapfenstriche, wenn er anstatt im Stall bei den Pferden zu sein in einem Seminarhaus saß und an einer Bildungsveranstaltung teilnahm. Durch den Wissensdrang wurde ihm als junger Mann das Tal zu eng. Die Idee, einen Einsatz beim Entwicklungsdienst zu leisten, erfüllte den Wunsch, die Welt kennen zu lernen.

Der Aufenthalt in Brasilien hatte bedeutende Auswirkungen auf sein späteres Leben und Auftreten. Als er mit einer Delegation ÖBV-Bauern zum Bauernbund zitiert wurde (ein Treffen, das das Ziel verfolgte, die Funktionäre der ÖBV einzuschüchtern), hatte er keine Angst, weil er „im Krieg bei den Indianern im Urwald gelebt“ hatte.

In der ÖBV war es ihm wichtig, dass nicht nur Basisarbeit geleistet wird, sondern dass innovative Bäuerinnen und Bauern mit VertreterInnen der Verwaltung, der Politik und der Wissenschaft für die anstehenden Probleme gemeinsam Lösungsansätze erarbeiten. Dafür war und ist sensible und weitsichtige Netzwerkarbeit erforderlich, um die passenden AkteurInnen der verschiedenen Berufsgruppen zusammen zu bringen.

Nach seinem Ausscheiden als Geschäftsführer der ÖBV im Jahr 1980 begann er, Webstühle für die von ihm und seiner Frau gegründeten Firma Chico-Hängematten zu entwerfen und zu bauen. Die kreative und handwerkliche Tätigkeit ermöglichte ihm, die Verletzungen der vorangegangenen Auseinandersetzungen zu verarbeiten. Ende der 1980er Jahre begann er – basierend auf den persönlichen leidvollen Erfahrungen – sich mit dem Thema Konflikte und Konfliktforschung auseinander zu setzen. Dadurch gelangte Rohrmoser zu der Erkenntnis, dass die Verhältnisse im Agrarbereich nur durch entsprechende Konfliktaustragung und eine konstruktive Konfliktkultur gelöst werden können. Es würde sich in seinen Augen lohnen Gemeinderäte, Landes- und BundespolitikerInnen dafür zu gewinnen, den konstruktiven Dialog zu lernen und sachliche Themen ohne persönliche Angriffe zu diskutieren. Nach seiner Überzeugung nach werden Menschen eher bereit sein, sich politisch zu engagieren, wenn sich die Kommunikationskultur in politischen Gremien verbessert. Er will in Zukunft zu diesem Themenbereich Seminare abhalten und Gesprächsrunden führen.

Anna und Johann Felbauer

Frühe Selbständigkeit und Verantwortung

Johann Felbauers Mutter starb, als er zehn Jahre alt war. Gegen seine Stiefmutter lernte er sich früh zu behaupten. In der Jugend erkämpfte er sich seine Position durch heftige Auseinandersetzungen mit dem Vater. Als sein Vater Anfang der 1970er Jahre auf Kur ging, überantwortete er dem damals fünfzehnjährigen Sohn den Hof. Mit sechzehn Jahren übernahm er den Hof formell in Pacht. Anlass war die Pensionierung des Vaters (der damals bereits einundsechzig Jahre alt war) aufgrund eines Hüftleidens. Mit der offiziellen Übernahme des Hofes im Februar 1977 kam es zu weiteren Auseinandersetzungen mit dem Vater, als das Jungbauernehepaar eine Betriebsgemeinschaft mit dem Bauern Josef Großteßner gründete.

Anna Felbauer, geborene Hinterplattner, war das achte von zwölf Kindern. Wie in kinderreichen Familien weit verbreitet, kümmerte sie sich um die jüngeren Geschwister und hatte selbst in ihren älteren Schwestern Ansprechpartnerinnen, denn die Eltern hatten wenig Zeit für die Erziehung der Kinder. Das hatte ihrer Ansicht nach den Vorteil, dass sie schon sehr früh „relativ freie Hand gehabt haben daheim“.

Die Arbeit auf dem elterlichen Bauernhof wurde auf die Kinder aufgeteilt, nicht nur im Stall, sondern auch im Haushalt. Beispielsweise war es üblich, dass die Mädchen ihren Brüdern die Wäsche richten mussten. Früh Verantwortung übernehmen zu lernen empfindet Anna Felbauer heute noch als positiv. Es war für sie ganz normal, die Arbeiten, die ihr aufgetragen wurden zu tun, ohne länger darüber nachzudenken. Mit achtzehn Jahren bereits Mutter unterstützte sie als Jungbäuerin die Gründung und die Führung der Betriebsgemeinschaft tatkräftig.

Politische Vorbilder

Johann Felbauers Großvater war Gemeinderat und Vizebürgermeister, Leiter im örtlichen Lagerhaus, außerdem Jagdleiter und Obmann der Elektrizitätsgenossenschaft. Anna Felbauers Vater war Ortsbauernobmann und Gemeinderat der ÖVP, aktives Mitglied der Feuerwehr und der Selbsthilfe, die Mutter Ortsbäuerin. Während Annas Vater innerhalb der ÖVP kritisch war und als Ortsbauernobmann im Gemeinderat immer wieder Konflikte austrug, wenn der Bürgermeister, Direktor der Schule, im Begriff war, Bauern zu benachteiligen, war die Haltung der Mutter der Partei gegenüber unkritisch. Sie akzeptierte ungefragt Erwartungen, die an sie in der Funktion als Ortsbäuerin gestellt wurden.

Prägende Erlebnisse

Für das Ehepaar Felbauer war die Idee der Betriebsgemeinschaft vor allem deshalb wichtig, weil Anna als Kind erlebt hatte, dass ihre Eltern „keine Zeit“ hatten. Sie führte überdies die häufigen Auseinandersetzungen des Elternpaares darauf zurück, dass sie zuwenig Zeit füreinander hatten. Die Idee entstand aus einer Oppositionshaltung heraus, aus dem Wunsch, es anders zu machen als die Eltern. Als junge Frau hat Anna es „nicht geschätzt“, dass Johann ein Bauer ist. Aufgewachsen mit der Arbeit auf einem Bergbauernhof war es nicht ihr Traum gewesen, Bäuerin zu werden. Die Betriebsgemeinschaft sollte ihr ermöglichen, keine Stallarbeit erledigen zu müssen. (Was sie später dennoch tat).

Johann und Anna Felbauer besuchten laufend Weiterbildungsveranstaltungen, als junge Menschen vor allem solche der katholischen Landjugend in Altpernstein. In diesen Seminaren war von Fairness und Gruppendynamik die Rede. Einige Jahre später nahm Johann Felbauer an einer Bauernversammlung teil, die eine nachhaltige Erinnerung hinterließ. Ein Vertreter des Allgemeinen Bauernverbandes⁶⁷ wurde von Vertretern des Bauernbundes zuerst gehindert zu sprechen, und als er durch den Druck einer kleinen Gruppe Jungbauern zu Wort kam, wurde das Mikrofon abgeschaltet. Diese undemokratische Vorgangsweise gab Johann Felbauer den Anstoß, sich politisch zu engagieren. Es wurde damals von der Radikalisierung der Bauern gesprochen. Für Johann Felbauer lag die Ursache dafür im unfairen und autoritären Verhalten seitens der Vertreter des Bauernbundes.

Das Bauernehepaar wurde im Dorf und in den politischen Gremien aufgrund ihrer politischen Haltung, die Auswirkungen auf die Führung ihres landwirtschaftlichen Betriebes hatten, lange Zeit ausgegrenzt. Im Bezirksgremium der Kammer wurde Anna Felbauer als Vertreterin des Unabhängigen Bauernverbandes nur ungern ein Platz in der Runde angeboten, sie wurde wiederholt nicht begrüßt oder ihr sogar die Hand verweigert. Eine Ortsbäuerin war „schockiert“, als Anna Felbauer „für eine andere Fraktion als den Bauernbund“ im Bäuerinnenbeirat war. In der unmittelbaren Nachbarschaft fehlten Menschen, die sie unterstützt oder ihren Ansichten beigespflichtet hätten. Anna schmerzte dieses verletzend Verhalten anfangs sehr. Durch den Rückhalt ihres Mannes konnte sie die Ausgrenzung jedoch bewältigen.

Die Besonderheit

Das Ehepaar Felbauer zeichnet eine großzügige Toleranz aus, die sie im Haus der Familie Hinterplattner (Anna Felbauers Elternhaus) kennen lernten. Sie sind weltoffen und diskutieren gerne. Die Ausgrenzung aufgrund ihrer nicht angepassten politischen Haltung und ihres wirtschaftlich eigenwilligen Agierens wurde durch den gegenseitigen Rückhalt hingenommen. Doch der Ausgangspunkt, um dies als Mensch ertragen zu können, kann auf die früh entwickelte Selbständigkeit zurückgeführt werden.

Ihrer Ansicht nach muss es in einer Demokratie möglich sein, seinen eigenen Standpunkt und die eigenen Werte zu vertreten. Es erfordert Mut, in einer Mitgliederversammlung der Genossenschaft ohne Unterstützung der anderen eine andere Meinung zu äußern als die überwältigende Mehrheit. Johann Felbauer geht davon aus, dass einstimmige Beschlüsse dadurch zustande kommen, dass niemand den Mut hat, offen seine oder ihre Meinung kund zu tun. Das Demokratieverständnis des Ehepaares Felbauer geht soweit, dass sie einsehen, eine gesetzliche Änderung kann nicht durch eine Minderheit durchgesetzt werden, denn die Aufgabe kleiner innovativer Gruppierungen ist es, eine Änderung zu initiieren und etwas in Bewegung zu bringen. Die „Machthaber“ negieren Neuerungen vorerst meist oder machen sie lächerlich, dann bekämpfen sie eine Initiative, die von der Basis ausging, und wenn es nicht zu verhindern ist, wird die Initiative in abgewandelter Form als der eigene Vorschlag „verkauft“. Das war im Bereich der Landwirtschaft beim Biolandbau, bei der Bäuerinnenpension, beim Aufbau der Direktvermarktung und bei anderen Neuerungen der Fall. Wer diese Bedingungen nicht akzeptieren kann oder nicht erträgt, sollte sich nach Ansicht des Ehepaares nicht in einer kleinen innovativen und widerständigen Bewegung engagieren, sondern aktives Mitglied einer Partei werden.

67. Seit 2000 Unabhängiger Bauernverband

Engagement für eine andere Agrarpolitik

Den in dieser Studie dargestellten Zeitzeugen und der Zeitzeugin ist gemeinsam – wie das Lesen der Biografien zweifelsohne vor Augen führt – ihre kritische Haltung gegenüber der herkömmlichen Agrarpolitik ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis heute. Der schnell erreichte Selbstversorgungsgrad in den Nachkriegsjahren fand allseits Beachtung. Doch bis zu den 1970er Jahren war die Agrarpolitik in erster Linie auf die Produktionssteigerung ausgerichtet, obwohl durch eben diese Politik bereits ab Beginn der 1960er Jahre strukturelle Überschüsse auftraten. Die Intensivierung der Landwirtschaft durch Betriebsmittel und Mechanisierung führte nicht nur zur Belastung der öffentlichen Budgets durch die teure Überschussverwertung, sondern hatte auch für die Umwelt negative Folgen. Die deutlichste Wirkung zeigte sich jedoch in einer massiven Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in attraktivere Arbeitsplätze und der damit einhergehenden Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe. Für die strukturell bedingten Überschüsse wäre nach Ansicht der Interviewten eine Gegensteuerung mittels agrarpolitischer Maßnahmen, vor allem der Marktordnungen, notwendig gewesen. Doch entsprechende agrarpolitische Entscheidungen wurden vielfach verhindert durch damals aktuell hohe Deckungsbeiträge und den Interessen derer, die davon profitierten. Die Aufrechterhaltung einer kleinstrukturierten Landwirtschaft, wie sie den Gegebenheiten Österreichs entspricht, fand dabei über Jahrzehnte nur wenig Beachtung.

Die Einführung des Bergbauernsonderprogrammes 1970 war eine erste agrarpolitische Maßnahme, die nicht auf Produktionssteigerung, sondern auf der Erschwernis der landwirtschaftlichen Produktion basierte. Franz Zellnig sieht im Bergbauernsonderprogramm das Vorläuferprogramm des heutigen Programmes der ländlichen Entwicklung. Damals wurden die Direktzahlungen eingeführt, wie sie heute in Form der Ausgleichszulage für Betriebe in benachteiligten Gebieten, mittels Fördermaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Umweltprogrammes ÖPUL und der EU-Marktpolitik (Betriebsprämie) gewährt werden. Das Bergbauernsonderprogramm umfasste Infrastrukturmaßnahmen für den Wegebau und für Telefonanschlüsse wie auch Investitionsförderungen, wie sie heute im Rahmen des Programmes zur ländlichen Entwicklung ebenfalls angeboten werden. Damals wie heute sind die Landwirtschaftsförderungen Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung für die Arbeit in der Landwirtschaft zur Aufrechterhaltung der Pflege der Kulturlandschaft.

Ernährungsvorsorge

Vielfach lässt sich die Haltung der Zeitzeugen/ Zeitzeugin aus ihren persönlichen Erfahrungen ableiten. Jene, die die Zeit während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg miterlebt haben und auf Bauernhöfen lebten, mussten im Gegensatz zur städtischen Bevölkerung keinen Hunger leiden. Vor und während dem Zweiten Weltkrieg war die bäuerliche Landwirtschaft überwiegend auf Eigenversorgung ausgerichtet. Eine Nahrungsmittelknappheit würde heutzutage viele Bäuerinnen und Bauern selbst treffen. „Im und nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die hungernden Städter [/Städterinnen] und Flüchtlinge noch zum Teil bei den universell versorgenden Bauern [und Bäuerinnen] untergebracht und versorgt werden. Heute sind [...Menschen, die auf spezialisierten landwirtschaftlichen Betrieben leben und arbeiten] im Krisenfall selbst Versorgungsnotständler“ (Wohlmeyer 2006: 369).

Als jemand, der Hunger und den Zusammenbruch der Versorgungsketten erlebt hat, rät Wohlmeyer auf Seite 369 ff desselben Buches angesichts der weltpolitischen und ökologischen Lage dringend zur Ernährungsvorsorge für den Krisenfall als eine der wichtigsten Maßnahmen in der Agrarpolitik. Konkret sollen dezentrale Versorgungssysteme wie Lager für Getreide, Saatgut, Kartoffel und Hartkäse geschaffen, erhalten und gefördert werden. Im Krisenfall sei überdies die Ernährung der Bevölkerung durch Gartenwirtschaft zu gewährleisten, denn diese Form der Bewirtschaftung bringt den höchsten für den Menschen verwertbaren Nährstofftrag je Flächeneinheit. Darüber hinaus könnten durch Gartenbauwirtschaft, die sehr arbeitsintensiv ist, Arbeitsplätze geschaffen werden, eine völlige Umkehr der Situation der vergangenen Jahrzehnte. Es müsse jeder Quadratmeter fruchtbaren Bodens erhalten⁶⁸ und jene Menschen unterstützt und mit öffentlichen Geldern gefördert werden, die das Wissen über eine nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens kennen und praktisch beherrschen. Es ist historisch erwiesen, dass kleinbäuerliche Strukturen im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung aufrechterhalten können. Darüber hinaus stellt agrar- und umweltpolitisch die Gartenwirtschaft bis heute die nachhaltigste Methode der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität dar, da sie einen schonenden Umgang mit den Lebensgrundlagen ermöglicht. Die gemischt wirtschaftenden Kleinbetriebe sind für Wohlmeyer daher Zukunftskapital, denn diese können bei Bedarf gärtnerisch intensiv bewirtschaftet werden.

Ende des Strukturwandels

Die Folgen der fortwährenden und drastischen Reduktion der bäuerlichen Familienbetriebe werden von allen Zeitzeugen/der Zeitzeugin als nachteilig angesehen. Davon sind nicht nur die Bäuerinnen und Bauern betroffen, sondern auch die qualitativ hochwertige Nahrungsmittelproduktion, die Landschaft und die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang wird von Zellnig und Wohlmeyer die zu geringe Rücksichtnahme auf die Nebenerwerbsbetriebe in der Agrarpolitik wie auch die Benachteiligung bei den Förderungen kleiner landwirtschaftlicher Betriebe kritisiert. Rohrmoser und das Ehepaar Felbauer setzten sich in ihrem politischen Engagement im Rahmen der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung für die Förderung der Bergbauernhöfe ein.

Für Josef Willi ergeben sich aus einer weiteren Dezimierung der landwirtschaftlichen Betriebe wesentliche Nachteile für die Durchführung der notwendigen und vielfältigen Aufgaben, die die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit erfüllt. Der so genannte „Strukturwandel“ hat bereits deutliche Defizite mit sich gebracht, daher kann ein weiteres „Bauernsterben“ nur bedeuten, dass sich die derzeitige Situation weiterhin verschlechtern wird. Die Auswirkungen betreffen nicht nur die Landschaft und den Naturschutz. Den *circulus vitiosus*⁶⁹ des propagierten Wettbewerbs führt Willi wie folgt vor Augen: Um wettbewerbsfähig zu sein, wird eine effizientere Produktion angestrebt, die mit dem Kauf von Maschinen, Geräten und/oder Betriebsmitteln einhergeht. Dafür müssen Bäuerinnen und Bauern Geld investieren. Daraus wiederum entstehen höhere Ausgaben überwiegend für die Rückzahlung der

68. Die agrarindustrielle Bewirtschaftung mittels intensiver chemischer Stickstoffdüngung führt nachweisbar zum Abbau der Humusschicht

69. Teufelskreis

Kredite, aber auch für die höheren Aufwendungen wie beispielsweise für Betriebsmittel und Reparaturen. In diesem Zusammenhang weist Willi darauf hin, dass jede nicht unternommene Investition letztlich ein Mehreinkommen für Bäuerinnen und Bauern darstellt (vgl. Willi 2001). Die auf diese Art verursachten höheren Kosten regen zu einer Intensivierung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung an, um die laufenden Zahlungen abdecken zu können. Diese Art der Produktion hat jedoch erfahrungsgemäß nachteilige Auswirkungen auf die Qualität der Produkte wie auch auf die ökologische Situation. Die zwar effizientere, aufgrund der Überschusssituation jedoch nicht gerechtfertigte Mehrproduktion führt darüber hinaus zur Verdrängung von anderen Bäuerinnen und Bauern.

Anna und Johann Felbauer halten die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als eines der maßgeblichen Ziele der Interessensvertretung in der Agrarpolitik für „keine korrekte Politik“. Ihrer Ansicht nach hat niemand einen Vorteil davon. Der Wettbewerb führt, wie bereits ausgeführt, zur Verdrängung. Dadurch gehen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren, ein Umstand, der zu einer erhöhten Konkurrenz für die ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt führt. Aufgrund der begründeten Annahme, dass dadurch die Lebensmittel weder qualitativ besser noch billiger werden, haben die KonsumentInnen ebenfalls keinen Vorteil davon.

Heinrich Wohlmeyer spricht nicht vom Bauernsterben, sondern von der Arbeitslosigkeit der Bäuerinnen und Bauern. Die hohe Arbeitslosigkeit im Allgemeinen führt Wohlmeyer einerseits auf die überzogene Maximierung der Arbeitsproduktivität zurück, andererseits liege eine der wesentlichen Ursachen im Steuer- und Sozialversicherungssystem. Arbeit wird „maximal besteuert“ – im Gegensatz zum Kapital. Aus Rationalitätsgründen wird die zu hoch besteuerte Arbeitskraft durch Produktivitätsmaßnahmen möglichst eingespart. Und wieder beginnt der Teufelskreis.

Im Gegensatz zum so genannten Agrarstrukturwandel empfiehlt Wohlmeyer, innerhalb der Landwirtschaft bezahlte Arbeit zu schaffen, die eine ökologisch ausgewogene Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln gewährleistet. Initiativen wie der Aufbau und die Erhaltung von Direktvermarktung (Franz Zellnig, Anna und Johann Felbauer, Josef Willi), die Verbreitung des Biologischen Landbaues (Josef Willi, Anna und Johann Felbauer, Franz Zellnig), die Einrichtung der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung und des Berglandaktionsfonds (Franz Rohrmoser, Anna und Johann Felbauer) bildeten eine Art Gegenbewegung für die agrarpolitischen Folgewirkungen der Abwanderung aus der Landwirtschaft.

Direktvermarktung

Im Bereich der Direktvermarktung gab es immer wieder Versuche, diese durch gesetzliche Bestimmungen zu erschweren, beispielsweise durch Auflagen, die mit hohen Investitionskosten verbunden sind. Die kostspieligen Vorgaben für die Einrichtung von Verarbeitungsräumlichkeiten für landwirtschaftliche Produkte tragen ebenfalls zum Verlust kleinerer Betriebe bei. Der Versuch, in einer Nische ein finanzielles Standbein aufzubauen, wird durch bürokratische Vorschriften behindert oder gar verhindert. So wurden in der Fleischhygieneverordnung Vorgaben für große Schlachthäuser auf kleine Schlachthöfe umgelegt. Die Hygienevorschriften sind für bäuerliche Vermarktungseinrichtungen überzogen, da der Infektionsdruck unvergleichbar höher ist, wenn hunderte Tiere pro Tag geschlachtet werden, als wenn es sich nur um wenige Tiere pro Jahr handelt. Diese Vorschriften für Kleinschlachthöfe auf Bauernhöfen sind teils „absurd“ (Johann Felbauer). Es ist daher der Schluss nahe liegend, dass

gesetzliche Bestimmungen wie auch die hohen Sozialversicherungsabgaben für die Direktvermarktung gewollt oder ungewollt der Wegrationalisierung bäuerlicher Familienbetriebe dienen. Mit derlei Vorschriften wie seinerzeit die Kriminalisierung der Abhofvermarktung von Milch sollen kleine ErzeugerInnen als Konkurrenz am Markt für Agrarprodukte ausgeschaltet werden.

Die Direktvermarktung kann jedoch auch betriebsintern zu Problemen führen. Auf dem Hof von Franz und Maria Zellnig wurden über viele Jahre verschiedene Produkte direkt vermarktet (Käse, Styria Beef etc.). Als Agrarpolitiker gab Zellnig jedoch zu bedenken, dass die Direktvermarktung im Allgemeinen zu einer hohen Arbeitsbelastung der Bäuerin führt. Eine Möglichkeit sowohl kostenintensive Investitionen zu tätigen als auch die hohe Arbeitsbelastung leichter zu bewältigen besteht in der Kooperation mit anderen Betrieben, wie dies das Ehepaar Felbauer in Form einer Betriebsgemeinschaft versuchte. In der Vermarktung arbeitet Anna Felbauer noch heute mit einem Bauernehepaar zusammen. Darüber hinaus kann der Absatz landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte durch Vernetzung von Initiativen im Rahmen eines Regionalmarketing gesteigert werden.

Vereinbarung von Interessensgegensätzen

Der Umstand zweier unterschiedlicher Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, hier biologisch und dort konventionell, kann für Josef Willi kein Dauerzustand sein. Es sollte seiner Ansicht nach der grundsätzlichen Frage nachgegangen werden, welches die beste Form der Landwirtschaft hinsichtlich Qualität und Umwelt ist. Wenn sich dabei herausstellt, dass die biologische Wirtschaftsweise die Anforderungen an diese beiden Kriterien Qualität und Umwelt besser erfüllen kann, muss es nach Willi das agrarpolitische Fernziel sein, die gesamte Landwirtschaft auf diese Art der Bewirtschaftung umzustellen.

Das Biobauernehepaar Felbauer stellt es hingegen ihren konventionellen BerufskollegInnen frei, ob sie umstellen wollen oder nicht. Sie vertreten die Ansicht, dass Bäuerinnen und Bauern ihren Weg selbst finden müssen. Indem sie für einen individuellen Findungsprozess plädieren, steuern sie der agrarpolitisch verhängnisvollen Spaltung in konventionelle und Biobauern/Biobäuerinnen entgegen.

Kritisiert wurde von Rohrmoser, Willi und dem Ehepaar Felbauer die mangelnde Bereitschaft, im Agrarbereich Konflikte auszutragen. Josef Willi wies auf die Mängel in der Organisationsstruktur im Agrarsektor hin, die es ermöglicht, dass die Entwicklung in der Landwirtschaft sehr stark von den Interessen der wirtschaftlich und politisch Mächtigen bestimmt wird. Der Grund für die Konfliktvermeidung wird in den großen Interessensgegensätzen gesehen, die innerhalb der Bäuerinnen- und Bauernschaft sehr groß ist - man betrachte die Gegensätze zwischen Berglandwirtschaft und Gunstlagen, zwischen biologischer und konventioneller Landwirtschaft wie auch zwischen Groß- und Kleinbauern/-bäuerinnen.

Darüber hinaus ist die Bäuerinnen- und Bauernschaft in sich sehr vielfältig und hat dermaßen unterschiedliche Probleme, dass nach Ansicht des Ehepaares Felbauer die Gestaltung der Interessensvertretung schwierig ist: „Ob da einzelne Personen alle Interessen vertreten können, sei dahingestellt.“ Sie regen die Schaffung eines Gremiums an, in dem die unterschiedlichen Erfahrungen zwischen Bäuerinnen und Bauern ausgetauscht werden können. Denn für aktive Bauern und Bäuerinnen sei es schwierig, ihre BerufskollegInnen zu vertreten, da sie aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse nicht Einblick in

alle Problemlagen haben können. Andererseits verlieren FunktionärInnen den Bezug zur bäuerlichen Praxis, wenn sie keine aktiven Bäuerinnen und Bauern mehr sind. Darüber hinaus bedauert das Ehepaar Felbauer die mangelnde Solidarität unter den Bäuerinnen und Bauern, die in weiterer Folge in ein Manko an politischem Engagement mündet.

Für eine gute Zukunftsentwicklung der Landwirtschaft ist nach Ansicht Willis die Bereitschaft zur Solidarität innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung unerlässlich. Aufgaben und Probleme sollen gemeinsam – und nicht durch die Interessensvertretung „von oben“ – gelöst werden. Hierfür wird es erforderlich sein, in der bäuerlichen Bevölkerung das Vertrauen in die eigenen Kräfte zu mobilisieren. Um dies zu erreichen, müsste eine breite (Basis)Bildung angeboten und eine aufrichtige und unbeschönigte Information über die Ursachen ihrer heutigen Situation bereitgestellt werden, wie dies die Bioverbände, die ÖBV und andere Organisationen verfolgen.

In der heutigen Landwirtschaft fehle nach Ansicht Willis ein gemeinsamer Schwung, eine Aufbruchstimmung und Begeisterung, obwohl es lohnende Aufgaben und Ziele für eine neue Bauern- und Bäuerinnenbewegung gäbe. Johann und Anna Felbauer stellten in ihrem Umfeld hingegen fest, dass sich heutzutage die meisten jungen Bauern und Bäuerinnen nicht mehr politisch engagieren, sondern umgekehrt ihre Kräfte ausschließlich dafür einsetzen, den Anforderungen des Wettbewerbs gerecht zu werden.

Konfliktaustragung und Demokratie

Die Diskrepanzen innerhalb des Agrarbereichs öffentlich anzusprechen und zu diskutieren ist Franz Rohmoser ein besonderes Anliegen. Er vertritt die Ansicht, nicht diejenigen, die Konflikte innerhalb der Landwirtschaft ansprechen, spalten Bauern/Bäuerinnen, sondern diejenigen, die eine Konfliktaustragung verhindern. Besonders wichtig wäre es, dass Bäuerinnen und Bauern gegenüber den FunktionärInnen der Genossenschaften und des Bauernbundes offen ihre Meinung und eigene Standpunkte vertreten. Für Johann Felbauer wäre es wichtig, dass es eine offene Aussprache zwischen Mitgliedern und Funktionären der Molkereigenossenschaft gibt. Er erzählt von einem Bauern, der davon überzeugt war, die Qualitätsproben würden in der Molkerei sabotiert oder gar gefälscht werden, als er bei einer Fettmessung der Milch nachteilig beurteilt wurde. Den Grund dafür erkennt Felbauer in einer Art schlechtem Gewissen, weil eben dieser Bauer die Genossenschaft nicht offen kritisiert, sondern nur hinter dem Rücken der Funktionäre. Schlechte Ergebnisse bei den Milchproben werden auf die nicht offen ausgesprochene, jedoch vorhandene Kritik zurückgeführt. Diese latenten Ängste würden nach Ansicht Johann Felbauers ihre Bedrohung verlieren, wenn offen über Kritikpunkte gesprochen werden würde. Insgesamt tritt das Bauernehepaar Felbauer für mehr Demokratie innerhalb des Bauernbundes und innerhalb der Landwirtschaft ein.

Für Franz Zellnig bedeutet mehr Demokratie auch, dass das Programm ländliche Entwicklung für andere Wirtschaftssektoren geöffnet werden muss. Ländlicher Raum ist schon lange nicht mehr Landwirtschaft alleine, obwohl öffentliche Gelder für den ländlichen Raum über dieses Programm beinahe ausschließlich für die Landwirtschaft bereitgestellt werden. Franz Zellnig führte als Bürgermeister 1965 bis 1984 integrale Maßnahmen durch und erreichte dadurch, dass eine Auspendler- zu einer Einpendlergemeinde wurde und die Abwanderung gestoppt werden konnte. Er erkannte, dass der ländliche Raum nur am Leben erhalten werden kann durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialer

Infrastruktur vor Ort für die ansässige Bevölkerung. Dreiundachtzigjährig nach wie vor an politischen Inhalten und Diskussionen interessiert, vertritt er die Ansicht: „Durch das Wiesen Mähen alleine werden wir den ländlichen Raum nicht retten können.“ Um zu verhindern, dass der ländliche Raum „ein großflächiges Altersheim“ wird, müssen seiner Ansicht nach neben der Agrarförderung immer wieder neue Impulse für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt wie auch für den Naturschutz gesetzt werden, damit der ländliche Raum für jung und alt ein attraktiver Wirtschafts- und Lebensraum bleibt.

Franz Rohrmoser ging während der 1990er Jahre der Frage nach, warum weltweit die Mehrheit der Kleinbauern/Kleinbäuerinnen eine Standesvertretung wählt, durch deren Politik ihre Anzahl reduziert und aus der Landwirtschaft hinaus gedrängt wird. Er kam damals auf das tiefenpsychologische Phänomen der Identifikation mit dem Aggressor. Wenn Menschen keinen Ausweg aus ihrer unterdrückten Situation finden, verinnerlichen sie ohne ihr bewusstes Wissen Persönlichkeitseigenschaften, Werte und Verhaltensweisen des Aggressors und eignen sich selbst deren Verhalten gegenüber anderen an. Diese Reaktion ist ein Abwehrmechanismus, der auf ein hohes Ausmaß an erlebter Ohnmacht und Abhängigkeit hinweist.

Fehlender Weitblick und Verantwortlichkeit

Wie sich aus den bisherigen Ausführungen ableiten lässt, wird es für die Zukunft erforderlich sein, in der Landwirtschaft kleine, Arbeitsplatz schaffende bäuerliche Strukturen weiterhin aufrechtzuerhalten. Die monetäre wie auch die immaterielle gesellschaftliche Anerkennung all jener, die über das erforderliche Erfahrungswissen für landwirtschaftliche und Gartenbautätigkeiten verfügen, wird in Hinkunft ebenfalls unerlässlich sein.

Willi bemängelt, dass sich offenbar niemand für die gesamte Entwicklung in der Landwirtschaft verantwortlich fühlt (vgl. Loibl 2007: 197). Im Rahmen der Landwirtschaftsförderung werden Teilbereiche der Landwirtschaft optimiert, ohne die Auswirkungen auf andere Teilbereiche zu bedenken. Er führt dazu das Beispiel der Leistungssteigerung in der Milchwirtschaft an. Diese führt zu einer permanenten Störung des Verdauungstraktes der Kühe. Darüber hinaus wird durch die Fütterung mit Getreide Energie vergeudet, da Kühe „ein denkbar schlechter Energieverwerter für Getreide“ sind. Die wieder ausgeschiedenen Nährstoffe führen in weiterer Folge zu einer Überdüngung, die eine Verunkrautung und Nährstoffauswaschung der Böden verursacht. Nicht zuletzt wird durch Milcherzeugung aus Getreide die Grünlandbewirtschaftung vernachlässigt. Das hat besonders im Berggebiet nachteilige Auswirkungen und darüber hinaus einen wesentlichen Einfluss auf die Verschlechterung der Milchqualität.

Einer der Kardinalfehler in der Agrarpolitik war nach Wohlmeyer, dass nicht rechtzeitig auf nachwachsende Rohstoffe gesetzt wurde. Die Politik der Überschüsse sollte in eine Politik der nachwachsenden Rohstoffe umgewandelt werden. Ebenso wichtig wäre es gewesen, rechtzeitig eine Ziel führende Exportstrategie zu entwickeln vor allem für die Hauptprodukte des Grünlandes, Milch und Rindfleisch. Aufgrund der gegebenen Überschussituation wurde mit der Zeit Getreide billiger als Heu, ein Umstand, der dazu verleitet, im US-Stil die Rindermast weitgehend auf Getreidebasis zu betreiben. Das bedeutet jedoch weitgehend das Ende unserer Kulturlandschaft.

Der Preisverfall Getreide führte in weiterer Folge zu einem umgekehrten Preisverhältnis in der Fleischwirtschaft. Das teuerste Fleisch war früher Hühnerfleisch, das nur an den Feiertagen gegessen wurde,

Schweinefleisch war billiger und Rindfleisch am billigsten. Einer der Gründe dafür kann darin gesehen werden, dass Hühner die menschliche Nahrung konkurrenzieren, da sie Getreide fressen. Schweine sind ebenfalls Nahrungskonkurrenten, während Rinder Gras verdauen können, das der Mensch nicht als unmittelbares Lebensmittel nutzen kann. Nun wurde jedoch Getreide soweit verbilligt, dass es als Kraftfutter in der Intensivrindermast eingesetzt wird. Das billigste Fleisch stammt heute von in extremer Massentierhaltung gehaltenen Hühnern und Rindfleisch ist am teuersten. Eine für Bäuerinnen und Bauern unzufriedenstellende Folge davon ist, dass die Bewirtschaftung des Grünlandes – vor allem im Berggebiet – überwiegend durch Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Umweltprogrammes (ÖPUL) und der Ausgleichszulage (AZ) für Betriebe in den benachteiligten Gebieten – nicht jedoch durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten – aufrechterhalten werden kann. Johann und Anna Felbauer sehen im niedrigen Milchpreis eine politische Leichtfertigkeit und empfinden diesen angesichts der aufwändigen und kontinuierlichen Arbeit als Ungerechtigkeit.

Vielfach fehlt nach Ansicht Wohlmeyers und Willis der Weitblick dafür, welche längerfristigen Auswirkungen bestimmte Maßnahmen der Agrarpolitik auf die Gesamtsituation der Landwirtschaft, auf die Entwicklung der Agrarstruktur und damit auf die Entwicklung im ländlichen Raum haben.

Josef Willi ist der Auffassung, dass Bäuerinnen und Bauern durch Außenstehende ihre Situation vor Augen geführt werden sollte, damit sie die Dringlichkeit einer Veränderung erkennen können. Dieser Vorschlag wirkt vielleicht auf den ersten Blick merkwürdig oder gar überheblich, wird jedoch verständlich, wenn wir uns daran erinnern, dass wir oft Unterstützung oder wertvolle Anregungen von Menschen erhalten, die unsere Situation von außen betrachten und nicht involviert sind.

Eigenverantwortlichkeit, Vernetzung und mehr Demokratie

Empowerment, eine Methode zur Entwicklung von Eigenmächtigkeit für diskriminierte Menschen, beruht auf der Vorgangsweise, dass Betroffene ungünstiger Verhältnisse ihre Situation selbst analysieren und daraus eigenständig Verbesserungsmaßnahmen erarbeiten. Darüber hinaus ist – wie Zellnig und Rohmoser betonen – neben der basisorientierten Arbeit die Vernetzung von AkteurInnen (Bäuerinnen und Bauern) mit VertreterInnen der Verwaltung, der Wissenschaft und der Politik erforderlich, um für unterschiedliche Anliegen Lösungen zu finden; beispielsweise eine gerechtfertigte und praktikable Umsetzung bürokratischer Vorgaben. Dieser Vorgang trägt darüber hinaus zur Verbreitung demokratischer Umgangsformen bei.

Die Tatsache, dass den Ergebnissen dieses Berichtes zufolge unterschiedliche politische Einstellungen in ähnliche Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge münden, gibt Anlass zur Hoffnung, dass sich Menschen in Hinkunft stärker über Parteigrenzen hinweg gemeinsam für eine andere Agrarpolitik engagieren werden. Denn die vielfältigen und doch übereinstimmenden Ansichten, Erfahrungen und Haltungen der Zeitzeugen/Zeitzeugin führen uns vor Augen, dass zur Neugestaltung der Situation in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum dringender Handlungsbedarf besteht.

Literaturverzeichnis

- Baier, Andrea, Müller, Christa, Werner, Karin 2007: Wovon Menschen leben – Arbeit Engagement und Muße jenseits des Marktes. Ökom Verlag München.
- Bauriedl, Thea 1982: Zwischen Anpassung und Konflikt. Theoretische Probleme der ichpsychologischen Diagnostik, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Bauriedl, Thea 1988: Das Leben riskieren: Psychoanalytische Perspektiven des politischen Widerstands, Piper Verlag, München.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika, Mies, Maria: 1997: Eine Kuh für Hillary – Die Subsistenzperspektive. Verlag Frauenoffensive, München.
- Freire, Paolo 1998: pädagogik der unterdrückten – bildung als praxis der freiheit, Rowohlt Taschenbuchverlag Reinbeck bei Hamburg, deutsche Erstausgabe 1970 Kreuzverlag, Stuttgart .
- Glasl, Friedrich 1997: Konfliktmanagement: ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart.
- Greimel, Martin, Handler, Franz, Blumauer, Emil 2001: Arbeitszeiterhebung in der österreichischen Landwirtschaft, Abschlussbericht herausgegeben durch die Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein und die Bundesanstalt für Landtechnik Wieselburg, Irnding.
- Handler, Franz, Stadler Markus, Blumauer Emil 2006: Standardarbeitszeitbedarf in der österreichischen Landwirtschaft – Ergebnis der Berechnungen der einzelbetrieblichen Standardarbeitszeiten, Research Report published and printed by HBLFA Francisco Josephinum / BLT Biomass – Logistic – Technology Wieselburg.
- Katholische Sozialakademie (Hg.) 1975: Zur Situation und Zukunft der Bergbauern in Österreich, Wien.
- Krammer, Josef 1976: Geschichte der Bauern in Österreich – Analyse einer Ausbeutung I. In: In Sachen, Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Arbeitsgemeinschaft für sozialwissenschaftliche Publizistik, Wien.
- Krammer, Josef, Scheer, Günther, Fornleitner, Luise, Bochsichler Karl, Glatz, Hans, Knorr, Dieter 1978: Das österreichische Agrarsystem, eine Studie des Instituts für höhere Studien im Auftrag des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Wien.
- Loibl, Elisabeth 1997: Der Weg entsteht im Gehen – Bäuerliche Initiativen im ländlichen Raum, Forschungsbericht Nr. 39 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- Loibl, Elisabeth 2007: Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft – Betrachtungen einer Hofnärin in: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Hg.) 2007: Zeitreisen(de) im ländlichen Raum – Diskurse - Re.Visionen, Redaktion: Theresia Oedl-Wieser, Forschungsbericht Nummer 57 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- Novak, Stefan 1999: Valeriana Celtica - der echte Speik. Ein altes Naturprodukt als alternativer Erwerbszweig. Forschungsstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

- schaft (Projekt Nr. 0966/95), des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Jubiläumsfondsprojekt Nr. 5831) und der Kärntner Landesregierung. Bearbeitet am Institut für Botanik der Universität für Bodenkultur unter Mitarbeit von Michaela Grindl, Beate Leyrer, Thomas Mellauner, Hanna Posch. Wien, Kärnten, Steiermark.
- ÖBV (Hg.) 1975: ÖBV Österreichische Bergbauernvereinigung, Juni 1975/IV, Wien.
- Oedl-Wieser, Theresia 2006: Frauen und Politik am Land, Forschungsbericht Nr. 56 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- Rohrmoser, Franz 1998: Das Persönliche ist politisch, in: Die Bergbauern, Zeitschrift der Österreichischen Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung Wien Nr. 230/231 Heft 2-3/1998, S. 9-10.
- Rohrmoser, Franz 2001: Konfliktbearbeitung in bäuerlichen Strukturfragen. Projektbericht Kuchl.
- Rohrmoser, Franz 2004: Gemeinwesenarbeit und Projekte in der bäuerlichen Entwicklungsarbeit am Beispiel der österreichischen Bergbauernvereinigung in den 70er Jahren in: Anton Rohrmoser 2004 (Hg): GemeinwesenArbeit im ländlichen Raum – Zeitgeschichtliche und aktuelle Modelle aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sozialarbeit und Regionalentwicklung. Studienverlag Innsbruck.
- Stadler, Markus 2007: Arbeitszeitbedarf in der österreichischen Landwirtschaft 2005 – Beschreibung der Arbeitszeitdaten, herausgegeben von FJ BLT Wieselburg, Raumberg Gumpenstein, Lebensministerium, Wien.
- Tamme, Oliver 2002: Beschäftigungseffekte agrar- und regionalpolitischer Maßnahmen – Landwirtschaft, Beschäftigung und die Entwicklung des ländlichen Raumes, Forschungsbericht Nr. 49 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- Tamme, Oliver 2004: Beschäftigungswirkungen im Rahmen des Programmes für die Entwicklung des ländlichen Raumes (Midterm Evaluierung 2003) Facts & Features Nr. 30 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- Voitl/Guggenberger/Willi (Hg.) 1980: Das große Buch vom biologischen Land- und Gartenbau. Verlag Orac Pietsch, Graz.
- Wernisch, Annemarie 1976: Wieviel arbeitet die bäuerliche Familie? – Durchführung einer aktuellen Erhebung, in: Der Förderungsdienst 1976, Heft 5: 157-160. Wernisch 1978: Wie viel arbeitet die bäuerliche Familie? Teil I im Beratungsservice, in: Der Förderungsdienst 1978, Heft 2: 44-51, Teil 2 wurde veröffentlicht in: Der Förderungsdienst 1978, Heft Nr. 6: 17-20; Folge 3: Die Arbeitszeit der Bergbauern, in: Der Förderungsdienst 1979, Heft 2: 7-12, Folge 4: Die Arbeitsbelastung in der bäuerlichen Fremdenverkehrsbetrieben, in: Der Förderungsdienst 1979, Heft 3: 13-16, Folge 5: Einfluss der Mechanisierung auf die Arbeitszeit in der Schweinehaltung, in: Der Förderungsdienst 1979, Heft 7 (befindet sich lediglich im Inhaltsverzeichnis, es gibt in dieser Heftnummer keinen Beratungsserviceteil), Folge 6: Die Belastung des Betriebsleiterehepaars im Jahresablauf, in: Förderungsdienst 1979, Heft 10: 53-60, Folge 7: Die Arbeitsbelastung der Familienangehörigen. In: Förderungsdienst 1980, Heft 1: 1-4 jeweils im Teil Beratungsservice. Erscheinungsort: Wien. Die Studie entstand in Zusammenarbeit mit

den Abteilungen II/A1, II/A2 und II/B7 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, den Landwirtschaftskammern und der Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Wieselburg.

Willi, Josef 1959: Der Bauernhof – ein Fachbuch für die bäuerliche Jugend, Leopold Stocker Verlag, Graz.

Willi, Josef 1973: Staats-, Rechts- und Berufskunde, in der Buchreihe „Der moderne Landwirt“, Leopold Stocker Verlag, Graz.

Willi, Josef 1977: Gesunder Boden – Leistungsstarker Betrieb, eine Anleitung zum ökologischen Landbau, Leopold Stocker Verlag, Graz.

Willi, Josef 1985: Lebenskunde für die Zukunft – neue Strategien für eine lebenswerte Welt, Verlag Deuticke, Wien.

Willi, Josef 1988: Bausteine für eine andere Zukunft – Beiträge zur Erwachsenenbildung, Böhlau Verlag, Wien.

Willi, Josef 1988: Chance Landwirtschaft – Wege und Perspektiven für die 90er Jahre, Österreichischer Agrarverlag, Wien.

Willi, Josef 1988: Die Turbokuh, Österreichischer Kulturverlag, Thaur.

Willi, Josef, van Staa, Herwig 1993: Landwirtschaft und die EG – Information, Bedrohung, Herausforderung Doppelnummer 1 und 2 /1993 der Zeitschrift Landwirtschaft und Leben, herausgegeben vom Studienzentrum für Agrarökologie am Forschungsinstitut für Alpenländische Land- und Forstwirtschaft der Universität Innsbruck.

Willi, Josef 2001: Bäuerlich wirtschaften – in Fülle leben. Kaspanaze und Lucia Simma – Erfahrungen und Perspektiven, Landwirtschaft und Leben Nr. 2/2001, herausgegeben durch das Studienzentrum für Agrarökologie am Institut für Hochgebirgsforschung und alpenländische Landwirtschaft an der Universität Innsbruck.

Wohlmeyer, Heinrich 1991a: Agrarpolitik nach dem Koalitionsabkommen – Mit der falschen Landkarte in der Hand tapfer in die Zukunft schreiten. In: Österreichs Wirtschaft – Journal für Gewerbe, Handel, Industrie, freie Berufe und Wirtschaftsverbände 1991/Heft 3, herausgegeben durch den Österreichischen Gewerbeverein S. 8-9.

Wohlmeyer, Heinrich 1991b: Neue Aufgaben für die Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, in: Breuer, G., Gattermayer, F., Hohenecker, J., Schneeberger, W., Steidl, A., Wöber, G., Wytrzens, H. K. (Hg.) (1991): Agrarvermarktung in Österreich, Service Fachverlag, Wien (2. Auflage 1994).

Wohlmeyer, Heinrich, Schmidt-Bleek, F. 1991: Trade and The Environment, IIASA Laxenburg.

Wohlmeyer, Heinrich 1994: Zur Rezeption der ökologischen Vorgaben in Gesellschaft und Gesetzgebung, in Prat, E. H. (Hg.): Kurswechsel oder Untergang, Peter Lang - Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.

- Wohlmeyer, Heinrich 1994: Wirtschaft und Ökologie. Realität – Defizite – Notwendiges Handeln, in: *Diakonia - Internationale Zeitschrift für die Praxis der Kirche* 25. Jg./ 4, Verlag Grünewald/Herder, Ostfildern-Freiburg.
- Wohlmeyer, Heinrich 1994: Wie viele Bauern brauchen wir zum Überleben?, in: Bauer W. et al. 1994: *Sind die Bauern noch zu retten? – Über die Zukunft einer alpinen Kultur*, Kulturverein Schloss Goldegg, Bundesland Salzburg, Goldegg.
- Wohlmeyer, Heinrich 1996: Ohne Bauern? Besser leben oder die Lebensgrundlagen verspielen? in Riegler, Josef (Hg.): *Aufstand oder Aufbruch? Wohin gehen die Bauern Europas*, Leopold Stocker Verlag, Graz-Stuttgart.
- Wohlmeyer, Heinrich 1998: Agro-eco-restructuring: Potential for Sustainability, in: Ayres, R. U. (ed.): *Eco-restructuring: Implications for Sustainable Development*, United Nations University Press, Tokyo, New York, Paris.
- Wohlmeyer, Heinrich 1999: Was verbindet die Bauern weltweit? in Riegler, Josef (Hg.): *Die Bauern nicht dem Weltmarkt opfern! Lebensqualität durch ein europäisches Agrarmodell*, Leopold Stocker Verlag, Graz-Stuttgart.
- Wohlmeyer, Heinrich 2000: Five Year Assessment Report related to the Specific Programme: Quality of Life and Management of Living Resources 1995 – 1999, Co-Author, European Commission, Brussels.
- Wohlmeyer, Heinrich 2001a: Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in Österreich, 2. SUSTAIN Bericht, *Berichte aus Energie und Umweltforschung*, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien.
- Wohlmeyer, Heinrich 2001b: The Risks of Climate Change in Alpine Regions, in *Risk Management*, International Association for the Study of Insurance Economics, Geneva.
- Wohlmeyer, Heinrich 2002: Impact of globalisation and agro-industry on the evolution of agricultural policies, practices and productions systems, *Proceedings der Paneuropäischen Konferenz über Landwirtschaft und Biodiversität*, Europarat, Paris.
- Wohlmeyer, Heinrich / Quendler, Theodor (Hg) 2002: *The WTO, Agriculture and Sustainable Development*. Englische Ausgabe, Greenleaf Publishing Sheffield UK.
- Wohlmeyer, Heinrich 2003: The Unconscious Driving Forces of Landscape Perception and Formation, in: Helming, K., Wiggering H. (ed.): *Sustainable Development of Multifunctional Landscapes*, Springer Verlag, Berlin.
- Wohlmeyer, Heinrich 2004: Welchem Leitbild der Landwirtschaft sollten wir aus der Sicht der Ressourcenökonomie, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit in Zukunft folgen? In: W. Schönböck (Hg.): *Neuausrichtung der österreichischen und Europäischen Agrarpolitik*, Der Öffentliche Sektor – Forschungsmemoranden, Wien.
- Wohlmeyer, Heinrich 2005: Zukunftskriminalität oder Blindheit? Die gegenwärtige Gesellschafts-, Wirtschafts- und Agrarpolitik im Lichte des Rückblickes aus der Zukunft, in: Josef Riegler,

Hermann Kroll-Schlüter, Hans W. Popp (Hg.): Land in Gefahr? Zukunftsstrategien für den ländlichen Raum, Leopold Stocker Verlag, Graz.

Wohlmeyer, Heinrich 2006a: Verhungern vor der vollen Schüssel? Warum keine einseitige Sanierung der notleidenden Budgets? In: Klug, F. und Fellmann, I. (Hg.): Schwarzbuch Neoliberalismus und Globalisierung, IKW – Kommunale Forschung in Österreich, Linz.

Wohlmeyer, Heinrich 2006b: Globales Schafe Scheren – Gegen die Politik des Niederganges. EDITION VA bENE. Wien – Klosterneuburg.

<http://de.wikipedia.org/wiki/indoktrination> 2007

www.agrana.com

www.bauernkonflikte.at

www.berggebiete.at

www.kirchen-lexikon.de

www.konvent.gv.at

Publikationen der Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Forschungsberichte

FB 57	Zeitreisen(de) im ländlichen Raum Diskurse Re.Visionen (Red.: Theresia Oedl-Wieser - 2007)	ISBN: 3-85311-082-9 €27,00
FB 56	Frauen und Politik am Land (von Theresia Oedl-Wieser - 2006)	ISBN: 3-85311-080-0 €21,00
FB 55	Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext Band 2: Zwischen Professionalisierung und Konventionalisierung (von Michael Groier, Markus Schermer (Hg.) - 2005)	ISBN: 3-85311-077-0 €23,30
FB 54	Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext Band 1: Strukturentwicklung, Förderung und Markt (von Michael Groier, Norbert Gleirscher - 2005)	ISBN: 3-85311-076-2 €22,50
FB 53	Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum (von Ingrid Machold, Oliver Tamme - 2005)	ISBN: 3-85311-074-6 €22,50
FB 52	Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt Evaluierung der Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes (von Gerhad Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-073-8 €19,90
FB 51	Wachsen und Weichen Rahmenbedingungen, Motivationen und Konsequenzen von Betriebsaufgaben in der österreichischen Landwirtschaft (von Michael Groier - 2004)	ISBN: 3-85311-067-3 €22,00
-	Das Brot der Zuversicht Über die Zusammenhänge von Esskultur und bäuerlicher Landwirtschaft (von Elisabeth Loibl - 2003)	ISBN: 3-85311-064-9 €19,00
-	Voices of Rural Youth A break with traditional patterns (edited by T. Dax and I. Machold - 2002)	ISBN: 3-85311-062-2 €8,00
FB50	Jung und niemals zu Hause Jugendliche auf der Suche nach Perspektiven im Ländlichen Raum. (von Thomas Dax und Ingrid Machold - 2002)	ISBN: 3-85311-059-2 €7,70
FB 49	Beschäftigungseffekte agrar- und regionalpolitischer Maßnahmen - Landwirtschaft, Beschäftigung und die Entwicklung des ländlichen Raumes (von Oliver Tamme – 2002)	ISBN: 3-85311-057-6 €12,40
FB 48	Biodiversität im Alpengebiet Evaluation und Bewertung – OECD Fallstudie (BA f. Bergbauernfragen und Umweltbundesamt, von Josef Hoppichler – 2002)	ISBN: 3-85311-058-4 €5,00
FB 47	Keine Berglandwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen Evaluierung der Maßnahme Ausgleichszulage in Benachteiligten Gebieten und Nationale Beihilfe (von Gerhard Hovorka – 2001)	ISBN: 3-85311-055-X €7,27

Facts & Features

FF 36	Wenn der Postfuchs nicht mehr winkt Postversorgung auf dem Land nach der Schließungswelle (von Oliver Tammer - 2007)	ISBN: 978-3-85311-083-6 gratis berggebiete.at €19,00
FF 35	Benachteiligte Gebiete in den Neuen Mitgliedsstaaten Integration in das EU-Förderinstrumentarium (von Thomas Dax und Ingrid Machold - 2006)	ISBN: 978-3-85311-081-2 gratis berggebiete.at €12,00
FF 34	Räumliche Wirkung der GAP und der ländlichen Entwicklungspolitik. Ergebnisse aus dem ESPON Projekt 2.1.3 (von Thomas Dax - 2005)	ISBN: 3-85311-079-7 gratis berggebiete.at €12,00
FF 33	„Braucht Sloweniens Landwirtschaft eine Soziale Betriebshilfe?“ Ergebnisse einer explorativen Bedarfsanalyse (von Georg Wiesinger, Marjan Dolenšek, Darija Trpin Švikart - 2005)	ISBN: 3-85311-078-9 gratis berggebiete.at €25,50
FF 32	Berggebiete in Europa - Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes zur Abgrenzung, Situation und Politikanalyse (von Thomas Dax, Gerhard Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-075-4 gratis berggebiete.at €12,00
FF 31	Auswirkungen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes auf die Bevölkerungsstruktur (Mid Term Evaluierung 2003)(O. Tamme - 2004)	ISBN: 3-85311-072-x gratis berggebiete.at €13,00
FF 30	Beschäftigungswirkungen im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (Mid Term Evaluierung 2003)(O. Tamme - 2004)	ISBN: 3-85311-071-1 gratis berggebiete.at €15,00
FF 29	Einkommenswirkung im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (Mid Term Evaluierung 2003)(G. Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-070-3 gratis berggebiete.at €14,00
FF 28	Chancengleichheit im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (Mid Term Evaluierung 2003) (Th. Oedl-Wieser - 2004)	ISBN: 3-85311-069-x gratis berggebiete.at €18,00
FF 27	Sozioökonomische Effekte des Österreichischen Agrarumweltprogramms (Mid term Evaluierung 2003) (M. Groier - 2004)	ISBN: 3-85311-068-1 gratis berggebiete.at €16,00
FF 26	The Role of Austrian Farm Women in On-Farm Activities (R. Boenink - 2004)	ISBN: 3-85311-066-5 gratis berggebiete.at €15,-
FF 25	Regionalentwicklung im Berggebiet und institutioneller Wandel (T.Dax/G. Hovorka - 2003)	ISBN: 3-85311-065-7 gratis berggebiete.at €11,-
FF 24	Perspektiven für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes - Der GAP Reformbedarf aus österreichischer Sicht (T. Dax/G. Hovorka/G. Wiesinger - 2003)	ISBN: 3-85311-063-0 gratis berggebiete.at €14,--

BESTELLSCHEIN

Tel.: +43-1-504 88 69-0 Fax: DW-39
office@berggebiete.at
http://www.berggebiete.at

Bundesanstalt für Bergbauernfragen
A-1030 WIEN, MARXERGASSE 2

Hiermit bestelle(n) ich (wir) die nachfolgend angegebenen Broschüren

Forschungsbericht Nr.	Stück	Preis €	Facts & Features Nr.	Stück	Preis €

zum Preis laut Liste zuzüglich Versandkosten,
Lieferungen ins Ausland erfolgen nur gegen Vorausbezahlung.

Absender	Datum, Unterschrift

Elisabeth Loibl, Josef Krammer

Das Politische ist persönlich, das Persönliche ist politisch

Anhand der lebensgeschichtlichen Erfahrungen, des politischen Engagements und der wegweisenden Initiativen von fünf Zeitzeugen und einer Zeitzeugin wird Agrarpolitik und Politik für den ländlichen Raum während der vergangenen sechzig Jahre dargestellt.

Um ein differenziertes, vielschichtiges Bild der Wirkung der Agrarpolitik auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zeigen zu können, gehören diese Pioniere unterschiedlichen politischen Richtungen an. Wir haben jedoch überrascht festgestellt, dass es eine große Übereinstimmung gibt in der Sicht der Entwicklung im ländlichen Raum. Das Gemeinsame der erlebten Geschichte scheint größer zu sein als das Trennende der politischen Anschauung. Lebensgeschichtliche Erfahrungen sind eine Kompetenz der älteren Menschen, welche in der heutigen, schnelllebigen Zeit immer mehr an Bedeutung zu verlieren scheint.

Unser Zeitzeugenbericht soll dieser Entwicklung entgegenwirken und einen Beitrag leisten für den Prozess des Austausches und des wechselseitigen, kommunikativen Lernens zwischen Alt und Jung. Die vielfältigen und doch übereinstimmenden Ansichten, Erfahrungen und Haltungen der Zeitzeugen/Zeitzeugin führen uns vor Augen, dass zur Neugestaltung der Situation in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum dringender Handlungsbedarf besteht. Es ist unumgänglich, dass Menschen sich in Hinkunft stärker über die Partei- und Altersgrenzen hinweg gemeinsam für eine andere Agrarpolitik engagieren.

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber
Bundesanstalt für Bergbauernfragen

A-1030 Wien, Marxergasse 2
<http://www.berggebiete.at>

Tel.: +43/1/504 88 69 - 0; Fax: +43/1/504 88 69 – 39
office@berggebiete.at

Layout: R. Neissl, M. Hager, D. Rosenbichler
Lektorat: H. Pflögger, I. Stiasny, T. Oedl-Wieser
Druck: Druckerei Robitschek & Co. Ges.m.b.H.

ISBN: 978-3-85311-084-3

